



Tätigkeitsbericht der Landrätin

Die Arbeit der Kreisverwaltung Teltow-Fläming im Jahr 2022

Inhalt

Landrätin	5
Büro der Landrätin.....	5
Besondere Aufgaben	5
Kreistagsbüro	5
Öffentlichkeitsarbeit	6
Büro für Chancengleichheit und Integration.....	10
Behinderten- und Seniorenbeauftragte	10
Bundesprogramm „Demokratie leben!“	13
Jugendforum Teltow-Fläming.....	15
Beauftragte für Bürgerbeteiligung	18
Sachbearbeitung Partnerschaft für Demokratie (PfD)/MBS-Gewinnausschüttung.....	23
Behördlicher Datenschutzbeauftragter	24
IT-Sicherheitsbeauftragter	24
Amt für zentrale Steuerung, Organisation und Personal	25
Sachgebiet Zentrale Steuerung und Organisation.....	25
Sachgebiet Personal.....	31
Untere Kommunalaufsichtsbehörde.....	37
Rechnungsprüfungsamt	38
Rettungsdienst	40
Dezernat I.....	41
Hauptamt.....	41
Sachgebiet Zentrale Dienste.....	41
Sachgebiet Gebäude- und Liegenschaftsmanagement.....	43
Abgeschlossene und laufende Bauvorhaben	43
Sachgebiet Infrastrukturmanagement	48
Kämmerei.....	51
Haushalt 2022 und 2023.....	51
Haushaltsvollzug (§ 29 KomHKV).....	52
Jahresabschlüsse 2018 bis 2021	52
Bereich Kasse.....	53
Bereich Vollstreckung	53
Projekt E-Rechnung.....	54
Konzept Umstrukturierung	55
Amt für Bildung und Kultur.....	56
Sachgebiet Schulverwaltung und Kultur.....	56
Sachgebiet Haushalt und Finanzen	58
Volkshochschule Teltow-Fläming.....	61

Kreismedienzentrum	63
Kreismusikschule Teltow-Fläming	66
Museum des Teltow	67
Sachgebiet IT-Service	69
Dezernat II	73
Stabsstelle Grundsatzsachbearbeitung SGB II	73
Vertretung des Landkreises im Jobcenter und gegenüber der Bundesagentur für Arbeit	73
Führungsunterstützung und Grundsatzsachbearbeitung	73
Wohnraumversorgung	74
Sozialamt	75
Sozialraumplanung	75
Pakt für Pflege – Pflege vor Ort	75
Frauenhaus	76
Schuldnerberatung	76
Eingliederungshilfe und Betreuungsbehörde	76
Sozialhilfe	81
Sonstige soziale Hilfen	82
Jugendamt	86
Sachgebiet Planung, Controlling, Finanzen	86
Sachgebiet Sozialpädagogischer Dienst	86
Sachgebiet Prävention und Vormundschaft	87
Sachgebiet Kindertagesbetreuung und Elterngeld	90
Sachgebiet Unterhalt	93
Gesundheitsamt	95
Digitalisierung des Gesundheitsamtes	95
Psychiatriekoordination, kommunale Gesundheitsberichterstattung und kommunale Gesundheitsförderung	95
Sachgebiet Amtsärztlicher und Sozialmedizinischer Dienst	98
Sachgebiet Hygiene und Umweltmedizin	100
Sachgebiet Zahnärztlicher Dienst	105
Sachgebiet Sozialpsychiatrischer Dienst	106
Dezernat III	108
Rechtsamt	108
Rechtsangelegenheiten	108
Ausbildung	111
Versicherungsangelegenheiten	111
Beteiligungsmanagement	114
Grundstücksverkehrsgenehmigungen und Bestellung gesetzlicher Vertretungen	115
Besondere Aufgaben in der Corona-Pandemie	116

Ordnungsamt	117
Sachgebiet Ordnung, Sicherheit, Jagd- und Fischerei	117
Sachgebiet Ausländer- und Staatsangehörigkeitswesen.....	123
Sachgebiet Brand- und Katastrophenschutz	127
Amt für Veterinärwesen, Lebensmittelüberwachung und Denkmalschutz.....	130
Sachgebiet Veterinärwesen	131
Sachgebiet Lebensmittelüberwachung	134
Sachgebiet Untere Denkmalschutzbehörde	141
Untere Bauaufsichtsbehörde	145
Bauantragsaufkommen.....	145
Bauantragssachbearbeitung	146
Besonderheiten im Bereich Baugenehmigungen nach Prüfbezirken	147
Gebührenfestsetzungen der Bauaufsicht	148
Ordnungsverfügungen	149
Widerspruchssachbearbeitung und Ersetzungsverfahren	149
Bereich Ordnungswidrigkeiten	149
Bereich Baulastenverzeichnis	149
Umweltamt	150
Bereich Amtsleitung.....	150
Sachgebiet Wasser, Boden, Abfall.....	150
Sachgebiet Untere Naturschutzbehörde (UNB).....	152
Klimaschutz-Koordinierungsstelle	156
Fluglärmschutz und Schallschutzberatung	158
Aufgaben des Fluglärmschutzbeauftragten.....	158
Flughafenbelange	158
Schallschutzberatung.....	159
Dezernat IV	160
Straßenverkehrsamt.....	160
Bereich Amtsleitung.....	160
Sachgebiet Kraftfahrzeug-Zulassung	161
Sachgebiet Fahrerlaubniswesen und Fahrschulwesen	162
Sachgebiet Verkehrsordnungswidrigkeiten	163
Sachgebiet Verkehrssicherheit und -lenkung	164
Kataster- und Vermessungsamt	171
Gutachterausschuss	171
Ausbildung.....	172
Antragsstatistik	172
Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung.....	173
Sachgebiet Wirtschaftsförderung, Tourismus und Mobilität.....	173
Sachgebiet Kreisentwicklung	183

Sachgebiet Arbeitsmarktpolitik.....	188
Landwirtschaftsamt	192
Landwirtschaftsschule.....	192
Statistik	192
Sachgebiet Agrarstruktur	193
Sachgebiet Agrarförderung	195
Abbildungsverzeichnis	198
Tabellenverzeichnis	199

LANDRÄTIN

Büro der Landrätin

Das Büro koordiniert die Aktivitäten und Aufgaben der Hauptverwaltungsbeamtin sowie die der zugehörigen Arbeitsbereiche (Sekretariat, Kreistagsbüro, Öffentlichkeitsarbeit, Büro für Chancengleichheit). Dabei ist eine Vielzahl dezernats- und amtsübergreifender Querschnittsaufgaben zu leisten, u. a. Assistenz bei Führungsaufgaben, Sitzungsdienst, Protokoll und vieles mehr.

Vor- und nachbereitet werden außerdem die Dienstberatungen mit den Bürgermeister*innen und dem Amtsdirektor (2022: 7).

Die Landrätin ist bei Datenschutzvorfällen verantwortlich für die Meldungen an die Landesdatenschutzbeauftragte und die Überwachung der Umsetzung von Festlegungen. Hier arbeitete das Büro eng mit dem Behördlichen Datenschutzbeauftragten zusammen. 2022 waren 15 Fälle zu bearbeiten.

2022 wurden drei Studierende im Rahmen von Praktika und vorlesungsfreier Zeit betreut. Sie wurden mit der Arbeit aller Bereiche des Büros der Landrätin vertraut gemacht

Des Weiteren wurde ein „Kennenlerntag“ für Studierende ÖVBB am 8. September im Bereich der Landrätin organisiert.

Besondere Aufgaben

Die Landrätin leitete das Krisenmanagement im Rahmen der Corona-Pandemie und der mit dem Krieg gegen die Ukraine verbundenen Krise. Damit waren auch für das Büro zusätzliche Aufgaben verbunden. So waren 10 Telefonschaltkonferenzen mit den Bürgermeister*innen und dem Amtsdirektor sowie dem Kreistagsvorsitzenden zu organisieren, durchzuführen und nachzubereiten.

Das Büro der Landrätin aktualisierte regelmäßig die Hygienekonzepte für alle Beratungen der Landrätin entsprechend der geltenden Verordnung.

Auch die Arbeitsorganisation war von der pandemischen Lage betroffen. Mehrere Beschäftigte arbeiteten dauerhaft bzw. im Rahmen von Abordnungen für das Pandemieteam und das Bürgertelefon. Die Erfüllung der originären Aufgaben des Bereichs unter diesen Bedingungen war auch im Jahr 2022 eine besondere Herausforderung.

Kreistagsbüro

2022 waren folgende Gremiensitzungen inhaltlich und organisatorisch zu betreuen:

- 6 Kreistagssitzungen
- 5 Kreisausschusssitzungen
- 44 Sitzungen der Fachausschüsse

Ein besonders hoher arbeitsorganisatorischer und technischer Aufwand war für die Vorbereitung und Durchführung der Kreistagssitzungen im Biotechnologiepark Luckenwalde zu bewältigen. Der Ort wurde genutzt, um die Anforderungen an den Infektionsschutz zu erfüllen.

Die Mitarbeiterin des Kreistagsbüros erstellte zudem Handreichungen für Abgeordnete und führte Schulungen für Ausschussvorsitzende durch.

Im Jahr 2023 sollen die Voraussetzungen für Hybridsitzungen des Kreistags und seiner Gremien geschaffen sein. Die technisch-organisatorische Vorbereitung und die Ausschreibung der Ausstattung und der Arbeiten wurden federführend im Kreistagsbüro vorbereitet.

Öffentlichkeitsarbeit

Der Bereich Öffentlichkeitsarbeit untersteht der Landrätin als Leiterin der Kreisverwaltung und rechtlicher Vertreterin und Repräsentantin des Landkreises. Er ist zuständig für die Außen- und Innenvertretung der Kreisverwaltung und Ansprechpartner für Journalist*innen, Bürger*innen, Behörden und Firmen. Die Aufgaben umfassen vier Themenschwerpunkte:

- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Internetauftritte/Online-Redaktion
- Organisation von Veranstaltungen/Protokoll/Ehrungen
- partnerschaftliche Beziehungen

Medienarbeit

2022 wurde die Kreisverwaltung 220-mal von Medienvertreter*innen kontaktiert, um Interviewwünsche zu erfüllen, zum Teil sehr umfangreiche Fragekataloge zu beantworten oder aufwendige Dreharbeiten zu organisieren. Die Corona-Pandemie war 61-mal Anlass für Presseanfragen.

Rund 280 Pressemitteilungen wurden herausgegeben und auch im Internetauftritt des Landkreises veröffentlicht. 40 davon hatten die Corona-Pandemie zum Thema; in 13 ging es um die Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine.

Für die Verwaltungsleitung werden täglich mehrere regionale und überregionale Medien ausgewertet und in einem gedruckten Pressespiegel zusammengestellt. Im Intranet werden zusätzlich die Schlagzeilen des Tages veröffentlicht, um alle Beschäftigten über medienrelevante Themen zu informieren.

In Zusammenarbeit mit den Ämtern, dem Kreistagsbüro, nachgeordneten Einrichtungen und externen Partnern bot der Bereich mehrere anlassbezogene Pressetermine und -gespräche zu unterschiedlichsten Themen an. Sie wurden in vielen Fällen organisatorisch betreut sowie redaktionell vor- und nachbereitet (Aufbereitung als Presse-Info, Berichterstattung auf der Homepage).

Anzeigen/Ausschreibungen

Es wurden 16 Print-Anzeigen (13 zur Fachkräftegewinnung, 2 Nachrufe, eine Immobilienausschreibung) gestaltet und in diversen Tageszeitungen und Fachzeitschriften veröffentlicht. Außerdem wurden im Internetauftritt des Landkreises 51 Informationen über Ausschreibungen (VOL/VOB, Interessenbekundungsverfahren) und Zuschlagserteilungen publiziert sowie über 200 Stellenausschreibungen informiert.

Reden, Grußworte, weitere Schreiben und Dokumente

Im Berichtszeitraum wurden rund 170 Grußworte, Reden, Laudationes, Glückwunsch-, Kondolenz- und andere Schreiben für die unterschiedlichsten Zwecke vorbereitet und verfasst. . Einen großen Raum nahm das Redigieren von Texten oder kompletten Druckerzeugnissen für einzelne Ämter der Kreisverwaltung ein. Neben der Überarbeitung von Inhalt, Rechtschreibung, Grammatik und Stil wird großes Augenmerk darauf gelegt, dass die Dokumente für die Veröffentlichung im Internet barrierefrei sind.

Es wurden 12 Mitarbeiter-Informationen mit der Landrätin verfasst und im Intranet publiziert. Auch 2022 veröffentlichte die Landrätin monatlich eine Kolumne bei Radio SKW unter dem Titel „Mein Landkreis“.

Dem Bereich Öffentlichkeitsarbeit obliegt die Endredaktion des Tätigkeitsberichts der Landrätin.

Druckerzeugnisse

Der Bereich gab 41 Ausgaben des Amtsblattes für den Landkreis Teltow-Fläming heraus. Im Bereich wird zudem die Einhaltung der Richtlinien des Corporate-Design-Handbuchs überwacht. 21 Veröffentlichungen der Ämter wurden im Haus redaktionell und gestalterisch betreut, neu gestaltet oder aktualisiert. Dazu gehörten z. B. Faltblätter, Broschüren, Kataloge, Kalender, Ausstellungstafeln und vieles mehr. Zahlreiche Formulare der Ämter für den Online-Auftritt wurden zudem angepasst.

Internetauftritt

Um die Internet-Auftritte der Kreisverwaltung kümmern sich der Bereich Öffentlichkeitsarbeit (Online-Redaktion) und der Bereich IT-Service gemeinsam.

Von der Online-Redaktion inhaltlich und vom IT-Service technisch betreute Internet-Präsenzen:

- www.teltow-flaeming.de

Websites, für die der IT-Service den technischen Support und der Bereich Öffentlichkeitsarbeit zum Teil die Betreuung der Redakteure bietet:

- www.flaeming-skate.de – inhaltlich verantwortlich: SG Tourismus
- vhs.teltow-flaeming.de – inhaltlich verantwortlich: Volkshochschule TF
- medienzentrum.teltow-flaeming.de – inhaltlich verantwortlich: Kreismedienzentrum
- musikschule.teltow-flaeming.de – inhaltlich verantwortlich: Kreismusikschule
- museum.teltow-flaeming.de – inhaltlich verantwortlich: Museum des Teltow
- kinderschutz.teltow-flaeming.de – inhaltlich verantwortlich: Kinderschutz-Koordinatorin
- schullandheim.teltow-flaeming.de – inhaltlich verantwortlich: Schullandheim
- ftz.teltow-flaeming.de – inhaltlich verantwortlich: SG Brand- und Katastrophenschutz
- intranet.teltow-flaeming.de – inhaltlich verantwortlich: die einzelnen Ämter
- www.boden-geo-pfad.de – inhaltlich verantwortlich: Umweltamt

Zudem werden weitere Sites und Web-Applikationen, auf die von www.teltow-flaeming.de verlinkt wird, von den Entwicklern im IT-Service betreut (Bauportal, i-Kfz, Wunschkennzeichen, Geoportal u. a.).

Die Online-Redaktion betreut die Internet-Redaktionen in den Ämtern der Kreisverwaltung und unterstützt sie bei der Konzipierung eigener Unterportale unter www.teltow-flaeming.de bzw. bei der Darstellung spezieller Themen auf der Homepage des Landkreises. Sie berät zudem Dritte, wenn in Kooperation mit dem Landkreis Internetangebote entstehen sollen.

Neustart und Weiterentwicklung www.teltow-flaeming.de

Seit dem 19. Januar 2022 ist www.teltow-flaeming.de mit seinem neuen Erscheinungsbild online und wurde dafür thematisch und funktionell weiterentwickelt. 2022 wurde außerdem ein Angebot in Leichter Sprache eingeführt.

Der Webauftritt www.teltow-flaeming.de bildet das Dienstleistungsangebot der Kreisverwaltung ab und informiert ausführlich über den Landkreis. Angeboten werden Kontaktmöglichkeiten, eine Dienstleistungsdatenbank und ein Formularservice. Darüber hinaus sind Merkblätter, Informationsbroschüren, Satzungen und andere Dokumente auf www.teltow-flaeming.de zu finden. Hier wie auf den anderen Internetpräsenzen werden regelmäßig aktuelle Meldungen eingestellt (alle Pressemitteilungen und weitere wichtige Informationen über den Landkreis – 2022: mehr als 300). Thematische Seiten (Landkreis, Wirtschaft, Freizeit, Service samt Untermenüs) ergänzen das umfangreiche Angebot. Zudem werden zwei Veranstaltungskalender (Kreistag und Verwaltung sowie Kultur) gepflegt. Wichtige Themen werden an prominenter Stelle auf der Startseite dauerhaft präsentiert.

Ein weiterer Schwerpunkt war 2022 die Vorbereitung der Einführung eines Formularservers für den Internetauftritt. Hier waren gemeinsam mit dem IT-Service zahlreiche Vorarbeiten zu leisten. Die endgültige Entscheidung, ob auf das System des Landes gesetzt wird oder ein anderer Anbieter in Frage kommt, steht noch aus.

Auch 2022 nahm die ständige Aktualisierung des Internet-Auftritts zum Thema Corona-Pandemie einen großen Raum ein. Hinzu kamen zahlreiche neue, zum größten Teil mehrsprachige Angebote für Geflüchtete aus der Ukraine.

Veranstaltungen und Ehrungen

Nach den Einschränkungen durch die Corona-Pandemie war es im Jahr 2022 wieder möglich, Veranstaltungen und Ehrungen in Präsenz durchzuführen.

Am 17. Juni 2022 wurden in einer gemeinsamen Feierstunde die Auszeichnungen zum Tag des Ehrenamtes 2021 und die ursprünglich im Januar stattfindende Verleihung des Teltow-Fläming-Preises nachgeholt.

In Zusammenarbeit mit den Fachämtern der Kreisverwaltung und den Städten und Gemeinden wurden im Jahr 2022 zudem die Verleihung des Denkmalpflegepreises am 9. September 2022 im Heinrichsstift Luckenwalde und die Feierstunde zum Tag des Ehrenamtes 2022 am 7. Dezember 2022 im Kreishaus Luckenwalde vorbereitet und durchgeführt.

Der Bereich Öffentlichkeitsarbeit unterstützte das Büro für Chancengleichheit und Integration zudem bei der Organisation und Durchführung des Behinderten- und Skaterfests und der Festveranstaltung aus Anlass der Brandenburgischen Seniorenwoche.

Darüber hinaus wurden u. a. für die Landesregierung Zuarbeiten zu den verschiedensten Ehrungen (z. B. Europaparkkunde, Brandenburger Integrationspreis, Landespräventionspreis) erstellt.

Ministerbesuche

Der Bereich Öffentlichkeitsarbeit unterstützte und begleitete 2022 einen Ministerbesuch. Im Rahmen der vom Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg ins Leben gerufenen Veranstaltungsreihe „Pflege-vor-Ort-Tour“ besuchte die Ministerin Ursula Nonnemacher am 8. Dezember 2022 den Landkreis Teltow-Fläming. In Baruth/Mark besichtigte sie nach intensiven Gesprächen in der Stadtverwaltung das neu ins Leben gerufene medizinische Versorgungszentrum und eine Tagespflegestelle.

Partnerschaftliche Beziehungen

Deutsch-polnische Partnerschaft

Stellvertretend für die Landrätin nahm Siegmund Trebschuh, Dezernatsleiter D IV, an den Feierlichkeiten zur Preisverleihung des „Wirtschaftsadlers für das Unternehmertum 2019-2022 des Kreis Gniezno“ am 11. Juni 2022 teil. Eine Teilnahme der polnischen Partner an der Wirtschaftswoche in Teltow-Fläming war geplant. Der Termin fiel allerdings auf den Nationalfeiertag in Polen und wurde deshalb abgesagt.

Zusammenarbeit mit dem Kreis Paderborn

Der Landkreis nahm am digitalen Neujahrsempfang des Kreises Paderborn am 14. Januar 2022 teil.

Vom 11. bis 13. Juni war eine Paderborner Delegation zu Gast in Teltow-Fläming. Bereits Anfang Juni hatte sich eine Gruppe aus 15 Mitgliedern der Vereinigung ehemaliger Kreistagsabgeordneter zu Paderborn und einer Radsportgruppe aus Salzkotten-Tudorf (Kreis Paderborn) auf Einladung des Freundeskreis TF e. V. auf den Weg in den Landkreis Teltow-Fläming gemacht. Die Gäste wurden von der Landrätin und der Ersten Beigeordneten begrüßt und besichtigten u. a. die Kreisverwaltung, den Bürgerbus sowie die Scheunenwindmühle in Saalow, die Landbäckerei Sembritzki und das Museum des Teltow.

Zusammenarbeit mit dem Bezirk Tempelhof-Schöneberg

Zum einem ersten Treffen kamen am Freitag, 11. Februar 2022, der 2021 neu gewählte Bezirksbürgermeister von Tempelhof-Schöneberg, Jörn Oltmann, Landrätin Kornelia Wehlan und Kreistagsvorsitzender Danny Eichelbaum im Kreishaus in Luckenwalde zusammen. Ein geplanter Gegenbesuch zum Nachbarschaftsfest Tempelhof-Schöneberg konnte aufgrund einer Terminüberschneidung mit dem Behinderten- und Skaterfest leider nicht stattfinden.

Das Jugendbüro Nuthe-Urstromtal um Jugendkoordinatorin Elke Schmidt und die Öffentlichkeitsarbeit des Landkreises besuchten am 23. und 24. September 2022 das REC-Filmfestival auf dem Gelände der UFA-Fabrik in Tempelhof-Schöneberg.

Weitere Aufgaben

Der Bereich Öffentlichkeitsarbeit fasst Maerker-Hinweise aus den Kommunen, die die Arbeit der Kreisverwaltung betreffen, zusammen und leitet sie an die zuständigen Stellen im Hause zur Bearbeitung weiter (2022: 48 Hinweise).

Im Bereich Öffentlichkeitsarbeit wird die Verwendung des Landkreiswappens gemäß „Verordnung über kommunale Hoheitszeichen des Landes Brandenburg“ überwacht. Es wurden 2 Anfragen zum Wappen und 12 zum Logo bearbeitet und 2 Fällen einer missbräuchlichen Nutzung des Wappens nachgegangen.

In einer wöchentlichen Intranet-Kolumne sensibilisiert der Bereich Öffentlichkeitsarbeit die Beschäftigten der Kreisverwaltung für ein bürgerfreundliches und korrektes Deutsch.

Im Auftrag unterschiedlicher Ämter wurde bei mehreren Gelegenheiten die fotografische Dokumentation übernommen.

Die Beschäftigten des Bereiches sind Mitglied der Koordinierungsgruppe und/oder arbeiten in den Krisenstäben des Landkreises mit.

Büro für Chancengleichheit und Integration

Im Büro für Chancengleichheit und Integration arbeiten die Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragte, die Behinderten- und Seniorenbeauftragte, die Beauftragte für Bürgerbeteiligung, die Sachbearbeiterin Engagementstützpunkt, die Sachbearbeiterin Partnerschaft für Demokratie/MBS-Gewinnausschüttung und die Schwerbehindertenvertretung eng zusammen.

Behinderten- und Seniorenbeauftragte

Im Jahr 2022 war es erstmals seit Beginn der Coronapandemie wieder möglich, die fachliche Arbeit voranzutreiben, an Konzepten zu arbeiten und neue Projekte auf den Weg zu bringen oder unterstützend dafür tätig zu sein.

Unter anderem wurden folgende Projekte initiiert bzw. unterstützt:

- Projekt „LIVE“ von Special Olympics Brandenburg e. V.
- Koordinierungsstelle Barrierefreiheit
- Ausstellung zum Thema Demenz
- Umwandlung des Behinderten- und Skaterfests in einen „Tag der Begegnung Teltow-Fläming – gemeinsam anders“

Ansprechpartner für Menschen mit Behinderungen und Senior*innen

Als allgemeine Anlaufstelle für Menschen mit Behinderungen und ältere Personen werden hier individuelle Bedarfe ermittelt und Kontakte zu entsprechenden Unterstützungs- und Hilfeangeboten vermittelt. Die häufigsten Anfragen zu Leistungen und Themen ähneln denen der Jahre zuvor. Allerdings setzte auch hier die Coronapandemie einen deutlichen Schwerpunkt:

- Menschen mit Behinderungen als Risikogruppe, Möglichkeiten des besonderen Schutzes
- Handlungsempfehlungen zur Offenhaltung von Werkstätten für Menschen mit Behinderungen
- Herausforderungen in der Betreuung von Angehörigen mit besonderem Unterstützungsbedarf in Zeiten von Corona
- Unterstützung für pflegende Angehörige
- Umbau- und Fördermöglichkeiten zum barrierefreien Wohnraum
- DIN-Vorschriften zum barrierefreien Ausbau/Umbau
- Individualverkehr zu Fachärzten, Selbsthilfegruppen, Behördengängen

Stellungnahmen zum barrierefreien Bauen

Die Behinderten- und Seniorenbeauftragte wird von den zuständigen Fachämtern (A80, A 63) in die barrierefreie Gestaltung öffentlicher Verkehrsräume und die bauliche Ausstattung öffentlich zugänglicher Gebäude und Wohnungen einbezogen und um schriftliche Stellungnahme gebeten. Insgesamt wurden 77 Stellungnahmen zu genehmigungspflichtigen Verfahren zugearbeitet. Auch 2022 dominierten die Stellungnahmen zum barrierefreien Bauen im öffentlichen Verkehrs- und Freiraum (19 Stellungnahmen), insbesondere die Wege- und Leitsysteme für Blinde- und Sehbehinderte (z. B. an Bushaltestellen und Straßenquerungen) sowie die rollstuhlgerechte Gestaltung von öffentlichen Einrichtungen und Wohnungen. Dazu wurden, soweit möglich, auch Vor-Ort-Termine wahrgenommen, um die Gegebenheiten gemeinsam mit den Beteiligten besprechen zu können.

Bauherren, Planer und Kommunen nutzen auch außerhalb eines genehmigungspflichtigen Verfahrens den fachlichen Austausch.

Organisation und Durchführung von Veranstaltungen

Im Jahr 2022 konnten wieder Veranstaltungen in Präsenz durchgeführt werden.

Mit einer Festveranstaltung wurde am 13. Juni 2022 der Auftakt zur 28. brandenburgischen Seniorenwoche gegeben. Zur zentralen Festveranstaltung im Landkreis Teltow-Fläming trafen sich gut 100 geladene Gäste, unter ihnen auch der Landesseniorenbeauftragte Norman Asmus sowie Bürgermeister*innen und Abgeordnete.

Die Festveranstaltung gab Gelegenheit, die Leistungen der ehrenamtlich tätigen Senior*innen zu würdigen. So wurden 12 Menschen geehrt, die bereits seit Jahrzehnten Nachbarschaftshilfe leisten, sich um Begegnungsstätten kümmern, Traditionen und Brauchtum bewahren oder Spendenaktionen für Bedürftige organisieren.

Weiterhin wurde das 20 Behinderten- und Skaterfest am 3. September 2022 in der Skate-Arena in Jüterbog gefeiert. Hier wurde auch von den Teilnehmenden ein neuer Name gewählt. „Tag der Begegnung Teltow-Fläming – gemeinsam anders“ ist nun der neue Name für ein Fest, das Menschen mit und ohne Behinderung am wichtigsten Tourismusprojekt des Landkreises, der Flaeming-Skate, zusammenführen soll.

Unterstützend wurde beim Tag des Ehrenamtes und bei der Verleihung des Denkmalpflegepreises mitgewirkt.

Weitere Tätigkeiten

In folgenden Netzwerken, Arbeitskreisen und Beiräten arbeitet die Behinderten- und Seniorenbeauftragte mit und steht hier als Ansprechpartnerin zum Thema Menschen mit Behinderungen und Senioren zur Verfügung u. a.:

- Kreissenorenbeirat Teltow-Fläming
- Nahverkehrsbeirat
- Netzwerk Demenz TF
- „Netzwerk Gesundheitsdienstleister - barrierefreies Bauen“ der Kreishandwerkerschaft TF

Daten und Fakten

Fast jeder fünfte Mensch, der im Landkreis TF lebt, ist älter als 65 Jahre, vor allem im ländlichen Bereich. Laut Prognose wird die Anzahl der Personen im berufsfähigen Alter bis 2030 um insgesamt ein Viertel sinken.

Momentan gibt es in Teltow-Fläming ca. 8.500 pflegebedürftige Menschen. Zwei Drittel davon werden zu Hause gepflegt. Außerdem leben hier mehr als 29.000 behinderte und schwerbehinderte Menschen. 20.000 von ihnen haben einen Grad der Behinderung ab 50. Davon wiederum sind ca. 13.000 Personen 65 Jahre und älter. Hierbei sind die Geflüchteten aus der Ukraine noch nicht erfasst.

Gesetzliche Grundlage

Vor dem Hintergrund des oben genannten demografischen Wandels hat das Land Brandenburg in seiner Kommunalverfassung (§ 19 BbgKVerf) und der Landkreis Teltow-Fläming in seiner Hauptsatzung (§ 13) festgelegt, u. a. die Bevölkerungsgruppe der Senior*innen stärker in die politischen Entscheidungen mit einzubeziehen. Dazu benennt der Kreistag eine*n

Beauftragte*n zur Integration behinderter Menschen und zur Vertretung der Interessen der Senior*innen.

Wahrnehmung der Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten

Bis August 2022 wurde der Behinderten und Seniorenbeauftragten die Wahrnehmung der Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten für deren Abwesenheit als Vertretung übertragen. Dies umfasste u. a. die Teilnahme an Vorstellungsgesprächen und Arbeitskreisen.

Bundesprogramm „Demokratie leben!“

Der Landkreis TF nimmt seit 2015 am Bundesprogramm „Demokratie leben!“ teil.

Im November 2019 erhielt der Landkreis den Zuwendungsbescheid für die zweite Förderperiode des Bundesprogramms (2020 bis 2024) über 500.000 Euro. Das ermöglicht, die bereits angestoßenen Aktivitäten der Partnerschaft für Demokratie (vormals LAP) fortzusetzen und sie im Sinne des Leitbildes des Landkreises weiterzuentwickeln.

Verantwortlich für die Mittelbewirtschaftung war ab März 2021 federführend die Bürgerbeauftragte, unterstützt von der Fach- und Koordinierungsstelle „Demokratie leben!“ und der Sachbearbeiterin, und zwar für:

- die rechtsverbindliche Antragstellung für die „Partnerschaft für Demokratie“ auf Zuwendung von Bundesmitteln aus dem Programm;
- die rechtliche und inhaltliche Verantwortung der Umsetzung der „Partnerschaften für Demokratie“ einschließlich der Organisation, Berufung bzw. Bereitstellung einer Koordinierungs- und Fachstelle und des Begleitausschusses;
- die ordnungsgemäße Mittelverwendung;
- die Weiterleitung der zugewendeten Bundesmittel an Dritte (u. a. Auszahlung der Mittel für die Fonds und der daraus finanzierten Einzelmaßnahmen) einschließlich der rechtsverbindlichen Mittelanforderung bei der Regiestelle und der Bereitstellung von Informationen über die jeweiligen Einzelmaßnahmen (Formblatt-Vorgabe der Regiestelle)
- die administrativ-technische Beratung von Trägern von Projekten und Einzelmaßnahmen;
- die Abrechnung der Fördermittel gegenüber der Regiestelle (Verwendungsnachweis) und die damit zusammenhängende Erstprüfung der ordnungsgemäßen Verwendung der Bundesmittel – entsprechend den Regelungen nach Nr. 7.2 der Anlage 3 zur VV Nr. 5.1 zu § 44 BHO (ANBest-Gk).

Die Aufgaben der Fach- und Koordinierungsstelle waren:

- Erstansprechpartner bei Problemlagen entsprechend dem Förderbereich
- Steuerung der Erstellung und Fortschreibung der „Partnerschaft für Demokratie“ in Zusammenarbeit mit dem federführenden Amt, dem Begleitausschuss, dem Jugendforum und weiteren Akteur*innen
- Koordinierung sowie inhaltlich-fachliche Beratung von Projektträgern und Begleitung von 10 Einzelmaßnahmen im Jahr 2022, wovon 8 umgesetzt wurden. Zielsetzung war eine stärkere Einbindung in die lokale Gesamtstrategie einschließlich der Begleitung der Akteur*innen und ihrer Aktivitäten im Jugendforum sowie der Wahrnehmung von Aufgaben bzgl. der Mittelverwendung und -abrechnung im Aktions- und Initiativfonds sowie im Jugendfonds
- Koordination der Arbeit des Begleitausschusses Öffentlichkeitsarbeit zur Bekanntmachung des Bundesprogramms und der „Partnerschaft für Demokratie“ vor Ort
- Unterstützung der Vernetzung, Bekanntmachung und Inanspruchnahme von Angeboten auf Landesebene (insbesondere Demokratiezentren)
- Förderung der Vernetzung von Zivilgesellschaft und Verwaltung, insbesondere Anregung und Unterstützung des Wissenstransfers zum Umgang mit Problemlagen entsprechend dem Förderbereich in Verwaltungsstrukturen
- Beratung und Unterstützung von Bürger*innen, die sich für die demokratische Entwicklung des Gemeinwesens, für die Integration von Migrant*innen sowie für Teilhabe und kulturelle Vielfalt engagieren

- Förderung fachlicher Qualifizierung von Akteur*innen in der „Partnerschaft für Demokratie“ und Vermittlung entsprechender Angebote
- Weiterentwicklung der Arbeit in der Kommune im Themengebiet
- Gewährleistung der Zusammenarbeit mit der Programmevaluation/wissenschaftlichen Begleitung des Bundesprogramms
- Sicherstellung der Erfassung der Projektdaten und -ergebnisse
- Teilnahme an inhaltlichen und qualifizierenden Maßnahmen des Bundesprogramms
- Beantragung der weiteren Teilnahme am Bundesprogramm

Die Fach- und Koordinierungsstelle des Bundesprogramms „Demokratie leben“ informierte das federführende Amt und das beschließende Gremium, den Begleitausschuss, über Entwicklungen in den Tätigkeitsbereichen der Partnerschaft.

Der 2021 von der Landrätin berufene Begleitausschuss zählt mittlerweile 21 Mitglieder. Der Vorstand wurde am 11.10.2022 neu gewählt und mit Rico Oppitz, Zukunftsverein Dahmer Land, und Esther Gronenborn, Pro Quote Film, besetzt. Nicht stimmberechtigte Mitglieder des mobilen Beratungsteams Trebbin und des Engagementstützpunkts Teltow-Fläming ergänzen das Spektrum an Fachwissen im Begleitausschuss. Ein Lagebild und Maßnahmen wurden gemeinsam auf Klausurtagungen im Februar und Juni online und in wöchentlichen Teamsitzungen in Luckenwalde erarbeitet. In neun Sitzungen wurden Anträge für den Aktions- und Initiativfond abgestimmt.

Die Arbeit in der Partnerschaft wurde 2022 durch neue Impulse, insbesondere im Bereich Jugendbeteiligung und Netzwerkerweiterung, erweitert.

Digitalisierung als Handlungsfeld in Pandemiezeiten rückte in den Vordergrund. Die Demokratiekonferenz fand in Form regionaler Fachgespräche in den Sozialräumen im Rahmen des Veranstaltungsformates „Miteinander leben, miteinander reden: Bürgerdialog TF“ statt. Der Newsletter mit über 600 Leser*innen informierte über Projektträger des Einzel- und Initiativfonds sowie regionale und überregionale Aktivitäten und Best-Practice-Beispiele im Themenfeld. Der Social-Media-Auftritt wurde ausgebaut und mit Hilfe von Online-Grafikprogrammen bereichert. Die Leserschaft griff auch nach Pandemiezeiten mehr und umfangreicher auf die Inhalte des Newsletters und der Internetseite zu.

Der Internetauftritt sowie die Formulare Antragsstellung und Verwendungsnachweis wurden und werden weiterhin überarbeitet. Die programmatische Zielsetzung, auch Gebiete im Landkreis zu erreichen, die zivilgesellschaftlich schwächer aufgestellt sind, wurde insbesondere mit digitalen Formaten wahrgenommen.

Auch 2022 widmete sich die Partnerschaft für Demokratie TF Maßnahmen zur Qualitätssicherung und Selbstevaluation. Dazu gehört die jährlich vom Bundesprogramm vorgegebene Befragung durch das ISS Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. Frankfurt am Main. Auch eine Studie zum Ehrenamt in Brandenburg geht auf einen Impuls durch die Fach- und Koordinierungsstelle der Partnerschaft für Demokratie (PfD) TF zurück.

Die Handlungsfelder „Fairer Zugang“, „Interkulturelle Öffnung“ und „Kommunikation und Konfliktmanagement“ sind weiterhin Schwerpunkte bei der Projektauswahl im Aktions- und Initiativfond sowie den regionalen Demokratiekonferenzen.

Neben den bereits erwähnten Einzelprojekten fand ein intensiver Austausch zu gelingender Integration sowie Willkommens- und Beteiligungskultur statt. Dies erfolgte u. a. durch den Austausch mit Praktiker*innen aus anderen Partnerschaften bundesweit sowie mit brandenburgischen Akteur*innen der Vernetzungstreffen von Tolerantes Brandenburg. Insbesondere in Brandenburg werden zukünftig weitere Kooperationen und Synergien mit Bürger*innen, Vereinen, Politiker*innen vor allem im Bereich Zossen und Jüterbog angestrebt.

Jugendforum Teltow-Fläming

Das Ziel, das Jugendforum 2022 noch bekannter zu machen und neue Jugendliche sowie Netzwerkpartner*innen zu gewinnen, wurde erreicht. Einer konsequenten Netzwerkarbeit ist es mittlerweile zu verdanken, dass Jugendliche insbesondere aus Jugendclubs und Jugendinitiativen auf das Jugendforum zukommen, um ihre Projektideen mit ihm auf den Weg zu bringen. Die Jugendlichen haben in diesem Zusammenhang allerdings noch großen Bedarf an Jugend- und Schulsozialarbeit oder an sie begleitenden Akteuren in der Verwaltung, die sie bei ihren Vorhaben ermutigen und unterstützen. Komplett eigenständige Impulse blieben 2022 auch eher die Ausnahme. Ursachen dafür auszumachen ist recht spekulativ. Als gesichert kann jedoch angenommen werden, dass die Jugendlichen nach wie vor ein Informationsdefizit haben (z. B. über die Niedrigschwelligkeit des Angebotes bzw. Jugendfonds). Dieses Problem muss das Jugendforums Teltow-Fläming lösen. Aus diesem Grund ist die Aufklärungsarbeit des Jugendforums und seiner Koordinatoren auch so enorm wichtig und wird 2023 einen Schwerpunkt darstellen.

Im Folgenden eine exemplarische Übersicht über die im Jahr 2022 stattgefundenen Projekte:

- Im Januar hatten die Koordinatoren des Jugendforums TF die Gelegenheit, an der Oberschule Rangsdorf die Arbeit von **Creative Change e. V. (CC)** aus erster Reihe zu beobachten. Ein Projekt, das über den Begleitausschuss bzw. die Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Teltow-Fläming gefördert wurde. Mithilfe von Theaterpädagogik haben die Beschäftigten von CC verschiedene Themen wie Mobbing, Sucht, Sexualität und den Umgang damit problematisiert. Dabei sollten die Jugendlichen das Gesehene analysieren, interpretieren und ihre eigene Position dazu reflektieren. Vor dem Hintergrund des Gesehenen bewertet das Jugendforum CC als einen progressiven Kooperationspartner für zukünftige Projekte.
- Anlässlich des internationalen Frauentages am 8. März hat das Jugendforum Jugendclubs die Möglichkeit geboten, Angebote, die speziell auf die Zielgruppe der Frauen, Lesben, intergeschlechtlichen, nichtbinären, trans und agender Personen (**FLINTA**) zugeschnitten sind, umzusetzen. Jugendliche aus zwei Jugendclubs haben partizipiert und sich mehrheitlich für den FLINTA-Selbstbehauptungsworkshops ausgesprochen, die zusammen mit den örtlichen Fachkräften aus Jugend- und Schulsozialarbeit in Ludwigsfelde umgesetzt wurden. Weitere Workshops sind für 2023 bereits fest in Planung.
- Generell nimmt das Jugendforum Aufgaben in einem weiten Wirkungskreis wahr. So waren im gleichen Monat und zur **Stärkung der Jugendverbandsarbeit** die Koordinatoren des Jugendforums bei der Neugründung des Kinder- und Kreisjugendrings Teltow-Fläming (KKJR TF e. V.) engagiert und letztendlich auch federführend vertreten. Ferner unterstützt das Jugendforum das federführende Amt der Pfd bei der Umsetzung einer

Kinder- und Jugendbeteiligungsstrategie auf Landkreisebene und ist damit in puncto Beteiligung ein loyaler Partner.

- Vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges in der Ukraine haben viele Menschen in Teltow-Fläming Zuflucht gesucht. Das Jugendforum TF brachte seine Siebdruck-Maschine zum Einsatz, um Beutel mit der Aufschrift „**STOP WARS. Stand with Ukraine**“ zu bedrucken. Anschließend wurden diese unter den Geflüchteten, darunter viele Kinder, verteilt, um ihnen in dieser schwierigen Zeit eine kleine Freude zu bereiten sowie ihnen unsere Solidarität auszusprechen.
- Die Monate Mai bis Juni standen vor allem im Fokus zweier **Umfragen** bzw. **Beteiligungsprojekte**. Da war zum einen eine jugendgerechte Umfrage in Anlehnung an die Umfrage der Kreisverwaltung TF zur Novellierung des Radverkehrskonzepts des Landkreises. Hierbei spielte die Perspektive von Jugendlichen eine wichtige Rolle, gehören sie doch wie keine andere Altersgruppe zu den Hauptnutzenden von Fahrrädern. Zum anderen wurde in der Stadt Luckenwalde ein Beteiligungsprojekt zur Schaffung überdachter Sitzgelegenheiten initiiert, welches das Jugendforum zusammen mit der Stadt Luckenwalde und der Hochschulpräsenzstelle konzeptioniert, durchgeführt und ausgewertet hat. Mit der konkreten Umsetzung ist Mitte 2023 zu rechnen.
- Im Zeichen der **Extremismusprävention** stand das erste Aussteigergespräch mit Christian Weißgerber Anfang Juli. Weißgerber porträtierte in einem ersten Schritt seine Entwicklung hin zu einem Rechtsextremisten in Jugendjahren. Anschließend skizzierte er seine Gründe und Motivation, wie und warum er dem neonazistischen Milieu entsagte. Insofern hat die Darstellung seines Werdegangs eine präventive Wirkung auf alle Anwesenden gehabt, vor allem angesichts der Tatsache, dass insbesondere der ländliche Raum in Brandenburg ein Problem mit rechtsradikalen Strukturen hat.
- Zum Ende der Sommerferien gastierte die **Straßenfußball-Liga für Toleranz** in Luckenwalde. Gemeinsam mit der Kreissportjugend Teltow-Fläming und der Brandenburgischen Sportjugend konnten über 20 vielfältige Teams in die Luckenwalder Innenstadt gelockt und ein starkes Zeichen für Vielfalt und Toleranz gesetzt werden – das Jugendforum TF kickte natürlich auch mit.
- Dass sich **Fake News** spätestens seit der Corona-Pandemie verstärkt auf den sozialen Netzwerken tummeln, ist nicht neu. Der sichere Umgang mit Sozialen Medien wie Instagram, TikTok und Co. ist daher ein hoch brisantes Thema. Dank der Referentin Cristina Hellberg haben 17 Teilnehmer*innen eines „Fake News Workshops“ in Sperenberg gelernt, wie sie mit ihrem eigenen Smartphone und unter Zuhilfenahme verschiedener Methoden den Wahrheitsgehalt von Meldungen prüfen sowie Desinformationen widerlegen können.
- Zum Ende des Jahres haben das Jugendforum TF gemeinsam mit der Schulsozialarbeit einer Grundschule im Süden Teltow-Flämings ein **Konflikttraining** organisiert. Im Zentrum dessen standen in erster Linie die Themen Toleranz und Anti-Mobbing. In dem vierstündigen Workshop haben über 30 Kinder und Jugendliche etwas über die eigene Schmerzgrenzen und die ihrer Mitschüler*innen gelernt und wie wichtig es sein kann, den Perspektivwechsel vorzunehmen. Auch das Verhalten bei sprachlichen und körperlichen

Auseinandersetzungen spielte hierbei eine große Rolle und wie es gelingt, diese möglichst gewaltfrei zu lösen.

Überdies wurden aus Mitteln des Jugendfonds weitere **Projektideen** finanziert. Hervorzuheben sind an dieser Stelle ein Filmprojekt zur Aktivierung junger Menschen für kommunalpolitische Angelegenheiten und Jugendbeteiligung in ihrer Gemeinde/Stadt. Dieses wird 2023 veröffentlicht. Des Weiteren hatte der Clubrat eines Jugendclubs im Zuge der grassierenden Energiekrise kreative Ideen zur Energieeffizienz ihres „Smart-Clubs“ entwickelt – ein wegweisendes Projekt mit Strahlkraft über die Region hinaus. Die dafür notwendigen technischen Materialien wurden aus Mitteln des Jugendfonds bereitgestellt.

Die Reichweite der **Social-Media-Kanäle** des Jugendforums wurde genutzt, um Follower anlässlich verschiedener Gedenktage (u. a. 9. November, 8. Mai, 20. Juni) für gesellschaftliche relevante Themen und Probleme zu sensibilisieren.

Monatsplenum

In den zurückliegenden zwei Jahren verfolgte das das Jugendforum einen eher digitalen Ansatz. Mit dem Wegfall der Corona-Kontaktbeschränkungen möchte das Jugendforum wieder mehr Präsenzsitzungen anberaumen und diese nach Möglichkeit mit einem Schwerpunktthema verbinden. Dafür gab es in der zweiten Jahreshälfte 2022 starke Bemühungen, eigene Räumlichkeiten zu finden, um neue Gestaltungsspielräume zu eröffnen. Die Erfahrungen aus anderen Kommunen, in denen die Partnerschaft vertreten ist, haben gezeigt, dass dies die Arbeit nachhaltig beflügeln kann.

Verwendung der Mittel

Insgesamt wurden 2022 aus den Mitteln des Bundesprogramms 110.438,74 Euro ausgereicht. Davon für:

Tabelle 1: Verwendung der Mittel des Bundesprogramms "Demokratie leben!"

Finanzposition lt. Antrag	Beantragt für 2022/Euro	Bewilligung an Letztempfänger/Euro
1.1 (externe) Koordinierungs- und Fachstelle	55.000	63.400
1.2 Aktions-/Initiativfonds	54.000	37.038,74
1.3 Jugendfonds	10.000	10.000
1.4 Partizipations-, Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit	20.000	
<i>Gesamtkosten</i>	139.000	110.438,74
2.5 Drittmittel (MBS)	14.000	14.000
2.7 Bundesmittel	125.000	125.000
<i>Gesamteinnahmen</i>	139.000	

Beauftragte für Bürgerbeteiligung

Die Beauftragte für Bürgerbeteiligung ist zuständig für die Koordination des Engagementstützpunktes, federführendes Amt der Partnerschaft für Demokratie, die Sicherstellung von Beteiligungs-, Informations-, und Mitwirkungsmöglichkeiten für Bürger*innen – insbesondere von Kindern und Jugendlichen – und den Bürgerbus.

Kinder- und Jugendbeteiligung

Die Landkreis Teltow-Fläming hat im Rahmen der Anforderungen des § 18a der Brandenburger Kommunalverfassung (Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in und an kommunalpolitischen Diskussions- und Entscheidungsprozessen) seine Hauptsatzung am 6. Mai 2019 geändert. Darin sind in § 3a vier grundsätzliche Formen der Beteiligung der Kinder und Jugendlichen an den sie berührenden Kreisangelegenheiten benannt. Einzelheiten zu den Formen der Beteiligung und Mitwirkung regelt eine gesonderte Satzung zur Einwohnerbeteiligung, die der Kreistag ebenfalls am 6. Mai 2019 erlassen hat. Darin ist ebenfalls geregelt, dass die Belange der Kinder und Jugendlichen durch die Beauftragte/den Beauftragten für Bürgerbeteiligung unterstützt werden.

Entsprechende verbindliche Verfahren und Handlungsabläufe für die Kreispolitik und Kreisverwaltung fehlen jedoch noch. Ein konkretes Konzept oder eine Strategie zur Umsetzung der kommunalen Kinder- und Jugendbeteiligung auf Ebene des Landkreises fehlt ebenfalls.

Am 28. Februar 2022 wurde der Kreistag informiert: Der Landkreis Teltow-Fläming bildet für die Begleitung des Prozesses der Strategieentwicklung „Kommunale Kinder- und Jugendbeteiligung auf Kreisebene“ eine Steuerungsgruppe aus Mitgliedern der Verwaltung, Politik und ggf. jugendpolitischer Interessenvertretungen.

Die Sicherstellung von Mitwirkungs-, Informations-, und Beteiligungsmöglichkeiten soll durch ein Konzept zur Beteiligung erzielt werden.

Die Steuerungsgruppe analysiert die vorhandenen Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte und -formen auf Kreisebene und erarbeitet jeweils mit Verwaltung, Politik, Jugendhilfe, Schule und Kindern und Jugendlichen deren Perspektiven auf Gelingens-Faktoren und Voraussetzungen für die eigenständige Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen an Diskussions- und Entscheidungsprozesse des Landkreises.

Die Steuerungsgruppe entwickelt auf Grundlage der Ergebnisse der Analyse einen Rahmen-Auftrag („Inhaltsverzeichnis“) zur partizipativen Erarbeitung eines Kinder- und Jugendbeteiligungskonzeptes für den Landkreis Teltow-Fläming und leitet diesen an den Kreistag zur Beschlussfassung weiter (bis Ende 2023).

Bürgerbeteiligung

Online-Beteiligung

Es wurde an der Umsetzung von anonymen Online-Bürgerumfragen gearbeitet, um ein Stimmungsbild zu generieren. 2022 wurde an der Einführung des Programms „lime survey“ community edition unter Berücksichtigung von datenschutzrechtlichen Belangen gearbeitet.

Erstes Modellprojekt war eine Bürgerumfrage zur Aktualisierung des Radverkehrskonzeptes als Teil des Mobilitätskonzeptes. Vom 2. bis 30. Mai 2022 waren Bürger*innen gefragt, ihre Wünsche, Anregungen und Meinungen dazu zu äußern.

Mehr als 3000 Menschen haben sich beteiligt.

Bei dieser Befragung handelte es sich nicht um eine förmliche Einwohnerbefragung im Sinne des § 13 BbgKVerf. Hier sind, auch nach Auffassung der obersten Rechtsaufsichtsbehörde (MIK), keine Rechtsgründe erkennbar, die gegen die Durchführung einer derartigen nicht-förmlichen Befragung und Informationsbeschaffung sprechen.

2.828 Personen nahmen online über den Internetauftritt des Landkreises an der Umfrage teil. Weitere 177 Menschen wählten den analogen Weg und füllten die Fragebögen in den Kommunen bzw. am Bürgerbus aus. Er machte im Befragungszeitraum in jeder Stadt und Gemeinde des Landkreises mindestens einmal Station. Oftmals sind Menschen eigens zu den angekündigten Terminen erschienen, um an der Umfrage teilzunehmen. Nicht zuletzt wurden am Bürgerbus viele Gespräche geführt.

Neben der eigentlichen Teilnahme an der Umfrage gab es auch Briefe und E-Mails, in denen unabhängig von den Fragebögen individuelle Meinungen zum Thema Radverkehr geäußert wurden. Auch sie fließen in die Auswertung mit ein.

Die Rückläufe und eine erste Auswertung der Umfrage gehen an ein vom Landkreis beauftragtes Planungsbüro. Es wird eine detaillierte Auswertung vornehmen, die in die Erstellung des Radverkehrskonzeptes einfließt, das Mitte 2023 fertig werden soll.

Veranstaltungsformat „Miteinander leben, miteinander reden – Bürgerdialog TF“

Das Veranstaltungsformat „Miteinander leben, miteinander reden – Bürgerdialog TF“ wurde 2022 zweimal umgesetzt.

24. Juni 2022

Landkreis im Gespräch

Das Veranstaltungsformat konzentrierte sich auf den Sozialraum West mit den Städten Luckenwalde und Trebbin sowie der Gemeinde Nuthe-Urstromtal. Hier kamen die Hauptverwaltungsbeamten der Kommunen mit der Verwaltungsleitung der Kreisverwaltung zu gesetzten Themen ins Gespräch.

Netzwerkkonferenz

Unter dem Motto „Miteinander leben – miteinander reden“ lud die Kreisverwaltung Teltow-Fläming am 28. Juni 2022 ab 13 Uhr zu einem Netzwerktreffen mit anschließendem Bürgerdialog ein. Ressortübergreifend wurden die Themen „Wirtschaft und Regionalentwicklung“ sowie „Familie und Soziales“ gewählt.

Bürgerdialog

Am gleichen Tag startete der erste Bürgerdialog Teltow-Fläming ab 18 Uhr in der Stadtbibliothek Luckenwalde, Bahnhofplatz 5. Der Bürgerdialog wird künftig zweimal im Jahr seinen Fokus auf einen anderen der vier Sozialräume im Landkreis legen.

18. Oktober 2022

Landkreis im Gespräch

Die Verwaltungsleitung des Landkreises tauschte sich mit Niedergörsdorfs Bürgermeisterin Doreen Boßdorf, Jüterbogs Bürgermeister Arne Raue und dem Dahmer Amtsdirektor David Kaluza zu den Themen Mobilität und Nachhaltigkeit, Kita und Schule sowie Regionalplanung aus. Man einigte sich u. a. darüber, künftig überregional beim Thema Radverkehr zusammenzuarbeiten.

Netzwerkkonferenz

Am Nachmittag des 18. Oktober trafen sich Akteur*innen zu einer Netzwerkkonferenz im Kulturquartier Mönchenkloster Jüterbog. Eingeladen waren Netzwerkpartner*innen des Landkreises und der drei Kommunen. An so genannten "Thementischen" diskutierten sie aktuelle Fragen:

1. Netzwerk Kinderschutz
2. Integration: Gesellschaft mit Respekt und Toleranz
3. Schuldnerberatung: Situation einkommensschwacher Familien in der Region Süd
4. Gründen in Brandenburg/Teltow-Fläming in der Förderperiode 2021-2027
5. Zusammenarbeit zwischen kommunalen Bauämtern und Unterer Bauaufsichtsbehörde
6. Engagementförderung und Jugendarbeit

Bürgerdialog

Die Veranstaltung wurde am Abend durch einen Bürgerdialog im Kulturzentrum „Das Haus“ in Altes Lager abgerundet. Der Bürgerdialog wurde ins Leben gerufen, um die Bürgerbeteiligung im Landkreis zu stärken und der Bürgerschaft die Möglichkeit zu bieten, sich zu informieren und Fragen zu stellen. Das taten die ca. 30 Teilnehmer*innen denn auch: Neben den Themen Inflation, Kita, Kultur, Ordnung und Sicherheit, Steuern, Straßenverkehr und Geschwindigkeitsbegrenzungen ging es auch um individuelle Anliegen. Zudem informierten die Veranstalter über das Ergebnis der Zusammenkunft am Vormittag.

Bürgerbus – Modellprojekt Beratung, Hilfe, Dialog

Seit 2021 ist der Bürgerbus im Landkreis unterwegs. Mit dem Modellprojekt will der Landkreis den Menschen in der Region das Handeln von Verwaltung und Politik näherbringen und gleichzeitig ihre Bedarfe ermitteln. Themenangebote sind unter anderem Beratungen oder auch Hilfen zur Antragsstellung. Im Mittelpunkt steht passend zum Leitbild des Landkreises das Motto „Miteinander leben – miteinander reden“ für mehr Bürgernähe und Bürgerdialog.

Der Bürgerbus wurde bereits bei vielen Gelegenheiten und Projekten genutzt, sowohl von externen Partnern als auch von den Beschäftigten des Landkreises. Im Jahr 2022 war der Bürgerbus um die 40-mal in der Region unterwegs.

Zuständig für den Einsatz des Fahrzeuges ist das Büro für Chancengleichheit und Integration der Kreisverwaltung Teltow-Fläming. Der Bürgerbus wird von einer Person gefahren, die ein Freiwilliges Soziales Jahr Politik/Demokratie absolviert.

Die Beschäftigten des Büros für Chancengleichheit und Integration absolvieren regelmäßig ein ADAC-Fahrsicherheitstraining und wissen daher, wie der Bürgerbus in brenzligen Situationen im Straßenverkehr reagiert.

In der weiterhin bestehenden Pandemie-Situation in Deutschland unterstützte der Bürgerbus das „mobile Impfen“ des DRK, um vor allem weniger bewegliche und ältere Personen im ländlichen Raum zu erreichen. Der Bus wurde dafür insgesamt 23-mal eingesetzt, es erfolgte ein durchgängiger Standortwechsel zur besseren Rotation. Die Einsätze wurden von der Person, die das FSJ im Büro für Chancengleichheit und Integration absolvierte, organisatorisch begleitet und unterstützt.

Der Landkreis Teltow-Fläming führte vom 2. bis 30. Mai 2022 eine Umfrage zur Aktualisierung des Radverkehrskonzeptes durch. Der Bürgerbus war in allen Kommunen in Teltow-Fläming dafür im Einsatz. Das Ziel war es, so viele Menschen wie es nur möglich zu motivieren, an der Umfrage teilzunehmen und ihre Meinung zu äußern.

Engagementstützpunkt

Die dauerhafte Fortführung des Engagementstützpunkts wurde vom Kreistag in der Sitzung vom 27.06.2022 beschlossen (Kreistagsbeschluss 6-4769/22-LR/1). Der Engagementstützpunkt wird aus dem Haushalt des Landkreises finanziert und die Personalstelle (Sachbearbeitung) wird 2023 in den Stellenplan aufgenommen. Zur Sicherstellung des Mobilitätzuschusses werden bis zu 30.000 Euro jährlich bereitgestellt. Die Sachbearbeiterin koordiniert in Zusammenarbeit mit der Beauftragten für Bürgerbeteiligung den Engagementstützpunkt und bearbeitet Themen, die ehrenamtlich Engagierte bewegen.

Mobilitätzuschuss

Im Kalenderjahr 2022 wurde der Mobilitätzuschuss in regelmäßigen Abständen crossmedial beworben. Auf die Möglichkeit der Antragstellung wurde bei Veranstaltungen wie „Miteinander leben – miteinander reden“ und dem Tag des Ehrenamtes hingewiesen. Die Beauftragten des Landkreises wirkten bei der Bewerbung des Mobilitätzuschusses aktiv mit. Ebenfalls wurden Briefe an Organisationen versandt, von denen Personen im Vorjahr einen Antrag auf Erhalt des Mobilitätzuschusses stellten. Am Ende des Kalenderjahres wurden die zur Verfügung stehenden 30.000 Euro komplett ausgeschöpft. Insgesamt gingen 315 Anträge ein, von denen 300 positiv und 15 negativ beschieden wurden. Ablehnungen erfolgten, weil eine Aufwandsentschädigung gezahlt, die Fahrkosten durch den jeweiligen Verein erstattet oder die zur Verfügung stehenden Mittel ausgeschöpft waren. In letzterem Fall wurde den Antragsteller*innen (9 Personen) in Aussicht gestellt, dass ihre Anträge im laufenden Kalenderjahr (2023) Berücksichtigung finden.

Ehrenamts-Studie des Landes Brandenburg

Für das Jahr 2022 war eine Ressourcen- und Situationsanalyse für den Engagementstützpunkt geplant. Dafür sollte eine Ausschreibung erfolgen. Während der Recherche wurde das Büro für Chancengleichheit und Integration auf die geplante Ehrenamts-Studie des Landes Brandenburg aufmerksam. Diese wird durch das Beratungs-Institut Change Centre Consulting GmbH (Firmensitz in 15936 Dahmetal) durchgeführt. Leiter der Studie und Firmeninhaber ist Prof. Dr. Joachim Klewes, der im Landkreis Teltow-Fläming ansässig ist. Die Studie wurde nicht vom Landkreis Teltow-Fläming in Auftrag gegeben, sondern von der GmbH eigeninitiativ ins Leben gerufen. Die Ergebnisse werden dem Landkreis unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Aus der Studie erhofft sich der Landkreis Erkenntnisse, die für ihre Arbeit und die weitere Ausrichtung des Engagementstützpunktes von Nutzen sein können.

Die Studie wird wesentlich von der Deutschen Stiftung für Ehrenamt und Engagement gefördert und steht unter der Schirmherrschaft von Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke. Mit den Ergebnissen ist voraussichtlich ab März 2023 zu rechnen.

Weitere Informationen: [Ehrenamtsstudie Brandenburg \(https://www.ehrenamtsstudie-brandenburg.de\)](https://www.ehrenamtsstudie-brandenburg.de)

Bewerbung der Ehrenamtskarte Berlin-Brandenburg

Aufgrund personeller Engpässe im Büro für Chancengleichheit und Integration war es nicht im vollen Umfang möglich, die Ehrenamtskarte Berlin-Brandenburg aktiv zu bewerben. Dennoch wurde bei Veranstaltungen des Landkreises darauf aufmerksam gemacht. Auch im Internetauftritt des Landkreises wird mit Verweis auf die Staatskanzlei des Landes Brandenburg, **Koordinierungsstelle Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement, Orden/Ehrungen**, auf die Ehrenamtskarte Berlin-Brandenburg hingewiesen.

Sachbearbeitung Partnerschaft für Demokratie (PfD)/MBS-Gewinnausschüttung

Teilbereich PfD

Seit Februar 2022 war die Stelle der Sachbearbeitung PfD/MBS-Gewinnausschüttung unbesetzt. Die Tätigkeiten im Bereich des Bundesprogramms übernahmen vertretungsweise andere Beschäftigte (Sachbearbeitung Engagementstützpunkt, Kompensationsstelle Büro der Landrätin.)

Im Jahr 2022 genehmigte der Begleitausschuss 9 neue Projekte. Dabei erfolgten die Prüfung der Anträge, die Erstellung des Zuwendungsbescheides und die Ausreichung der Mittel. Für ein bewilligtes Projekt musste der Zuwendungsbescheid widerrufen werden, da die Finanzierung nicht gesichert werden konnte. Der antragstellende Verein zog daher seinen Antrag nach Erhalt des Zuwendungsbescheids zurück. Eine Mittelauszahlung erfolgte für diesen Fall nicht, und es entstanden keine weiteren finanziellen Forderungen.

Zudem wurde im Jahr 2022 der Gesamtverwendungsnachweis für das Förderjahr 2021 erstellt und eingereicht. Dies beinhaltete die Prüfung der Verwendungsnachweise aller Einzelmaßnahmen aus der Förderung des Jahres 2021, teilweise verbunden mit Rückforderungen und jeweils der Erstellung eines Gesamtverwendungsnachweises.

Teilbereich MBS-Gewinnausschüttung

Der Landkreis Teltow-Fläming kann auf unbestimmte Zeit keine Zuwendungen für gemeinnützige Zwecke aus Ausschüttungsmitteln der Mittelbrandenburgischen Sparkasse gemäß der entsprechenden Förderrichtlinie vornehmen. Bereits bewilligte Projekte sind davon nicht betroffen. Grund: Im Hinblick auf bereits bewilligte und noch nicht abgeschlossene Projekte und der damit verbundenen Bindung von Mitteln ist es zurzeit nicht möglich, neue Projekte zu finanzieren. Daher muss die externe Vergabe bis auf Weiteres eingestellt werden.

Eine Prognose, ab wann die externe Vergabe der Mittel wieder erfolgen kann, kann derzeit nicht gegeben werden. Die Gewinnausschüttung ist an die Gewinnerzielung der Mittelbrandenburgischen Sparkasse gebunden. Diese wurde in den letzten drei Jahren von verschiedensten Krisen beeinflusst.

Behördlicher Datenschutzbeauftragter

Die Anzahl der Anfragen aus der Kreisverwaltung ist im Vergleich zum Vorjahr konstant geblieben. Schwerpunkte waren wie stets die Bereiche Personal, Soziales und Gesundheit. Ein Aufwärtstrend ist bei Vorgängen zu verzeichnen, bei denen neue Verfahren konzipiert werden und datenschutzrechtliche Beratung angefordert wird. Hier wird auch sichtbar, dass im Bereich Organisation spezielle Stellen eingerichtet wurden, um Führungskräfte bei ihren Aufgaben im Datenschutz zu unterstützen.

Eingebunden wurde der Datenschutzbeauftragte regelmäßig in die Bewertung von Datenschutzvorfällen und in die Vorbereitung von diesbezüglichen Meldungen an die Aufsichtsbehörde.

Bei den Anfragen von Bürger*innen handelte es sich meist nicht um Angelegenheiten aus der kreiseigenen Verwaltung. Die herangetragenen Probleme behandelten das Verhalten von Institutionen auf der gemeindlichen Ebene oder bezogen sich – im nichtöffentlichen Bereich – auf private Videoüberwachungssysteme. Aus rechtlichen Gründen (eine Beratung ist nur bei Angelegenheiten des Landkreises erlaubt) konnte der Datenschutzbeauftragte nur allgemeine Hinweise geben. Dabei benennt er Stellen, denen Informations- und Kontrollrechte gegenüber Gemeindeverwaltungen oder gegenüber Privaten zustehen.

IT-Sicherheitsbeauftragter

Der IT-Sicherheitsbeauftragte koordiniert die Einhaltung und Durchführung der IT-Sicherheit in der Kreisverwaltung. Folgende Entwürfe wurden für die Organisation mit dem Ziel einer Dienstanweisung erstellt:

- DA Datenschutz
 - Anlage Auftragsdatenverarbeitung
 - Anlage Datenschutzkonzept
 - Anlage Einwilligungserklärung
 - Anlage Freigabeerklärung
 - Anlage Informationspflichten
 - Anlage Richtlinie DSFA
 - Anlage Schutzbedarf
 - Anlage Verpflichtung Datenschutz
 - Anlage Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten
- Leitlinie Notfallmanagement
- Konzept für die Notfallvorsorge
- Allgemeiner Notfallplan
- Richtlinie für den Umgang mit Sicherheitsvorfällen

Zusätzlich hat der IT-Sicherheitsbeauftragte temporär die Aufgabe des Stabsstellenleiters in der Pandemieabteilung für die Corona-Bekämpfung übernommen. Damit verbunden war die personelle, organisatorische und technische Planung, Koordinierung und Evaluation in diesem Bereich.

Amt für zentrale Steuerung, Organisation und Personal

Sachgebiet Zentrale Steuerung und Organisation

Das Amt für zentrale Steuerung, Organisation und Personal ist als Querschnittsamt Dienstleister für alle Organisationseinheiten der Kreisverwaltung. Es steht dabei für personalrechtliche und organisatorische Beratungen zur Verfügung.

Das Sachgebiet Zentrale Steuerung und Organisation unterstützt die Fachämter bei der optimalen Ausrichtung ihrer Organisationseinheiten und Arbeitsprozesse. Ziel ist es, in allen Bereichen eine den Aufgaben und der Prozessoptimierung entsprechende angemessene und auskömmliche Personalausstattung zu gewährleisten.

Neben der Organisationsentwicklung unterstützt das Sachgebiet die Fachämter bei der Erarbeitung von Stellenbeschreibungen und Anforderungsprofilen und ist als Mitglied der Stellenbewertungskommission für die tarifrechtskonforme Bewertung der Stellen verantwortlich.

Des Weiteren initiiert und koordiniert das Sachgebiet inhaltlich und organisatorisch die Schaffung innerdienstlicher Regelungen und unterrichtet im Rahmen der Beteiligungsverfahren nach dem Landespersonalvertretungsgesetz die Personalvertretung und Beauftragten.

Corona-Pandemie

Auch im dritten Jahr der Corona-Pandemie hatte der Landkreis zahlreiche zusätzliche Herausforderungen zu bewältigen. Der öffentliche Dienst zählt zu den systemrelevanten Bereichen, deren Arbeitsfähigkeit unbedingt zu sichern ist. Der Gesetzgeber hatte an keiner Stelle die Pflicht zur Aufgabenerfüllung eingeschränkt – im Gegenteil. Durch die Pandemie und die in diesem Zusammenhang erlassenen Rechtsvorschriften sind dem Landkreis zusätzliche Aufgaben übertragen worden.

Verantwortlich für die Koordinierung von Infektionsschutzmaßnahmen für Beschäftigte der Kreisverwaltung ist das Sachgebiet Zentrale Steuerung und Organisation.

Strukturuntersuchung

Wichtig für die Umsetzung des Leitbildes „Miteinander leben und die Zukunft nachhaltig gestalten“ ist eine wirksame Verwaltungsorganisation. Dabei sind gemäß dem Strategiepapier externe Beratungen zur Verwaltungsorganisation und Prozessoptimierung für Themen der Gesamtverwaltung zu realisieren. Mit der Durchführung einer Organisationsuntersuchung zur Verwaltungsstruktur in der Kreisverwaltung wurde im November 2022 die beratungsraum Kommunal- und Unternehmensberatung GmbH aus Leipzig (beratungsraum GmbH) beauftragt.

Die Organisationsuntersuchung erfolgt im I. Quartal 2023 und beinhaltet:

- Interviews und Workshops zur Strukturanalyse und -optimierung mit der Landrätin, allen Beigeordneten, dem Dezernatsleiter, den Amtsleiter*innen, den Beauftragten und dem Personalrat sowie
- eine Dokumentenanalyse (z. B. des Aufgaben- und Verwaltungsgliederungsplans, des Leitbildes mit Strategiepapier und statistische Angaben).

Ziel der Organisationsuntersuchung ist es, die Strukturen und Abläufe in der Kreisverwaltung zu prüfen. Die Beratungsraum GmbH wird dazu eine Bestandsaufnahme und -analyse durchführen, bei der es um die bestehende Aufbauorganisation und Schnittstellen zwischen den Organisationseinheiten geht. Darüber hinaus sollen der Zuschnitt der Organisationsbereiche betrachtet und Optimierungspotenziale eruiert werden, um eine zukunftsfähige Struktur der Gesamtverwaltung zu schaffen. Die Beratungsraum GmbH wird dazu ein Konzept mit kurz-, mittel- und langfristigen Empfehlungsmaßnahmen zur zukünftigen Verwaltungsstruktur erstellen.

Verwaltungsstruktur (Aufbauorganisation)

Gesundheitsamt

Mit Auflösung der Stabsstelle zur Corona-Bekämpfung 2021 wurde 2022 der Personalbedarf für die Kontaktnachverfolgung sowie die Zusammenarbeit mit Landesbehörden und dem RKI durch die Weiterführung entsprechender Personalstellen abgedeckt.

Durch die epidemische Lage bedingt waren und sind dem Gesundheitsamt zusätzliche Aufgaben übertragen worden. Die Auswertung der Gesamtsituation führte dazu, dass Strukturen des Öffentlichen Gesundheitsdienstes aller kommunalen Ebenen auf den Prüfstand gestellt wurden, nicht zuletzt mit der Feststellung, diese infrastrukturell und digital zu optimieren. Der Mangel an Fachkräften erfuhr eine besondere Bewertung.

Mit dem durch Bund, Länder und Kommunen vereinbarten „Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst“ soll dieser gestärkt werden. Die Vereinbarung zur Umsetzung wurde bereits 2021 getroffen und mit Unterzeichnung der Folgevereinbarung durch die Landrätin für 2022 mit Wirksamkeit bis 2026 fortgeschrieben.

2021 konnten erste zusätzliche Stellen geplant und erfolgreich besetzt werden. 2022 wurden weitere zusätzliche 5,5 Stellen eingerichtet. Die abrechenbaren Mittel der Gesamtförderung für den personellen Aufbau des Kreisgesundheitsamtes werden auch dafür verwendet, attraktive Beschäftigungsbedingungen insbesondere für ärztliches Personal zu schaffen. Für den Ausbau der digitalen Infrastruktur werden zusätzliche Projekte gefördert.

Gründung des Amtes für Digitalisierung und Informationstechnik

Die Digitalisierung und der damit einhergehende technologische und verwaltungskulturelle Wandel stellen den bisher größten zu bewältigenden Transformationsprozess für die Verwaltung des Landkreises Teltow-Fläming dar. Um den damit verbundenen Herausforderungen und Aufgaben auch strukturell gerecht werden zu können, wurde der Bedarf eines eigenständigen Amtes für Digitalisierung und Informationstechnik festgestellt.

Mit dem am 2. Mai 2022 durch den Kreistag beschlossenen Haushalt und der damit einhergehenden Stellenplanerhöhung im Zusammenhang mit der Gründung des Amtes für Digitalisierung und Informationstechnik (A 17) wurden erste Grundlagen zur Neustrukturierung des IT-Bereiches geschaffen. Vor dem Hintergrund der Vielzahl der bereits laufenden Digitalisierungsmaßnahmen (Dokumentenmanagementsystem/DMS, qualifizierter Rechnungsworkflow/E-Rechnung, besonderes elektronisches Behördenpostfach/beBPO) usw.) sowie zukünftiger Herausforderungen wurden mit der Stellenplanung 2023 weitere Stellen eingerichtet.

Folglich konnte das Amt für Digitalisierung und Informationstechnik zum 1. Januar 2023 gegründet werden.

Gründungsvorbereitungen zentrale Vergabestelle

Um dem Beschluss des Kreistages Rechnung zu tragen, fanden 2022 die Vorbereitungen zur Gründung der zentralen Vergabestelle zum 1. Januar 2023 statt. Die nach wie vor dynamische Entwicklung des Vergaberechts sowie die zu erwartende umfangreiche Rechtsprechung aufgrund der ständigen Reformen machen es notwendig, die sich ändernde Rechtslage zu beobachten, zu analysieren und die aktuellen Verfahren einzubringen. Allein diese Aufgaben erfordern bei dem derzeitigen Veränderungstempo höchste Aufmerksamkeit, um die Rechtssicherheit der Vergabeverfahren sicherstellen zu können. Die künftige Ansiedlung der zentralen Vergabestelle im Rechtsamt des Landkreises Teltow-Fläming ist daher aus Gründen der Effizienz und Effektivität naheliegend.

In weiteren Schritten werden eine Dienstanweisung erstellt und die Vergabeverfahren von den Fachämtern sukzessive übernommen – ab dem 4. Quartal 2023 für das Kreishaus. Ausgenommen sind die Vergaben für die Sachgebiete Gebäude- und Liegenschaftsmanagement und Infrastrukturmanagement, diese erst ab 2024.

Aufbau des Bereichs Datenschutzmanagement und Digitalisierung der Verwaltung

Mit Schaffung und Besetzung der Stelle Sachbearbeitung Datenschutzmanagement und digitale Verwaltung wurde eine weitere Voraussetzung geschaffen, um den Prozess der Digitalisierung der Verwaltung bedarfsgerecht und nutzerorientiert initiieren zu können. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Erarbeitung und Einhaltung der erforderlichen Rahmenbedingungen gelegt. Hier sind insbesondere datenschutzrechtliche Belange sowie die zeitnahe und konsequente Personalratsbeteiligung zu nennen. Die Unterstützung der Fachämter steht dabei zudem im Fokus und soll insgesamt einen reibungslosen Ablauf der Digitalisierungsprojekte gewährleisten. Die Umsetzung ist in der gesamten Verwaltung erforderlich und im Rahmen der Bürgerfreundlichkeit unabdingbar. Um die Vielzahl der umzustellenden Verfahren durch das Amt für Zentrale Steuerung, Organisation und Personals vollumfänglich begleiten zu können, war es daher möglich, im Berichtszeitraum noch eine weitere Stelle für den genannten Aufgabenbereich auszuschreiben. Der ordnungsgemäßen Abbildung einzelner Konzepte, aber auch der einheitlichen, strukturierten Organisation der Verwaltungsdigitalisierung kann somit Rechnung getragen werden.

Innerdienstliche Regelungen (Ablauforganisation)

In zahlreichen Regelungen werden Zuständigkeiten, Rechte und Pflichten der Beschäftigten und damit stets der Ablauf der Arbeitsprozesse beschrieben. In diesem Zusammenhang hat das Sachgebiet Zentrale Steuerung und Organisation auf die Einhaltung der Gesetze – wie beispielsweise das Arbeitsschutzgesetz – sowie auf effiziente und klare Verwaltungs- und Organisationsabläufe zu achten.

Im Jahr 2022 wurden folgende innerdienstliche Regelungen neu erlassen bzw. geändert:

Aktenplan

Im Rahmen des Teilprojektes „Einführung der Schriftgutverwaltung“ im Zusammenhang mit der Einführung des Dokumentenmanagementsystems WINYARD in der Kreisverwaltung Teltow-Fläming soll durch die Erarbeitung eines allgemeingültigen Aktenplans ein einheitliches Ordnungssystem geschaffen werden. Dieses soll ermöglichen, dass Schriftgut innerhalb der Verwaltung zielgerichtet ermittelt und schnell aufgefunden werden kann.

Mit dem SG IT-Service sowie dem SG Zentrale Steuerung und Organisation sind seit November 2022 zwei Fachbereiche als Piloten betraut, die auf Basis der vorgegebenen Grundstruktur ihre Ablage- bzw. Ordnerstruktur erproben. Mit den daraus resultierenden Erkenntnissen soll zukünftig schrittweise die Implementierung des Aktenplans auf sämtliche Fachbereiche der Kreisverwaltung umgesetzt werden.

Besonderes elektronisches Behördenpostfach

Die Verordnungsermächtigung für die Länder, in ihren Bereichen durch Rechtsverordnungen zu bestimmen, wann der elektronische Rechtsverkehr mit den jeweiligen Gerichten verbindlich wird, trat mit dem 1. Januar 2022 außer Kraft (gesetzliche Grundlage: Art. 26 Abs. 8 des Gesetzes zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs mit den Gerichten vom 10. Oktober 2013 (ERVGerFöG)). Das hat zur Folge, dass die bundesgesetzlichen Regelungen in den jeweiligen Gerichtsordnungen ab dem 1. Januar 2022 verbindlich für den Landkreis Teltow-Fläming gelten. Dieser ist damit verpflichtet, Dokumente elektronisch an die Gerichte zu übermitteln. Andere Übermittlungswege stehen grundsätzlich nicht mehr zur Verfügung.

Als sicheren Übermittlungsweg für die Kommunikation mit den Gerichten sehen die Gesetze unter anderem das besondere elektronische Behördenpostfach (beBPo) vor.

Das beBPo in der Kreisverwaltung Teltow-Fläming ist seit dem 1. Januar 2022 für den Schriftverkehr mit den Gerichten zu nutzen. Für die Fachbereiche der Kreisverwaltung wurden einzelne Unterpostfächer angelegt. Durch elektronische Erkennung werden Posteingänge direkt in die jeweiligen Unterpostfächer weitergeleitet. Elektronisch unzustellbare Posteingänge werden in der Poststelle gesichtet und manuell in das Unterpostfach der zuständigen Stelle exportiert.

Anpassung der Dienstordnung

Die Dienstordnung trat nach grundlegender Überarbeitung am 1. Januar 2022 in Kraft. Sie ist die innerdienstliche Vorschrift für die Kreisverwaltung Teltow-Fläming und enthält Regeln für die innere Organisation, den Verwaltungsablauf, den Geschäftsgang sowie das Verhalten der Führungskräfte und Beschäftigten. Die Dienstordnung wird fortwährend evaluiert und wurde am 16.05.2022 durch Inkrafttreten der 1. Änderung angepasst. Folgende Punkte wurden ergänzend bzw. klarstellend geregelt:

- Vertretung der Beigeordneten und Dezernenten bei Verhinderung oder Vakanz durch eine*n Amtsleiter*in (Ausnahme: Recht und Pflichten des Beigeordneten gemäß § 131 Abs. 1 i. V. m. § 29 Abs. 2 und § 60 Abs. 4 S. 1 BbgKVerf)
- Klarstellung der Zeichnung von Vertreter*innen der Beigeordneten und Dezernenten auf dem Briefkopf „Die Landrätin/Der Landrat“.

Dienstanweisungen

Anpassung der Dienstanweisung zum Schutz vor dem Corona-Virus

In der weiterhin bestehenden Pandemiesituation im Jahr 2022 galt es, sowohl den Gesundheitsschutz der Beschäftigten als auch die Aufgabenerfüllung sicherzustellen. Dementsprechend wurde die Dienstanweisung zum Schutz vor dem Corona-Virus SARS-CoV-2 seit dem ersten Inkrafttreten insgesamt achtmal überarbeitet. Grund dafür waren die dynamische Entwicklung des Pandemiegeschehens und damit einhergehende Veränderungen von Rechtsnormen.

Dienstvereinbarungen

Dienstvereinbarung zum Arbeiten außerhalb der Diensträume (Homeoffice)

Die Dienstvereinbarung trat mit Wirkung vom 1. Januar 2023 in Kraft. Zuvor war im Rahmen der Sonder-AG Telearbeit ein Entwurf der Dienstvereinbarung zum Arbeiten außerhalb der Diensträume der Kreisverwaltung Teltow-Fläming Ende 2021 fertiggestellt. Das Beteiligungsverfahren beim Personalrat wurde im Jahr 2022 eingeleitet und mit Unterzeichnung der Dienstvereinbarung im Jahr 2022 erfolgreich abgeschlossen.

Dienstvereinbarung zum Umgang mit den Meldepflichten nach Art. 33 und Art. 34 EU-DSGVO

Mit der Überarbeitung der Dienstanweisung im Hinblick auf die Verantwortlichkeiten und internen Abläufe wurde 2022 begonnen. Ziel ist es, ein einheitliches Handeln im Hause in den entsprechenden

Verantwortungsebenen zu gewährleisten. Außerdem sollen sämtliche Datenschutzvorkommnisse zentral dokumentiert werden, um maßnahmengerecht auf deren Minimierung hinwirken zu können.

Weitere Dienstvereinbarungen

Darüber hinaus wurden Regelungen hinsichtlich folgender Dienstvereinbarungen aktualisiert:

- Arbeitszeitgestaltung (Aufnahme Anlage D - Aktivpause),
- Zusatzvereinbarung zur DV zur Zahlung von Leistungsentgelten für den Bewertungszeitraum 2021-2022,
- DV zur Stellenbewertungskommission (zweimalige Anpassung der Anlage 1 in Folge personeller Veränderungen) und
- Dienstvereinbarung über die Rufbereitschaft (inhaltliche Änderung der Anlage 1 Nr. 7 Jugendamt).

Stellenplan 2022

Der Kreistag beschloss am 2. Mai 2022 den Stellenplan für das Haushaltsjahr 2022 mit insgesamt 953,64 Vollzeiteinheiten (VZE). Darüber hinaus votierte der Kreistag in seiner Sitzung vom 19. September 2022 für die Erweiterung des Stellenplanes 2022 um 9,00 VZE zusätzliche Stellen für das Straßenverkehrsamt (2,00 VZE), das Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung (1 VZE), die Untere Bauaufsichtsbehörde (3 VZE) und das Hauptamt (3 VZE). Zudem wurde die Entfristung einer Stelle im Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung befürwortet.

Somit weist der Stellenplan 2022 insgesamt 962,64 Vollzeiteinheiten aus. Im Rahmen der Stellenplanung für das Haushaltsjahr 2022 sowie auf der Grundlage von Stellenbemessungsverfahren bzw. Organisationsuntersuchungen meldeten die Ämter Stellenmehrbedarfe an. Das Sachgebiet Zentrale Steuerung und Organisation überprüfte in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Ämtern die Bedarfsanmeldungen.

Es wurde hierzu die Informationsvorlage Nr. 6-4877/22-LR – zur Herangehensweise bei der Aufstellung des Stellenplanes 2023 – für den Kreistag am 12. Dezember 2022 erarbeitet.

Stellenbemessung

Zur Prüfung von Anträgen auf Einrichtung zusätzlicher Stellen wurden fortschreibungsfähige Stellenbemessungsverfahren entwickelt bzw. aktualisiert. Dies war beispielsweise im Jugendamt, in den Bereichen der Eingliederungshilfe, der Finanzierung der Kindertagesbetreuung, der Praxisberatung in der Kindertagespflege und der Widerspruchsverfahren der Fall. Hierzu wurden die Aufgabenkataloge konkretisiert und im analytischen Verfahren die mittlere Bearbeitungszeit pro Fall ermittelt. Ergänzt um die aufgezeigten Vollzugsdefizite liegt nun ein Verfahren zur Berechnung des Stellenbedarfes vor. Dieses kann jährlich anhand der aktuellen Fallzahlen fortgeschrieben und damit der notwendige Stellenbedarf für die Erfüllung der Aufgabe evaluiert werden. So können auch Störungen in der Ablauforganisation ermittelt und den Fachämtern Handlungsempfehlungen zu Änderungsbedarfen gegeben werden.

Im Funktionsbereich „Leistungen für Asylbewerber“ des Sozialamtes wurde die Stellenbemessung fortgeschrieben. Infolge der kurzfristigen Aufnahme insbesondere Geflüchteter und Asylsuchender aus der Ukraine wurde die Fachkräfte-Fall-Relation angepasst und der Bereich durch Personalstellen fortgeschrieben.

Stellenbewertung

Die Stellenbewertungskommission bewertet die Stelle nach der Vorbewertung des Sachgebietes Zentrale Steuerung und Organisation. Die Kommission setzt sich paritätisch aus jeweils drei Beschäftigten der Arbeitgebervertretung und der Arbeitnehmervertretung zusammen.

2022 hat das Sachgebiet Zentrale Steuerung und Organisation insgesamt 133 Vorbewertungen von Stellen vorgenommen. Dies erfolgte aufgrund der Aktualisierung von Stellenbeschreibungen im Rahmen von Ausschreibungsverfahren, wegen des Vorliegens von Anträgen auf Überprüfung der Eingruppierung oder der erstmaligen Bewertung neu geschaffener Stellen. Im Vorjahr waren es 161 Stellenbewertungen.

Sachgebiet Personal

Das Sachgebiet Personal ist für die Personalgewinnung, -verwaltung, -entwicklung inkl. Aus- und Fortbildung sowie Gehalts- und Besoldungsabrechnung zuständig. Es ist Ansprechpartner für Führungskräfte, Beschäftigte und deren Vertretungen sowie für alle Bewerber*innen.

Die Personalkostenplanung/Controlling wurde im Jahr 2021 aus dem Sachgebiet Personal herausgelöst und direkt der Amtsleiterebene unterstellt.

Um den Herausforderungen im Rahmen des demografischen Wandels und des damit einhergehenden Führungs- und Fachkräftemangels zu begegnen, initiiert und koordiniert das Sachgebiet inhaltliche und organisatorische Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität der Kreisverwaltung als Arbeitgeber sowie zur Personalgewinnung und -bindung.

Entwicklung des Personalbestands

Eine zentrale Aufgabe ist die Rekrutierung von Personal, um den Bedarf zu decken und offene Stellen zu besetzen.

Tabelle 2: Entwicklung des Personalbestands

Status	31.12.2020	31.12.2021	31.12.2022
Beamte	76	74	71
Beschäftigte	849	868	894
Auszubildende	15	13	11
dual Studierende	22	24	26
Bundesfreiwilligendienst	1	1	1
<i>gesamt</i>	963	980	1003

Zum Gesamtpersonalbestand gehören 21 Beschäftigte, die den Standorten des Jobcenters Teltow-Fläming in Zossen und Luckenwalde zugewiesen sind. Davon sind vier Beschäftigte verbeamtet und 17 tariflich beschäftigt.

Tabelle 3: Anteil männlicher/weiblicher Beschäftigter

Jahr	2020	2021	2022
Beschäftigte männlich in Prozent	30,5	30	30
Beschäftigte weiblich in Prozent	69,5	70	70

Anteil der Frauen in Positionen der Amts- bzw. Sachgebietsleitung

Insgesamt waren 31. Dezember 2023 55 Führungspositionen besetzt, davon 20 Amtsleitungen und 35 Sachgebietsleitungen (Büroleitung der Landrätin, Eigenbetrieb Rettungsdienst und nachgeordnete Einrichtungen inbegriffen). Der prozentuale Anteil von Frauen in Positionen der Amtsleitung lag bei 40,0%, in Positionen der Sachgebietsleitung hingegen bei 58,54%.

Einstellungen

Es wurden im Jahr 2022 insgesamt 95 Beschäftigte eingestellt.

Tabelle 4: Einstellungen

Art der Einstellung	31.12.2020	31.12.2021	31.12.2022
befristete Einstellungen	20	15	21
unbefristete Einstellungen	64	54	64
- davon Entfristungen	4	6	2
übernommene Personen nach erfolgreicher Ausbildung	8	4	5
übernommene Personen nach erfolgreichem Studium	4	4	5
<i>gesamt</i>	96	77	95

Besetzung von Führungsstellen

Im Jahr 2022 wurden insgesamt 11 Führungsstellen besetzt:

- Leitung des Amtes für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung
- Leitung Landwirtschaftsamt
- Leitung Umweltamt
- Leitung Rechtsamt
- Leitung Kämmerei
- Leitung des Sachgebietes Ordnung, Sicherheit, Jagd und Fischerei
- Leitung des Sachgebietes zentrale Dienste
- Leitung des Sachgebietes Brand- und Katastrophenschutz
- Leitung des Sachgebietes Prävention und Vormundschaft
- Leitung des Sachgebietes Sozialhilfe
- Leitung des Sachgebietes Sozialpädagogischer Dienst

Beendigung von Arbeits- und Dienstverhältnissen

Es schieden insgesamt 83 Beschäftigte aus dem Arbeits- bzw. Dienstverhältnisverhältnis mit dem Landkreis Teltow-Fläming aus:

Tabelle 5: Ausscheiden von Beschäftigten

Gründe für das Ausscheiden	31.12.2020	31.12.2021	31.12.2022
Ende der befristeten Tätigkeit	2	3	9
Kündigung durch Arbeitgeber	3	2	3
Kündigung durch Beschäftigte	29	27	38
Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze	30	21	28
Übergang in eine unbefristete Erwerbsunfähigkeitsrente	3	-	1
Versetzung in den Ruhestand (Altersgrenze)	1	1	3
Tod	-	4	1
<i>gesamt</i>	68	58	83

Schwerbehinderte Beschäftigte

Die Kreisverwaltung beschäftigt zurzeit 70 Schwerbehinderte/Gleichgestellte. Dies entspricht einer Quote von 7,10 Prozent. Die Pflichtquote beträgt fünf Prozent. Damit entfällt die Zahlung einer Ausgleichsabgabe in Höhe von 140 Euro/Monat für jeden nicht besetzten Pflichtarbeitsplatz.

Stellenausschreibungsverfahren

Im Jahr 2022 wurden insgesamt 196 offene Stellen zur Besetzung ausgeschrieben. Davon wurden 29 Stellen intern und 167 Stellen intern und extern ausgeschrieben. Acht Stellen konnten ohne Ausschreibungsverfahren besetzt werden.

Auf die Ausschreibungen gingen insgesamt 1.460 Bewerbungen ein, davon 162 intern und 1.298 extern. Die Zahl der Ausschreibungsverfahren ist im Vergleich zum Vorjahr (150) gestiegen und wird aller Voraussicht nach im Jahr 2023 auf gleichem Niveau bleiben.

Die meisten Bewerber*innen reichten die Unterlagen direkt und ohne Kosten über das vorhandene Online-Kontaktformular ein.

Wie in den vergangenen Jahren wurde deutlich, dass es gerade in den technischen Berufen, im IT-Service, bei Fachärzt*innen und in sozialpädagogischen Berufen äußerst schwierig ist, geeignetes Personal zu finden. Der Landkreis Teltow-Fläming steht hier zunehmend in Konkurrenz zu Wirtschaftsunternehmen und anderen Verwaltungen und Einrichtungen des öffentlichen Dienstes.

Das Aufgabengebiet des Personalbereichs ist nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ gewachsen und mit dem vergangener Jahre nicht mehr zu vergleichen. Die Sichtung und rechtssichere Prüfung der Bewerbungsunterlagen ist sehr zeitaufwändig. Hinzu kommt, dass regelmäßig Ausschreibungsverfahren wiederholt werden müssen, da entweder keine Bewerbung den Voraussetzungen entspricht und die Anforderungsprofile erweitert werden müssen oder vorgeschlagene Bewerber*innen am Ende die Stelle doch nicht besetzen wollen. Daher mussten 43 Besetzungsverfahren abgebrochen werden.

Zum 31. Dezember 2022 waren 110 Stellen unbesetzt.

Personalgewinnung und Steigerung der Attraktivität

Fach- und Führungspersonal ist heute sehr schwer zu finden. Aufgrund des demografischen Wandels und des damit verbundenen verstärkten Ausscheidens von Fachkräften müssen alle Anstrengungen darauf gerichtet sein, dass das für die Aufgabenerledigung notwendige Personal rechtzeitig, ausreichend und mit der benötigten Qualifikation zur Verfügung steht. Zudem geht mit dem Ausscheiden der älteren Beschäftigten nicht nur die reine Arbeitskraft, sondern gleichzeitig auch ein Verlust an Wissen einher. Daher wurde im Jahr 2022 die überlappende Stellenwiederbesetzung weiter angestrebt.

Beförderungen/Höhergruppierungen

Im Jahr 2022 wurde eine verbeamtete Person befördert. Insgesamt 64 Beschäftigte wurden aufgrund einer internen Umsetzung oder aufgrund der Neubewertung der Stelle höhergruppiert.

Teilzeitbeschäftigte

Auch in der Kreisverwaltung besteht der Wunsch der Beschäftigten nach Teilzeitarbeit, um flexibel auf persönliche Lebenslagen reagieren zu können. Zum 31. Dezember 2022 arbeiteten insgesamt 320 Beschäftigte in Teilzeit (298 tariflich Beschäftigte und 22 Beamt*innen).

Altersteilzeit

Auf Grundlage des Tarifvertrages zu flexiblen Arbeitszeitregelungen für ältere Beschäftigte (TV FlexAZ) vom 27. Februar 2010 in der Fassung des Änderungsarbeitsvertrages Nr. 7 vom 25. Oktober 2020 können die Beschäftigten einen Antrag auf Altersteilzeitbeschäftigung stellen. Zum Stichtag 31. Dezember 2022 befanden sich 18 Beschäftigte in Altersteilzeit. Zwei Beschäftigte haben sich für die Durchführung der „unverblockten“ Altersteilzeit und 16 für das Blockmodell entschieden. Damit war die Quote gemäß § 4 Abs. 2 TV FlexAZ erreicht, sodass im Jahr 2022 keine weiteren Vereinbarungen von Altersteilzeitarbeitsverhältnissen geschlossen werden konnten.

Mit dem Personalrat wurde Ende 2021 – nach erfolgtem Beschluss der Verwaltungsleitung und Einbeziehung des Kreistages – die Dienstvereinbarung Nr. 39/2021 zur Altersteilzeit nach § 12 TV FlexAZ geschlossen. Tariflich Beschäftigten, die das 62. Lebensjahr im Jahr 2022 vollendeten, wurde eine Möglichkeit auf Abschluss einer Altersteilzeitvereinbarung nach dem TV FlexAZ geboten. 3 Personen nahmen das Angebot wahr. Mit der Altersteilzeitregelung soll auch ungeplanten Austritten in die Altersrente entgegengewirkt werden. Planungssicherheit sowie ein geordneter Übergang in der Stellennachbesetzung sollen gewährleistet werden. Eine Verlängerung des TV FlexAZ ist bisher nicht vereinbart worden; diese Frage ist Gegenstand der Tarifrunde 2023. Inwieweit im Anschluss erneuter Regelungsbedarf besteht, ist abhängig vom Verhandlungsergebnis.

Elternzeit

Insgesamt 43 Beschäftigte nahmen die Elternzeit in Anspruch (Elternzeit bis in das Jahr 2022 hinein oder Beginn im Jahr 2022). Kurze Erziehungszeiten von i. d. R. zwei Monaten, beispielsweise durch Inanspruchnahme von Partnermonaten, wurden dabei nicht berücksichtigt.

Personalkosten und Controlling

Zur Planung, Steuerung und unterjährigen Kontrolle des Finanzverbrauchs im Amt für zentrale Steuerung, Organisation und Personal gibt es seit 2018 ein regelmäßiges Berichtswesen. Damit soll transparent und frühzeitig über Zielerreichung und Ressourcenverbrauch informiert werden, um gegebenenfalls zeitnah gegensteuern zu können. Viele Sachverhalte haben Auswirkungen auf die Personalkosten. Die Stellenplanbewirtschaftung, die in einem engen Zusammenhang mit den Personalkosten zu sehen ist, stellt u. a. die Grundlagen für Einstellungen und unterjährige Kompensationen dar.

Ausbildung

Im Einstellungsjahr 2022 begannen in der Kreisverwaltung insgesamt 11 Personen eine Berufsausbildung oder ein duales Studium, darunter

- 3 Auszubildende Verwaltungsfachangestellte
- ein Auszubildender Vermessungstechniker
- 4 Studierende Öffentliche Verwaltung Brandenburg
- 2 Studierende Soziale Arbeit und

- ein Studierender Bauingenieurwesen.

Weiterhin nahm 2022 in der Kreisverwaltung eine Person eine Umschulung zum/zur Verwaltungsfachangestellten auf.

Den fünf Auszubildenden und fünf Studierenden, die 2022 erfolgreich ihren Abschluss absolvierten, wurde – dem Personalentwicklungskonzept sowie den gesetzlichen Vorgaben folgend – eine unbefristete Anstellung angeboten. Alle nahmen das Angebot an.

Eine Beschäftigte begann im Jahr 2022 den Lehrgang zur Vorbereitung auf die Ausbildereignungsprüfung und unterstützt somit die Qualitätssteigerung der Ausbildung. Das im Personalentwicklungskonzept festgeschriebene Ziel von zwei Ausbilder*innen pro Amt wird weiter zielstrebig verfolgt. Derzeit stehen für die praktische Ausbildung in der Kreisverwaltung 40 Ausbilder*innen zur Verfügung.

Fünf Personen ließen sich im Jahr 2022 neu für die Betreuung der ÖVBB-Studierenden zertifizieren. Die Anzahl der zertifizierten Beschäftigten erhöhte sich damit auf 35.

Im Rahmen der Einführung des Studiengangs Soziale Arbeit begannen 2022 zudem drei Beschäftigte die Mentor*innenausbildung als erforderliche Qualifikation für die Studierendenbetreuung während der Praxiszeiten.

Praktikum

Das Engagement von Führungskräften und Praxisanleiter*innen ermöglichte im Jahr 2022 die Umsetzung von insgesamt 25 Praktika. Eine Aufschlüsselung nach dem Anlass des Praktikums kann dieser Übersicht entnommen werden.

Tabelle 6: Praktika in der Kreisverwaltung

Kalenderjahr	Schüler*innen	Studierende	berufsbegleitende Maßnahmen	im Zuge der Ausbildung/Umschulung
2020	13	7	0	4
2021	12	5	0	7
2022	18	1	1	5

Krankenstand

Der durchschnittliche Krankenstand lag bei 10,39 Prozent aller Beschäftigten. Berechnet wurde der durchschnittliche Krankenstand auf Basis einer 5-Tage-Arbeitswoche. Das entspricht im Jahresdurchschnitt 29,24 Krankentagen pro Person. 143 Personen (14,4 Prozent aller Beschäftigten) waren über die Entgeltfortzahlung hinaus länger als sechs Wochen fortlaufend arbeitsunfähig.

Unfallanzeigen

Im Jahr 2022 gingen insgesamt 26 Arbeitsunfallanzeigen ein und wurden an die Unfallkasse Brandenburg mit Sitz in Frankfurt (Oder) zur Bearbeitung weitergeleitet. Davon waren fünf Wegeunfälle. Von den 26 Arbeitsunfällen führten 16 zu einer Arbeitsausfallzeit von insgesamt 758 Arbeitstagen.

Betriebliches Eingliederungsmanagement

Seit dem 1. Januar 2011 setzt die Kreisverwaltung die Dienstvereinbarung zum Betrieblichen Eingliederungsmanagement (BEM) nach § 84 II SGB IX um. Im Zuge dessen wurde ein Integrationsteam gebildet, welches mit der Anwendung des BEM betraut wurde.

Das BEM findet Anwendung auf alle Beschäftigten des Landkreises, die innerhalb von zwölf Monaten länger als sechs Wochen arbeitsunfähig waren. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Krankheit zusammenhängend auftritt bzw. auftrat oder die Summe einzelner Fehlzeiten diese Grenze überschritt bzw. überschreitet. Im Jahr 2022 wurde 126 Beschäftigten ein BEM-Verfahren angeboten. 41 nahmen die Möglichkeit zum freiwilligen Gespräch an. 41 Beschäftigte sahen keine Notwendigkeit, ein solches Gespräch zu führen. Von 44 Beschäftigten steht noch eine Antwort aus.

Bildschirmarbeitsplatzbrillen

Im Berichtszeitraum stellten 29 Beschäftigte der Kreisverwaltung Anträge auf Bezuschussung der Anschaffung von Bildschirmarbeitsplatzbrillen.

Personalbeschaffung für das Impfzentrum

Um weiterhin entsprechende Impfkapazitäten vorzuhalten und allen Impfwilligen eine Corona-Schutzimpfung bzw. Auffrischungsimpfung (Booster) zu ermöglichen, richtete der Landkreis Teltow-Fläming vom 1. Dezember 2021 bis zum 30. April 2022 die kommunalen Impfstellen in Luckenwalde und Ludwigsfelde sowie ein mobiles Impfangebot ein. Dafür wurden insgesamt 53 Honorarärzt*innen vertraglich gebunden.

Des Weiteren wurden im Zeitraum vom 1. September 2022 bis zum 31. Dezember 2022 mobile Impfstellen im Landkreis Teltow-Fläming eingerichtet. Im Rahmen des mobilen Impfens in Teltow-Fläming wurden sieben Honorarärzt*innen vertraglich gebunden.

Untere Kommunalaufsichtsbehörde

Die Landrätin als allgemeine Untere Landesbehörde führt die Kommunalaufsicht über die Städte, Gemeinden, das Amt Dahme/Mark und die Zweckverbände des Landkreises Teltow-Fläming. Kommunalaufsicht ist Rechtsaufsicht. Es ist im öffentlichen Interesse sicherzustellen, dass die Verwaltung der Gemeinden im Einklang mit den Gesetzen erfolgt.

Die Spezialisierung der Beschäftigten auf allgemeine Kommunalaufsicht zum einen sowie finanzielle und personelle Kommunalaufsicht zum anderen ist nach wie vor beibehalten worden. Dadurch wird eine gezieltere Beratung möglich.

Nach wie vor bestimmt die präventive Aufsicht die Arbeit der Behörde. Ein kommunalaufsichtsrechtliches Einschreiten soll in der Regel vermieden werden und ist nicht das Ziel.

Das Angebot, eine kommunalaufsichtliche Beratung vor der Entscheidung der jeweils zuständigen Vertretungskörperschaft in Anspruch zu nehmen, wird von den kommunalen Körperschaften in unterschiedlichem Umfang wahrgenommen.

Die kursorische Prüfung von Satzungen oder Haushaltsplänen vor den Beschlussfassungen durch die Gemeindevertretungen oder Stadtverordnetenversammlungen konnte nur noch in Einzelfällen ermöglicht werden. Die Ursachen sind insbesondere in Langzeiterkrankungen bzw. in der Aufgabendichte zu sehen.

Wesentliche Tätigkeitsschwerpunkte im Bereich der allgemeinen Kommunalaufsicht waren Entscheidungen über die Rechtmäßigkeit vorgelegter Beanstandungsverfahren kommunaler Beschlüsse gemäß § 55 BbgKVerf sowie die Bearbeitung von Anfragen bzw. Beschwerden mit kommunalrechtlichem Bezug, denen ein öffentliches Interesse zugrunde lag. Diese kamen sowohl von Mitgliedern der Gemeindevertretungen als auch von Bürger*innen.

Bedauerlicherweise nehmen innergemeindliche Streitigkeiten einen immer größeren Raum ein. Auch wenn eine kommunalaufsichtliche Befassung aufgrund mangelnden öffentlichen Interesses hier nicht geboten ist, erfolgt immer wieder die Kommunikation mit den betreffenden kommunalen Verwaltungen und den ehrenamtlichen Mitgliedern der Vertretungskörperschaften.

Ein weiterer Tätigkeitsschwerpunkt war die mündliche und schriftliche Beratung der Kommunen zu Fragen der inneren Gemeindeverfassung und zu Satzungsangelegenheiten.

Auch wurden die Kommunen bezüglich ihrer wirtschaftlichen Betätigung beraten.

Des Weiteren waren zwei Disziplinarangelegenheiten bei der Kommunalaufsichtsbehörde in ihrer Funktion als Disziplinarbehörde anhängig.

In wahlrechtlichen Angelegenheiten bezog sich die Beratung und Unterstützung insbesondere auf die Wahl von Ortsbeiräten und Ortsvorsteher*innen. Des Weiteren wurden Termine für die Wahlen von Hauptverwaltungsbeamten festgesetzt.

In zwei Fällen hat die Kommunalaufsicht hinsichtlich der ordnungsgemäßen Durchführung von Abwahlverfahren beraten.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Beratung und Unterstützung der Gemeinden und Zweckverbände bei der Prüfung von Vermögensgeschäften hinsichtlich ihrer Genehmigungspflicht. So wurden beabsichtigte Grundstücksveräußerungen auf ihren vollen Wert bzw. auf Belassungsvollmachten geprüft und bei Vorliegen der Voraussetzungen die Genehmigung erteilt.

Des Weiteren war die Kommunalaufsicht auch unterstützend für die Aufgabenträger der Trinkwasserversorgung und Schmutzwasserentsorgung im Umgang mit rechtlichen und wirtschaftlichen Problemen tätig.

Die finanzielle Situation der kreisangehörigen Städte und Gemeinden, insbesondere im Süden des Landkreises, spitzt sich weiterhin zu. Da die kommunale Finanzausstattung nicht auskömmlich ist, wird oftmals gemeinsam mit der Kommunalaufsicht nach Lösungsansätzen gesucht.

Rückstände bestehen auch weiterhin bei der Aufstellung der Jahresabschlüsse. Die Kommunalaufsicht steht hier mit den betreffenden Kommunen in dauerhaftem Kontakt.

Einige Kommunen haben die Möglichkeiten genutzt, die das Gesetz zur Beschleunigung der Aufstellung und Prüfung kommunaler Jahresabschlüsse bis zum Jahresende 2022 bot. Die Kommunalaufsicht hat hierbei beraten.

Im Haushaltsjahr 2022 konnten 5 von 16 kreisangehörigen Städten und Gemeinden den Haushaltsausgleich unter Berücksichtigung von Fehlbeträgen aus Vorjahren trotz der Inanspruchnahme von Ersatzdeckungsmitteln nicht nachweisen.

Die Genehmigung der Kommunalaufsicht für das durch die zuständige Vertretung beschlossene Haushaltssicherungskonzept konnte zwar in allen Fällen erteilt werden, wurde aber zum Teil mit Auflagen versehen.

Darüber hinaus genehmigte die Kommunalaufsichtsbehörde Kredite sowie Verpflichtungsermächtigungen im Rahmen der vorgelegten Haushaltssatzungen und verfasste Stellungnahmen für die Förderung gemeindlicher Vorhaben. Außerdem führte sie beratende Gespräche zu haushaltsrelevanten Fragen. Schwerpunkte dabei waren Investitionsvorhaben der Gemeinden im Bildungs- und Betreuungsbereich. Hier zeichnet sich ein deutlich wachsender Bedarf ab.

Besonderen Prüfungs- und Abstimmungsbedarf erforderte die Stellung einer Sicherheit für ein großes Bauvorhaben einer kommunalen Gesellschaft.

Die Prüfung der finanziellen Belastbarkeit von Mitgliedsgemeinden eines Zweckverbandes, der Zuweisungen aus dem Schuldenmanagementfonds des Landes erhalten hat, war ebenfalls ein großer Aufgabenkomplex.

Rechnungsprüfungsamt

Zur Durchsetzung der allgemeinen und konkreten Haushaltsgrundsätze nimmt das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises durch seine nur dem Gesetz unterliegende prüfende, feststellende und berichtende Tätigkeit konkret und direkt Einfluss auf die Verwaltungen

- des Landkreises,
- der kreisangehörigen Städte und Gemeinden,
- und der Wasser- und Abwasserzweckverbände des Landkreises.

Besonderes Augenmerk wird dabei gelegt auf die

- Durchsetzung der Haushaltsgrundsätze Haushaltssicherung sowie Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit im Umgang mit finanziellen und materiellen Ressourcen,
- Führung der Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung,
- Umsetzung der Grundsätze Haushaltswahrheit und -klarheit sowie
- Einhaltung der Ordnungs- und Rechtmäßigkeit unter Beachtung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften.

Grundlegendes Ziel ist es, den Kreistag, insbesondere den Rechnungsprüfungsausschuss, die Stadtverordnetenversammlungen sowie die Gemeindevertretungen bei der Ausübung ihrer Kontrollpflichten zu unterstützen. Als Bewertungs- und Entscheidungshilfen für die Durchführung der Haushaltswirtschaft und das allgemeine und konkrete Verwaltungshandeln dienen objektive und fundierte Prüfungsergebnisse. Die Prüfungen umfassten den gesamten Bereich des kommunalen Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens und der wirtschaftlichen Betätigung.

Im Bereich der örtlichen Aufgabenkomplexe erstreckte sich die Tätigkeit vor allem auf die

- Prüfung von 19 Jahresabschlüssen und einer Eröffnungsbilanz der Haushaltsjahre 2011 bis 2021, davon 4 Abschlussprüfungen noch nicht abgeschlossen, in der Kreisverwaltung und in den Kommunen und deren Eigenbetrieben sowie in den Wasser- und Abwasserzweckverbänden als Voraussetzung für die durch die Kommunalverwaltungen zu fassenden Beschlüsse,
- laufenden Prüfungen der Kassenvorgänge und Belege in Vorbereitung auf die Jahresabschlussprüfungen im Landkreis und den Kommunen,
- Prüfung der zweckentsprechenden Verwendung von Mitteln des Bundes, Landes und Landkreises für vier Fördermaßnahmen im Landkreis,
- Prüfung der Arbeit der Verwaltungen auf Ordnungs-, Zweck- und Rechtmäßigkeit sowie Wirtschaftlichkeit.

In die Prüfungen der Kreisverwaltung wurden 11 Fachämter des Hauses einbezogen.

Die in den verschiedensten Bereichen durchgeführten Prüfungen endeten nicht nur mit kritischen Bemerkungen. Es wurde auch auf Ursachen für das Entstehen von Unregelmäßigkeiten sowie ihre Wirkung innerhalb des Verfahrensablaufes hingewiesen und gleichzeitig Vorschläge bzw. Empfehlungen für Veränderungen unterbreitet.

Rettungsdienst

Im Jahr 2022 kamen Fahrzeuge des Rettungsdienstes in 31.816 Fällen zum Einsatz. Davon waren 24.787 Fälle Fahrten eines Rettungswagens (RTW), 6.288 Fälle betrafen Fahrten eines Notarzteinsatzfahrzeuges (NEF) mit Notarzt und 690 Fälle waren Fahrten eines Krankentransportwagens (KTW). 51 Fahrten fanden im Zusammenhang mit Fahrten des Organisatorischen Leiters Rettungsdienst und des Leitenden Notarztes statt. 24.787 Einsätze wurden registriert, wovon 19.847 Einsätze zur Hilfsfristauswertung herangezogen werden konnten. Der Erreichungsgrad der Hilfsfrist betrug 91,42 Prozent.

Das gebührenrelevante Einsatzaufkommen im Rettungsdienst lag bei 29.667 Abrechnungsfällen. Davon waren 17.685 Gebührenfälle für den Einsatz des Rettungswagens abzurechnen, 5.422 Gebührenfälle waren für den Einsatz des Notarzteinsatzfahrzeuges abzurechnen, 5.422 Gebührenfälle waren für den Einsatz des Notarztes abzurechnen und 1.140 Gebührenfälle waren für den Einsatz des Krankentransportwagens abzurechnen. Insgesamt wurden 1.044.697 km Fahrleistung abgerechnet.

Zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Rettungsdienstes erfolgten im Jahr 2022 planmäßige Ersatzinvestitionen für Rettungsfahrzeuge, Medizintechnik und Betriebsausstattung mit einem Gesamtumfang von rund 1.055.500 Euro.

Zu den größten Herausforderungen der kommenden Jahre zählen der Fachkräftemangel, die Modernisierung technischer Einrichtungen, die Ausrichtung der Rettungsdienststruktur zur Erreichung der Hilfsfrist von 95 Prozent sowie die Entwicklung und Umsetzung von Pandemie- und Krisenbewältigungsmechanismen.

DEZERNAT I

Hauptamt

Sachgebiet Zentrale Dienste

Das Sachgebiet Zentrale Dienste ist für die Sicherstellung des inneren Dienstbetriebs verantwortlich und somit für sehr unterschiedliche Aufgabenbereiche zuständig. Dazu zählen insbesondere die Beschaffung von Dienstleistungen, Verbrauchsmaterialien, Büroausstattungen sowie Arbeitsmitteln verschiedenster Art. Des Weiteren gehören die Bürgerinformation, die Poststelle, die Bewirtschaftung der Verwaltungsgebäude und Schulen, die Organisation und Verwaltung des Fuhrparks, das Archiv sowie die kompletten Hausmeister-tätigkeiten für das Kreishaus und Außenstellen in diesen Verantwortungsbereich. Darüber hinaus wird im Sachgebiet Zentrale Dienste die komplette Haustechnik betreut und gewartet. Die negativen Auswirkungen von bis zu fünfzig Prozent nicht besetzter Stellen waren in allen Funktionsbereichen mehr und mehr spürbar. Das tägliche Geschäft konnte nur aufgrund des herausragenden Engagements der noch anwesenden Beschäftigten sowie durch den Einsatz von Studierenden und Auszubildenden bewältigt werden.

Auch das Jahr 2022 war geprägt von Krisen. Die anhaltende Corona-Pandemie und insbesondere der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die damit zusammenhängenden Aufgaben waren herausfordernd. Im ersten Halbjahr mussten bauliche und organisatorische Maßnahmen im Kreishaus umgesetzt werden, um den im Zusammenhang mit der Aufnahme und Unterbringung der geflüchteten Menschen stehenden Aufgaben gerecht zu werden und die Unterbringung zu sichern.

Beschaffung/Vergaben/Bewirtschaftung

Im Jahr 2022 wurden 54 qualifizierte Ausschreibungsverfahren und die entsprechenden Vergaben durchgeführt. Dazu gehörten u. a. die Ausschreibung von Fahrzeugen, Dienstleistungen (Sicherheitsdienstleistungen, Reinigungsleistungen usw.) sowie die Ausstattungen für Schulen. Die Ausschreibungen der Lieferung von Gas sowie von elektrischer Energie für die Verbrauchsstellen des Landkreises erfolgten im offenen Verfahren gemäß Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV). Für die Energielieferung ging **kein** Angebot ein. Aus diesem Grund sind alle Verbrauchsstellen seit dem 1. Januar 2023 in der Grundversorgung bzw. Ersatzversorgung (über 10.000 kWh Jahresverbrauch). Bis zum 31. März 2023 müssen im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens zwingend Energielieferverträge für die von der Ersatzversorgung betroffenen Verbrauchsstellen geschlossen werden.

Neben anderen Funktionsbereichen waren auch im Bewirtschaftungsbereich die Personalstellen bereits im Jahr 2021 vakant. Aus diesem Grund war geplant, die Bewirtschaftung der Gebäude und Liegenschaften mit dem Beginn des Haushaltsjahres 2022 innerhalb des Sachgebiets neu zu strukturieren. Die explizit für das Hauptamt erforderliche und auch geplante Organisationsuntersuchung ist leider nicht erfolgt. Jedoch ist es gelungen, eine neue Mitarbeiterin für den Bereich Bewirtschaftung zu gewinnen, so dass mit der geplanten Neuorganisation des Sachgebiets am 1. Oktober 2022 begonnen werden konnte. Zum 1. Januar bzw. 1. Februar 2023 wurden eine neue Sachgebietsleiterin sowie zwei weitere Beschäftigte eingestellt.

Haustechnik, Fuhrpark

Die Wartung und Reparatur der technischen Anlagen im Kreishaus sowie die 23 Jahre nach der Fertigstellung des Gebäudes erforderliche Erneuerung einzelner Anlagen sind u. a. Arbeitsschwerpunkte für die Beschäftigten der Haustechnik.

Des Weiteren mussten aufgrund der Energiekrise kurzfristige Maßnahmen zur Energieeinsparung fachlich und organisatorisch zügig umgesetzt werden.

In diesem Zusammenhang wurde die Umrüstung der Beleuchtung auf LED weiter forciert, so dass ein großer Teil der Beleuchtung im Kreishaus inzwischen entsprechend funktioniert.

Die Notstromversorgung wurde ertüchtigt. Dazu wurde der 600-Liter-Tank der Netzersatzanlage (NEA), der für eine Laufzeit von 24 Stunden ausgelegt war, gegen einen 3000-Liter-Tank ausgetauscht. Die notstromversorgten Bereiche sind nunmehr für einige Tage abgesichert.

Die Disposition und Bewirtschaftung des Fuhrparks der Kreisverwaltung ist gut organisiert. Die Ausstattung erfolgt mit Fahrzeugen im Leasingtausch über den *Zentraldienst der Polizei des Landes Brandenburg* (ZDPol) als zentrale Dienstleistungs- und Serviceeinrichtung für den Polizeidienst.

Spezielle Fahrzeuge mit Sonderausstattungen für entsprechende Fachämter werden in qualifizierten Vergabeverfahren öffentlich ausgeschrieben.

Archiv

Das Kreisarchiv (Endarchiv) ist das Gedächtnis des Landkreises und dokumentiert das amtliche und gesellschaftliche Leben. Archivalien, die die Archivreife erreicht haben und die durch die Archivbeschäftigten als historisch wertvoll bewertet werden, sind in das Endarchiv zu übernehmen. Aufgrund von jahrelangem Personalmangel stagniert die Arbeit in diesem elementaren Bereich. Das betrifft zum Beispiel die Bestandspflege.

Im Zwischenarchiv wird das Schriftgut aufbewahrt, das in den Ämtern keine unmittelbare Verwendung mehr findet, aber die Archivreife noch nicht erreicht hat. Im Jahr 2022 haben die unterschiedlichen Verwaltungsbereiche des Landkreises 6257 Akten an das Zwischenarchiv übergeben. Die Archivbeschäftigten übernehmen nicht nur das Schriftgut, sondern beraten auch in allen Fragen zur Schriftgutübergabe.

Eine weitere wichtige Aufgabe ist die Bereitstellung der Archivalien, die für die Bürgerschaft und Behörden aufbereitet werden, beispielsweise zu Nachlass- und Erbangelegenheiten, Ahnenforschung und Bauvorhaben. Die Benutzung stellt daher einen erheblichen Teil der Arbeit dar. Im Jahr 2022 bearbeitete das Kreisarchiv 368 Bürgeranfragen und erteilte 261 Gebührenbescheide. Für diese Anfragen wurden insgesamt 1547 Archivalien vorgelegt. Darüber hinaus gab es zusätzliche Benutzungen, für die keine Gebühren anfallen, durch Ämter der Kreisverwaltung oder andere Behörden.

Wahlen/Abstimmungen/Zensus

Wahlen, Abstimmungen und Zensus sind zusätzliche Aufgaben der Amtsleitung des Hauptamtes und der Sachgebietsleitung Zentrale Dienste. Die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung erfordert eine äußerst gewissenhafte, korrekte Arbeitsweise und ist mit extrem hohem Zeitaufwand verbunden. In der Zeit der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Abstimmungen können die vielfältigen Leitungsaufgaben für das Amt und das Sachgebiet nicht in der erforderlichen Sorgfalt erfolgen. Diese Situation ist äußerst problematisch.

Der vom Sachgebiet Zentrale Dienste im Jahr 2021 vorbereitete **Zensus 2022** wurde trotz Startschwierigkeiten zur vollen Zufriedenheit durchgeführt und erfolgreich abgeschlossen. Probleme bereiteten u. a. zu späte respektive falsch gelieferte Materialien seitens der übergeordneten Behörde sowie der Personalmangel in der Erhebungsstelle, Zwei Auszubildende des Landkreises haben im Endspurt durch hervorragende Arbeit unterstützt und zum erfolgreichen Abschluss entschieden beigetragen.

Das landesweite Volksbegehren **Volksinitiative zur Abschaffung der Erschließungsbeiträge für „Sandpisten“** startete am 12. Oktober 2021 und endete am 11. April 2022. Der Kreisabstimmungsausschuss stellte am 22. April 2022 das amtliche Ergebnis fest. Es wurden insgesamt 4235 gültige Stimmen abgegeben. Von den landesweit erforderlichen 80.000 Unterstützungsunterschriften wurden nur 55.141 gültige Unterschriften erreicht. Damit war das Volksbegehren gescheitert.

Im Rahmen einer Konferenz mit der Landeswahlleitung und dem Amt für Statistik in Potsdam erfolgte im November des Jahres 2022 der Auftakt für die Vorbereitungen des „Superwahljahrs“ 2024 mit der Kommunal-, Europa- und Landtagswahl.

Hausmeister Kreishaus und Liegenschaften außerhalb des Haupthauses

Die Hausmeister betreuen eine Gesamtfläche von 11.407 Quadratmetern im Innenbereich des Kreishauses. Davon verteilen sich 473 Büros und sonstige Räume auf 9.045 Quadratmeter Bürofläche. Im Kreishaus werden anfallende Reparaturen, sofern möglich, von den Hausmeistern erledigt. Gleichzeitig sind diese federführend bei allen Umzügen innerhalb des Kreishauses tätig. Darüber hinaus laufen sämtliche Büroausstattungsangelegenheiten über das Hausmeisterpersonal. Neben den genannten Tätigkeiten sind die Hausmeister auch für das Außengelände der Kreisverwaltung verantwortlich. Hier wird auf einer Fläche von ca. 17.100 Quadratmetern für Ordnung und Sicherheit gesorgt.

Die aus personellen Gründen angespannte Situation war auch in diesem Funktionsbereich spürbar. Sowohl für das Kreishaus als auch für die außerhalb liegenden Liegenschaften ist es nicht gelungen, die Hausmeisterstellen zu besetzen.

Sachgebiet Gebäude- und Liegenschaftsmanagement

Die Schwerpunkttätigkeiten ergeben sich unter anderem aus den Pflichtaufgaben des Landkreises als Schulträger und Träger des Rettungsdienstes oder leiten sich aus Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung ab. Insbesondere ist das Sachgebiet für die Aufgaben des technischen Gebäudemanagements zuständig. Dazu zählen die Instandhaltung beziehungsweise Wiedernutzbarmachung sowie die Erweiterung und Modernisierung des Gebäudebestands einschließlich der dazugehörigen Außenanlagen kreiseigener Liegenschaften. Zum Gebäudebestand zählen insgesamt ca. 176 Einzelgebäude an 57 Standorten für die Nutzung in den Bereichen Verwaltung, Bildung und Kultur, Rettungswesen, Sozialwesen und Wohnen. Das Sachgebiet ist auch zuständig für die Erstellung baufachlicher Stellungnahmen für das Jobcenter Teltow-Fläming. Weitere Aufgaben resultieren aus Fördermaßnahmen des Landes und des Bundes für die kreisangehörigen Gemeinden.

Abgeschlossene und laufende Bauvorhaben

Im **Goethe-Schiller-Gymnasium** in Jüterbog wurde in den Sommerferien der Ersatzneubau, das Haus 3, übergeben. Das Gebäude beinhaltet neben 2 Fachräumen auch eine multifunktional nutzbare Mensa.

Abbildung 1: Ersatzneubau Haus 3



Im selben Zeitraum wurde ebenfalls der Schulhof des Schillerhauses inklusive Grundleitungen erneuert.

Abbildung 2: Schulhof Schillerhaus



Die Sanierung des Gebäudes **Formwerkstatt** im **Museumsdorf Glashütte** wurde 2022 abgeschlossen und das Haus zur Nutzung freigegeben. Die Formwerkstatt hat im Erdgeschoss einen multifunktional nutzbaren Seminarraum erhalten, welcher durch verschiedene Akteure genutzt werden kann. Im Obergeschoss befinden sich Lagerräume für den Museumsverein. Die Sanierung erfolgte mit einer 70-prozentigen Förderung über die Lokale Aktionsgruppe Rund um die Flaeming-Skate e. V. (LAG).

Abbildung 3: Formwerkstatt Glashütte, Außenansicht



Abbildung 4: Formwerkstatt Glashütte, Innenansicht



Der Kreistag hatte im Oktober 2018 die Errichtung einer **Zweifeld-Sporthalle** für das **Oberstufenzentrum Ludwigsfelde** beschlossen. Der Zuwendungsbescheid der Investitions- und Landesbank Brandenburg (ILB) sowie die Baugenehmigung sind im Dezember 2020 eingegangen. Das Vorhaben wird mit 95 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten gefördert. Der Baubeginn erfolgte im Mai 2021, die Fertigstellung ist im ersten Quartal 2023 geplant. Der Kostenrahmen ist weitestgehend eingehalten worden, wobei die Schlussrechnungen ausstehen und somit noch keine verbindliche Aussage zu Mehr- oder Minderkosten getroffen werden kann.

Im **Friedrich-Gymnasium Luckenwalde** wurde der zweite Bauabschnitt der Brandschutzsanie rung abgeschlossen.

Die **Brandschutzsanie rung** sowie die **Sanie rung des Dachtragwerks** am **Oberstufenzentrum Ludwigsfelde**, Brandenburgische Straße, konnten nicht wie geplant begonnen werden. Im Mai 2021, kurz vor Einreichung des Bauantrags, wurde das Objekt vom Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum (BLDAM) als denkmalwürdig eingestuft, katalogisiert und schließlich im Dezember 2021 in die Denkmalliste eingetragen. Ein erforderlicher Abstimmungstermin, um die Genehmigungsfähigkeit der notwendigen Baumaßnahmen zu erörtern, war seitens der Denkmalschutzbehörden von Juni bis Dezember 2021 nicht möglich. Erst im Sommer 2022 war das Fachamt in die Lage versetzt, einen mit den Denkmalschutzbehörden abgestimmten Bauantrag einzureichen. Bis zum Jahresende 2022 lag noch keine Baugenehmigung vor.

Um die **Brandschutzsanierung** des **Goethe-Schiller-Gymnasiums Jüterbog** zu beginnen, musste Haus 1 in den Sommerferien leergezogen werden. Gleich im Anschluss wurde planmäßig mit der Sanierung begonnen.

Die erforderlichen Baumaßnahmen zur **Brandschutzsanierung** der **Mosaikschule Ludwigfelde** wurden ebenfalls in den Sommerferien 2022 begonnen. Der erste Bauabschnitt ist bereits fertiggestellt.

Die bauliche Umsetzung der **Brandschutzsanierung** der **Schule am Waldblick Mahlow** hat nach einer langen Baugenehmigungsphase im Jahr 2022 begonnen.

Die Planung der **Brandschutzsanierung** in der **J.-H.-Pestalozzi-Schule Luckenwalde** musste unterbrochen werden. Die Denkmalschutzbehörden stellten den Denkmalwert fest. Teile der Liegenschaft trug das BLDAM in die Denkmalliste ein. Der Antrag auf Baugenehmigung wurde Mitte des Jahres 2022 eingereicht; die Genehmigung steht noch aus.

Die bauliche Umsetzung des **Digitalpakts** an kreiseigenen Schulen wurde im Jahr 2022 fortgeführt. Im Oberstufenzentrum Teltow-Fläming an den Standorten Stiege und Birkengrund wurden die Arbeiten erfolgreich abgeschlossen. Die Umsetzung des Digitalpakts in der Schule am Wald in Groß Schulzendorf gestaltet sich schwierig. Auch eine zweite Ausschreibung scheiterte, da kein wirtschaftliches Angebot einging. Die Umsetzung musste ins Jahr 2023 verschoben werden.

Insgesamt hat das Sachgebiet Gebäude- und Liegenschaftsmanagement im Rahmen der Bauunterhaltung und Modernisierung sowie der überjährigen Investitionsvorhaben ca. 1.300 Auftragsvergaben durchgeführt. Davon bewältigten die zwei Beschäftigten der VOB-Vergabestelle des Sachgebiets 123 Ausschreibungsverfahren gemäß der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB/A). Für 14 Planungsleistungen und weitere freiberufliche Leistungen hat die zuständige Mitarbeiterin Ausschreibungsverfahren vorbereitet, begleitet sowie die entsprechenden Aufträge vergeben. Davon wurden zwei Leistungen europaweit ausgeschrieben.

Besondere Herausforderungen

Wie schon in den Vorjahren waren der Fachkräftemangel und die Auslastung der mittelständischen Handwerksbetriebe als Resultat der positiven konjunkturellen Entwicklung spürbar. Dieses Problem verschärfte sich im Jahr 2022 weiter und hatte zur Folge, dass die Angebotspreise weiter überproportional gestiegen sind und den Baubetrieben die Kapazitäten fehlen. So mussten von den 123 durchgeführten Ausschreibungsverfahren 15 Verfahren (12 Prozent der Verfahren) aufgehoben werden, weil der angebotene Preis erheblich über der Kostenschätzung lag oder weil keine Angebote eingegangen waren. Bei 20 Vergabeverfahren wurde jeweils nur ein Angebot, bei weiteren 34 nur zwei Angebote abgegeben.

Wie im gesamten Wirtschaftskreislauf gab es 2022 auch im Baubereich Materialengpässe, was zu massiven Preiserhöhungen in den einzelnen Gewerken führte. Durch die beschriebenen Sachverhalte, aber auch durch die Corona-Pandemie verzögerte sich der Baufortschritt bei zahlreichen Bauvorhaben.

Wartungsverträge

Für alle kreiseigenen Liegenschaften sowie für Objekte des Eigenbetriebs Rettungsdienst werden im Sachgebiet 258 Wartungsverträge mit einem Vertragsvolumen in Höhe von rund 250.000 Euro verwaltet und betreut. 24 Verträge wurden neu abgeschlossen. Die Verträge werden für alle Betreiber-Pflichtaufgaben abgeschlossen, welche nicht vom eigenen Personal ausgeführt werden können oder dürfen. Durchgeführt werden Wartungen, Inspektionen und Sachverständigenprüfungen für wartungspflichtige Anlagen und Bauteile. Dazu gehören zum Beispiel Aufzüge, Gefahrenmeldeanlagen, Heizungen, Sanitäreanlagen, elektrische Anlagen, Blitzschutzanlagen, Ölabscheider, Türen und Tore, labortechnische Anlagen, Spielplätze, Sportplätze, Dächer, Fassaden, Bäume usw.

Liegenschaften

Das Sachgebiet Gebäude- und Liegenschaftsmanagement verwaltet rund 2.500 Flurstücke des Landkreises mit einer Fläche von etwa 1.100 Hektar und bearbeitet 132 laufende Miet- und Pachtverträge. 2022 wurden drei Grundstücke für die Flaeming-Skate erworben und zwei Grundstücke veräußert.

Die Beschäftigten nahmen die Interessen des Landkreises bei 5 Bodenordnungsverfahren und 15 Grenzverhandlungen im vergangenen Jahr wahr. Eine Vielzahl von Grundstücksnutzungsverträgen wurde abgeschlossen.

Insgesamt bearbeiteten die verantwortlichen Beschäftigten 55 Miet- und Pachtverträge. Dazu gehören auch Verträge, die im Auftrag anderer Ämter geschlossen werden (z. B. Amt für Bildung und Kultur mit Lehrgängen an der Volkshochschule, Sporthallennutzung, Vermietung von Unterrichtsräumen).

Der Aufgabenschwerpunkt der Liegenschaftsverwaltung lag im Jahr 2022 bei der Erarbeitung der Erklärungen zur Feststellung der Grundsteuerwerte für die ca. 2.500 Flurstücke des Landkreises. Mit der Bearbeitung dieser Unterlagen war ein Beschäftigter nahezu in Vollzeit betraut. Aus diesem Grund konnten die eigentlichen Aufgaben nur unzureichend wahrgenommen werden. Insbesondere der rückständige Grunderwerb sowie die Verhandlungen und der Erwerb von Grundstücken für den Radwegebau konnten nicht wie geplant erfolgen.

Teltower Kreiswerke Berlin

Gegenwärtig werden zwölf Grundstücke und Immobilien mit 122 Miet- und Pachtparteien verwaltet und bewirtschaftet.

Die Eigentümergemeinschaft hat Verkaufsverhandlungen über weitere Ufergrundstücke am Stölpchensee (Wannsee) geführt.

Die anteilige Ausschüttung aus der Vermietung und Verpachtung der Berliner Grundstücke betrug 375.250 Euro. Weitere Ausführungen zu den Teltower Kreiswerken sind der Berichterstattung des Rechtsamts/Beteiligungsmanagements zu entnehmen.

Im Jahr 2022 hat der Landkreis Teltow-Fläming auf der Grundlage einer Vereinbarung mit den Landkreisen Potsdam-Mittelmark und Dahme-Spreewald die Verwaltung für die Grundstücke der Teltower Kreiswerke GmbH und für die Grundstücke der Eigentümergemeinschaft der Landkreise TF, PM und LDS EU-weit ausgeschrieben. Die Zuschlagserteilung erfolgt im Jahr 2023.

Sachgebiet Infrastrukturmanagement

Das Sachgebiet ist als Straßenbaubehörde für den verkehrssicheren Zustand der Straßen und Wege in der Baulast des Landkreises Teltow-Fläming verantwortlich. Dazu gehören deren Neu- und Ausbau sowie Unterhaltung und Verwaltung. Mit Stand vom 31. Dezember 2022 umfasst das Straßen- und Wegenetz 187 Kilometer Kreisstraßen und 56 Kilometer straßenbegleitende Radwege. Außerdem gehören die Flaeming-Skate-Abschnitte dazu, die sich in Baulast des Landkreises befinden. Das sind 205 von rund 230 Kilometern.

Zu den Aufgaben des Sachgebiets gehören:

- die betriebliche und bauliche Unterhaltung der Straßen, Radwege, Brücken sowie Straßendurchlässe, die Pflege des Straßenbegleitgrüns wie Bankette, Mulden, Straßenbäume, Hecken und die Organisation des Winterdienstes
- die Vorbereitung und Durchführung von Instandsetzungsarbeiten und Erneuerungsmaßnahmen an Kreisstraßen, Radwegen sowie der Flaeming-Skate
- die Verwaltung der Kreisstraßen und Radwege (Führung der Straßenverzeichnisse der Städte und Gemeinden) sowie die Verwaltung der Flaeming-Skate
- die straßenrechtliche Bearbeitung von Benutzungen der Kreisstraßen und Radwege sowie der Flaeming-Skate (Genehmigungen bezüglich Leitungsverlegungen, Sondernutzungen, Zufahrten, Anbauten und Zustimmungen zu verkehrsrechtlichen Erlaubnissen), dazu gehörten unter anderem
 - Erlaubnis von 20 Sondernutzungen mit einer Einnahme in Höhe von 10.375 Euro
 - 118 Zustimmungen zu Anträgen für verkehrsrechtliche Erlaubnisse
 - 18 Zustimmungen für Anträge Trinkwasser-, Schmutzwasser- und Gashausanschlüsse 11 Anträge für Zufahrten/Anbindungen bei Ortsdurchfahrten in Städten und Gemeinden
 - Erstellung von 18 Bescheiden für die Herstellung von Telekommunikationslinien
 - Abschluss von 23 Vereinbarungen/Verträgen für die Verlegung von Leitungen der öffentlichen Versorgung
- Erarbeitung von 302 Stellungnahmen im Rahmen der Beteiligung als Träger öffentlicher Belange
- Genehmigung von 47 Schwerlasttransporten auf Kreisstraßen sowie die Erstellung von 47 Gebührenbescheiden
- Ausführung der Straßenaufsicht gegenüber den Städten und Gemeinden als Straßenaufsichtsbehörde
- Mitwirkung bei Widmungen und Umstufungen von Straßen

Reinigung und Unterhaltung von Straßen und Radwegen

Die Kreisstraßenmeisterei übernimmt die betriebliche Unterhaltung der Flaeming-Skate, ihre Reinigung und die der Radwege.

Leistungen der betrieblichen und baulichen Unterhaltung der Kreisstraßen, Brücken und Radwege (Pflege des Begleitgrüns und der Bankette, Verkehrsbeschilderung, Erneuerung von Leitpfosten, Leiteinrichtungen und Fahrbahnmarkierungen, Reparatur von Fahrbahndecken) sowie der baulichen Unterhaltung der Flaeming-Skate werden überwiegend an entsprechende Fachfirmen nach durchgeführten Ausschreibungsverfahren vergeben.

Das betrifft auch den Winterdienst. Die Unternehmen erledigen den Winterdienst eigenverantwortlich. Dem Sachgebiet obliegen die Kontrollen der ausgeführten Leistungen und die Festlegung von Einsatzgrundsätzen.

Für die Unterhaltung wurden im Jahr 2022 Aufträge mit einem Wertumfang in Höhe von ca. 1,2 Millionen Euro erteilt.

Abgeschlossene und laufende Bauvorhaben

Im Rahmen von Instandsetzungen, Erneuerungen und Neubau von Straßen, Brücken und Radwegen wurden unter Leitung des Sachgebiets folgende Bauvorhaben ausgeführt bzw. begonnen:

- Die Erneuerung der Kreisstraße K 7220, Ortsdurchfahrt Ruhlsdorf, wurde abgeschlossen. Dieses Bauvorhaben war eine Gemeinschaftsmaßnahme mit der Gemeinde. Die Zusammenarbeit war insgesamt sehr konstruktiv. Ebenfalls sehr kooperativ war die Zusammenarbeit mit der VTF und dem SBAZV im Zusammenhang mit den Phasen der erforderlichen Straßensperrungen. Das Bauvorhaben wurde 12 Wochen vorfristig abgeschlossen.
- partielle Fahrbahnsanierung auf Kreisstraßen zur Herstellung der Verkehrssicherheit,
- Fahrbahnmarkierungsarbeiten auf Kreisstraßen zur Herstellung der Verkehrssicherheit,
- Modernisierung der Flaeming-Skate (Asphaltarbeiten) auf ca. 40 km Streckenlänge.

Im Jahr 2017 stellte der Landkreis einen Zuwendungsantrag zur Modernisierung der Flaeming-Skate. Grundlage war ein von Bund und Land Brandenburg im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsinfrastruktur – GRW-Infrastruktur“ (GRW-I) aufgestelltes Förderprogramm. Der Zuwendungsbescheid beinhaltet eine 90-prozentige Förderung in Höhe von ca. 4,6 Millionen Euro. Das bedeutet ein Gesamtbauvolumen in Höhe von ca. 5,7 Millionen Euro einschließlich nicht förderfähiger Kosten. Nach Planung, Ausschreibung und Vergabe war im Februar 2019 Baubeginn an der Fahrbahn der Flaeming-Skate. Der Durchführungszeitraum endete im Jahr 2022. Im Jahr 2022 wurden letzte Markierungsarbeiten durchgeführt und das Bauvorhaben schlussgerechnet einschließlich Abrechnung der Fördermittel.

- Instandsetzung des zweiten Teilstücks der K 7211 zwischen Oehna und Langenlipsdorf,
- Instandsetzung der Flaeming-Skate auf Teilstücken Höhe Kolzenburg, Werder, Wahlsdorf, Langenlipsdorf,
- Erneuerung des Knotenpunktes K 7208 / L 70 in Heinsdorf,
- Erneuerung der K 7236 Groß Machnow – Landkreisgrenze LDS,
- Erneuerung der Radwege an der K 7222 zwischen Gottow und Schönefeld und der K 7223 begonnen.

Folgende Landschaftsbaumaßnahmen bzw. landschaftspflegerische Begleitmaßnahmen sowie Prüfungen und Analysen wurden durch- bzw. weitergeführt:

- Pflege- und Ersatzmaßnahmen, Alleenaufbau, verkehrssichernde Maßnahmen (z. B. Mahd, Baumschnitt, Fällungen) sowie Fertigstellungs- und Entwicklungspflege,
- Reinigung der Niederschlagsentwässerungsanlagen und Durchlässe im Zuge von Kreisstraßen,
- Bauwerksprüfungen von Brücken und Durchlässen im Zuge der Kreisstraßen und der Flaeming-Skate gemäß Prüfplan.

Kreisstraßenmeisterei

Zur Erfüllung der Pflichtaufgaben und zur Gewährleistung der Sicherheit auf den Kreisstraßen, den begleitenden Radwegen sowie auf der Flaeming-Skate und Liegenschaften des Landkreises hat die Kreisstraßenmeisterei folgende Tätigkeiten ausgeführt:

- kontinuierliche Kontrolle der Kreisstraßen, Radwege und der Flaeming-Skate,
- regelmäßige maschinelle Reinigung der Flaeming-Skate und der begleitenden Radwege an den Kreisstraßen,
- Verkehrsschauen auf den Kreisstraßen, Radwegen und der Flaeming-Skate mit dem Straßenverkehrsamt und der Polizei,
- Baumschauen an den Kreisstraßen und der Flaeming-Skate,
- Unterhaltung und Erneuerung von Verkehrszeichen und Leiteinrichtungen sowie Umsetzung verkehrsrechtlicher Anordnungen,
- Wartung und Erneuerung von Leitpfosten entlang des gesamten Kreisstraßennetzes,
- maschinelle Reinigung der Leitpfosten und der gesamten Beschilderung an den Kreisstraßen,
- Bankettpflege, d. h. Beseitigung von Unfall- und Wildschäden, Auffüllung von Bankettmaterial bei verkehrs- und witterungsbedingten Beschädigungen,
- Aufnahme sowie Beseitigung von Unfallschäden,
- Grünstreifenmähd an der Flaeming-Skate,
- Beseitigung von Wildwuchs und Buschwerk an den Kreisstraßen sowie an den begleitenden Radwegen,
- Beseitigung von Wurzelhals- und Stammaustrieben an Straßenbäumen,
- Bruchholzbeseitigung im Randbereich der Kreisstraßen, Radwege und der Flaeming-Skate,
- Baumfällungen (Notfällungen) von Straßenbäumen,
- Beseitigung von Wildwuchs und Buschwerk an der Flaeming-Skate,
- maschineller Heckenschnitt an Kreisstraßen, Radwegen und verstärkt an der Flaeming-Skate,
- maschinelle Säuberung der Randbereiche an Kreisstraßen und Radwegen (Einsatz der Wildkrautbürste),
- Wartungsarbeiten an Radwegen, Flaeming-Skate und Kreisstraßenbrücken (Pflegeanstriche),
- Instandsetzung und Wartungsarbeiten an Straßendurchlässen,
- Unterhaltung von Rastplätzen und Schutzhütten an der Flaeming-Skate,
- Winterdienst auf den Radwegen entlang der Kreisstraßen, die der Schulwegsicherung dienen,
- Winterdienst auf der Flaeming-Skate im Bereich der Schulwegsicherung,
- Unterhaltung von kreiseigenen Liegenschaften,
- Wartung und Pflege des gesamten Technikbestandes der Kreisstraßenmeisterei,
- Unterhaltung und Pflege des Betriebshofes der Kreisstraßenmeisterei,
- Ausbauarbeiten in der Werkstatt des Betriebshofes.

Die Unterhaltungsarbeiten an der Flaeming-Skate gewannen im Jahr 2022 wieder zunehmend an Bedeutung. Dazu gehören nicht nur die regelmäßig notwendigen Streckenkontrollen, sondern insbesondere der aufgrund der Verkehrssicherungspflicht erforderliche Heckenschnitt und die Jungbaumpflege.

Kämmerei

Neben dem Tagesgeschäft, der Aufstellung der Haushaltsdokumente und der Erstellung von Jahresabschlüssen hat sich die Kämmerei 2022 weiteren zusätzlichen Projekten gewidmet. So wurde u. a. zur Einführung der E-Rechnung eine Projektgruppe gebildet, die mit der Überleitung in die digitale Rechnungslegung betraut wurde. Im Rahmen der zukünftigen Umsatzsteuerpflicht i. S. d. § 2b UStG hat die Kämmerei die notwendigen Arbeiten fortgeführt und u. a. Gespräche in den einzelnen Fachämtern geführt. Die Struktur der Kosten- und Leistungsrechnung wurde verschlankt, indem Kostenträger bzw. -stellen reduziert wurden. Seit Oktober hat die Kämmerei eine neue Amtsleiterin. Nadine Wache ist vom Kreistag am 17. Oktober 2022 bestätigt worden. Sie war bereits seit März 2021 mit der Wahrnehmung der Aufgaben betraut.

Einige Projekte sind im Folgenden näher erläutert:

Haushalt 2022 und 2023

Im Jahr 2022 wurden sowohl der Haushaltsplan für 2022 als auch für 2023 in den Kreistag eingebracht und dort beschlossen.

Tabelle 7: Übersicht Haushalt 2022 und 2023

Ablauf/Position	Haushalt 2022	Haushalt 2023
Einbringung in den Kreistag	28. Februar 2022	17. Oktober 2022
Beschluss im Kreistag	2. Mai 2022	12. Dezember 2022
Hebesatz zur Kreisumlage	39,30 %	40 %
Genehmigungspflichtige Bestandteile	keine	keine
Gesamtergebnisplan (ordentlich)		
Erträge	321 Mio. Euro	358 Mio. Euro
Aufwendungen	329 Mio. Euro	369 Mio. Euro
Gesamtfinanzplan		
Einzahlungen	332 Mio. Euro	376 Mio. Euro
Auszahlungen	365 Mio. Euro	406 Mio. Euro
Investitionstätigkeiten		
Einzahlungen	16 Mio. Euro	23 Mio. Euro
Auszahlungen	29 Mio. Euro	39 Mio. Euro
Investive Schlüsselzuweisungen	2 Mio. Euro	2 Mio. Euro

Im Vergleich zum Jahr 2021 (Hebesatz zur Kreisumlage: 37,50 Prozent) wurde der Hebesatz zur Kreisumlage in den Haushaltsjahren 2022 und 2023 gering angehoben.

Die Haushaltssatzung des Landkreises Teltow-Fläming enthielt keine genehmigungspflichtigen Bestandteile. Eine Genehmigung des Ministeriums des Innern und für Kommunales war somit nicht notwendig.

Grundlage für die Verteilung der investiven Mittel im Rahmen der Haushaltsdurchführung für beide Jahre bildete die vom Kreistag beschlossene Prioritätenliste. Die bedeutendsten Schwerpunkte dieser Übersicht sind die Bereiche

1. Bildung und Schulen
2. Wirtschaftsförderung (Breitbandinitiative TF)
3. Digitalisierung und IT-Sicherheit

Haushaltsvollzug (§ 29 KomHKV)

Gemäß § 29 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung (KomHKV) ist der Kreistag mindestens halbjährlich über den Stand des Haushaltsvollzuges zu informieren. Hierbei wird auf Abweichungen innerhalb der Ergebnisrechnung (Erträge/Aufwendungen) und Investitionstätigkeit eingegangen.

Um näherungsweise darstellen zu können, wie der Landkreis das jeweilige Haushaltsjahr abschließen könnte, wird auf der Grundlage der vorliegenden vorläufigen Ist-Werte zum jeweiligen Stichtag 31. März bzw. 30. September eine Hochrechnung (Prognose) zum Jahresende vorgenommen.

Ziel der halbjährlichen Berichterstattung ist es, eine unterjährige Überwachung der Haushaltsansätze innerhalb der Ergebnisrechnung sowie der Investitionstätigkeit vorzunehmen und ggf. Maßnahmen zur Gegensteuerung gegenüber der Verwaltungsleitung und dem Haushalts- und Finanzausschuss aufzuzeigen.

Als Controllinginstrument soll der Bericht zudem auf konkrete Unzulänglichkeiten zwischen den Plan- und Ist-Werten hinweisen und diese kritisch hinterfragen.

Tabelle 8: Bericht zum Haushaltsvollzug 2022

Haushaltsvollzugsbericht	Kreistagssitzung
I. Quartal	27. Juni 2022
III. Quartal	12. Dezember 2022

Jahresabschlüsse 2018 bis 2021

Das Gesetz zur Beschleunigung der Aufstellung und Prüfung kommunaler Jahresabschlüsse (Jahresabschlussbeschleunigungsgesetz; JABG) des Landes Brandenburg gewährt die verkürzte Aufstellung der Jahresabschlüsse. Mit der Vorlage Nr. 6-4374/20-I beschlossen die Mitglieder des Kreistages am 14. Dezember 2020 die fortlaufende Anwendung des § 1 Abs. 1 JABG. Auf Grundlage dessen war es möglich, die Jahresabschlüsse für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 in verkürzter Fassung aufzustellen. Die Jahresabschlüsse für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 wurden in ungekürzter Form aufgestellt.

Tabelle 9: Beschlussfassung der Jahresabschlüsse

Jahresabschluss	Beschlussfassung Kreistag
2018, 2019, 2020	28. Februar 2022
2021	12. Dezember 2022

Bereich Kasse

Mit dem kassenmäßigen Abschluss 2021 wurde von den Verwahrkonten ein Bestand in Höhe von rd. 8,9 Mio. Euro nicht sachgerechter Ertragsbuchungen übernommen. Er wurde bis Mai des Jahres 2022 im Zuge des Jahresabschlusses 2021 durch entsprechende Umbuchungen abgebaut.

Im Jahr 2022 verschärfte sich die Situation. Zum Ende des Jahres betrug der Kassenverwahrbestand 21 Mio. Euro für die nicht zuzuordnenden Einzahlungen.

Insgesamt sind 3.131 Mahnungen, 212 Zahlungserinnerungen sowie 1.299 Vollstreckungen zu verzeichnen.

Der Beschluss zum Höchstbetrag des Kassenkredites von 24 Mio. Euro vom 27. Februar 2017 galt auch im Jahr 2022. Durch die sehr gute Kassenlage wurde der Kassenkredit im Jahr 2022 nicht in Anspruch genommen.

Die seit dem Jahr 2017 von der MBS Potsdam geforderten Verwahrenentgelte wurden durch die aktuellen Zinsentwicklungen ab dem 27. Juli 2022 nicht mehr erhoben. Bis dahin führte ein Bestand von mehr als 9 Mio. Euro auf allen Geschäftskonten des Landkreises zu Verwahrenentgelten in Höhe von 0,5 Prozent. Die Möglichkeit, das Geld anderweitig anzulegen und somit die Verwahrenentgelte zu vermeiden, bestand bis dahin nur durch langfristige Geldanlagen. Diese Möglichkeit wurde nicht in Erwägung gezogen, da das laufende Klageverfahren bzgl. der Kreisumlage mit der Stadt Zossen mit einer möglichen umgehend zu leistenden Rückzahlung einer Festanlage entgegen stand. Es wurden für das Jahr 2022 Verwahrenentgelte in Höhe von 95.619 Euro von der Mittelbrandenburgischen Sparkasse in Rechnung gestellt.

Das Haushaltsjahr 2022 wurde mit einem positiven Kassenbestand in Höhe von 26 Mio. Euro abgeschlossen.

Bereich Vollstreckung

Die seit 1. Juli 2022 geltenden Pfändungsfreigrenzen ermöglichen der Vollstreckung weiterhin nur sehr eingeschränkte Pfändungsmöglichkeiten. Der Grundfreibetrag stieg von 1.259,99 Euro auf 1.339,99 Euro. Pfändbare Beträge sind oft nicht vorhanden, so dass meist nur eine fruchtlose Pfändung durchgeführt werden kann. Auch die Zahl der sogenannten Pfändungsschutzkonten steigt weiterhin stetig an.

Ein Großteil der Schuldner*innen nahm auch dieses Jahr die Möglichkeit der Ratenzahlung in Anspruch. Die Anzahl der Androhung des Ventilwächters ist weiterhin rückläufig, da die Mehrheit der Schuldner*innen keine Fahrzeuge mehr auf sich zugelassen hat. Angelegt wurde er nicht, da die Forderungen gezahlt wurden oder weiterhin in kleinen Raten abgezahlt werden.

Erschwerend für die Vollstreckung von Forderungen war und ist die fehlende Besetzung von offenen Stellen. Vollstreckungstätigkeiten wurden im Jahr 2022 weiter erhöht, Pfändungen wieder veranlasst und der Außendienst wiederaufgenommen.

Im Rahmen des Verbraucherinsolvenzverfahrens wurden 21 außergerichtliche Einigungsversuche durchgeführt. Nach Vorlage der Schuldenbereinigungspläne erfolgten vier Zustimmungen und 13 Ablehnungen. Zu Insolvenzanmeldungen kam es letztlich in 19 Fällen. Diese Verfahren laufen über mehrere Jahre, und es ist mit Zahlungen zwischen einem und zwanzig Prozent der Forderungen zu rechnen.

Anmeldungen zu Zwangsversteigerungsverfahren erfolgten nicht. Es wurden neun Widersprüche gegen Vollstreckungskosten bearbeitet.

Seit dem Jahr 2015 bearbeitet der Landkreis Teltow-Fläming Amtshilfeersuchen des Zentraldienstes der Polizei des Landes Brandenburgs, welche die im Landkreis Teltow-Fläming und alle außerhalb vom Land Brandenburg wohnenden Bürger betreffen.

Hier ergeben sich für das Jahr 2022 8.227 Fälle. Im Jahr zuvor waren es 6.924 Fälle.

Die statistischen Angaben zur Fallbearbeitung können den nachstehenden Tabellen entnommen werden.

Tabelle 10: Privatrechtliche Forderungen

Jahr	2022		2021	
	Anzahl	Betrag (Euro)	Anzahl	Betrag (Euro)
Neuzugänge	8	2.964	19	9.536
beigetriebene Forderungen	0	0,00	0	0,00
Niederschlagungen	5	1.497	0	0,00

Tabelle 11: Öffentlich-rechtliche Forderungen

Jahr	2022		2021		2020	
	Anzahl	Betrag (Euro)	Anzahl	Betrag (Euro)	Anzahl	Betrag (Euro)
Neuzugänge und Wertumfang der eigenen Forderungen	1.293	498.709	1.780	706.500	1.963	496.340
Beigetriebene Forderungen	1.133	336.026	1.508	611.879	1.360	308.517
Niederschlagungen	214	101.446	441	156.429	389	168.642
Amtshilfeersuchen	8.490		7.224		8.056	
Anzahl der aufgesuchten Schuldner*innen im Jahr	1.432		1.824		1.432	
Anzahl der Fälle aller aufgesuchten Schuldner*innen	1.993		3.075		2.257	

Projekt E-Rechnung

Mit der Einführung eines Dokumentenmanagementsystems (DMS) soll insbesondere der Verpflichtung nach dem Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen (Onlinezugangsgesetz – OZG) nachgekommen werden. Es verpflichtet Bund, Länder und Kommunen, ihre Verwaltungsleistungen bis Ende des Jahres 2022 auch elektronisch der Öffentlichkeit anzubieten. Grundvoraussetzung hinsichtlich der Digitalisierung der Verwaltungsleistungen bildet dabei als zentrale Komponente das DMS.

Ein Teilprojekt des DMS ist die „Einführung der E-Rechnung mit Rechnungsworkflow“. Seit 1. April 2022 arbeitet eine Teilprojektgruppe im Amt Kämmerei an der Überleitung zur digitalen Rechnungsbearbeitung in der Kreisverwaltung Teltow-Fläming. Vorgesehen ist, künftig nur den elektronischen Rechnungsweg zu nutzen und somit die gesamte Verwaltung auf die papierlose Rechnungsbearbeitung umzustellen. Übergangsweise werden die eingehenden analogen Rechnungen gescannt und so für den elektronischen Workflow erfasst. In Zukunft sollen Rechnungen nur noch als elektronische Datei (voraussichtlich in eigens kreierten Formaten X-Rechnung oder ZUGFeRD) dem Landkreis übermittelt werden, womit die Norm EN 2014/55/EU eingeführt wird. Die Rechtsetzung dazu ist bereits im vollen Gange. Eine Pflicht, elektronische Rechnungen anzunehmen, gibt es bereits. Seit November 2020 sind Rechnungssteller*innen in der Pflicht, den obersten Bundesbehörden und Verfassungsorganen des Bundes nur elektronische Rechnungen zuzusenden.

Innerhalb der Gruppe wurden die Abläufe getestet, Prozesse evaluiert und optimiert. Dezernat I wurde als erstes Dezernat angeschlossen. Die anderen Ämter bzw. Dezernate kamen nach und nach dazu. Ab Mitte Oktober fanden Beratungsgespräche (sowohl in digitaler als auch in analoger Form) mit den am Prozess beteiligten Beschäftigten aus den Ämtern statt, um hier die Überleitung auf die digitale Rechnungsbearbeitung sukzessive umsetzen zu können.

Konzept Umstrukturierung

Seit der Einführung des doppischen Rechnungswesens im Jahr 2009 haben sich die Aufgaben und die Anforderungen an das Amt Kämmerei stetig verändert. Von der Haushaltsaufstellung einschließlich Abwägungsverfahren zur Kreisumlage, der Aufstellung der Jahresabschlüsse, dem zentralen Controlling über steuerrechtliche Fragestellungen, das unterjährige Berichtswesen bis zur Einführung der E-Rechnung sind die fachlichen Anforderungen einem steten Wandel unterworfen. Diesem Wandel wurde bisher nicht durch eine Anpassung der Aufbau- und Ablauforganisation begegnet. Aus diesem Grund wurde ein Konzeptpapier verfasst, in der die Neuorganisation des Amtes Kämmerei vorgestellt wird.

Ziel der Neuorganisation ist, den in den vergangenen Jahren gewachsenen fachlichen Anforderungen und zusätzlichen Aufgaben gerecht zu werden und die gegenwärtigen Geschäftsprozesse an die aktuellen und künftigen Anforderungen anzupassen und zu optimieren. Sie ist zudem Voraussetzung, um im Rahmen der Digitalisierung der Verwaltung bisher analoge Prozesse in effiziente digitale Prozesse zu transformieren. Zusätzlich steht die dauerhafte Sicherung der im Amt Kämmerei tätigen Fachkräfte im Vordergrund.

Amt für Bildung und Kultur

Sachgebiet Schulverwaltung und Kultur

Schulverwaltung

Schülerbeförderung

2022 wurde die Beförderung von 8.832 Schüler*innen des Landkreises organisiert und finanziert. Die Kosten für diese Beförderung betragen 5 Mio. Euro. Es wurden 64 Widersprüche zur Schülerbeförderung bearbeitet. Fünfzehn Verfahren konnten eingestellt werden. Drei Klagen gegen die getroffene Entscheidung wurden erhoben.

Zudem wurden Landeszuschüsse in Höhe von 13.004 Euro an Berufsschüler*innen gewährt, die während ihrer theoretischen Ausbildung auswärtig untergebracht werden mussten.

Im April wurden die ersten Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zur Reduzierung der Mindestentfernungen im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport präsentiert.

Verwaltung

Die in Trägerschaft des Landkreises befindlichen 13 Sporthallen werden außerhalb des Schulbetriebes von ungefähr 40 Vereinen und Sportgruppen sowie der Volkshochschule zu Trainings- und Wettkampfwegen genutzt. Da ab April die pandemiebedingten Zugangsbeschränkungen entfielen, konnten alle Sporthallen wieder vollumfänglich genutzt und etwa 14.600 Euro Erträge erzielt werden.

Daneben wurde erstmals der Umzug eines ganzen Schulgebäudes aufwändig organisiert und fachlich begleitet. Das „Goethe-Haus“ des Gymnasiums Jüterbog zog zum Schuljahresbeginn in die Schulstraße um, so dass der Schulbetrieb durch die mit der Umsetzung des Brandschutzkonzeptes verbundenen umfangreichen Sanierungsarbeiten nicht beeinträchtigt wird.

In enger Zusammenarbeit mit kreisangehörigen Schulträgern entstand die Schulentwicklungsplanung für den Zeitraum 2022 bis 2027. Unter Beteiligung des zuständigen Fachausschusses für Bildung, Kultur und Sport beschloss der Kreistag im Mai die Schulentwicklungsplanung. Die Genehmigung vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBS) steht derzeit noch aus – allerdings wird davon ausgegangen, dass durch Zeitablauf bereits eine Genehmigungsfiktion eingetreten ist.

Kultur

Da die Laufzeit zum 31. Dezember endete, wurde bereits im Oktober eine neue Kulturförderrichtlinie mit Wirkung zum 1. Januar 2023 beschlossen. Auf dieser Grundlage wird die Förderung von Kulturprojekten in den nächsten zwei Jahren umgesetzt.

Es wurden insgesamt 13 Kunst- und Kulturprojekte gefördert – darunter erneut der Museumsverein Glashütte e. V. mit einer Zuwendung für Personal- und Betriebskosten. Zudem konnten folgende Spielstätten (Theater- und Musikförderung) finanziell unterstützt werden:

- Soziokulturelles Zentrum DAS HAUS, Gemeinde Niedergörsdorf,
- Stadttheater Luckenwalde, Jahresprogramm (anteilige Förderung),
- Stadtbibliothek Luckenwalde, Familienprogramm, Freunde und Förderer der Stadtbibliothek Luckenwalde e. V.,
- Kulturpflanzchentag in Wahlsdorf, Kulturpflanzen e. V.

Darüber hinaus wirkte der Landkreis Teltow-Fläming mit den Kunstschaaffenden der Region bei der jährlich im Land Brandenburg stattfindenden Aktion „Tage des Offenen Ateliers“ mit. Am Atelierwochenende wurde mit der Galerie Jägerschere eine neue Kulturstätte in Wiepersdorf eröffnet.

In der NEUEN GALERIE wurden vier Ausstellungen gezeigt:

- Swen Bernitz (Wünsdorf), Architekturfotografien (Bauhaus Dessau | Fahrzeughallen Kummersdorf, Rehagen, Wünsdorf | Revier: Ruhrgebiet)
- Kerstin Grimm, Frank Seidel, Leo Seidel (Berlin), Traumsequenzen (Malerei, Zeichnung, Fotografie, Skulptur)
- Liz Miels-Kratochwil (Berlin), Wegmarkierungen, russische Reisenotizen zwischen gestern und morgen (Malerei, Zeichnung, Skulptur)
- Akzente 17, vorweihnachtliche Verkaufsausstellung (29 Künstler*innen)

Sport

Gemäß dem Leitbild des Landkreises orientiert sich die Förderung des Sports an drei Säulen: Im Mittelpunkt steht die Sicherstellung der kontinuierlichen Arbeit des Kreissportbundes Teltow-Fläming e. V. Als zweite Säule tragen besondere Förderschwerpunkte dazu bei, folgende Themen weiterzuentwickeln und die Angebote zu festigen für

- Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien,
- Mädchen und Frauen,
- Menschen in der zweiten Lebenshälfte,
- den Gesundheitssport,
- den Inklusions-/Integrationssport für Menschen mit Handicap und Menschen verschiedener Herkunft.

Die dritte Säule ist die Unterstützung von Veranstaltungen der Sportvereine mit überregionaler oder besonderer regionaler Bedeutung bzw. die Verbesserung der Sportinfrastruktur im Landkreis.

Sportentwicklung

Die pandemische Lage beeinflusste 2022 weiterhin die Arbeit der Sportkoordination. Gemeinsam mit dem Kreissportbund Teltow-Fläming e. V. wurden Sportvereine sehr schnell bei der Umsetzung der gesetzlichen Regelungen unterstützt.

Die Präsenz des Landkreises bei den Partnerschaften vor Ort war weiter eingeschränkt. Die Durchführung des jährlichen Sportgesprächs mit Kommunen oder die Teilnahme an regelmäßigen kommunalen Sportstammtischen konnte gar nicht oder nur teilweise erfolgen.

Im Rahmen der Erarbeitung des landesweiten Sportstättenkatasters nahm die Sportkoordination an Fachrunden des MBS teil. Der Landkreis ist Pilot der Testphase der Statistiksoftware. In enger Zusammenarbeit unterstützen Kommunen bei der Aktualisierung der Sportstättenstatistik.

Finanzielle Sportförderung

30 Mitgliedsvereine des Kreissportbundes Teltow-Fläming e. V. stellten 32 Anträge auf finanzielle Unterstützung. Der Sport wird aus Haushaltsmitteln in Höhe von 90.000 Euro gefördert. Besonders begehrt sind nach wie vor Zuschüsse für Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen, aber auch für Anschaffung oder Erneuerung von Sportgeräten sowie Ausstattungsgegenständen. Gefördert wurden in dieser Kategorie 16 Vorhaben.

Aber auch kleinere Vorhaben aus den Sportförderschwerpunkten wurden finanziell unterstützt. Dennoch mussten 9 Vorhaben mit einer Fördersumme von rund 76.000 Euro abgelehnt werden, weil der Haushaltsansatz nicht ausreichte.

Sachgebiet Haushalt und Finanzen

Das Sachgebiet ist für die Abwicklung der Haushalts-, Kassen- und Rechnungsangelegenheiten des Amtes für Bildung und Kultur zuständig. Im Jahr 2022 betrug das Budget ohne Investitionen für die zu bewirtschaftenden Produkte rund 21 Mio. Euro.

Schulfinanzen

In Trägerschaft des Landkreises befinden sich vier Gymnasien, drei Schulen mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „Lernen“, zwei Schulen mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt „geistige Entwicklung“ und das Oberstufenzentrum mit seinen Standorten in Ludwigsfelde und Luckenwalde. Im Jahr 2022 besuchten 4.404 Kinder und Jugendliche diese Schulen. Für das laufende Geschäft betrug der bewirtschaftete Gesamtetat der kreisangehörigen Schulen ohne Abschreibungen rund 6 Millionen Euro. Das sind gegenüber 2021 fast eine Million Euro Mehraufwendungen. Diese sind vor allem im Bereich der Bewirtschaftung wegen der gestiegenen Gas- und Fernwärmepreise, der Erhöhung des Mindestlohnes und der Inbetriebnahmen des Erweiterungsbaus am Gymnasium Rangsdorf sowie des ausgebauten Dachgeschosses zur Aula und Cafeteria am Gymnasium Ludwigsfelde entstanden.

Investitionen

Die dem Amt für Bildung und Kultur zur Verfügung stehenden Investitionsmittel kamen wie in den vergangenen Jahren hauptsächlich den kreisangehörigen Schulen zugute. Die insgesamt 8 Millionen Euro verteilten sich wie folgt:

Tabelle 12: Amt für Bildung und Kultur, Investitionen

Investition	Summe (Euro)
Baumaßnahmen	6.815.159
Beschaffung Datentechnik	982.312
sonstige Ausstattungen	639.647
<i>gesamt</i>	<i>8.437.118</i>

Zu den finanzierten baulichen Investitionen gehören hauptsächlich die Maßnahmen zur Erhöhung des Brandschutzes in den Gymnasien Luckenwalde und Jüterbog sowie in den Förderschulen mit dem Schwerpunkt „Lernen“ in Mahlow und Ludwigsfelde und der Musikschule Luckenwalde. Darüber hinaus wurde die Errichtung des vom Land geförderten Neubaus einer Zweifeld-Schulsporthalle für das Oberstufenzentrum am Standort Ludwigsfelde fortgeführt. Der neue Fachraumtrakt mit Fachkabinetten für Physik und Chemie sowie einer Cafeteria am Gymnasium Jüterbog wurde 2022 fertiggestellt und in Betrieb genommen.

Auch im Jahr 2022 stand die Beschaffung von Datentechnik im Rahmen der Umsetzung des 2020 beantragten Förderprogrammes „DigitalPaktSchule 2019 bis 2024“ im Vordergrund. Das Land Brandenburg gewährt mit Unterstützung des Bundes den Schulträgern Zuwendungen zur Förderung von Investitionen in die digitale Bildungsinfrastruktur. Die Schulträger haben einen Eigenanteil von 10 Prozent zu tragen. Für rund 983.000 Euro wurden vom Landkreis für die Schulen interaktive Touch-Displays, mobile Endgeräte, 3D-Drucker, Schneideplotter, Dokumentenkameras, Server, Switches u. v. m. beschafft und Planungsleistungen für die Verbesserung der digitalen Infrastruktur abgerechnet. Außerdem wurde vorhandene Datentechnik ersetzt und ein Fachraum des Oberstufenzentrums mit Notebooks ausgestattet.

Die finanziellen Mittel bei den sonstigen Ausstattungen wurden überwiegend für die Ausstattung des neuen Fachraumtraktes am Gymnasium Jüterbog verwendet. In den übrigen Schulen konnten Schulmobiliar, Sportgeräte und hochwertige Unterrichtsmittel ersetzt oder neu erworben werden.

Schulkostenbeiträge

Das Brandenburgische Schulgesetz regelt den Finanzausgleich für die Beschulung von Kindern und Jugendlichen mit Wohnung oder Ausbildungsstätte außerhalb des Landkreises. Für 258 dieser Personen wurden Schulkosten in Höhe von rund 204.700 Euro anderen Landkreisen bzw. kreisfreien Städten in Rechnung gestellt. Umgekehrt hat der Landkreis Schulkostenrechnungen in Höhe von rund 3,1 Millionen Euro an Landkreise, kreisfreie Städte und sonstige Kommunen außerhalb des Landkreises Teltow-Fläming für 2.250 Kinder und Jugendliche, die nicht im Landkreis Teltow-Fläming beschult werden, erstatten müssen. Darüber hinaus zahlt der Landkreis jährlich Schulkosten für die Kinder und Jugendlichen der weiterführenden allgemeinbildenden Schulen (Oberschulen, Gymnasium Blankenfelde, Gesamtschule Zossen/Dabendorf) an die Schulträger im Landkreis. Im Jahr 2022 wurden hier überwiegend nur Abschlagszahlungen von rund 6,5 Millionen Euro für 4.016 Schüler*innen geleistet, da zahlreiche Ist-Abrechnungen der Vorjahre der kreisangehörigen Schulträger nicht abschließend bearbeitet werden konnten oder bislang fehlen.

Schulsozialfonds

Seit dem Jahr 2008 stellt das Land Brandenburg den Schulsozialfonds bereit, der über die Schulträger an die Schulen ausgereicht wird. Diese Mittel werden für Kinder und Jugendliche verwendet, deren Eltern sich in einer finanziellen Notlage befinden. Gefördert werden insbesondere Leistungen, die nicht der Kostentragungspflicht des Schulträgers unterfallen. Hier wurden im Jahr 2022 zwar Aufwendungen in Höhe von rund 5.300 Euro den Schulen in Trägerschaft des Landkreises zugewiesen, Leistungen aber nur in Höhe von 1.352 Euro für 26 Schüler*innen erbracht. Dazu gehörten u. a. die Kostenübernahme für Arbeitshefte und Schulbücher sowie sonstigen Schulbedarf wie Füller, Stifte, Blöcke, Scheren, Klebestifte. Hierfür wurden lediglich die unverbrauchten Mittel aus dem Vorjahr übertragen und dennoch erneut nicht vollständig verbraucht.

Landesmittel Weiterbildung

Im Jahr 2022 erfolgte die Vergabe von 263.456 Euro Landesmitteln im Rahmen der Weiterbildungsgrundversorgung an drei anerkannte Träger der Erwachsenenbildung des Landkreises entsprechend dem Brandenburgischen Weiterbildungsgesetz für insgesamt 8.233 Unterrichtsstunden. Die pandemische Lage hat auch 2022 die Umsetzung der geplanten Veranstaltungen negativ beeinflusst. Obwohl das Ministerium wegen der Pandemie 2022 wiederholt Onlinekurse für die Grundversorgung zugelassen hatte, konnten von den geplanten Unterrichtsstunden 632 nicht durchgeführt werden. Die Bildungsträger mussten daher Fördermittel in Höhe von 20.224 Euro zurückerstatten.

Volkshochschule Teltow-Fläming

VHS Bildung für alle – „Zusammen in Vielfalt“

Die Vielfalt der Volkshochschule spiegelt sich in den mannigfaltigen beruflichen Qualifikationen ihrer ca. 120 Lehrenden wider.

Auch 2022 war es bedingt durch die Corona-Auswirkungen herausfordernd, ein verlässliches und erreichbares Weiterbildungsangebot für alle zu planen und durchzuführen. Hinzu kamen die Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine. Die 523 durchgeführten Veranstaltungen wurden von ca. 3.400 Personen besucht. Mit dem Zweiten Bildungsweg ermöglichte die VHS TF jungen Erwachsenen das Nachholen eines Schulabschlusses. Zum Schuljahresende 2021/2022 erreichten 38 Absolvent*innen der 10. Klasse gute und sehr gute Ergebnisse und wurden feierlich verabschiedet.

VHS und ihr Grundbildungszentrum

Seit 2017 arbeitet das Grundbildungszentrum Teltow-Fläming mit einer Projektzuwendung aus dem Förderprogramm „Maßnahmen zur Alphabetisierung und Grundbildung“ aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF). Zwei Lernstudios in Ludwigsfelde und Luckenwalde boten auch 2022 erfolgreich Lesen und Schreiben sowie weitere Themen der Grundbildung an, darunter auch politische Bildung und berufliche Bildungsaspekte. Ein Schwerpunkt der Arbeit lag in der Arbeit mit ehrenamtlichen Lernbotschafter*innen. Sie halfen Besucher*innen der Lernstudios beim individuellen Lernen. Das Grundbildungszentrum hat sich als fester Bestandteil der Grundbildungsarbeit etabliert.

VHS als Integrationsträger und Prüfungszentrum

Der Fachbereich Integration führte 200 Beratungsgespräche und Einstufungstests für Integrationskurse für Geflüchtete aus der Ukraine durch.

Es nahmen 189 Personen an 10 Integrationskursen mit jeweils 600 Unterrichtseinheiten teil. Ziel für die Teilnehmenden ist der Erwerb der allgemeinen deutschen Sprache auf B1-Niveau. In 4 Berufssprachkursen erlernten 36 Teilnehmende auf den Niveaustufen A2, B1, B2 und C1, im beruflichen Umfeld zu kommunizieren.

2022 stellte die VHS TF die Folgezulassungsanträge als Integrationskursträger und Träger für Berufssprachkurse beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Das BAMF verlängerte die Zulassung für Integrationskurse um weitere vier Jahre und für Berufssprachkurse bis zum 2. Januar 2027.

2022 führte die VHS TF zusätzlich die digitale TestAS-Prüfung ein und erhielt die BAMF-Genehmigung, als Prüfungsstelle für DTB-Prüfungen (Deutsch Test für den Beruf) zu arbeiten.

Folgende Prüfungsleistungen erbrachte die VHS TF:

- 27 telc-Prüfungen (allgemeine Sprachentests, Test Leben in Deutschland, Deutschtest für Zugewanderte, Deutsch für den Beruf) für 145 Teilnehmende,
- 8 TestAS – Studierfähigkeitstest und TestDAF – Sprachprüfungen (Testzentrum der g.a.s.t.),
- 7 Einbürgerungstests mit 87 Teilnehmenden,
- 1 Xpert-Prüfung für Weiterbildungen im Bereich Rechnungswesen/Buchführung,
- 2 Lehrgänge zur Qualifizierung „Kindertagespflegeperson“ mit 13 Teilnehmenden.

VHS und talentCAMPus

In einer engen Kooperation mit dem DRK-Kreisverband Fläming Spreewald e. V. und YoungImages e. V. sowie neu dem ASB-Ortsverband Luckau/Dahme e. V. führte die VHS TF drei talentCAMPus-Projekte für Kinder und Jugendliche im Alter von 9 bis 16 Jahren als Ferien-Bildungsprojekte durch. Diese wurden gefördert aus dem Bundesprojekt „Kultur macht stark“. Die Teilnehmenden lernten den Umgang mit digitalen Medien und alles rund um die Entstehung eines Films. In den Sommerferien produzierten die Kinder und Jugendlichen einen eigenen Film von A bis Z zum Thema Kinderrechte. In einem weiteren Projekt in der Gemeinde Niederer Fläming konnten sich die Teilnehmenden mit ihrer eigenen Umgebung befassen und im Videokunstprojekt ihre Ideen umsetzen. Alle Projektergebnisse sind auf dem YouTube-Kanal der VHS TF zu finden. Der Film des Sommerprojekts erreichte den zweiten Platz auf dem JIM-Filmfestival 2023.

VHS und Digitalisierung

Die VHS TF ist in den eigenen Räumlichkeiten digital gut aufgestellt. Die Lernplattform vhs.cloud ermöglicht das Online-Lernen in verschiedenen Veranstaltungsformaten. Ein 3D-Drucker ermöglicht das Ausprobieren neuer Techniken, und mit VR-Brillen lassen sich virtuelle Museumsrundgänge durchführen.

Im Rahmen einer Kooperation mit dem Staatlichen Schulamt Brandenburg unterstützte die VHS TF das Gymnasium Rangsdorf sowie die Grundschule Werbig bei der Erweiterung der digitalen Kompetenzen der Lehrkräfte.

Kreismedienzentrum

Das Kreismedienzentrum bildet eine Struktureinheit aus **Kreisergänzungsbibliothek, Fahrbibliothek** und **Kreisbildstelle**.

Der gesamte Medienpool physischer und elektronischer Medien wird genutzt, um die mobile Bibliotheksversorgung durch die Fahrbibliothek im Landkreis zu gewährleisten und die Schulen, öffentlichen Bibliotheken und andere Bildungseinrichtungen mit physischen und elektronischen Medien zu versorgen.

Insgesamt erzielte das Kreismedienzentrum 46.405 Entleihungen an physischen Medien und 7.672 Entleihungen an Onlinemedien.

Der multimediale Bestand des Kreismedienzentrums umfasst mehrsprachige beziehungsweise fremdsprachige Medien und Themenboxen sowie Klassensätze. Neue Medien wie Mobi Hörsticks, TipToi-, Bookie- und Ting-Bücher mit Hörstiften, Tonies, Kamishibai usw. wurden auch 2022 ergänzt und fanden bei den Nutzer*innen großen Anklang.

Das Kreismedienzentrum kann im Jahr 2022 auf 3 durchgeführte Veranstaltungen sowie gemeinsame lesefördernde und literarische Aktionen mit insgesamt 248 Kindern und Erwachsenen zurückblicken. Zu den wichtigsten zählten unter anderem:

- Veranstaltungsreihe mit den öffentlichen Bibliotheken des Landkreises „Lange Nacht der Bibliotheken im Landkreis Teltow-Fläming“ zum 16. Mal in Zusammenarbeit mit dem Autor, Lyriker und Liedermacher Ulf Borgmann in der Grundschule Baruth/Mark.
- Kinderfilmfest mit 63 pädagogisch wertvollen Filmvorführungen und Moderationen für die Klassen 1 bis 10 mit insgesamt 1.617 Gästen.

Im Vergleich zu den Vorjahren ist die Zahl der durchgeführten Veranstaltungen rückläufig, was nicht zuletzt der sehr angespannten Personalsituation im Kreismedienzentrum geschuldet war.

Ende September zog das Kreismedienzentrum aus Gründen des Arbeitsschutzes aus der Puschkinstraße in das Objekt Schieferling 11 in Luckenwalde. Dies geschah im laufenden Betrieb. Das Kreismedienzentrum nutzt das Gebäude gemeinsam mit der Kreismusikschule und dem Oberstufenzentrum.

Kreisergänzungsbibliothek

Die Kreisergänzungsbibliothek lud die Leitungen der öffentlichen Bibliotheken im Landkreis einmal pro Quartal zur Kreisarbeitsgemeinschaft ein. Ziel dieser Zusammenkünfte war neben dem fachlichen Erfahrungsaustausch unter anderem auch die Planung von Autorenlesereisen, des Vorlesewettbewerbes und des Projektes „Lange Nacht der Bibliotheken“.

Die Kreisbibliothek zählte insgesamt 14.926 Entleihungen an die Öffentlichen Bibliotheken im Landkreis.

Das Verbundprojekt „E-Ausleihe TF“ mit den öffentlichen Bibliotheken im Landkreis wurde auch 2022 als Zusatzangebot mit 20.889 E-Medien sehr gut angenommen. Hier wurde eine Steigerung im Verbund mit insgesamt 25.000 Entleihungen erzielt.

Die Bibliothek Großbeeren trat im März 2022 dem E-Medienverbund Teltow-Fläming bei. Damit sind alle zehn hauptamtlich geführten öffentlichen Bibliotheken des Landkreises Teltow-Fläming im E-Medienverbund vertreten.

Fahrbibliothek

Die Fahrbibliothek wird seit 30 Jahren vom Landkreis betrieben, um im strukturschwachen ländlichen Raum Bibliotheksangebote zur Verfügung zu stellen.

2022 fuhr sie im Vier-Wochen-Rhythmus 135 Haltepunkte im Landkreis an. Es konnten während der Ausleihzeiten insgesamt 5123 Besucher*innen verzeichnet werden. Nach der Sommerpause wurden auch wieder die Schulen bedient, welche durch die Pandemie lange auf den Bücherbus verzichten mussten. Dies spiegelt sich positiv in den Nutzungszahlen wider.

874 Personen sind als aktive Nutzer*innen (hier werden Familienleser*innen nur als ein*e Person angezeigt) registriert. 498 Kinder verfügen über einen Bibliotheksausweis, sie sind somit die stärkste Nutzergruppe der Fahrbibliothek. Unter den Nutzer*innen sind zudem 124 Menschen ab 60 Jahren.

Die Fahrbibliothek erzielte 2022 insgesamt 31.066 Entleihungen.

Im zweiten Halbjahr fanden sieben Einführungen in die Nutzung der Fahrbibliothek mit insgesamt 148 Kindern statt.

In der Zeit vom 14. Juni bis zur Sommerpause am 7. Juli musste der Bücherbus den Betrieb einstellen, da das Fahrzeug nicht mehr fahrtauglich war. Die Reparatur fand in Güstrow statt. Für die Überführung musste das komplette Fahrzeug ausgeräumt werden. Die ca. 5.500 Medien wurden im Kreismedienzentrum zwischengelagert.

Nach der Sommerpause nahm die Fahrbibliothek am 22. August 2022 ihren Betrieb wieder auf.

Kreisbildstelle

Die Kreisbildstelle verzeichnete 2022 folgende Entleihungen:

- 413 Medien physisch
- 7.112 Medien online
- 72 Geräte

Filmveranstaltungen wurden in den folgenden Einrichtungen durchgeführt:

- Oberstufenzentrum Teltow-Fläming
- Grundschule Zülichendorf
- Kreisjugendfeuerwehr

An folgenden Einrichtungen wurden Filmprojekte begleitet und unterstützt:

- Oberstufenzentrum Teltow-Fläming
- Jugendklub GO7
- Grundschule Blönsdorf
- Grundschule Zülichendorf
- Feuerwehrtechnisches Zentrum
- Kastanienschule Jüterbog

Zum zwölften Mal fand das Kinderfilmfest des Landes Brandenburg statt. Das Angebot richtete sich an Schüler*innen der ersten bis zehnten Klassen aus dem Landkreis Teltow-Fläming. Das Filmfest erfreute sich wieder großer Beliebtheit. Auch im Jahr 2022 fand das Kinderfilmfest in den Schulen und nicht im Kreishaus statt, da bei der Planung der Veranstaltung im Vorfeld nicht absehbar war, wie sich das Infektionsgeschehen entwickeln wird. 1.617 Kinder und Erwachsene nahmen an 63 Veranstaltungen teil und sahen dort pädagogisch wertvolle Filme.

Die Stadtbibliothek Luckenwalde wurde als Spielpartner gewonnen.

Kreismusikschule Teltow-Fläming

Statistische Angaben

Im Dezember 2022 wurden insgesamt 1.059 Personen unterrichtet. 131 von ihnen belegten zusätzlich in 313 Unterrichtseinheiten ein zweites, mitunter auch noch ein drittes Fach. Die Gesamtschüler*innenzahl ist gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen (+15), die anderen Zahlen sind etwas gesunken. Auf der Warteliste stehen 158 Personen. Derzeit unterrichten 15 festangestellte und 25 freie Lehrkräfte. Hierbei hat sich die Anzahl der festangestellten Lehrkräfte zugunsten der freien Lehrkräfte um 3 verringert.

Die Anzahl der Veranstaltungen ist auf 119 gestiegen (Vorjahr: 48) und hat damit fast Vor-Corona-Niveau erreicht. 1.323 Schüler*innen musizierten vor ca. 18.350 Zuhörer*innen (Vorjahr: 5.500).

Die Kreismusikschule ist mit der Geschwister-Scholl-Grundschule Jüterbog im Projekt „Klasse! Musik für Brandenburg“ aktiv.

Höhepunkte des Jahres

- Zu den Höhepunkten gehörten Auftritte beim Schlossparkfest in Jüterbog, bei der Session am Nuthepark in Luckenwalde, beim Fest der Generationen in Trebbin, bei der Luckenwalder Biermeile oder dem Streetfoodfestival, beim Kraut- & Rüben-Markt in Zossen, beim Luckenwalder Turmfest, beim Sommerfest der Wündsdorfer Werkstätten oder beim Behinderten- und Skaterfest. Besonders involviert waren in diesem Jahr die Ensembles TrommelFieber, Blechschaden, Lucky Forrest Ladys Brass, das Renaissanceensemble Süssato sowie die Bands TastenFeuer, TraumFabrik und TaktgeFühl.
- Schüler*innen der Musikschule umrahmten Veranstaltungen wie den Empfang der Landrätin zum Tag des Ehrenamtes, den Volkstrauertag oder den kreisoffenen Kindertag in Dobbrikow.
- Die Ensembles und Schüler*innen spielten zum Dorffest in Fröhden, beim Erntefest auf dem Jüterboger Neumarkt oder beim Markt der Stadtgeschichten in Jüterbog.
- In der Adventszeit musizierten sie auf Weihnachtsmärkten und bei Seniorenfeiern in verschiedensten Besetzungen in Trebbin, Luckenwalde, Heinsdorf, Zossen, Kliestow, Jüterbog, Schönefeld, Dobbrikow, Ludwigsfelde und bei diversen St.-Martins-Umzügen. Und nach 2 Jahren Pause fand auch wieder das Adventskonzert im ausverkauften Luckenwalder Stadttheater statt.
- Auch über die Kreisgrenzen hinaus wurden einige Ensembles aktiv. So spielte die Gruppe TrommelFieber bei der Landesgartenschau in Beelitz sowie beim Kiezfest in Berlin-Neukölln. Das Renaissanceorchester war zum wiederholten Mal beim Internationalen Renaissance-Musik-Festival in der Schlosskirche der Lutherstadt Wittenberg zu hören.

Kooperationen

- Im Juni fanden in Kooperation mit dem Rotary-Club Kloster Zinna zwei Benefiz-Konzerte des Renaissance-Orchesters in der Liebfrauenkirche Jüterbog und in der Johanniskirche Luckenwalde statt. 1.000 Euro konnten daraufhin an eine Musikschule in Irpin, Ukraine, gespendet werden.

- Die Deutsche Gesellschaft e. V. organisiert alljährlich Debüt-Konzerte in Brandenburger Schlössern und Herrenhäusern. In diesem Jahr waren wir mit dem Renaissance-Orchester „Süssato“ und einigen Solist*innen zu Gast im Schloss Genshagen.
- Seit vielen Jahren unterrichtet die Kreismusikschule in der Kindertagesstätte „Vier Jahreszeiten“ in Trägerschaft der Volkssolidarität. Mit den jüngsten Schüler*innen und dem Ensemble Blechschaden wurde der „Zirkus Makkaroni“ im Luckenwalder Stadttheater aufgeführt.

Digitalisierung

Der Verband der Musik- und Kunstschulen Brandenburg e. V. legte mit Hilfe von Fördermitteln der EU ein Digitalisierungsprojekt auf. Durch die Teilnahme an diesem Projekt konnten für die Kreismusikschule Technik und iPads für knapp 48.509 Euro angeschafft werden. 2 Beschäftigte erhielten in diesem Zusammenhang jeweils 10 Tage Schulung.

Weiterbildungen

An insgesamt 35 Weiterbildungstagen wurden 29 Lehrkräfte in ihren pädagogischen Kenntnissen weitergebildet. Die überwiegende Zahl dieser Veranstaltungen fand offline statt.

Von diesen Lehrkräften nahmen 23 an Weiterbildungen im Bereich Inklusion teil. So gab es im Mai eine zweitägige Veranstaltung in Lübben („Besondere Schüler*innen – Effektive Strategien für einen souveränen Umgang“) und im November ein Inhouse-Seminar in Luckenwalde unter Leitung der Volkshochschule Teltow-Fläming („Inklusion in der Musikschule“).

Museum des Teltow

Trotz der zu Jahresbeginn noch immer geltenden Einschränkungen der Ausstellungs- und Vortragstätigkeit im Zusammenhang mit den SARS-CoV-2-Eindämmungsverordnungen kann das Museum des Teltow für das Jahr 2022 folgende Ereignisse und Besonderheiten vorweisen:

- Teilnahme am Themenjahr 2022 „LEBENSKUNST“ von Kulturland Brandenburg mit der Ausstellung „Fourage – Die Ernährung der Truppe“
- eine weitere selbst erarbeitete Sonderausstellung „Der Nottekanal – eine Lebensader der Region“,
- Organisation und Durchführung einer Arbeitstagung für Leitende und Beschäftigte von Museen und Heimatstuben des Landkreises Teltow-Fläming (in Kooperation mit der Heimatstube Lüdersdorf, Stadt Trebbin),
- Museumsführung im Rahmen der Partnerschaft des Landkreises mit dem Kreis Paderborn
- Unterstützung von Ortschronist*innen bzw. Ortschronistengruppen in mehreren Kommunen,
- Unterstützung mehrerer regionalgeschichtlicher Projekte im Landkreis, u. a. das Projekt „Franzosenlinde“ in Jühnsdorf, Gemeinde Blankenfelde-Mahlow,
- Unterstützung ausgewählter schulischer und studentischer Projekte,
- Kooperation mit dem Museumsverband des Landes Brandenburg, auch mit dem Ziel, die Museumslandschaft des Landkreises in ihrer Gesamtheit in den Fokus zu rücken,
- Vortragstätigkeit zu regionalhistorischen Themen, u. a. in Kooperation mit der Volkshochschule des Landkreises,
- Erstellung des 30. Jahrgangs des Heimatjahrbuchs für den Landkreis Teltow-Fläming.

Die klassische museale Tätigkeit – nach museologischen Kriterien sammeln, bewahren, forschen und vermitteln – wurde intensiv weitergeführt. Durch die Nutzung des unter Denkmalschutz stehenden Museumsgebäudes (ehemalige Dorfschule) engagiert sich der Landkreis zudem für den Erhalt des historischen Erbes.

Die Ergebnisse der Forschungsarbeiten werden auch langfristig Wirkung zeigen und können digital präsentiert werden.

Sachgebiet IT-Service

Zentrales Dokumentenmanagementsystem und qualifizierter Rechnungsworkflow

Im Jahr 2021 hat das Sachgebiet IT-Service eine öffentliche Ausschreibung zur Beschaffung eines neuen Dokumentenmanagementsystems (DMS) durchgeführt. Im Ergebnis des Ausschreibungsverfahrens konnte sich ein regional ansässiger Partner, LCS Computer Service GmbH, erfolgreich durchsetzen. Zwei von insgesamt vier Teilprojekten konnten im Jahr 2022 zu einem Großteil in den Fachämtern umgesetzt werden. Das im Vorfeld genutzte Dokumentenmanagementsystem ENAIO von Optimal Systems wurde vollständig durch Winyard abgelöst und fristgemäß zum Ende 2022 gekündigt. Das Straßenverkehrsamt ging im 2. Quartal 2022 in den Echtstart, alle Dokumente wurden aus ENAIO migriert und dem STVA zur Weiterverarbeitung zur Verfügung gestellt.

Das zweite Teilprojekt bestand aus der Einführung eines qualifizierten Rechnungsworkflows für alle Eingangsrechnungen der Verwaltung. Im Dezember 2022 konnte die Projektgruppe „E-Rechnung“ eine umfängliche Umsetzung des E-Workflows sicherstellen. Für das Jahr 2023 ist die Einführung der E-Aktenstruktur im Bereich der Ausländerbehörde (ABH) geplant. Des Weiteren sollen einzelne Teilbereiche eine neu bereitgestellte Aktenordnungsstruktur in Winyard nutzen, um elektronische Vorgänge und Dokumente zu hinterlegen.

Aufbau eines mobilen Impfzentrums

In Zusammenarbeit mit der DRK Flüchtlingshilfe Brandenburg wurde ein mobiles Impfzentrum in den Räumlichkeiten der Kreisverwaltung aufgebaut. Das Zentrum wurde zur Planung von Außeneinsätzen in Gemeindezentren, Schulen, Kirchen, Krankenhäusern, Pflegeheimen und anderen Orten genutzt. Der IT-Service unterstützte den kurzfristigen Aufbau des Zentrums mit notwendigem technischem Equipment. Des Weiteren wurde dem Zentrum ein elektronisches Terminverwaltungssystem „CLEVERQ“ zur Verfügung gestellt, welches umfänglich vom IT-Service konfiguriert und betreut wird.

Erneuerung der zentralen Multifunktionsgeräte und Drucker

Alle 2013 beschafften Multifunktionsgeräte und Drucker der Kreisverwaltung inklusive der angrenzenden Außenstellen und Schulen sind erfolgreich zur Neuanschaffung ausgeschrieben worden. Hierbei wurde großer Wert auf Nachhaltigkeit und Energieeffizienz gelegt. Um zukünftig einheitliche Systeme zu erhalten, wurden maximal fünf Geräteklassen mit verschiedenen Anforderungen definiert. Um den Support des Fuhrparks ausreichend abzusichern, hat der IT-Service wieder ein Mietmodell ausgeschrieben. Die gesamte Druckflotte wird durch ein zentrales Servicemanagement der Firma Ricoh supportet. Aufgrund von Liefer-schwierigkeiten des Herstellers konnte erst im Jahr 2023 mit der Auslieferung an die Kreisverwaltung und Schulen begonnen werden.

Digitalisierung des Gesundheitsamtes

Im Rahmen des Pakts für den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) hat das Gesundheitsamt in Zusammenarbeit mit dem IT-Service und anderen Beteiligten des Landkreises ein Reifegradmodell für die digitale Modernisierung von Gesundheitsämtern bearbeitet. Das diente der Messung der digitalen Reife und zeigte den Status Quo des Gesundheitsamtes. Darüber hinaus kann man mithilfe des Modells Verbesserungspotenziale identifizieren.

Digitale Meldung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht

Mit dem Ziel, eine medienbruchfreie Kommunikation zwischen dem Gesundheitsamt und bestimmten Einrichtungen im Landkreis Teltow-Fläming zu gewährleisten, wurde ein elektronisches Portal zur Meldung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht eingeführt. Dieses Portal wurde über die Internetseite des Landkreises allen betroffenen Einrichtungen bereitgestellt. Die erfassten Daten wurden verwendet, um eine direkte Datenintegration in das bestehende Fachverfahren des Gesundheitsamtes zu gewährleisten.

Ausschreibung Thin-Clients/Lieferung der Monitore

Die Vergabe der Hardware für die Homeoffice-Arbeitsplätze wurde erfolgreich zum Abschluss gebracht. Insgesamt sind 200 Thin Clients, Monitore sowie Eingabegeräte als Arbeitsplatzlösung beschafft worden. Je nach Bedarf können die Thin-Clients auch in den Außenstellen der Kreisverwaltung oder im Kreishaus selbst eingesetzt werden.

Besonderes Behördenpostfach (beBPo)

Seit 1. Januar 2022 ist das Behördenpostfach als ausschließliches Kommunikationsmedium mit den Gerichten zulässig. Aus diesem Grund wurde der Governikus Kommunikator als Zugangsoftware zum beBPo in der Poststelle und allen anderen Fachämtern installiert und eingewiesen. Dies betraf im Jahr 2022 ca. 70 PC-Arbeitsplätze/Beschäftigte.

Der Eingang von beBPo-Nachrichten nahm und nimmt weiterhin ständig zu, da auch Anwaltskanzleien und Notariate das beBPo vermehrt nutzen. Um die Anzahl der manuell zu verteilenden Nachrichten so gering wie möglich zu halten, wurde das Regelwerk für die automatische Verteilung der Nachrichten ständig weiterentwickelt. Der Anteil der manuell zu verteilenden Nachrichten konnte damit deutlich unter 50 Prozent reduziert werden.

Ausschreibung neues Backupsystem

Im Jahr 2022 wurde eine Ausschreibung für ein neues Backupsystem erarbeitet und veröffentlicht. Leider musste das Vergabeverfahren aufgehoben werden, da entweder die Kriterien nicht erfüllt wurden oder das Angebot nicht im wirtschaftlichen Preisrahmen lag. Im November 2022 erfolgte eine neue Marktanalyse mit anschließender Veröffentlichung des überarbeiteten Backupprojektes. Der IT-Service geht davon aus, dass die Umsetzung im ersten Halbjahr 2023 erfolgt.

Erneuerung der Geodateninfrastruktur und des Geoportals

Für die Instandhaltung der Geodateninfrastruktur (GDI) des Landkreises wurde mit der Erneuerung einzelner Komponenten begonnen. Die Erneuerung ist in den nächsten Jahren erforderlich, weil es umfangreiche herstellerseitige Änderungen bei der im Geoportal und in der Geodateninfrastruktur eingesetzten Software gibt. Außerdem läuft die Betriebsdauer technischer Bestandteile der Infrastruktur ab. In einem ersten Schritt wurde mit der Erneuerung der technischen Infrastruktur zur Datenspeicherung begonnen und die Migration aller Geodaten des Landkreises in ein neues Datenbanksystem vorbereitet. Dazu wurden im laufenden Betrieb des Geoportals der Kartenviewer sowie der Kartenserver zur Bereitstellung der Kartendienste aktualisiert. Einzelne Daten (z. B. zum Liegenschaftskataster) wurden bereits erfolgreich in das neue System migriert. 2023 folgten sukzessive der Umzug aller übrigen Geodaten sowie die Umstellung aller Kartendienste. Darüber hinaus soll 2024 ein neuer Kartenviewer eingeführt werden.

Erneuerung und Standardisierung des Bestands-CAFM (ARCHIKART)

Im Zuge des Umzugs der Fachdatenbanken auf einen neuen Server sowie eines umfangreichen Software-Updates des Herstellers wurde die Infrastruktur der Software-Lösung ARCHIKART komplett neu aufgebaut und reorganisiert. Damit sollte die Verwaltbarkeit und Leistung des Systems verbessert werden. Erste Erfahrungen sind hier positiv. Darüber hinaus wurden Geschäftsprozesse erfasst und dokumentiert sowie ein neues Rechte- und Rollenkonzept unter Einbeziehung der beteiligten Akteure erstellt und umgesetzt.

Technischer Aufbau zum Zensus 2022

Der IT-Service unterstützte das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg beim Aufbau der Erhebungsstelle für den Zensus. Die Netzwerkverkabelung vor Ort wurde geplant; die internen Beschäftigten wurden an die Technik des Kreishauses angebunden.

Umzug Gesundheitsamt Jüterbog

Durch notwendige Baumaßnahmen am Goethe-Schiller-Gymnasium in Jüterbog musste die angrenzende Nebenstelle des Gesundheitsamtes in das frühere Johanniter-Krankenhaus Jüterbog, Badergasse 2, umziehen. Der IT-Service hat die technischen Voraussetzungen dafür geplant und sichergestellt.

Umzug Kreismedienzentrum und Musikschule

Das Kreismedienzentrum zog mit sechs Arbeitsplätzen von der Puschkinstraße in den Schieferling. Das Gebäude wurde über eine neue Standleitung der E.discom an das Kreishaus angebunden. Die Musikschule erhielt dort ebenfalls Räumlichkeiten, die mit WLAN ausgestattet sind.

WLAN-Ausleuchtung im Kreishaus

2022 wurde eine umfangreiche IST-Analyse der vorhandenen bautechnischen Gegebenheiten im Zusammenhang mit einem WLAN-Ausbau durchgeführt. Durch eine komplette Ausleuchtung des Kreishauses sind nun die zukünftigen Positionen der Access-Points bekannt und konnten somit bei einem Projekt zur Erneuerung des Datennetzes im Kreishaus berücksichtigt werden.

Umsetzung des Digitalpakts in einigen Schulen

Im Rahmen des Digitalpakts wurde in einigen kreiseigenen Schulen die Netzinfrastruktur erneuert. Hierfür sind neue Kabel verlegt und neue Servertechnik, Switches und Accesspoints installiert worden. Weiterhin wurden die Schulen mit digitalen Tafeln sowie mit mobilen Endgeräten wie iPad, Notebooks und Convertibles ausgestattet. In einer Schule ist ein neues Client-Serversystem installiert worden, um den hohen Ansprüchen eines elektronischen Schulsystems gerecht zu werden sowie alle neuen Sicherheitsstandards zu erfüllen. Außerdem wurden eine neue Lernsoftware und ein neues Backupsystem eingeführt.

Mobile Device Management (MDM)

Der Einsatz des im Landkreis vorhandenen MDM Sophos Mobile Control wurde erweitert. Neben den neuen Smartphones wurden auch vermehrt ältere Geräte in das MDM aufgenommen, um die notwendigen IT-Sicherheitsrichtlinien der Dienststelle auf den Handys durchzusetzen. Zurzeit werden ca. 150 Smartphones zentral im Sachgebiet IT-Service verwaltet.

Anbindung Server, Hosts und Storage

Durch die vorgezogene Beschaffung von Switches konnte im Serverbereich die Anbindung von 1Gbit/s auf 10Gbit/s für eine Vielzahl von Geräten erhöht werden. Die redundante Anbindung der Geräte führt zu einer höheren Ausfallsicherheit. Hiervon profitieren die ESX-Hosts, der Backuphost und das zentrale Stagesystem. In einzelnen Bereichen konnte der Durchsatz dadurch verdreifacht werden. Bei der Geräteauswahl wurde darauf Wert gelegt, nur Geräte zu beschaffen, die auch nach der bevorstehenden Erneuerung des Datennetzes in der Kreisverwaltung weiter eingesetzt werden können.

Erneuerung des Datenbankservers

Der vorhandene Microsoft-SQL-Server wurde auf die aktuelle Version angehoben und läuft unter dem Betriebssystem Linux. Zur Erhöhung der Ausfallsicherheit wird nun ein Failover-Cluster bereitgestellt.

Umstellung auf Windows 2022

Im Jahr 2022 wurde mit der Umstellung auf das Betriebssystem Windows 2022 begonnen. Hierbei wird die ressourcenschonende und gut abzusichernde Core-Version eingesetzt, sofern keine anderen technischen Anforderungen zur Auswahl der Serverversionen vorliegen. Es werden die Server-Versionen 2012, 2012R2 und 2016 kontinuierlich abgelöst.

DEZERNAT II

Stabsstelle Grundsatzsachbearbeitung SGB II

Der Landkreis verfügt mit der Stabsstelle über ein bewährtes Steuerungsinstrument für die Trägeraufgaben im Jobcenter und die Kommunikation mit der Bundesagentur für Arbeit. Die Stabsstelle begleitet die Leitung des Landkreises in strategischen Belangen und in der Steuerung der kommunalen Aufgaben in der gemeinsamen Einrichtung. Um die Handlungsfelder zu koordinieren und die Verwaltungsleitung zu beraten, ist die Stabsstelle zwischen der Dezernatsleitung und dem Jobcenter installiert.

Die Stabsstelle ist ständiger Vertreter im Arbeitskreis gemeinsame Einrichtungen im Deutschen Landkreistag (DLT) und beratender Vertreter in der Bund-Länder-Kommission „Verwaltungskosten“. Die Stabsstelle führt die Arbeitsgruppe Migration im Landkreis.

Vertretung des Landkreises im Jobcenter und gegenüber der Bundesagentur für Arbeit

Die Zusammenarbeit der beiden Träger der Grundsicherung war auch 2022 von erfolgreichen Integrationsbemühungen für Langzeitarbeitslose und deren Familien geprägt. Die Zahl erwerbsfähiger Langzeitarbeitsloser ist trotz anhaltender Pandemie sowie hohem Zugang von Flüchtlingen aus der Ukraine nicht wesentlich gestiegen. Die Stabsstelle überwachte die Verwendung der kommunalen Mittel (Verwaltungskosten und Kosten der Unterkunft) im Jobcenter. In Einzelfällen entschied sie über die Verwendung der kommunalen Mittel (z. B. Darlehen, Erstausrüstung) per Weisung. Der Mitarbeiter in der Stabsstelle bereitet die Trägerversammlung vor und nimmt daran teil.

Einen Schwerpunkt der Tätigkeit bildete in diesem Jahr die Vorbereitung der Einführung und Umsetzung des Bürgergeldes. Hier wurden die notwendigen Informationen und Verzahnungen für die Grundsicherung sichergestellt. Die Stabsstelle begleitet die Neuausrichtung des Jobcenters in diesem Prozess.

Die Stabsstelle begleitet die Umsetzung des gemeinsamen Personalentwicklungskonzeptes mit Blick auf die Einbindung der kommunalen Beschäftigten.

Die Stabsstelle vermittelte weiterhin lösungsorientiert bei Beschwerden sowie Problemfällen zwischen den Bürger*innen und dem Jobcenter. Sie unterstützte Hilfebedürftige bei der Wohnungssuche im Landkreis. In vielen Fällen stehen die Beratung von Aufstocker*innen zur Wohnungssicherung sowie die Wohnungssicherung der ukrainischen Geflüchteten im Fokus.

Führungsunterstützung und Grundsatzsachbearbeitung

Die Stabsstelle bearbeitet Anfragen des Kreistages und der kommunalen Gremien, hier insbesondere im Bereich Kosten der Unterkunft, Bildung und Teilhabe sowie der Entwicklung eines sozialen Landkreises. Durch Teilnahme an regionalen und überregionalen Arbeitskreisen werden Erfahrungen ausgetauscht und Ergebnisse für die praktische Arbeit nutzbar gemacht.

Die Rechtsveränderungen und Vorgaben des Bundes in Bezug auf die Einführung des Bürgergeldes wurden fortlaufend aus kommunaler Sicht aufgearbeitet und ggf. dem Jobcenter und dem Sozialamt als Empfehlung oder Weisung zugänglich gemacht.

Wohnraumversorgung

Die Wohnraumknappheit in den Kommunen des Landkreises steht in der öffentlichen Diskussion sowie bei den Bürgermeister*innen und dem Amtsdirektor weiterhin ganz vorn. Es ist dabei unumstritten, dass die steigenden Mieten und Mietnebenkosten und eine anhaltende Inflation immer größeren Teilen der Bevölkerung den Zugang zum Wohnungsmarkt erheblich erschweren. Vor allem mittlere und untere Einkommensklassen haben zunehmend Probleme, bezahlbaren Wohnraum zu finden.

Der lokale Wohnungsmarkt im Landkreis Teltow-Fläming verzeichnet seit Jahren ein stetig steigendes Mietniveau. Insbesondere im sogenannten Speckgürtel Berlins ist neben steigenden Mieten und hoher Nachfrage ein Stagnieren von bezugsfertigen Mietwohnungen zu verzeichnen.

Die Stabsstelle wirkt daher aktiv im Projekt des Landkreises „Faire Mieten“ mit.

Zunehmend wird bei der Zusicherungsentscheidung der gesamte Wohnungsmarkt betrachtet und die 4. Handlungsempfehlung des Landkreises Teltow-Fläming zu den angemessenen Bedarfen für Unterkunft und Heizung auch unter Beachtung der bundessozialgerichtlichen Rechtsprechung ausgelegt. Das sind bisher Einzelprozesse, die es im nächsten Jahr in der neuen Erhebung zu den Kosten der Unterkunft genauer zu betrachten gilt.

In der Wohn- und Sozialberatung gab es insgesamt 298 Anfragen von Bürger*innen. Im gesamten Landkreis wurden leider auch 53 Anträge auf Zwangsräumung im Amtsgerichtsbezirk Luckenwalde und 45 Anträge im Amtsgerichtsbezirk Zossen gestellt. Hier versuchten die Beschäftigten der Stabsstelle, die Räumung durch Beratung und Zuweisung auf die Hilfsangebote der Sozialpartner zu verhindern.

Im Jahr 2022 funktionierte die Zusammenarbeit der beiden Träger, des Jobcenters sowie der Akteure am Arbeitsmarkt mit der Stabsstelle reibungslos. Eine gute Kommunikation und eine breite regionale Vernetzung bildeten hier weiterhin die Grundlage.

Sozialamt

Das Sozialamt ist Träger der örtlichen Sozialhilfe. Unter diesem Aufgabenspektrum werden vielfältige soziale Transferleistungen ausgereicht. Zudem werden durch das Sozialamt weitere soziale Angelegenheiten, wie die Sozialraumplanung mit vielfältigen sozialen Projekten koordiniert.

Sozialraumplanung

Die Sozialplanung des Landkreises Teltow-Fläming ist auf vier Sozialräume ausgerichtet. Dabei werden im besonderen Ziele der Weiterentwicklung im Hinblick auf Vernetzung, Kommunikation und Kooperation zwischen Fachplanungen einerseits sowie zwischen Bevölkerung und kommunaler Planung andererseits verfolgt. Die Sozialraumplanung leistet einen Beitrag zu einem bedarfsgerechten, leistungsfähigen und ressourceneffizienten Angebot sozialer Dienstleistungen und Einrichtungen sowie Gestaltung baulich-technischer Infrastrukturen. Sozialraumplanung bietet damit eine geeignete Grundlage für eine verantwortungsvolle und vorausschauende Stadt- und Regionalplanung mit einer Sozialraumentwicklung zur Sicherung der kommunalen Daseinsvorsorge und gleichwertiger Lebensverhältnisse.

Innerhalb der Sozialraumplanung ergaben sich im Jahr 2022 im Besonderen drei Handlungsfelder.

Pakt für Pflege – Pflege vor Ort

Bereits im Jahr 2021 trat die durch das Land Brandenburg erlassene Förderrichtlinie „Pakt für Pflege“ in Kraft. Mit der **Förderrichtlinie „Pflege vor Ort“** sollen Maßnahmen der kommunalen Pflegepolitik zur Stärkung der Pflege vor Ort in den Kommunen gefördert werden. Ziel ist die **Unterstützung der Pflege in der eigenen Häuslichkeit** durch Gestaltung alters- und pflegegerechter Sozialräume und somit die Stabilisierung des Anteils ambulanter Pflege im Land Brandenburg.

Pflege ist ein umfassendes Thema. Das, was pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen brauchen, geht weit über das hinaus, was eine Pflegeversicherung leisten kann. Die konkreten Lebensbedingungen und Unterstützungsangebote vor Ort haben ganz erheblichen Einfluss darauf, wann und in welchem Umfang Pflegebedürftigkeit entsteht und darauf, wie gut sie bewältigt werden kann. Das Thema „Pflege vor Ort“ ist daher das Herzstück des Brandenburger Paktes für Pflege. Es geht dabei unter anderem um Hilfen in den Kommunen im Vorfeld von Pflegebedürftigkeit und in Ergänzung zu den Leistungen der Pflegeversicherung.

Mit dem Förderprogramm „Pflege vor Ort“ können sowohl die brandenburgischen Landkreise als auch die kreisangehörigen Kommunen finanzielle Mittel erhalten, um Strukturen zu entwickeln oder vorzuhalten, die es den Menschen erleichtern, so lange wie möglich in der eigenen Häuslichkeit zu verbleiben und ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

Der Landkreis initiierte ein übergreifendes Projekt in Zusammenarbeit mit der Kreishandwerkerschaft initiiert. Die sogenannte Koordinierungsstelle „barrierefrei“ bietet Beratung für den Ausbau barrierefreier Wohnungen.

Zudem wurden aus dem Investitionsprogramm für den Ausbau der Kurzzeit- und Tagespflege aus dem Pakt für Pflege über die sogenannte Pflegezukunftsinvestitions-Richtlinie zwei Projekte zum Ausbau der Tagespflege gefördert werden, davon eines in der Stadt Baruth/ Mark, das zweite in der Stadt Trebbin.

Am 8. Dezember 2022 informierte sich die Ministerin für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz Ursula Nonnemacher in Baruth/Mark im Rahmen ihrer „Pflegevor-Ort-Tour“ zum aktuellen Stand dieser Projekte im Landkreis Teltow-Fläming und überbrachte einen entsprechenden Förderbescheid.

Frauenhaus

Im Landkreis Teltow-Fläming werden zwei Einrichtungen betrieben, die dem Schutz von Gewalt betroffener Frauen dienen. An beiden Standorten finden Beratungen statt und es werden Einrichtungen zur vorübergehenden Unterbringung bereitgestellt. Insgesamt kümmern sich sechs Beschäftigte des mit der Aufgabe betrauten Trägers Strausberger bildungs- und Sozialwerk (SBSW) e.V. um die schutzsuchenden Personen.

Die derzeitige Kapazität liegt bei 12 Zimmern mit 12 Frauenplätzen und 21 Kinderplätzen, gesamt bei 33 Plätzen.

Zur Erfüllung des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (sogenannte Istanbul-Konvention) ist je 10.000 Einwohner ein „family place“ vorgesehen, der rechnerisch 2,14 Plätze beinhaltet. Da diese Vorgaben in den Bestandsimmobilien nicht erfüllt werden können, wurde nunmehr ein neuer Standort gefunden, an welchem die Kapazität entsprechend vorgehalten werden kann. Die Aufnahme des Betriebes an diesem Standort ist für die Mitte des Jahres 2023 vorgesehen.

Schuldnerberatung

Die Beratungsstellen wurden durch die zwei Träger vorgehalten. Eine Beratungsstelle befindet sich in Zossen und wird durch den Freien Betreuungsverein Teltow-Fläming e.V. geleitet, die Beratungsstellen in Jüterbog, Luckenwalde und Dahme/Mark werden vom Diakonischen Werk Teltow-Fläming betreut.

Insgesamt wurden durch die Schuldnerberatungsstellen 925 Personen beraten. Dafür wurden 5.649 Beratungsgespräche geführt.

Eingliederungshilfe und Betreuungsbehörde

Eingliederungshilfe

Die Arbeit des Bereichs ist weiterhin von der schrittweisen Einführung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) geprägt. Das BTHG tritt im Zeitraum von 2017 bis 2023 in vier Stufen in Kraft. Oberste Priorität ist die selbstbestimmte Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft entsprechend dem Wunsch- und Wahlrecht des behinderten Menschen. Das Sozialamt ist Träger der Eingliederungshilfe und somit verantwortlich für die umfassende Gesamt- und Teilhabeplanung unter Hinzuziehung aller Rehabilitationsträger (Jugendämter, Krankenkassen, Rentenkassen, Bundesagentur für Arbeit, Jobcenter usw.).

Im Land Brandenburg gilt als Bedarfsermittlungsinstrument der sogenannte „Integrierte Teilhabeplan (ITP)“ für alle Hilfen ab Schuleintritt und außerhalb besonderer Wohnformen (früher „stationäre Einrichtungen“). Für alle noch nicht schulpflichtigen Kinder ist die Komplexleistung Frühförderung umzusetzen.

Die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen umfasst zahlreiche individuelle, auf den Einzelfall bezogene Leistungen. Diese sind beispielsweise:

- Eingliederungshilfen in Landeskliniken, Krankenhäusern zur medizinischen Rehabilitation, Wohnstätten mit interner und externer Tagesstruktur sowie mit einer

- Pflegeabteilung, betreute Wohngemeinschaften für Kinder, Jugendliche und Erwachsene, Langzeittherapie- und Überbrückungseinrichtungen für suchtkranke Menschen,
- Eingliederungshilfen in Werkstätten für behinderte Menschen, Tagesstätten und Integrationskindertagesstätten,
 - Eingliederungshilfen in Form des betreuten Wohnens in der eigenen Häuslichkeit oder einer Wohngemeinschaft, heilpädagogische Frühförderung, sinnesspezifische Frühförderung, Assistenzleistungen in Kindertagesstätten und Schulen, Teilhabe am Arbeitsleben, Familienpflege/Gastfamilien,
 - das Budget für Ausbildung und Arbeit,
 - das persönliche Budget und das trägerübergreifende persönliche Budget sowie
 - Heil- und Hilfsmittel.

Dazu erbringt das Sozialamt folgende Leistungen:

- Ermittlung der individuellen Bedarfe nach den Hilfebedarfsermittlungsinstrumenten der Länder im gesamten Bundesgebiet,
- Gewährung von Heilpädagogische Frühförderung und Hilfen zur Gesundheit,
- Prüfung und Gewährung von Ansprüchen auf Hilfe zum Lebensunterhalt in vollstationären Einrichtungen der Eingliederungshilfe für minderjährige Kinder/Jugendliche,
- Prüfung und Weiterleitung oder Gewährung von Ansprüchen auf Hilfe zum Lebensunterhalt oder Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in besonderen Wohnformen für Erwachsene,
- umfassende Beratungstätigkeiten.

Am 1. Januar 2020 trat die dritte und umfangreichste Stufe des Bundesteilhabegesetzes in Kraft, die bei den Trägern der Eingliederungshilfe mit weitreichenden Veränderungen einherging. Danach gehen alle Leistungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit (drohenden) Behinderungen vom Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) in das Sozialgesetzbuch Neuntes Buch (SGB IX) über. Die Leistungen der Eingliederungshilfe werden von den Hilfen zum Lebensunterhalt getrennt.

Für die Umsetzung der Komplexleistung Frühförderung hat sich der Landkreis Teltow-Fläming auf Initiative der Überregionalen Arbeitsstelle Frühförderung Brandenburg bereits im Januar 2018 einer Arbeitsgemeinschaft angeschlossen und gemeinsam die „Praktische Handreichung für die Umsetzung der Komplexleistung Frühförderung im Land Brandenburg“ erarbeitet. Diese wird seit August 2022 unter Anwendung des MANUAL – Dokumentation Interdisziplinärer Förder- und Behandlungsplan (FrühV § 7 i.V.m. §§ 46 / 79 SGB IX) – in der Praxis erprobt.

Der Landkreis als Träger der Eingliederungshilfe arbeitet mit den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege unter Berücksichtigung des Wunsch- und Wahlrechts der betroffenen Menschen zusammen. Die Angebote fördern die Selbstständigkeit, Selbstbestimmung und soziale Teilhabe von behinderten und pflegebedürftigen Menschen mit und ohne Demenz und entlasten daneben die Angehörigen.

Die Verbände der freien Wohlfahrtspflege nehmen zahlreiche Aufgaben wahr und halten entsprechende Angebote für behinderte und pflegebedürftige Menschen vor.

Zu den Angeboten gehören beispielsweise:

- Hilfen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft,
- heilpädagogische Frühförderung für Kinder im nicht schulpflichtigen Alter,

- Hilfen zur Bildung in Schulen, Hochschulen und andern Bildungsstätten,
- Assistenzleistungen als aufsuchende Hilfen in der Häuslichkeit,
- Hilfen in betreuten Wohngemeinschaften und Wohnstätten,
- allgemeine Beratungsangebote,
- die Schuldnerberatung,
- die Betreuung in Frauenhäusern,
- familienentlastende Dienste,
- Heil- und Hilfsmittel und
- alltagsunterstützende Angebote.

Die Fallzahlen- und Kostenentwicklung wird jährlich im Basisdatenkatalog des Landesamtes für Soziales und Versorgung Brandenburg erarbeitet und veröffentlicht. Grundlage dafür ist die jährliche Kostenerstattung der Landkreise und kreisfreien Städte nach dem AG-SGB IX und AG-SGB XII.

Tabelle 13: Fallzahlen- und Kostenentwicklung im Bereich der Eingliederungshilfe

Kostenvergleich	Kosten 2021 in Euro	Fallzahlen	Prognose Kosten 2022 in Euro	Prognose Fallzahlen
stationäre Eingliederungshilfen (abzgl. Grundsicherung)	16.649.095	426	17.200.000	440
Werkstatt für behinderte Menschen Arbeitsbereich (AB)	8.987.167	580	9.500.000	590
Werkstatt für behinderte Menschen Förder- und Betreuungsbereich (FBB)	875.521	36	910.000	40
heilpädagogische Frühförderung	1.397.608	177	1.500.000	200
Ambulant betreutes Wohnen	3.696.951	396	3.800.000	420

Betreuungsbehörde

Der Betreuungsbehörde obliegen folgende Aufgaben:

- Bearbeitung von Betreuungsanregungen, Zwangsmaßnahmen, Verfahrenspflegschaften,
- umfassende Beratungen zu Vorsorgevollmachten und Patientenverfügungen,
- Weiterbildung ehrenamtlicher Betreuer*innen,
- Durchführung Arbeitskreis Betreuungsrecht zweimal jährlich.

Sofern eine gesetzliche Betreuung beim Amtsgericht angeregt wird, erstellen die Beschäftigten der Betreuungsbehörde nach einem persönlichen Gespräch mit den Betroffenen einen ausführlichen Sozialbericht und geben eine Empfehlung zur Einrichtung einer gesetzlichen Betreuung an das zuständige Amtsgericht ab. Dazu gehören auch Eilbetreuungen, die innerhalb kürzester Zeit zu entscheiden sind. Die Beschäftigten der Betreuungsbehörde haben hierfür nur einen maximalen zeitlichen Rahmen von drei bis fünf Werktagen. In bestimmten Fällen werden die Beschäftigten auch als Verfahrenspfleger*innen vom Amtsgericht eingesetzt.

Oberstes Ziel ist die Vermeidung rechtlicher Betreuungen durch Ausschöpfung optionaler Möglichkeiten, wie zum Beispiel ehrenamtliche Betreuungen, Vorsorgevollmachten oder andere Hilfen, wie bspw. Eingliederungshilfen nach dem SGB IX.

Zweimal jährlich führt die Betreuungsbehörde den Arbeitskreis Betreuungsrecht durch. Zu diesem Arbeitskreis werden die Berufsbetreuer*innen, die Betreuungsvereine und die Amtsgerichte Luckenwalde sowie Zossen eingeladen. Dieser Arbeitskreis ist ein wichtiger Bestandteil in der Zusammenarbeit. Die Themenvorschläge der Betreuer*innen werden entsprechend vorbereitet, vorgetragen und im Anschluss diskutiert und ausgewertet.

Die Weiterbildung der ehrenamtlichen Betreuer*innen wird von den vier Betreuungsvereinen federführend vorgenommen. Zu bestimmten Fachthemen werden die Beschäftigten der Betreuungsbehörde regelmäßig einbezogen.

Auf Anfragen von Schulen, Pflegeheimen, sonstigen Einrichtungen und Behörden führen die Beschäftigten der Betreuungsbehörde Beratungen rund um das Thema Betreuung, Vorsorgevollmacht usw. durch.

Tabelle 14: Statistikdaten für den Berichtszeitraum 01.01. bis 31.12.2022 (Stichtag: 31.12.2022)

Art der Betreuung	Anzahl
bestehende Betreuungen (insgesamt)	2522
neu eingerichtete Betreuungen mit Beschluss	361
Verfahren, die ohne Anordnung einer Betreuung beendet wurden	27
wegen Zuständigkeitswechsel beendete Verfahren	87
Erstverfahren	542
Wiederholungsverfahren	1479
Amtshilfeverfahren	2
Beschwerdeverfahren	0
Anzahl der angeordneten Unterbringungen	31
Anzahl der angeordneten unterbringungsähnlichen Maßnahmen	30
Verfahrenspflegschaften in Vergütungssachen	209
Verfahrenspflegschaften	218

Bei den angeordneten Unterbringungen/angeordneten unterbringungsähnlichen Maßnahmen und Verfahrenspflegschaften in Vergütungssachen/Verfahrenspflegschaften ist ein deutlicher Anstieg im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen.

Bis zum 1. Januar 2023 waren umfangreiche Vorbereitungen zur Umsetzung der Reform des Betreuungsrechts durchzuführen.

Die Einführung des Betreuungsorganisationsgesetzes (BtOG) führt zu einer Erweiterung des Beratungs- und Unterstützungsangebotes, der Vermittlung geeigneter Hilfen und einer erweiterten Unterstützung (s. § 8 BtOG) durch die Beschäftigten der Betreuungsbehörde.

Zudem wird nach §§ 24 ff BtOG das Verfahren zu Registratur, Mitteilungs- und Nachweispflichten beruflicher und ehrenamtlicher Betreuer*innen, zum Widerruf, Rücknahme und Löschung der Registrierung eingeführt. Die zuständige Betreuungsbehörde (Stammbehörde) stellt die Geeignetheit/die Ungeeignetheit von Berufsbetreuer*innen fest. Für die Registrierung, den Widerruf, die Rücknahme und Löschung der Registrierung ist ein Verwaltungsakt nach den gesetzlichen Vorgaben des Verwaltungsverfahrensgesetzes zu erlassen. Somit wird ungeeigneten Berufsbetreuer*innen bzw. ehrenamtlichen Betreuer*innen erstmals ein Widerspruchs- und Klagerecht ermöglicht.

Sozialhilfe

Lebensunterhalt und Grundsicherung

In dem Bereich der Grundsicherung für über 65-jährige und dauerhaft erwerbsgeminderte Menschen nach dem 4. Kapitel SGB XII gibt es zum Stichtag 31. Dezember 2022 insgesamt 1.807 Bedarfsgemeinschaften. Davon sind 932 Bedarfsgemeinschaften dauerhaft erwerbsunfähiger Menschen, 635 Bedarfsgemeinschaften Altersrentner und 240 Bedarfsgemeinschaften dem Bereich besondere Wohnform zuzuordnen.

In der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem 3. Kapitel SGB XII gibt es zum Stichtag 31. Dezember 2022 insgesamt 162 Bedarfsgemeinschaften. In 36 Fällen, in denen ein Leistungsbezug vorlag, waren die Kinder in anderen Familien untergebracht.

Gegen 127 erlassene Verwaltungsakte wurde Widerspruch erhoben, davon wurden nur 13 stattgegeben. Es handelte sich um 120 Widersprüche im Bereich Grundsicherung und sieben Widersprüche im Bereich Hilfe zum Lebensunterhalt.

Bereich Hilfe zur Pflege

Im stationären Bereich gab es zum Stichtag 31. Dezember 2022 insgesamt 332 Bestandsfälle. 2022 wurden 461 Neuanträge gestellt, damit liegt eine deutliche Steigerung zum Vorjahr (285) vor.

Hiervon wurden bis zum Stichtag 133 Fälle bewilligt und bei 158 Fällen kam es aufgrund von Unzuständigkeit, Antragsrücknahme oder Nichtvorliegen der sozialhilferechtlichen Voraussetzungen zu keiner Gewährung von Leistungen. 163 Fälle sind aufgrund der Fallzahlsteigerung noch offen in der Bearbeitung.

Im ambulanten Bereich gab es zum Stichtag 31. Dezember 2022 insgesamt 133 Bestandsfälle. 2022 wurden 120 Neuanträge gestellt (Vorjahr 46 Neuanträge). Hiervon wurden bis zum Stichtag 31 Fälle bewilligt und bei 37 Fällen kam es aufgrund von Unzuständigkeit, Antragsrücknahme oder Nichtvorliegen der sozialhilferechtlichen Voraussetzungen zu keiner Gewährung von Leistungen. 52 Fälle sind noch offen in der Bearbeitung.

Hilfe zur Weiterführung des Haushaltes

Leistungen für Hilfe zur Weiterführung des Haushaltes wurden im Bereich des Sozialamtes in insgesamt acht Fällen übernommen. Im Jahr 2022 begehrte eine Person Leistungen, wobei diesem Antrag entsprochen werden konnte.

Blindenhilfe

Im Bereich der Blindenhilfe nach dem SGB XII gab es zum Stichtag 31. Dezember 2022 insgesamt 28 Bestandsfälle. 2022 wurden drei Neuanträge gestellt, wobei in zwei Fällen eine Bewilligung erteilt werden konnte. Ein Fall wurde wegen fehlender Anspruchsvoraussetzungen abgelehnt.

Leistungen nach dem Landespflegegeldgesetz Brandenburg

Im Bereich der Leistungen nach dem Landespflegegeldgesetz des Landes Brandenburg gab es zum Stichtag 31. Dezember 2022 insgesamt 192 Fälle. Es wurden 26 Neuanträge im Jahr 2022 gestellt. Hiervon wurden bis zum Stichtag 11 Fälle bewilligt. In drei Fällen wurden aufgrund von Unzuständigkeit, Antragsrücknahme oder Nichtvorliegen der sozialhilferechtlichen keine Leistungen gewährt. Neun Fälle sind noch in der Bearbeitung.

Bestattungskosten

2022 gab es insgesamt 107 Anträge auf Übernahme von Bestattungskosten. Hiervon wurden bis zum Stichtag 41 Fälle bewilligt. In 45 Fällen kam es aufgrund von Unzuständigkeit, Antragsrücknahme oder Nichtvorliegen der sozialhilferechtlichen Voraussetzungen zu keiner Gewährung von Leistungen. 21 Fälle sind noch in der Bearbeitung.

Sonstige soziale Hilfen**Bereich Asylsuchende und Geflüchtete**

Im Landkreis wurden im Jahr 2022 vor allem Asylsuchende und Geflüchtete aus der Ukraine aufgenommen. Der Hauptzustrom war in den Monaten März und April 2022 zu verzeichnen. Insgesamt gab es 2.595 Zuweisungen durch die zentrale Ausländerbehörde Brandenburg. Zudem kamen insgesamt 67 Spätaussiedler*innen, Resettlement-Geflüchtete sowie afghanische Ortskräfte in den Landkreis.

Tabelle 15: Asylsuchende und Geflüchtete, Entwicklung der Fallzahlen in Übergangswohnheimen

Jahr	Zuweisungen	Fallzahl AsylbLG	Fallzahl SGB II
2016	438	1.050	597
2017	287	948	408
2018	207	974	204
2019	189	996	133
2020	183	1037	107
2021	102	937	120
2022	2.595	1.014	185

Unterbringung

Tabelle 16: Asylsuchende und Geflüchtete, Entwicklung der Unterbringungskapazitäten

Jahr	Anzahl Einrichtungen	Anzahl Unterbringungsplätze
2016	17	2.326
2017	12	1.581
2018	10	1.213
2019	11	1.350
2020	11	1.188
2021	11	1083
2022	14	1.491

Die Kapazitäten der Heime werden kontinuierlich dem Bedarf angepasst. 2022 wurden die Notunterkünfte in der ehemaligen Grundschule in Zossen/Ortsteil Dabendorf und im LISUM in Ludwigsfelde eröffnet. Das Übergangwohnheim in Großbeeren, Theodor-Echtermeyer-Weg 2, wurde komplett kernsaniert; die Kapazität wurde auf 223 Plätze erhöht. Am 1. September 2022 war die Neueröffnung. Die ehemaligen Bewohner*innen kehrten nach der Fertigstellung der Baumaßnahme zurück in das Übergangwohnheim.

Der Großteil der ukrainischen Vertriebenen wohnt in privaten Wohnungen. Die regulär durch die Zentrale Ausländerbehörde in die Landkreise verteilten Personen sind dem Land Brandenburg durch einen inländischen Ausgleich gemäß dem Königsteiner Schlüssel zugewiesen worden.

Im Jahr 2022 wurde die Betreuung der Gemeinschaftsunterkünfte in Jüterbog, Großbeeren, Am Mellensee/Ortsteil Rehagen und Niedergörsdorf ausgeschrieben und vergeben. In Niedergörsdorf bekam der vormalige Betreiber im Vergabeverfahren den Zuschlag, in Jüterbog, Großbeeren und im Ortsteil Rehagen erfolgte ein Betreiberwechsel.

Auszugsmanagement

Einen anhaltenden Aufgabenschwerpunkt im Sachgebiet stellte das sogenannte Auszugsmanagement für die SGB-II-Berechtigten in den Übergangseinrichtungen dar. Hierbei handelte es sich um anerkannte Asylsuchende, die nunmehr leistungsberechtigt nach dem SGB II sind und dadurch ihren Wohnsitz selbst bestimmen können und berechtigt sind zu arbeiten. Die Bereitstellung von sozialrechtlich angemessenem bzw. geeignetem Wohnraum ist eine große Herausforderung. Durch Beratung und Unterstützung sowie durch konkrete Forderungen wurde darauf hingewirkt, dass sich insbesondere Familien zum Zwecke der besseren Integration verstärkt um Wohnraum bemühen.

Die zunächst positive Entwicklung stagniert jedoch, da sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt, insbesondere im nördlichen Bereich des Landkreises, weiter verschärft hat. Aus diesem Grunde ist nunmehr eine Mitarbeiterin des Sozialamts vorrangig mit dieser Aufgabe befasst.

Ausbildungsförderung 2022

Tabelle 17: AFBG, BAföG, BbgAföG

Leistung	Aktenzahl	Neuanträge
Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)	707	336
Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)	911	221
Brandenburgisches Ausbildungsförderungsgesetz (BbgAföG)	375	118

Im Kalenderjahr 2022 lagen im Bereich der Ausbildungsförderung insgesamt 1.993 Akten vor. Viele dieser Akten werden im Laufe eines Kalenderjahres mehrfach bearbeitet, zum Beispiel bei Prüfung des Antrages, Vorliegen von Änderungsanträgen, bei Einstellung und Rückforderung von Leistungen und Geltendmachung der Rückforderung im Rahmen des Forderungsmanagements.

Insgesamt waren 675 Anträge auf Erst- und Weiterbewilligung zu verzeichnen. Des Weiteren kommen Ablehnungen und auch zahlreiche Änderungsanträge hinzu. Diese bezogen sich hauptsächlich auf allgemeine Änderungen bezüglich der Anspruchsvoraussetzungen der Antragsteller, aber auch Verkürzungen der Anspruchsdauer. Auch die Beratung der Antragsteller und deren Eltern nehmen einen großen Anteil der täglichen Arbeit in Anspruch.

Das Forderungsmanagement ist wichtig, um Rückforderungen gegenüber den Antragstellern im Rahmen von Stundungen, Mahnung, Vollstreckung, Mitwirkung in Insolvenzverfahren usw. geltend zu machen.

Im Jahr 2022 trat das 28. BAföG-Änderungsgesetz in Kraft. Dies wirkt sich nicht nur auf die Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) aus, sondern auch auf die Leistungen nach dem Brandenburgischen Ausbildungsförderungsgesetz (BbgAföG) und dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG).

Die Gesetzesänderung wurde erst sehr spät im Gesetzblatt verkündet, zudem nahm die systemseitige Umsetzung einschließlich vorherigen Testlaufs einige Zeit in Anspruch. Es musste sichergestellt werden, dass die Ausbildungen nicht gefährdet wurden, in dem die Leistungsempfänger auch ab August 2022 weiter gefördert wurden. Daher war es in einer nicht unerheblichen Anzahl von Fällen erforderlich, vorerst nach der alten Rechtslage zu bescheiden und dann entsprechende Änderungsbescheide zu fertigen.

Auch trat im Jahr 2022 das Heizkostenzuschussgesetz (HeizkZuschG) in Kraft, was zur Folge hatte, dass BAföG-Berechtigte und AFBG-Unterhaltsberechtigte einen gesonderten Zuschuss erhielten, der zusätzlich geprüft und bearbeitet werden musste.

In der brandenburgischen Ausbildungsförderung erfolgt nunmehr eine Bewilligung für den kompletten Bildungsgang erfolgt. Dies hat zur Folge, dass nicht nur für ein Schuljahr, sondern für bis zu drei Schuljahre jeweils getrennt die Bewilligung erfolgt. Dies stellt keine abschließende Bearbeitung dar, sondern erfordert eine jährliche erneute Überprüfung der Anspruchsvoraussetzungen im Umfang der Bearbeitung eines Neuantrages.

Die Verfahrensweise bei der Bearbeitung der AFBG-Anträge hatte sich aufgrund der Coronapandemie im Jahr 2021 verändert. Konnten zuvor die komplette AFBG-Maßnahme in einem Bescheid beschieden und dabei alle stattfindenden Maßnahmeabschnitte berücksichtigt werden, musste nun jeder Maßnahmeabschnitt einzeln zu seinem jeweiligen Beginn beschieden werden. Da diese Verfahrensweise im Jahr 2022 aufgehoben wurde, mussten die Fälle erneut bearbeitet und die bis dahin noch nicht gewährten Abschnitte bewilligt werden. Das bedeutet, dass jeder Vorgang je nach Anzahl der Maßnahmeabschnitte um ein Vielfaches mehr zur Bearbeitung gelangt.

Gegen die in diesem Bereich erlassenen Verwaltungsakte wurden 2022 insgesamt acht Widersprüche erhoben.

Wohngeld und Bildungspaket

Wohngeld

Im Bereich der Leistungen nach dem Wohngeldgesetz (WoGG) wurden insgesamt 2.102 Anträge auf Miet- und Lastenzuschuss bearbeitet, davon 1.839 Anträge auf Mietzuschuss und 263 Anträge auf Lastenzuschuss. Daraus ergibt sich ein leichter Rückgang von 99 Anträgen im Vergleich zum Jahr 2021. Insgesamt wurden 1.268 Anträge bewilligt.

Die größte Gruppe von Antragsteller*innen sind mit 1.328 Personen die Ein-Person-Haushalte. Es wurden 827 Anträge bewilligt. Die zweitgrößte Gruppe der Antragsteller*innen ist mit 1.141 Personen die Gruppe der Rentner*innen. Es wurden 762 Wohngeldanträge bewilligt.

Zusätzlich zu den insgesamt 2.102 gestellten Wohngeldanträgen war die Prüfung aufgrund der Ergebnisse des automatisierten Datenabgleichs nach § 33 WoGG mit der Datenstelle der Träger der Rentenversicherung vorzunehmen. Im Ergebnis dessen wurden 2.036 Wohngeldfälle zur Überprüfung gemeldet. Es stand eine Rückforderungssumme bis zum III. Quartal 2021 in Höhe von 64.759 Euro (seit 1. Quartal 2018) zur Disposition.

Das durchschnittlich bewilligte monatliche Wohngeld betrug im Jahr 2022 jeweils 164,90 Euro. Daraus ergibt sich zum Vorjahr 2021 eine leichte Steigerung von 6,71 Euro je Bewilligung. Die Gesamtausgaben an Wohngeldzahlungen belaufen sich im Jahr 2022 auf 1.743.956,82 Euro.

Des Weiteren trat im Jahr 2022 das Heizkostenzuschussgesetz in Kraft. Anspruchsberechtigt waren Personen bei denen mindestens ein Monat des Bewilligungszeitraums in der Zeit vom 1. Oktober 2021 bis zum 31. März 2022 lag.

Gegen die in diesem Bereich erlassenen Verwaltungsakte wurden 2022 insgesamt 43 Widersprüche erhoben.

Bildungspaket/Leistungen für Bildung und Teilhabe

Leistungen für Bildung und Teilhabe sollen seit 2011 besonderen Bedarfen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus Familien mit geringen Einkommen Rechnung tragen und ihnen den Zugang zu Lernmöglichkeiten und zu sozialen und kulturellen Aktivitäten erleichtern.

Das Starke-Familien-Gesetz (1. August 2019) brachte deutliche Verbesserungen für Familien. So wurde etwa der Betrag für die Ausstattung mit Schulbedarf zum 1. Januar 2022 von 156,00 Euro auf 174,00 Euro pro Schuljahr erhöht. Die bisher zu leistenden Eigenanteile bei der gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung in der Schule und der Schülerbeförderung entfielen.

Die Verbesserungen für Familien zeigten sich bereits im Jahr 2022 durch die insgesamt 722 zur Bearbeitung vorliegenden Anträge im Bereich der Bildung und Teilhabe.

Gegen die in diesem Bereich erlassenen Verwaltungsakte wurde 2022 insgesamt ein Widerspruch erhoben.

Jugendamt

Sachgebiet Planung, Controlling, Finanzen

Jugendhilfeplanung

Der Kreistag beschloss am 27. Juni 2022 die Kita-Bedarfsplanung für den Planungszeitraum 2021/2022 bis 2027/2028. Sie umfasst den aktuellen und zukünftigen Bedarf an Betreuungsplätzen sowie die geplanten Maßnahmen auf kommunaler und kreislicher Ebene.

Die Kita-Bedarfsplanung berücksichtigt aktuelle Änderungen der grundlegenden Gesetze zur Kindertagesbetreuung, deckt Versorgungslücken auf und weist im Ergebnis ein Maßnahmenpaket aus, das zur Erfüllung der noch ungedeckten Bedarfe erforderlich ist. Die Bedarfsplanung ist ein kontinuierlicher Prozess, in dem alle Beteiligten der Kindertagesbetreuung einbezogen sind (öffentliche, freie und kommunale Träger, AG78 Kindertagesbetreuung, Kreiskitaelternbeirat). Ziel ist es, jährlich im Austausch mit den kommunalen und freien Trägern zu beobachten, ob die tatsächlichen Bevölkerungsdaten der Vorausberechnung entsprechen und ob geplante Maßnahmen umgesetzt worden sind. Gegebenenfalls wird die Kitabedarfsplanung bei relevanten Abweichungen um eine Anlage ergänzt.

Entgeltvereinbarungen zur Finanzierung der Jugendhilfe

Die Anzahl der Neuverhandlungen ist auf konstant hohem Niveau. Im Kalenderjahr 2022 wurden rund 100 allgemeine Leistungs-, Qualitäts- und Entgeltvereinbarungen und individuelle Einzelvereinbarungen abgeschlossen. Kündigungen 2021 Träger die Vereinbarungen noch aufgrund coronabedingter Mehraufwendungen, waren es 2022 neben den „normalen“ Kündigungen aufgrund gestiegener Personalaufwendungen in Einrichtungen der Jugendhilfe vorrangig Kündigungen aufgrund gestiegener Allgemeinkosten. Diese waren und sind als Folge der Inflation und Energiekrise von den Trägern als große wirtschaftliche Auswirkung angezeigt worden. Aus diesem Grund wurden auch vermehrt Verträge außerordentlich gekündigt.

Sachgebiet Sozialpädagogischer Dienst

Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung

Das staatliche Wächteramt nach Art. 6 Grundgesetz wird durch den Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung entsprechend § 8a SGB VIII ausgeübt und unterliegt einem festgeschriebenen Verfahren, welches im Berichtszeitraum im Rahmen des Qualitätsmanagements überarbeitet und der Gesetzreform (Juni 2021) angepasst wurde.

Im Jahr 2022 wurden 291 Mitteilungen zum Verdacht auf Kindeswohlgefährdung aufgenommen und geprüft. Inobhutnahmen wurden für 93 Kinder und Jugendliche notwendig.

Mitwirkung in Verfahren vor den Familiengerichten

Das Jugendamt hat eine gesetzlich normierte Mitwirkungspflicht bei oder in Verfahren vor dem Familiengericht. Im Jahr 2022 wurden vom Sachgebiet 563 familiengerichtliche Verfahren begleitet, von denen 519 im Jahr 2022 neu eröffnet wurden.

Unbegleitete minderjährige Geflüchtete

Insgesamt war der Landkreises Teltow-Fläming für 29 unbegleitete minderjährige Ausländer*innen gem. § 42 SGB VIII/§ 42 a SGB VIII zuständig.

Erzieherische Hilfen

Der sozialpädagogische Dienst des Jugendamtes gewährleistete neben den Angeboten zur Förderung der Erziehung in der Familie gem. §§ 16 ff SGB VIII vollumfänglich die Aufgaben der Hilfen zur Erziehung gemäß §§ 27 ff SGB VIII. Die Hilfen unterstützen oder ersetzen die Erziehung in der Familie. Dafür wurde das gesamte Spektrum ambulanter, teilstationärer und stationärer Hilfen sowie Hilfen für junge Volljährige genutzt. Art und Umfang der Hilfen richteten sich nach den individuellen erzieherischen Bedürfnissen in der Familie. Beginnend in 2022 wurden 1658 Hilfen zur Erziehung – darunter für 140 Familien mit Migrationshintergrund – sowie 280 Hilfen für junge Volljährige gewährt.

Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche

Kinder und Jugendliche, die seelisch behindert oder von einer solchen Behinderung bedroht sind, haben Anspruch auf Eingliederungshilfe nach § 35 a SGB VIII. Insgesamt wurden 295 jungen Menschen nach Vorlage aller Voraussetzungen Leistungen der Eingliederungshilfe gewährt.

Jugendgerichtshilfe

2022 gab es 427 Diversions- und Gerichtsverfahren, darunter 80 Diversionsverfahren, 123 neue Anklagen bei Jugendlichen und 118 Anklagen bei jungen Volljährigen. Im Zusammenhang mit gerichtlichen Auflagen begleitete die Jugendgerichtshilfe insgesamt 186 Jugendliche und junge Heranwachsende. In der Kooperation mit freien Trägern der Jugendhilfe wurde den Bedarfen straffällig gewordener Jugendlicher und Heranwachsender weiterhin entsprochen.

Pflegekinderdienst

Insgesamt lebten im Jahr 2022 166 Kinder und Jugendliche in 113 Pflegefamilien. 2022 interessierten sich zwei Einzelpersonen und neun Bewerberpaare für ein Engagement als Pflegeeltern im Landkreis, darunter vier Verwandtenpflegeeltern. Es konnten nach Prüfung fünf neue Pflegefamilien anerkannt werden.

Sachgebiet Prävention und Vormundschaft

Jugendförderung

Im Jahr 2022 konnten die sozialpädagogischen Fachkräfte vor Ort endlich wieder in Präsenz arbeiten. Um die Folgen der Corona-Pandemie abzumildern, wurden zusätzliche Mittel vom Land Brandenburg in Höhe von 74.468 Euro im Rahmen des Aktionsprogramms „Ferien und Freizeit“ bereitgestellt. Der Landkreis vergab diese Mittel komplett zur Förderung von Angeboten der Kinder- und Jugendfreizeit.

Im Rahmen des Aktionsprogramms Schulsozialarbeit „Aufholen nach Corona“ wurden vom Land Brandenburg drei Vollzeiteinheiten (VZE) mit 210.000 Euro zusätzlich gefördert. Verwendet wurde je eine halbe VZE für die Gymnasien in Luckenwalde, Jüterbog, Ludwigsfelde und Rangsdorf sowie für jeweils die 1. und 2. neue Grundschule in Ludwigsfelde.

Dadurch erfolgte ein Stellenausbau im Bereich der Schulsozialarbeit. Insgesamt förderte und kofinanzierte der Landkreis Teltow-Fläming 58,75 VZE im Bereich der §§ 11 bis 14 SGB VIII.

Familienförderung und Frühe Hilfen

Der Landkreis beteiligte sich im zehnten Jahr in Kooperation mit freien Trägern der Jugendhilfe, dem Netzwerk Kinderschutz sowie dem Netzwerk Gesunde Kinder an der Bundesstiftung Frühe Hilfen. Im Wesentlichen wurden folgende Themen bearbeitet:

- Kooperation mit dem Netzwerk Kinderschutz und dem Netzwerk Gesunde Kinder sowie Trägern im Landkreis,
- Aktualisierung der Informationen im Internetauftritt des Landkreises zu den Angeboten der Frühen Hilfen, der allgemeinen Förderung der Erziehung und des Kinderschutzes und Fertigstellung der Daten für die „elina-App“, einer neuen Informations-App für werdende und junge Eltern,
- Fachtag zum 10-jährigen Jubiläum Frühe Hilfen und
- Beginn Digitalisierung von Sachberichten Frühe Hilfen und Familienförderung.

Der Einsatz der Fachkräfte der Frühen Hilfen konnte durchgehend für den gesamten Landkreis gewährleistet werden. Die Angebotsstruktur wurde um neue Kurse in den Frühen Hilfen erweitert. Im Jahr 2022 arbeiteten insgesamt sieben Familienzentren in TF, die vom Landkreis gefördert wurden.

Jugendberufsagentur

Die beiden Standorte der Jugendberufsagentur (JBA) in Luckenwalde und Zossen sind seit dem 21. März 2022 wieder geöffnet. Die jungen Menschen können wieder persönlich auch ohne vorherige Terminabsprache Beratungen in Anspruch nehmen. Die Öffnungstage sind am Standort Luckenwalde montags und donnerstags, in Zossen dienstags und freitags. Zentrale Rufnummern für die JBA in Luckenwalde und Zossen wurden eingerichtet. Informationen können jetzt auch der neuen Homepage der Jugendberufsagentur Teltow-Fläming entnommen werden:

[Jugendberufsagentur Teltow-Fläming \(https://www.meinejbainbrandenburg.de/teltow-flaeming\)](https://www.meinejbainbrandenburg.de/teltow-flaeming)

Insgesamt fanden im Jahr 2022 im Bereich der Jugendhilfe in Luckenwalde 153 Erst- und Folgeberatungen (69 weibliche, 84 männliche Personen) und in Zossen 106 (23 weibliche, 83 männliche Personen) statt.

Im Bereich der Jugendberufshilfe erfolgten insgesamt 22 Neuaufnahmen in die berufspädagogische Maßnahme der Produktionsschule in Ludwigsfelde. Zwölf junge Menschen beendeten diese im Berichtszeitraum. Sieben neue Schüler*innen starteten ins Schuljahr 2022/2023 im Schulprojekt WIR e. V. in Zossen. Weitere Jugendliche nahmen an Einzelmaßnahmen nach § 13 Abs. 2 SGB VIII teil oder wurden im Rahmen des § 13 Abs. 3 SGB VIII in einer sozialpädagogisch begleiteten Wohnform unterstützt. Das Schulverweigererprojekt Daimlers Kompetenzwerkstatt in Ludwigsfelde ist seit dem Schuljahr 2022/2023 neu im Angebot der Jugendberufshilfe.

Um das Beratungsangebot der Jugendberufsagentur nach der Pandemie den jungen Menschen wieder näher zu bringen, nahmen die Beschäftigten des Jugendamtes an zwölf Veranstaltungen teil. Zu den Aktivitäten zählten beispielsweise die Teilnahme am Workshop "Weiterentwicklung JBA", an Arbeitskreisen und Netzwerktreffen sowie die Präsenz bei Ausbildungsmessen und den Netzwerken der Jugendarbeit.

Amtsvormundschaften und Amtspflegschaften

Kinder und Jugendliche brauchen eine Person als gesetzliche Vertretung, wenn Mütter und/oder Väter ihre elterliche Sorge nicht wahrnehmen können oder ihnen diese ganz oder teilweise entzogen wurde. Wenn dem Kind niemand zur Verfügung steht, der die Vormundschaft übernehmen kann (nahestehende Menschen, geeignete ehrenamtliche bzw. Personen, die das von Berufs bzw. Vereins wegen übernehmen), überträgt das Familiengericht dem Jugendamt die elterliche Sorge.

Die elterliche Sorge nehmen dann beauftragte Beschäftigte des Jugendamtes wahr (Amtsvormundschaften, Amtspflegschaften). Bei der Amtsvormundschaft werden alle Bereiche der elterlichen Sorge auf das Jugendamt übertragen; bei der Amtspflegschaft handelt es sich nur um Teile der elterlichen Sorge.

Am Stichtag 31. Dezember 2022 wurden insgesamt 163 Amtsvormundschaften und Amtspflegschaften geführt, darunter 15 für unbegleitete minderjährige Ausländer*innen. Im Laufe des Jahres endeten insgesamt 32 Amtsvormundschaften und Amtspflegschaften, 42 neue wurden übernommen.

Kinderschutzkoordination

Die Steuerungsgruppe Kinderschutz tagte 2022 zweimal. Beratungsinhalte waren u. a. die Vereinbarungen im Kinderschutz nach § 3 KKG, die Schnittstellen im Kinderschutz, die Überarbeitung der Geschäftsordnung, die Vorstellung der Evaluation zum 8. Fachtag Kinderschutz und die Umsetzung des Kinder- Jugendstärkungsgesetzes im Jugendamt. Die Wahl des Sprechers und die Wahl der Stellvertretung erfolgten im Herbst 2022.

Es fanden acht Regionalkonferenzen Kinderschutz in Präsenzveranstaltungen in den vier Regionen statt; die Sprecher*innen und deren Stellvertretungen wurden gewählt.

Der Arbeitskreis insoweit erfahrene Fachkräfte kam 2022 viermal zusammen. Schwerpunkte waren spezifische Schutzbedürfnisse bei Kindern mit Behinderungen, Traumafolgestörungen, Beginn der Überarbeitung der Rahmenkonzeption und Vorlage der Eigendokumentation.

16 externe Beratungsanfragen nach § 8a SGB VIII zum Kinderschutz wurden durchgeführt. Die Beratungsthemen bezogen sich auf verschiedene Formen der Vernachlässigung, der Gewalt und sonstige Gefährdungsanlässe.

Der 8. Fachtag Kinderschutz am 6. Oktober 2022 war den Jubiläen „10 Jahre Frühe Hilfen“ und „15 Jahre Netzwerk Kinderschutz“ gewidmet. Er fand in Präsenz, aber leider noch unter Einschränkungen aufgrund von Infektionsschutzmaßnahmen statt. Die Teilnehmerzahl war auf ca. 60 Personen begrenzt. Rückblicke auf die Frühen Hilfen auf Landes- und Kreisebene sowie die Tätigkeit des Netzwerkes Kinderschutz auf Kreisebene wurden ergänzt durch Arbeitsgruppen, die den Fokus auf die Zukunft richteten. Der Fachtag wurde von einer Ausstellung begleitet, die bis zum 25. Oktober 2022 allen Interessierten im Foyer der Kreisverwaltung zugänglich war. Sie informierte über das Netzwerk Kinderschutz, die Frühen Hilfen sowie über Kinderrechte und Kindeswohlgefährdung. Zahlreiche Materialien lagen zur Mitnahme aus.

Die Website Kinderschutz wurde aktualisiert und im Bereich Service um den Punkt Kinder mit Behinderungen erweitert:

[Netzwerk Kinderschutz TF \(https://kinderschutz.teltow-flaeming.de\)](https://kinderschutz.teltow-flaeming.de)

Sachgebiet Kindertagesbetreuung und Elterngeld

Kindertagesbetreuung

Verfahrensänderung Bemessungsgröße

In der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (JHA) vom 2. Juni 2021 wurde ein neues Verfahren zur Festlegung der Bemessungsgrößen für die Finanzierung des notwendigen pädagogischen Personals gemäß § 16 Abs. 2 Kindertagesstättengesetz (KitaG) ab dem Jahr 2022 beschlossen.

Maßgebend für die Berechnung der Bemessungsgrößen ist das notwendige pädagogische Personal des Vorjahres unter Berücksichtigung der Eingruppierung und der Stellenanteile je Vergütungsgruppe und -stufe. 32 Träger (von 43) haben die Neuberechnung beantragt. Der Landkreis berechnete für diese Träger anhand der Tarifverträge und -regelungen (sieben Tarifverträge) neue individuelle Bemessungsgrößen. Auch verschiedene Besonderheiten wie z. B. Arbeitszeiten und Zulagen wurden berücksichtigt.

Durch die Umstellung des Verfahrens entstanden dem Landkreis nur geringe Mehrkosten.

Unter der Berücksichtigung der Anzahl des notwendigen pädagogischen Personals der Träger ergibt sich eine durchschnittliche Erhöhung von 0,6 % (354,01 Euro pro Stelle) im Vergleich zum alten Verfahren.

Tabelle 18: Zuschusserhöhung pädagogisches Personal in Kitas

Träger	Erhöhung pro Stelle in Prozent	Erhöhung pro Stelle in Euro
Kommunale Träger	0,54	315,03
Freie Träger	0,68	396,31e

Auch wenn der Effekt hier gering erscheint, war die Umstellung des Verfahrens dennoch ein wichtiger Schritt in der Bezuschussung der Personalkosten in Kindertagesstätten. Die Finanzierung erfolgt nun anhand der tatsächlichen Situation der Träger.

Umsetzung Richtlinie Kita Medien/Digital

Die Corona-Pandemie hat verdeutlicht, dass in unserer heutigen Gesellschaft auch die digitale Medienbildung ein Schlüssel zu Chancengleichheit, Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe ist. Um die Nutzung der digitalen Medien in den Kindertagesstätten und Kindertagespflegestellen zu ermöglichen, müssen auch digitale Endgeräte zur Verfügung gestellt werden. Hierbei geht es zum einen um die qualitative Weiterentwicklung der pädagogischen Arbeit, zum Beispiel durch den Einsatz von Tablets und Laptops. Zum anderen können (digitale) Verwaltungsprozesse durch zeitgemäße digitale Technik verbessert werden.

Im Jahr 2022 wurde daher im Land Brandenburg die Förderung der Digitalisierung und Medienbildung durch Fortbildungsmaßnahmen sowie Unterstützung der Ausstattung vorangebracht. Dies erfolgte in Kindertagesstätten (ohne Hort) und Kindertagespflegestellen, in denen Kinder im Alter von 0 Jahren bis zur Einschulung betreut werden. Finanziert wurde dies aus Mitteln des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Verbesserung der Teilhabe in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege (KiQuTG: "Gute-Kita-Gesetz" des Bundes).

Dem Landkreis Teltow-Fläming wurde ein Orientierungsrahmen in Höhe von 507.000 Euro für die Verteilung an die Kindertagesstätten und Kindertagespflegestellen zur Verfügung gestellt.

27 Träger haben sich mit 73 Kindertagesbetreuungseinrichtungen an dem Förderprogramm beteiligt. Von den Kindertagespflegepersonen haben 24 eine Förderung in Anspruch genommen.

Insgesamt wurden von dem zur Verfügung gestellten Förderrahmen 374.000 Euro abgerufen.

Investitionsprogram KIP 2

Die Richtlinie des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport (MBS) des Landes Brandenburg zur Förderung von notwendigen Bau- und Ausstattungsinvestitionen in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung im Land Brandenburg (RL KIP II – Bildung – Kita U6) wurde bereits im Jahr 2021 erlassen. Dem Landkreis Teltow-Fläming wurde ein Orientierungsrahmen in Höhe von 1.447.567 Euro für die Verteilung an die Kindertagesstätten und Kindertagespflegestellen zur Verfügung gestellt.

Es wurden 22 Anträge für Kindertagesstätten positiv votiert. Vier weitere Anträge sind als Nachrücker für freie Fördermittel benannt worden. Die Antragstellungen erfolgten in Verantwortung der Träger.

Für die Kindertagespflegepersonen erfolgte die Antragstellung durch den Landkreis bei der ILB. Es wurden 41 Anträge gestellt. Jeder Antrag muss separat vom Landkreis bearbeitet und an die Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) weitergeleitet werden. Eine Antragstellung des Landkreises für alle Kindertagespflegepersonen zusammen war in diesem Förderprogramm nicht möglich. Die Bearbeitung gestaltete sich hier aufgrund der hohen Anforderungen der ILB sehr schwierig und zeitintensiv. Zwischenzeitlich haben sieben Kindertagespflegepersonen ihre Anträge zurückgezogen.

Der Orientierungsrahmen des Landkreises ist bei dieser Förderrichtlinie vollständig votiert worden.

Praxisberatung Kindertagesstätten

Der Anfang des Jahres 2022 war zunächst, ähnlich wie in den beiden Vorjahren, von der Pandemie geprägt. Die Kindertagesbetreuungseinrichtungen im Landkreis hatten wegen der hohen Infektionszahlen mit akutem Personalmangel zu kämpfen, so dass viele Gruppen bzw. gesamte Einrichtungen geschlossen werden mussten.

Im Jahresverlauf waren dann die alternativen Angebote und die Erarbeitung eines neuen Qualitätsrahmens Thema; der Prozess ist noch nicht abgeschlossen.

Neben Beratungen von Familien zu Kitaplätzen und der Dokumentation dieser Tätigkeit stand die Beratung von Trägern, Leitungen von Einrichtungen und pädagogischen Fachkräften von Kindertageseinrichtungen im Fokus der Bemühungen. Gewaltschutzkonzeption, Bedarfsplanung, Inklusion, Konzeptionsarbeit, Fortbildungsangebote und Zusammenarbeit mit Eltern sind hier als Beratungsthemen zu nennen.

Die Zusammenarbeit mit dem MBS wurde im Jahresverlauf intensiv fortgeführt, so dass die Kitaprisberatung an allen Terminen in Einrichtungen, die zum Zwecke des Betriebserlaubnisverfahrens stattfanden, dabei war. Dadurch konnte ein Beratungsbedarf evaluiert werden, und die Praxisberatung machte sich ein Bild vor Ort.

Das Land hat einen Qualitätsentwicklungsprozess durch das neugegründete Referat „Qualitätsentwicklung und -monitoring in der Kindertagesbetreuung, sozialpädagogische Berufe der Kinder- und Jugendhilfe, Praxisunterstützung Kita, Landeskitaplan“ begonnen. Die Zusammenarbeit mit den Landkreisverwaltungen wurde Ende des Jahres intensiviert.

Die dringende Überarbeitung der „Qualitätsanforderungen an die Kindertagesbetreuung im Landkreis Teltow-Fläming“ wurde begonnen. Es soll ein Qualitätsrahmen entstehen, der in einem gemeinsamen Prozess mit Trägern, Einrichtungen, Eltern und Kindern entwickelt wird. Das Projekt wird extern vergeben. Die Ausschreibung wurde 2022 auf den Weg gebracht.

Die Tätigkeit der Kita-Praxisberatung ist weiterhin geprägt von intensiver Netzwerk- und Gremienarbeit im Kreiskitaelternbeirat, der AG 78, dem Jugendhilfeausschuss und in Netzwerken wie der Landesfachgruppe Kita-Praxisberatung.

2022 gab es vom Land verschiedene Förderrichtlinien, deren pädagogische Verwendung innerhalb des Sachgebietes beraten und umgesetzt wird.

Ein großes Thema bei allen Akteuren der Kindertagesbetreuung war die ausgesetzte Kitagesetznovellierung. Dies wurde aus fachlicher Sicht immer wieder diskutiert.

Auch 2022 wurden Personen und Träger beraten, die sich für die Neugründung einer Kindertagesbetreuungsreinrichtung interessieren. Diese Gründungsprozesse sind langwierig und beratungsintensiv.

Praxisberatung Kindertagespflege

Im Durchschnitt waren in 2022 70 Kindertagespflegepersonen tätig.

Das Jahr 2022 war geprägt von der Überarbeitung der Richtlinie zur Förderung der Kindertagespflege im Landkreis Teltow-Fläming mit Integration der Qualitätsanforderungen. Der Prozess beinhaltete größtmögliche Transparenz und Beteiligung für die Kindertagespflegepersonen. So fand im Mai ein Fachtag zu diesem Thema statt, der von 28 Kindertagespflegepersonen besucht wurde. Den zweiten Fachtag im September nahmen 16 Kindertagespflegepersonen wahr.

Augenmerk wird auf die Intensivierung der Zusammenarbeit und Begleitung der Praxisberatung mit den Kindertagespflegepersonen gelegt. Es gab gezielte Wertschätzungen zu Ostern, dem Tag der Kindertagesbetreuung, eine Geburtstagsgratulation sowie eine Kleinigkeit zum Kindertag. Mit der Weihnachtspost wurden gewünschte Kinderbücher an Kindertagespflegepersonen übergeben.

Die Praxisberatung verlängerte fünf Erlaubnisse, bei zwei Anträgen erfolgte eine Ablehnung. Insgesamt beendeten fünf Kindertagespflegepersonen ihre Tätigkeit, wobei zwei von ihnen in den Ruhestand gingen. Zwei Kindertagespflegepersonen unterbrachen aus familiären Gründen ihre Tätigkeit und werden zukünftig wieder tätig.

2022 wurde mit 17 Bewerber*innen das Erlaubnisverfahren begonnen, von denen drei die Tätigkeit aufnahmen. Dies entspricht zwar einer Verringerung an Bewerbungen, jedoch konnten im Vergleich zu den statistischen Zahlen aus den zurückliegenden Jahren mehr Erlaubnisse erteilt werden. Im Durchschnitt nehmen von 20 Bewerber*innen zwei die Tätigkeit als Kindertagespflegeperson auf.

Es wurde ein Arbeitskreis mit acht Kindertagespflegepersonen durchgeführt, bei dem ein Elternfragebogen entwickelt wurde.

Zum Ende des Jahres erfolgte erneut die Evaluation der Praxisberatung durch die Kindertagespflegepersonen im Rahmen einer Online-Befragung. Daran beteiligten sich 20 Kindertagespflegepersonen. 95 Prozent der Teilnehmenden sind insgesamt „sehr zufrieden“ und „zufrieden“ mit der Praxisberatung.

Elterngeld

Das Elterngeld ist eine Einkommensersatzleistung nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz. Es richtet sich an Eltern, die sich vorrangig selbst der Betreuung ihres Nachwuchses widmen wollen und deshalb nicht voll erwerbstätig sind. Im Jahr 2022 wurden 2.198¹ Anträge auf Elterngeld gestellt (Vorjahr: 2.022).

Das ElterngeldPlus wurde 2022 in 407 Fällen beantragt (im Vorjahr 397). In 65 Fällen wurde auch die Teilzeitregelung in Anspruch genommen. Das zeigt, dass ElterngeldPlus häufig als verlängerte Auszahlungsvariante genutzt wird. Der Partnerschaftsbonus wurde in 43 Fällen (Vorjahr: 28) genutzt.

Mit der Einführung der Neuregelungen des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes ist der Beratungsaufwand enorm gestiegen. Dieser ergibt sich insbesondere daraus, dass das Elterngeld verschiedenartig genutzt und an den familiären Bedarf individuell angepasst werden kann.

In 33 Prozent der Fälle waren Väter die Antragssteller (Vorjahr: 32,09). Diese haben im Durchschnitt drei Monate Elterngeld bezogen. Die Anträge mit EU-Bezug (wenn zum Beispiel Elternteile in unterschiedlichen Ländern arbeiten oder leben) sind im Vergleich mit 38 Anträgen leicht gestiegen (Vorjahr: 33).

Pandemie- und personalbedingt konnten externe Beratungen (Familienzentren, Schwangerenfrühstück usw.) nicht angeboten werden. Dieses wird im kommenden Jahr wieder ausgebaut.

Eine besondere Herausforderung war im Jahr 2022 die Aufarbeitung von Altfällen und die Reduzierung der Bearbeitungszeiten. Diese waren aufgrund von Personalausfällen zwischenzeitlich auf bis zu 12 Wochen angestiegen und konnten zum Ende des Jahres wieder auf fünf Wochen gesenkt werden.

Sachgebiet Unterhalt

Beistandschaft, Feststellung der Vaterschaft und Sicherung des Unterhaltes

Können Eltern von minderjährigen Kindern die Vaterschaft bzw. die Unterhaltszahlungen nicht selbstständig klären, kann der Elternteil, in dessen Obhut sich das Kind bzw. die Kinder befinden, Beratungs- und Unterstützungsleistungen im Jugendamt in Anspruch nehmen. Besteht darüber hinaus die Notwendigkeit gerichtlicher Schritte, kann eine Beistandschaft beantragt werden. Das Jugendamt berät und unterstützt auch den Elternteil, der das Kind betreut, bei der Erlangung seines Unterhalts.

Nach dem Leitbild „So viel Beratung und Unterstützung wie möglich, so viel Beistandschaft wie nötig“ wird das gesetzgeberische Ziel verfolgt, die Eltern soweit es geht in ihre Verantwortung zu nehmen, sich in den Fragen Vaterschaft und Unterhalt untereinander zu verständigen und möglichst ohne gerichtliche Auseinandersetzungen die Ansprüche ihrer Kinder zu klären. Dies kann dem Familienfrieden dienen und soll das Wohl des Kindes nicht gefährden.

¹ Stand der Statistik: 18.01.2023

In vielen Fällen ist dafür auch schon eine fachliche Beratung ausreichend, die einen hohen Stellenwert in der Arbeit einnimmt.

Beurkundungen

Im Jugendamt werden Beurkundungen im Kindschaftsrecht angeboten. Beurkundet werden unter anderem Vaterschaftsanerkennungen, Sorgeerklärungen und Unterhaltsverpflichtungen. Darüber hinaus werden für Eltern und öffentliche Träger Abschriften von Urkunden und weitere vollstreckbare Ausfertigungen von Unterhaltsurkunden erstellt. Im Jahr 2022 waren es insgesamt 1.253 Urkunden.

Unterhaltsvorschussleistungen

Für Kinder, die keinen oder nicht ausreichenden Unterhalt vom unterhaltsverpflichteten Elternteil erhalten, zahlt das Jugendamt Unterhaltsvorschussleistungen. Diese werden aus Landes- und Bundesmitteln finanziert. Im Dezember des Jahres 2022 erhielten 1.844 Kinder im Landkreis Unterhaltsvorschussleistungen. Bis zum Jahresende wurden für 77 ukrainische Kinder Anträge gestellt.

Für leistungsfähige Unterhaltsschuldner*innen besteht eine Rückzahlungspflicht. Der Rückgriff auf die Unterhaltsschuldner*innen ist im Allgemeinen mit jahrelangen Rückzahlungsverfahren und gerichtlichen Durchsetzungsmaßnahmen verbunden. Er ist im Verhältnis zur Leistungsgewährung der weitaus größere Aufgabenanteil.

Gesundheitsamt

Digitalisierung des Gesundheitsamtes

Aufgrund der strukturellen und technischen Defizite des Öffentlichen Gesundheitsdienstes wurde am 29. September 2020 der ÖGD-Pakt beschlossen. Von den Mitteln (4 Mrd. Euro) entfielen bundesweit rund 800 Mio. Euro auf den Schwerpunkt Digitalisierung, welcher auch im Gesundheitsamt Teltow-Fläming umgesetzt wird.

Anfang Mai 2022 wurde ein Arbeitskreis mit Vertreter*innen der Sachgebiete des Gesundheitsamtes, des IT-Services und der IT-Sicherheit, des Personalamtes, des Personalrates sowie dem behördlichen Datenschutzbeauftragten gebildet. Der Arbeitskreis plant geeignete Maßnahmen, um die digitale Reife des Amtes zu verbessern. Im Rahmen der Tätigkeit des Arbeitskreises wurden im Jahr 2022 Bedarfe und Ist-Zustände in den Sachgebieten ermittelt sowie der Inhalt für den Fördermittelantrag „Investitionsförderung“ erarbeitet. Neben der Beschaffung neuer Hard- und Software sowie zugehöriger Lizenzen soll ein IT- und Datenschutz-Schulungsangebot für die Beschäftigten des Gesundheitsamtes entwickelt werden. Die weitere Umsetzung erfolgt im Jahr 2023.

Psychiatriekoordination, kommunale Gesundheitsberichterstattung und kommunale Gesundheitsförderung

Psychiatriekoordination

Die Psychiatriekoordination im Landkreis widmet sich der Abstimmung der psychiatrischen Versorgung für die Bereiche der Erwachsenen-, Kinder-, Jugend- und Gerontopsychiatrie sowie Suchterkrankungen. Ziel ist es, ein bedarfsgerechtes Versorgungssystem zu planen und zu initiieren. Dazu sind alle im Landkreis an der psychiatrischen und psychosozialen Versorgung Beteiligten einzubeziehen.

Folgende Instrumente werden dafür genutzt:

- Arbeitskreis der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft
- Kooperation mit dem Netzwerk Demenz

Im Jahr 2022 konnten wegen der Corona-Pandemie nur eingeschränkt Aufgaben der Psychiatriekoordination übernommen werden. Nachdem die Arbeitskreise seit Beginn der Pandemie ruhten, fanden in diesem Jahr erste Treffen statt. Diese waren geprägt von einem Austausch über die Erfahrungen, Herausforderungen, Auswirkungen und die damit einhergehende Themenausrichtung der künftigen Arbeitskreistreffen.

Weiter beschäftigte sich der Arbeitskreis Erwachsenenpsychiatrie mit der Migrationssozialarbeit im Landkreis. Diese berät und bietet Hilfe für geflüchtete Menschen, die bereits in einer eigenen Wohnung leben. Unter anderem wird Unterstützung angeboten zum Leben in Deutschland, zu Fragen in Verbindung mit dem Jobcenter, Sprachkursen, Mietverhältnissen, Gesundheit, Beruf/Arbeit/Studium usw. Ebenso wurden die Gewaltschutzkonzepte nach § 37a SGB IX thematisiert. Mit dem Teilhabestärkungsgesetz wurde im Juni 2021 der § 37a SGB IX eingefügt. Er verpflichtet alle Leistungserbringer zu geeignetem Gewaltschutz, insbesondere für Frauen und Kinder mit Behinderung. Das gilt für alle Träger von ambulanten und (teil-)stationären Diensten und Einrichtungen, die Leistungen zur Teilhabe, zur medizinischen Reha, Teilhabe am Arbeitsleben usw. erbringen.

Im Arbeitskreis Sucht wurde über die Kooperation und Abgrenzung der Sucht- und Jugendhilfe gesprochen. Dabei erfolgte ein Austausch mit Beschäftigten des Jugendamtes über mögliche Lücken und Verbesserungspotenziale.

Kommunale Gesundheitsberichterstattung

Das Gesundheitsamt plant die jährliche Veröffentlichung eines Berichtes, der die Gesundheit der Bevölkerung im Landkreis Teltow-Fläming beschreibt. Ziel ist es, wirksame, machbare und konsensfähige Handlungsmöglichkeiten insbesondere dort aufzuzeigen, wo besondere Anstrengungen und Maßnahmen notwendig sind. Diese Berichte beinhalten insbesondere Analysen und Bewertungen der gesundheitlichen und sozialen Verhältnisse. Aufgrund der Übernahme anderer Aufgaben während der Corona-Pandemie wurde im Jahr 2022 kein Bericht erstellt.

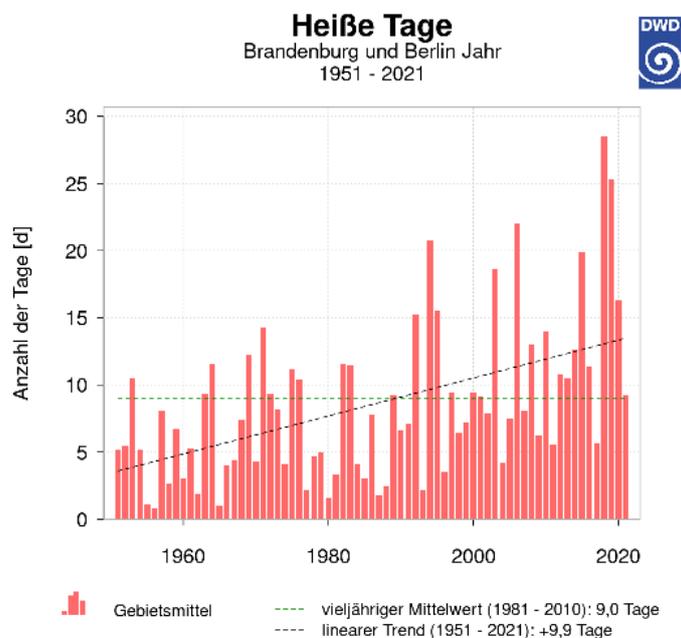
Allerdings wurden regelmäßige Analysen zur aktuellen Lage der Corona-Pandemie bzw. Influenza-Epidemie im Landkreis Teltow-Fläming erarbeitet. Diese wurden der Verwaltungsleitung zur Verfügung gestellt und in den Sitzungen des Gesundheitsausschusses präsentiert.

Kommunale Gesundheitsförderung

Im Jahr 2022 konnten nur eingeschränkt Aufgaben der kommunalen Gesundheitsförderung übernommen werden. Dieser Tätigkeitsbericht konzentriert sich auf das Thema Klimaanpassung, speziell Hitze.

Hitze ist eine klimabedingte Gesundheitsgefahr, die in den vergangenen Jahren in Folge des sich wandelnden Klimas an Häufigkeit und Dauer stark zugenommen hat². Besonders problematisch sind die steigenden Temperaturen und länger andauernde Hitzeperioden (Tage über 30° Celsius) ohne nächtliche Abkühlung (Tropennächte über 20° Celsius).

Abbildung: Darstellung der „Heißen Tage“ in Brandenburg und Berlin von 1951-2021³



² Deutscher Wetterdienst, Klimaüberwachung, Zeitreihen und Trends

Da sich Hitze auf den körpereigenen Kühlmechanismus als erhebliche Belastung auswirkt, können sich längere Hitzeperioden als körperliche Überlastung manifestieren. Das heißt folglich, Herz-Kreislauf-Erschöpfung, Dehydrierung, verschiedene Hitzeerkrankungen bis hin zu Hitzekollaps, lebensbedrohlichem Hitzschlag und Todesfälle haben zugenommen. „2020 gab es in Brandenburg 143 Hitzetote. 1985-2019 starben durchschnittlich 50 Menschen pro Jahr aufgrund von Hitze. 2018 war das Jahr mit der höchsten Zahl von Hitzetoten (362).“³

In Folge dieser massiven Auswirkungen ist es unerlässlich, die Menschen im Rahmen ihrer individuellen Möglichkeiten zu befähigen, diesen Hitzebelastungen so gut es geht standzuhalten. Dazu wurde für das Land Brandenburg ein Hitzeaktionsplan erarbeitet. In vier Workshops, einer Klimawerkstatt und Netzwerken, an denen auch das Gesundheitsamt Teltow-Fläming teilnahm, wurden Wege erdacht und Maßnahmen entwickelt, die helfen sollen, sich dieser Aufgaben auf Landesebene zu stellen.

Die Erstellung eines Hitzeaktionsplanes für Teltow-Fläming ist ein nächster Schritt. Erste Ansätze sind die Weitergabe des Newsletters vom Deutschen Wetterdienst zu Hitzewarnungen für ambulante Pflegedienste und Pflegeeinrichtungen. Hier handelt es sich um ein Warnsystem, das speziell für Pflegeeinrichtungen entwickelt wurde. Die Warnungen und Vorwarnungen werden nur in den heißen Sommermonaten Mai bis August an die Einrichtungen herausgegeben, die sich für diesen kostenfreien Warndienst angemeldet haben. Kommt es zu einem Warnfall, erfolgt die Information bis 10 Uhr des jeweiligen Tages. Zusätzlich werden derzeit die ersten Flyer und Plakate erstellt, die spezielle Zielgruppen zum Verhalten bei Hitzetagen ansprechen sollen. Zu den besonders gefährdeten Zielgruppen gehören Schwangere, Eltern mit Neugeborenen oder kleinen Kindern, ältere Menschen, Pflegepersonal, im Freien Arbeitende.

Medizinalaufsicht

Zu den Aufgaben der unteren Gesundheitsbehörden (Gesundheitsämter) gehört die Überwachung von nichtärztlichen Berufen des Gesundheitswesens.

Das Gesundheitsamt überwacht die Berechtigung zur Ausübung der Berufe im Gesundheitswesen und die Führung der Berufsbezeichnung.

Tabelle 19: Gemeldete Gesundheitsberufe im Landkreis Teltow-Fläming laut BbgGDG

Berufsbezeichnung	Anmeldungen		Gesamtanzahl (2022)
	2021	2022	
Physiotherapeut*in, Masseur*in, Krankengymnast*in	7	3	102
Häusliche*r Kranken- oder Altenpfleger*in	3	4	64
Hebamme (kreisintern)	0	2	27
Logopäde/Logopädin	3	1	21
Ergotherapeut*in	0	4	21
Podologe/Podologin	1	0	12

³ Amt für Statistik Berlin Brandenburg, Hitzetote 2021

Berufsbezeichnung	Anmeldungen		Gesamtanzahl (2022)
	2021	2022	
Desinfektor*in	0	0	3
freiberufliche Gesundheits- und Krankenpfleger*innen	1	0	35
freiberufliche Altenpfleger*innen	0	0	13

Sachgebiet Amtsärztlicher und Sozialmedizinischer Dienst

Tuberkulose-Beratung

Seit 2017 ist die Anzahl der gemeldeten Tuberkulosefälle stetig rückläufig. Im Jahr 2022 wurden dem Gesundheitsamt fünf Tuberkulosen nach § 6 (Meldepflichtige Krankheiten) des Infektionsschutzgesetzes gemeldet. Es ist Aufgabe der Gesundheitsämter, die Übertragung bzw. Weiterverbreitung der Tuberkulose in der Bevölkerung zu verhindern. Hierzu erhalten Erkrankte eine Beratung, werden während der Therapie überwacht und es wird ggf. nach Beendigung der Therapie eine Verlaufskontrolle durchgeführt. Zudem finden Tuberkulose-Umgebungsuntersuchungen bei den engen Kontaktpersonen in Familie, Beruf, Freizeit und anderen Lebensbereichen statt.

44 Menschen wurden als enge Kontaktpersonen im Rahmen der Tuberkulose-Überwachung ermittelt oder dem Gesundheitsamt aus anderen Landkreisen der Bundesrepublik gemeldet. Aus dieser Gruppe wurden 23 Personen ermittelt, bei denen keine Tuberkulose-Umgebungsuntersuchungen durchgeführt werden mussten, weil ein äußerst geringes Infektionsrisiko bestand (Grundlage: Leitlinien des deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose). Bei 21 Personen (enge Kontaktpersonen) erfolgten die notwendigen Tuberkulose-Umgebungsuntersuchungen. Es wurden keine Ansteckungen oder weitere Tuberkulose diagnostiziert.

Begutachtungswesen

Auch die Erstellung von amtsärztlichen und sozialpsychiatrischen Gutachten, Zeugnissen und Bescheinigungen zählt zu den Aufgaben des Gesundheitsamtes. Dabei ist die Palette der Auftraggeber sehr vielfältig. Das Gesundheitsamt ist verpflichtet, amtliche Gutachten, Bescheinigungen und Zeugnisse anzufertigen, soweit das durch bundes- und landesrechtliche Regelungen vorgeschrieben ist.

2022 wurden im Amtsärztlichen und Sozialmedizinischen Dienst des Gesundheitsamtes 217 Untersuchungen und Begutachtungen durchgeführt (Vorjahr: 179).

Mortalität

Im Jahr 2022 wurden 2.157 Totenscheine (+ 5,6 Prozent) vom Gesundheitsamt erfasst. Diese werden im Gesundheitsamt registriert, geprüft, ausgewertet und für 30 Jahre archiviert. Bei 22 Verstorbenen wurde 2022 eine Sektion durchgeführt. Weiterhin wurden 42 Anfragen von Behörden und wissenschaftlichen Instituten, Versicherungen sowie Bürger*innen bearbeitet.

Für den grenzüberschreitenden Transport einer Leiche wird von Deutschland ein amtlicher Leichenpass gefordert. Zusätzlich wird nach Überprüfung des Totenscheines, nochmaliger Besichtigung der Leiche und Kontrolle der ordnungsgemäßen Einsargung der Internationale Leichenpass vom Gesundheitsamt ausgestellt (2022: 8).

Entsprechend den gesetzlichen Regelungen werden anonymisierte Daten zu Todesursachen und Todesart monatlich an das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg gemeldet. Nicht anonymisierte Daten zu Todesursachen gehen quartalsweise an das Gemeinsame Krebsregister der Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und der Freistaaten Sachsen und Thüringen.

Schutzimpfungen im Gesundheitsamt

2022 wurden 650 Schutzimpfungen (Vorjahr: 1.100) verabreicht, darunter 210 Influenza-Schutzimpfungen (Vorjahr: 280) sowie 85 Masern-Mumps-Röteln-Schutzimpfungen (Vorjahr: 42).

Einrichtungsbezogene Impfpflicht gegen SARS-CoV-2

Im Jahr 2022 war der Amtsärztliche und Sozialmedizinische Dienst u. a. mit der Umsetzung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht nach § 20a IfSG betraut. 98 Einrichtungen der Pflege und der medizinischen Versorgung meldeten insgesamt 458 Beschäftigte, die nicht oder unvollständig gegen COVID-19 geimpft bzw. immunisiert waren. Zudem zeigten 80 Prozent der Einrichtungen einen Versorgungsnotstand an. Die folgende Tabelle gibt dazu einen Gesamtüberblick.

Tabelle 20: Übersicht der gemeldeten Einrichtungen und Personen im Rahmen der einrichtungsbezogenen Impfpflicht

Anzahl der Einrichtungen/Unternehmen, die gemeldet haben nach I. 2 der Weisung (einschließlich der zu meldenden Personen)		Einrichtungen	Personen
		Insgesamt	98
	Krankenhäuser	2	141
	Ambulanter Bereich	26	58
	Rettungsdienst	1	4
	Eingliederungshilfe nach SGB IX	4	15
	Pflege nach SGB XI	65	240
Anzahl der Tätigkeits- und Betretungsverbote nach II. 3h. der Weisung.	0		

Alle 458 gemeldeten Personen wurden vom Gesundheitsamt angeschrieben und im Amt angehört. Davon waren 218 Personen schon vollständig geimpft bzw. legten ein ärztliches Attest vor, welches akzeptiert wurde. Weitere 160 Personen nahmen eine Impfberatung im Gesundheitsamt in Anspruch. Dabei wurden von allen Personen Ängste in Bezug auf mögliche Nebenwirkungen der Impfung und Zweifel an der Wirksamkeit in Bezug auf einen möglichen Fremdschutz geäußert.

Betretungs- oder Beschäftigungsverbote ordnete das Gesundheitsamt nicht an.

Masernschutzgesetz

Seit dem 1. Juli 2022 sind die Leitungen von Schulen, Kitas und medizinischer Einrichtungen nach § 20 IfSG verpflichtet, nicht ausreichend gegen Masern geimpfte Personen dem Gesundheitsamt zu melden (Beschäftigte und in Kitas und Schulen betreute Kinder und Jugendliche). Das Gesundheitsamt hat hier entsprechende Impfberatungen durchzuführen und gegebenenfalls Ordnungswidrigkeitsverfahren einzuleiten.

Im Jahr 2022 wurden dem Gesundheitsamt insgesamt 188 Personen, davon 168 Kinder und Jugendliche, gemeldet.

Pflegestützpunkt

Pflegestützpunkte sind örtliche Anlaufstellen für Versicherte der Pflegeversicherung und ihre Angehörigen. Sie wurden durch die Pflege- und Krankenkassen, Landkreise und kreisfreien Städte errichtet (Grundlage: Paragraph 92c SGB XI).

Die Beratungen des Sozialmedizinischen Dienstes des Gesundheitsamtes sowie die Beratungen im Pflegestützpunkt fanden auch während der Corona-Pandemie im Winter/Frühjahr statt. Auch dringende Hausbesuche wurden durchgeführt. In den Monaten Januar bis März fanden zudem noch viele zusätzliche Beratungen zur Corona-Testung sowie zur Corona-Kontaktverfolgung statt.

2022 erfolgten 584 Beratungen im Pflegestützpunkt und 53 Hausbesuche. Gegenüber 2021 ist ein hoher Anstieg der Anzahl der Beratungen zu erkennen. Ein Grund hierfür könnten veränderte Verhaltensweisen der Bevölkerung während der Pandemiezeit sein.

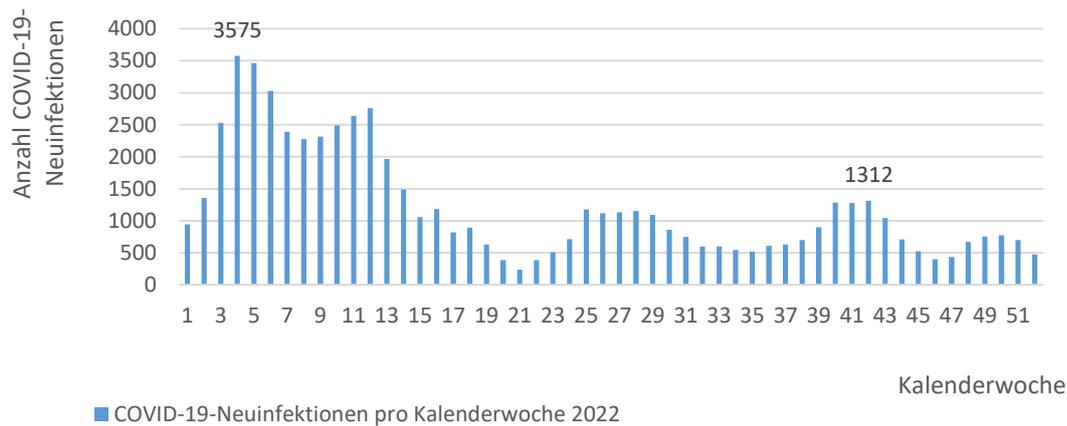
In der Pflegeberatung wurde eine Zunahme an Nachfragen zu stationären Unterbringungen für pflegebedürftige Menschen mit hohem Pflegegrad deutlich. Notsituationen häuften sich. Die ambulanten Pflegedienste konnten ihr Personal aus Gründen des Fachkräftemangels nicht aufstocken. Dadurch gerieten die Angehörigen zu pflegender Menschen zunehmend an ihre Grenzen. Kurzzeitpflegeplätze sind im Landkreis Teltow-Fläming sehr knapp. Oftmals nahmen die stationären Pflegeeinrichtungen auch keine neuen Patienten auf, meist bedingt durch Häufungen von Corona-Infektionen in Seniorenpflegeheimen oder in den Wohnbereichen der stationären Senioreneinrichtungen.

Aufgrund dieser Probleme konnten die Berater*innen in vielen Fällen nicht oder nur sehr eingeschränkt helfen.

Sachgebiet Hygiene und Umweltmedizin

SARS-CoV-2-Pandemiebekämpfung

Das pandemische Geschehen wurde im Jahr 2022 insbesondere durch das Auftreten der hochansteckenden Omikron-Variante des Virus geprägt (siehe Abbildung 5:COVID-19-Neuinfektionen pro Kalenderwoche im Landkreis Teltow-Fläming). Das führte 2022 zu 62.890 Neuinfektionen im Landkreis Teltow-Fläming (13.576 Infektionen im Vorjahr).

Abbildung 5: COVID-19-Neuinfektionen pro Kalenderwoche im Landkreis Teltow-Fläming

Entgegen der stark erhöhten Übertragungsfähigkeit der Erkrankung kam es 2022 zu einem deutlichen Rückgang von coronabedingten Todesfällen. Im Jahr 2021 lag die Rate der Verstorbenen unter den Infizierten bei 1,6 Prozent (216 Verstorbene) und ging im Jahr 2022 auf 0,12 Prozent zurück (73 Verstorbene). Zum einen kann diese Entwicklung auf die allgemein geringere Virulenz der Omikron-Variante zurückzuführen sein, zum anderen kann ebenso der Impffortschritt gegenüber dem Vorjahr zur deutlich geringeren Letalitätsrate beigetragen haben.

Prozesse und Arbeitsabläufe zur Bearbeitung von Neuinfektionen wurden im Frühjahr 2022 digitalisiert und optimiert. Die persönliche telefonische Kontaktaufnahme mit jeder betroffenen Person wurde durch ein Informationsschreiben sowie durch ein Online-Kontaktformular zur eigenständigen Meldung von Erkrankungsdaten ersetzt. Der Rücklauf der Kontaktformulare lag bei circa 13 Prozent. Rund 4.400 Bürger*innen gaben ihre Symptome, Impfstatus, Risikofaktoren u. a. beim Gesundheitsamt an. Die Daten wurden anonymisiert an das Robert Koch-Institut übermittelt und dienen Bund und Ländern zur Beurteilung der pandemischen Lage sowie zur Planung von Infektionsschutzmaßnahmen.

Aufgrund von Maßnahmenlockerungen entfielen im Jahr 2022 verschiedene Aufgabenbereiche der Pandemiebekämpfung. So wurde das Ermitteln und Unter-Quarantäne-Stellen von engen Kontaktpersonen eingestellt, Reiserückkehrer*innen mussten nicht weiter erfasst und Kontrollen zur Einhaltung von Infektionsschutzmaßnahmen konnten weitestgehend beendet werden.

Das Gesundheitsamt registrierte für das Jahr 2022 81 Ordnungswidrigkeiten im Kontext der COVID-19-Pandemie. Hierzu zählten unter anderen Quarantänebrüche, Verstöße gegen die Maskenpflicht, die Weiterbeschäftigung positiv getesteter Mitarbeiter u. a. Es wurden 52 Verfahren eingeleitet und zwei Bußgelder verhängt.

Weiterhin lag die Koordination der COVID-19-Bürgerteststellen im Aufgabenbereich des Gesundheitsamtes. Die Zahl der aktiven Teststellen im Landkreis schwankte im Jahr 2022 zwischen 19 und 36. Zum Jahresende waren 19 Anbieter aktiv. Das Gesundheitsamt kontrollierte 18 Teststellen vor Ort, um eine ordnungsgemäße Arbeit zu gewährleisten. In einem Fall musste eine Teststelle temporär geschlossen werden. Insgesamt wurden 327.751 Bürgerstestungen im Jahr 2022 durchgeführt, von denen 26.940 Testungen COVID-19-positiv ausfielen (8,2 Prozent Positiv-Rate).

2022 unterstützten zahlreiche Ämter die Arbeit des Gesundheitsamtes im Zuge der Bewältigung der Corona-Pandemie durch zeitweiligen Personaleinsatz am Bürgertelefon.

Belehrungen nach § 43 Infektionsschutzgesetz (IfSG)

Personen, die im Rahmen ihrer gewerbsmäßigen Tätigkeit mit den in § 42 Abs. 2 IfSG benannten Lebensmitteln in Berührung kommen oder in Einrichtungen zur Gemeinschaftsverpflegung tätig sind, bedürfen einer mündlichen und schriftlichen Belehrung durch das Gesundheitsamt. Die Teilnehmer*innen der Belehrung müssen außerdem schriftlich erklären, dass ihnen keine Tatsachen für ein Tätigkeitsverbot bekannt sind („Hinderungsgründe“). Wird bei der Belehrung festgestellt, dass es Hinweise auf eine ansteckende Erkrankung gibt oder dass eine Übertragung von Krankheitserregern nicht auszuschließen ist, darf die Bescheinigung erst ausgestellt werden, wenn durch ein ärztliches Zeugnis nachgewiesen ist, dass diese Hinderungsgründe nicht oder nicht mehr bestehen. Im Jahr 2022 belehrte das Gesundheitsamt insgesamt 999 Personen (zum Vergleich: 2021: 496; 2020: 580) und stellte 33 Zweitschriften (bei Verlust des Nachweisheftes zur Erstbelehrung) aus.

Überwachung der Badegewässer

Wie in den Vorjahren wurden im Landkreis Teltow-Fläming 15 Badegewässer mit insgesamt 19 amtlich ausgewiesenen Badestellen überprüft:

Tabelle: Übersicht der überprüften amtlich ausgewiesenen Badestellen

Gewässer	Badestellen
Glieniksee	Camp Dobbrikow
Gottower See	Gottow
Großer Wünsdorfer See	Strandbad Wünsdorf
	Strand Neuhof
Großer Zeschsee	Lindenbrück OT Zesch
Kiessee Horstfelde	Horstfelde, Wasserskianlage
Kiessee Rangsdorf	Strand am Kiessee Rangsdorf
Klietower See	Klietow
Körbaer See	Erholungsgebiet Körbaer Teich
Krummer See	Strandbad Sperenberg
Mahlower See	Mahlow
Mellensee	Strandbad Klausdorf
	Strandbad Mellensee
Motzener See	Strandbad Kallinchen
	Campingplatz Kallinchen
	Campingplatz AKK Kallinchen
Rangsdorfer See	Strand am Rangsdorfer See
Siethener See	Siethen, Strand Potsdamer Chaussee, Ortsausgang
Vordersee	Dobbrikow

Auch 2022 begann die Badesaison wie gewohnt am 15. Mai und endete am 15. September. In dieser Zeit entnahm das Gesundheitsamt im Rahmen der Regelüberwachung der Badegewässer mindestens fünf Wasserproben je Badestelle. Die Probennahme fand einmal pro Monat statt. Der Untersuchungsrythmus entsprach der Brandenburgischen Badegewässerverordnung. Diese sieht vor, dass der Zeitabstand zwischen zwei Probenentnahmen nicht länger als einen Monat betragen darf.

Während der Badesaison 2022 wurden die Höchstwerte für gesundheitsgefährdende Bakterien nach Brandenburgischer Badegewässerverordnung nicht überschritten. Allerdings mussten am 21. Juli 2022 aufgrund einer Blaualgenentwicklung für den Mellensee mit den Badestellen Strandbad Klausdorf und Strandbad Mellensee Warnhinweise veröffentlicht werden. Diese konnten am 29. August 2022 aufgehoben werden. Während der Badesaison informierte das Gesundheitsamt regelmäßig über die Ergebnisse der Badegewässeruntersuchungen (Info-Tafeln an den überwachten Badegewässern, Pressemitteilungen, Internet).

Überwachung von Trinkwassererwärmungsanlagen

Die Trinkwasserverordnung (TrinkwV) definiert die "Großanlage zur Trinkwassererwärmung" und sieht differenzierte Regelungen für deren Überwachung im Hinblick auf Legionellen vor. Für Großanlagen, aus denen Trinkwasser an die Öffentlichkeit abgegeben wird, besteht eine jährliche Untersuchungspflicht.

Die Betreiber von Trinkwasser-Installationen, in denen sich eine Großanlage zur Trinkwassererwärmung befindet, müssen dieses routinemäßig alle drei Jahre untersuchen lassen wenn das Trinkwasser im Rahmen einer ausschließlich gewerblichen Tätigkeit abgegeben wird (zum Beispiel in größeren Wohngebäuden). . Meldungen an das Gesundheitsamt sind nötig, wenn der technische Maßnahmenwert für Legionellen, der 2011 in die Trinkwasserverordnung eingeführt wurde, überschritten wird.

Am Austritt des Trinkwassererwärmers in einer Großanlage muss eine Temperatur von 60° C dauerhaft eingehalten werden. Das gilt auch trotz Energiesparmaßnahmen.

Tabelle 21: Anzahl der öffentlichen Trinkwassererwärmungsanlagen (TWEA) und durchgeführte Trinkwasseruntersuchungen (Analysen)

Jahr	2019	2020	2021	2022
Anzahl der gemeldeten Objekte:	250	250	250	250
Anzahl der kontrollierten Objekte gesamt:	192	59	68	77
davon durch das GA kontrolliert:	79	2	2	45
Gesamtzahl der Analysen:	735	298	324	361
Analysen in Eigenkontrolle durch den Betreiber	533	288	312	182
Analysen durch das GA entnommen:	202	10	12	179
beanstandete Analysen insgesamt:	67	26	26	30
Objekte mit über 10.000 KBE in KBE/100 ml (Duschverbot)	4	0	0	0

Tabelle 22: Anzahl der gemeldeten gewerblichen Trinkwassererwärmungsanlagen (TWEA) und durchgeführte Trinkwasseruntersuchungen (Analysen)

Jahr	2019	2020	2021	2022
Anzahl der gemeldeten Objekte	129	138	206	140
Gesamtzahl der Analysen:	1032	1055	1346	1104
davon beanstandete Analysen:	30	26	26	81
Objekte mit über 10.000 KBE in KBE/100 ml (Duschverbot)	1	0	2	4

In vier Anlagen (Wohnbauten) wurde eine extrem hohe Legionellenkontamination (> 10.000 KBE) festgestellt. Hier wurden in Absprache mit den jeweiligen Verantwortlichen als Sofortmaßnahmen Legionellenfilter verteilt und installiert. 2022 wurden keine Legionellose-Erkrankungen diagnostiziert, die in Zusammenhang mit den extrem hohen Kontaminationen in den Wohngebäuden stehen.

Sachgebiet Kinder- und Jugendgesundheitsdienst

Die Aufgaben des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes (KJGD) unterliegen den gesetzlichen Vorgaben des Landes Brandenburg. Beratungsbedarfe, Entwicklungsstörungen, Krankheiten oder Behinderungen bei Kindern und Jugendlichen sollen möglichst früh erkannt werden.

Einmal jährlich sollen in Kindertagesstätten und in Tagespflegestellen Untersuchungen für Kinder im Alter vom 30. bis 42. Lebensmonat angeboten werden. Eltern oder Erzieher*innen können sich an den KJGD wenden, um Kinder mit gesundheitlichen oder entwicklungsbedingten Auffälligkeiten vorzustellen.

Weiterhin werden Schuleingangsuntersuchungen für Kinder vor Beginn ihrer Schulpflicht durchgeführt.

Minderjährige Jugendliche, die ihre Schullaufbahn beenden und in das Berufsleben eintreten wollen, erhalten die Erstuntersuchung nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz.

Der KJGD erhebt und dokumentiert die Gesundheitsdaten zur Kontrolle der gesundheitlichen und sozialen Lage von Kindern und Jugendlichen im Land Brandenburg und stellt sie dem Landesamt anonymisiert zur Verfügung.

Tabelle 23: Untersuchungen und Begutachtungen sowie sonstige Leistungen des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes

Art der kinderärztlichen Untersuchung	2021/2022	2020/2021	2019/2020	2018/2019
Kita-Untersuchungen gesamt	90	154	533	781
davon Untersuchungen 30. bis 42. Lebensmonat	34	87	252	638
Schuleingangsuntersuchungen	1.832	1.762	1.739	1.716
Schüler*innen 6. Klasse	0	0	0	8
Schulabgangsuntersuchungen (§ 32 Jugendarbeitsschutzgesetz)	612	712	730	783

Art der kinderärztlichen Untersuchung	2021/2022	2020/2021	2019/2020	2018/2019
erste Nachuntersuchung (§ 33 Jugendarbeitsschutzgesetz)	30	28	35	22
Gutachten gesamt, gemäß gesetzlicher Grundlage	117	191	189	225
SGB VIII	9	4	5	5
SGB IX	83	124	76	128
sonstige Gutachten ⁴	25	63	0	92
zentrales Einladungs- und Rückmeldewesen (Anzahl der bearbeiteten Meldungen)	994	394	1.740	1.219
Schutzimpfungen	102	167	236	289

Im Schuljahr 2021/2022 sank die Anzahl der kinderärztlichen Untersuchungen. Gründe dafür waren – wie in den anderen Sachgebieten – der Einsatz des Personals bei der Bekämpfung der SARS-CoV-2-Pandemie sowie fehlende personelle Ressourcen. Somit wurde eine Kita-Untersuchung angeboten, wenn Kinder einen Hilfebedarf bzw. Entwicklungsauffälligkeiten aufwiesen.

Einen weiteren großen Anteil der Arbeit nahm in diesem Schuljahr die Untersuchung der Schulquereinsteiger ein. 310 ukrainische Kinder und Jugendliche, die in Teltow-Fläming Schutz vor dem Krieg fanden, waren zu untersuchen.

Die Anzahl der Schuleingangsuntersuchungen ist erneut gestiegen. Die weiter steigende Bevölkerungszahl in der betreffenden Altersgruppe führt zu einem erhöhten Personalbedarf.

Sachgebiet Zahnärztlicher Dienst

Hauptaufgabe des Zahnärztlichen Dienstes ist die Förderung der Zahn- und Mundgesundheit von Kindern und Jugendlichen. Eine Schlüsselstellung dabei haben die Früherkennungsuntersuchungen und präventive Maßnahmen. Dazu gehören altersgerechtes Zahnputztraining, Fluoridierung, Tipps zur gesunden Ernährung sowie Intensivprophylaxe-Programme für Kinder mit erhöhtem Kariesrisiko. Diese Maßnahmen sollen flächendeckend im Landkreis Teltow-Fläming durchgeführt werden.

Die aufsuchende Betreuung des Zahnärztlichen Dienstes des Landkreises erreicht die Kinder in ihrer Lebenswelt. Somit wird ein Beitrag zur gesundheitlichen Chancengleichheit geleistet und zu gesundem Verhalten motiviert.

Aufgrund der COVID-19-Pandemie konnte der Zahnärztliche Dienst im Schuljahr 2021/2022 (1. August 2021 bis 31. Juli 2022) seinen Pflichtaufgaben nur von August bis Mitte November 2021 und von Ende April bis Juli 2022 nachkommen. Dies führte dazu, dass nur Kinder und Jugendliche in 68 von 95 Kindertagesstätten, in 9 von 34 Grundschulen und 4 von 5 Förderschulen aufgesucht werden konnten. Hierbei wurden 4.688 von 22.414 Kindern und Jugendlichen im Alter von 0 bis 16 Jahren untersucht und gruppenprophylaktisch betreut. Ein zweiter Prophylaxe-Impuls für Kinder und Jugendliche mit einem erhöhten Kariesrisiko konnte nur bei 62 Kindern und Jugendlichen durchgeführt werden. Durch die Pandemie sank die Zahl der Kindertagesstätten, in der täglich Zähne geputzt werden, auf 20 von 95.

⁴ Kur, Schülerspezialverkehr

In den anderen Zeiträumen war der Zahnärztliche Dienst ausschließlich in der Pandemiebekämpfung eingesetzt. So wurden unter anderem Ermittlungsarbeit (Kontaktaufnahme mit den Betroffenen und Kontaktnachverfolgung) durchgeführt, die Problematik Reiserückkehrer bearbeitet und COVID-19-Test-Abrechnungsscheine vorbereitet. Außerdem wurden die Corona-Impfaktionen im Gesundheitsamt, die Meldestelle mit Eingabe von positiven Befunden und die Amtsleitung unterstützt.

Trotz der Einstellung der Untersuchungen gelang es dem Zahnärztlichen Dienst, den Kontakt mit den zu betreuenden Einrichtungen telefonisch oder per E-Mail aufrechtzuerhalten. Auf Wunsch wurden alle notwendigen Utensilien zum täglichen Zähneputzen versandt. Dazu oder zu anderen Hygienemaßnahmen bezüglich der Pandemie gab es Beratungsgespräche. Somit konnte der Zahnärztliche Dienst, trotz des geringen Betreuungsgrades, eine Personalkostenförderung in Höhe von 12.695,46 Euro für das Schuljahr 2020/2021 erhalten.

Insgesamt wurden mit sieben Veranstaltungen im Schuljahr 2021/2022 (Elternnachmittage und -abende, Zahnputzaktionen, Projekte usw.) 449 Kinder und 533 Erwachsene erreicht. Dazu gab es beispielsweise anlässlich des jährlichen Tages der Zahngesundheit am 25. September an der Gebrüder-Grimm-Grundschule in Ludwigsfelde zwei Aufführungen der Veranstaltungskünstler „Holzwurmtheater“ zum Thema Zahn- und Mundgesundheit.

Sachgebiet Sozialpsychiatrischer Dienst

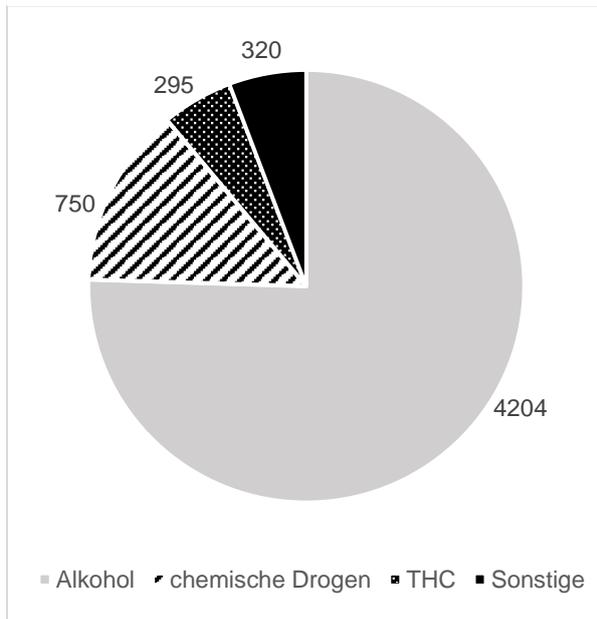
Der Sozialpsychiatrische Dienst des Landkreises Teltow-Fläming bietet im Rahmen der ambulanten Versorgung von psychisch kranken, intellektuell beeinträchtigten und suchtkranken Menschen qualifizierte Beratung und Betreuung für sie und ihr soziales Umfeld an. Im Landkreis Teltow Fläming ist der Sozialpsychiatrische Dienst gemeindenah und personenzentriert an vier Standorten ansässig. Diese befinden sich in Luckenwalde, Jüterbog, Ludwigsfelde und Zossen.

Die Tätigkeit des Sozialpsychiatrischen Dienstes erfolgt auf Grundlage des Brandenburgischen Gesundheitsgesetzes (BbgGDG), des Brandenburgisches Psychisch-Kranken-Gesetzes (BbgPsychKG) sowie der SGB IX und XII.

Ein spezielles Aufgabengebiet des Sozialpsychiatrischen Dienstes im Landkreis Teltow-Fläming ist die Beratung von suchtgefährdeten sowie suchterkrankten Menschen. Sie beinhaltet alle Themen zu stoffgebundenen Süchten wie Alkohol, Nikotin, illegalen Drogen usw. In den in den Gesprächen mit den betreffenden Personen und ggf. ihrem sozialen Umfeld werden geeignete Hilfs- und Unterstützungsangebote gesucht und vermittelt. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, in der Dienststelle Ludwigsfelde im Anschluss an eine medizinischen Rehabilitation eine Nachsorge wahrzunehmen. In der Dienststelle Jüterbog kann man an einer angeleiteten Selbsthilfegruppe teilnehmen.

Das Besondere an dieser Klientengruppe stellt die Art der Betreuung und Beratung dar, die sogenannte „Kommstruktur“. Der überwiegende Teil der Klienten sucht die Beratung in den Beratungsstellen des Gesundheitsamtes in Luckenwalde, Jüterbog, Ludwigsfelde und Zossen auf. Nur chronisch mehrfach beeinträchtigte abhängige Menschen, bei denen die klassische Suchtberatung nicht im Vordergrund steht und die nicht in der Lage sind, Termine außerhalb des Wohnraumes wahrzunehmen, werden zu Hause aufgesucht.

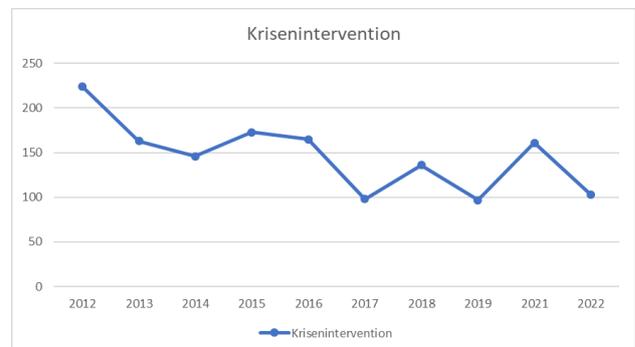
Abbildung 6: Anzahl der Kontakte nach Hauptdiagnosen



Im Jahr 2022 machte diese Gruppe ca. 40 Prozent des gesamten Klientenaufkommens im Sozialpsychiatrischen Dienst aus. Davon weisen ca. 68 Prozent eine Alkoholabhängigkeit auf, ca. 26 Prozent konsumieren illegalen Drogen und ca. 6 Prozent wurden unter Sonstiges dokumentiert. Sonstige Personen sind erwerbsfähige Hilfsbedürftige mit einer Suchterkrankung, die im Rahmen der Eingliederungsvereinbarung vom Jobcenter gemäß §16a Sozialgesetzbuch (SGB) II vom Dienst betreut werden.

Eine weitere Kernaufgabe des Sozialpsychiatrischen Dienstes ist die Krisenintervention. Kriseninterventionen sind kurzfristige professionelle Hilfen, die in akuter Eigen- und Fremdgefährdung für Menschen mit psychischen Störungen und Suchterkrankung geleistet werden. Sie erfolgen bei schwerwiegenden psychosozialen Krisen, Rückfällen sowie eskalierenden Konflikten. Ziel der Krisenintervention ist es, durch empathische fachliche Intervention möglichst eine freiwillige Behandlungsbereitschaft zu erreichen und Zwangsmaßnahmen abzuwenden. Im Jahr 2022 erfolgten durch den Sozialpsychiatrischen Dienst im Landkreis Teltow-Fläming insgesamt 103 Kriseninterventionen (2021: 161). In 92 Fällen konnte eine Einweisung nach dem BrbPsychKG durch fachliche Interventionen der Sozialarbeiter*innen verhindert werden.

Abbildung 7: Entwicklung der Anzahl der Kriseninterventionen in den Jahren 2012 bis 2022



DEZERNAT III

Rechtsamt

Rechtsangelegenheiten

Im Bereich „Rechtsangelegenheiten“ wird eine Querschnittsaufgabe für die Verwaltung wahrgenommen. Das Rechtsamt ist Berater für Rechtsfragen „für“ und „nach innen“. Es ist zuständig für die rechtliche Betreuung aller Ämter und sonstigen Organisationseinheiten des Landkreises, des Eigenbetriebes Rettungsdienst und für alle nachgeordneten Einrichtungen des Landkreises. Dazu gehören die Beratung der Beschäftigten in rechtlich schwierigen Fragestellungen, die außergerichtliche Vertretung sowie die zentrale Prozessführung für den Landkreis.

Die Verfahren werden von den Jurist*innen des Rechtsamtes vor unterschiedlichen Gerichtsbarkeiten geführt, schwerpunktmäßig vor den Verwaltungs- und Sozialgerichten in erster und zweiter Instanz, aber auch vor den Arbeits- und Amtsgerichten sowie einer speziellen Kammer für Landwirtschaftssachen am Amtsgericht in Rathenow.

Das Rechtsamt ist derzeit in wenigen Fällen nach Kompetenzverantwortlichkeiten strukturiert. Vorrangig wird eine Zuordnung von Fachämtern zu jeweils zuständigen Jurist*innen vorgenommen und die Beratung und die prozessuale Vertretung des jeweiligen Fachamtes selbstständig von den Jurist*innen organisiert.

Im Jahr 2022 sind zu den überjährig zu führenden Gerichtsverfahren 315 neue Verfahren hinzugekommen. Das sind 78 Klageeingänge mehr als im Jahr 2021. Der Zuwachs an Klageverfahren begründet sich in 69 Neueingängen im Jugendamt, hier speziell bei den verwaltungsgerichtlichen Verfahren zum Nachweis eines Kitaplatzes. Wie bereits 2021 ist der Schwerpunkt weiterhin die Gemeinde Bankenfelde-Mahlow.

111 verwaltungsgerichtliche Verfahren zuzüglich zu den Schadensersatzklagen wurden für das Jugendamt zum Thema Kitaplatzvergabe geführt. Davon sind 62 für den Landkreis negativ entschieden worden. In weiteren 7 Verfahren ist der Landkreis zur Kostentragung verurteilt worden. 20 Verfahren laufen noch. Das Verwaltungsgericht Potsdam sowie das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg verschärften ihre Rechtsprechung, so dass Verfahren zur Festsetzung von Zwangsgeldern gegen den Landkreis Teltow-Fläming zu verzeichnen waren. Mit einer Steigerung der Anzahl der Zwangsgeldverfahren sowie auch einer Steigerung der jeweiligen Zwangsgeldhöhe wird im Kalenderjahr 2023 gerechnet.

Das Thema Gebührensatzung im Rettungsdienst ist noch nicht abgeschlossen (s. Tätigkeitsbericht 2021). Seit dem 29. November 2022 ist ein drittes Normenkontrollverfahren wegen der Rettungsdienstgebühren des Landkreises, die jährlich durch Satzung festgesetzt werden, anhängig. Angestrebt wurde es vom Verband der Ersatzkassen e. V., der AOK Nordost – Die Gesundheitskasse, dem BKK-Landesverband Mitte, der IKK Brandenburg und Berlin, der Knappschaft, Regionaldirektion Cottbus, sowie der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG) als landwirtschaftliche Krankenkasse. Dieses Verfahren OVG 1 A 9/22 gegen die Satzung für das Jahr 2022 ist ebenso wie das Verfahren OVG 1 A 8/21 gegen die Satzung für das Jahr 2021 ruhend gestellt im Hinblick auf die vorrangige Entscheidung im Verfahren OVG 1 A 3/20, welches die Satzung für das Jahr 2020 betrifft.

Die Klage einer kreisangehörigen Stadt, die wegen der Festsetzung der Kreisumlage für 2015 Klage eingereicht hatte (s. Tätigkeitsbericht 2021), ist im Antragszulassungsverfahren vor dem Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg für in der Hauptsache erledigt erklärt worden. Hintergrund war die Heilung der rechtswidrigen Haushaltssatzung für die Jahre 2015 und 2016 gemäß § 65 Abs. 5 KVerfBbg. Es wird damit gerechnet, dass sich das Klageverfahren für das Haushaltsjahr 2016 vor dem Verwaltungsgericht Potsdam aus den vorgenannten Gründen ebenso erledigen wird.

268 Verfahren wurden im Jahre 2022 auf verschiedenen Wegen abgeschlossen.

Das älteste Verfahren datierte aus dem Jahr 2016 und wurde vor dem Verwaltungsgericht Potsdam geführt.

Streitige Entscheidungen wurden in 91 Fällen zu Lasten des Landkreises entschieden. In weiteren 22 Verfahren wurde dem Landkreis die Tragung der Kosten aufgegeben. In 151 hat der Landkreis obsiegt bzw. zumindest Kostenneutralität erreicht.

Tabelle 24: Rechtsamt, Anzahl der neuen gerichtlichen Verfahren

Amt	Anzahl der neuen gerichtlichen Verfahren	Änderung zum Vorjahr
Hauptamt (A10)	1	0
Amt für zentrale Steuerung, Organisation und Personal (A11)	7	0
Kommunalaufsicht (A15)	1	-1
Kämmerei (A20)	0	-2
Rechtsamt (A 30): Bestellung gesetzlicher Vertretungen	2	+1
Ordnungsamt (A32)	30	+10
Straßenverkehrsamt (A36)	21	+6
Amt für Veterinärwesen, Lebensmittelüberwachung und Denkmalschutz (A39)	18	-2
Amt für Schulverwaltung und Kultur (A40)	3	+2
Sozialamt (A50)	34	-19
Jugendamt (A51)	141	+69
Gesundheitsamt (A53)	8	+7
Kataster- und Vermessungsamt (A62)	2	+2
Untere Bauaufsichtsbehörde (A 63)	44	+9
Umweltamt (A67)	1	+1
Landwirtschaftsamt (A83)	1	-2
Eigenbetrieb Rettungsdienst	1	-2
Bereich der Landrätin	0	-1

Amt	Anzahl der neuen gerichtlichen Verfahren	Änderung zum Vorjahr
Versicherungsangelegenheiten/Schadensersatz		
A11	0	-3
A32	1	+1
A51	6	+3
<i>gesamt</i>	315	+78

Das Rechtsamt ist für die zur Beantwortung durch die Landrätin zu bearbeitenden Petitionen/Beschwerden zuständig. Gemäß § 16 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (KVerfBbg) hat jede Person das Recht, sich in Gemeindeangelegenheiten mit Vorschlägen, Hinweisen und Beschwerden an die Landrätin zu wenden. Gemäß § 16 S. 2 KVerfBbg sind die Beschwerdeführenden innerhalb von vier Wochen (entspricht 28 Tagen) über die Stellungnahme zu unterrichten. Ist eine Stellungnahme nicht innerhalb der Frist möglich, so ergeht gemäß § 16 S. 3 KVerfBbg ein Zwischenbescheid.

Die Anzahl der Petitionen/Beschwerden aller Art hat sich im Vergleich zu 2021 leicht rückläufig entwickelt und betraf 48 (-4) Vorgänge, von denen zum Stand Ende Februar 2023 nur 4 noch offen sind.

Dennoch nimmt die Bearbeitung von Dienstaufsichtsbeschwerden erheblichen Umfang im Gesamtarbeitsaufkommen im Bereich Rechtsangelegenheiten ein.

Insgesamt verzeichnete das Rechtsamt 505 Beratungsanfragen, von denen derzeit noch 43 in Bearbeitung sind.

Tabelle 25: Rechtsamt, Anzahl der Beratungsanfragen

Amt	Anzahl der Beratungsanfragen	Änderungen zum Vorjahr
Allgemeiner Schriftverkehr (u. a. Rücksendung falsch übermittelter Post von Gerichten, bei Unzuständigkeit (z. B. Notare) etc.)	15	(-44)
Hauptamt (A 10)	70	(+15)
Amt für zentrale Steuerung, Organisation, Personal (A11)	110	(+7)
Untere Kommunalaufsichtsbehörde	11	(-8)
Rechnungsprüfungsamt	4	(-5)
Kämmerei (A 20)	22	(+12)
Ordnungsamt (A 32)	39	(-17)
Straßenverkehrsamt (A 36)	15	(-2)
Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt und Denkmalschutzbehörde (A 39)	19	(+2)

Amt	Anzahl der Beratungsanfragen	Änderungen zum Vorjahr
Amt für Schulverwaltung und Kultur (A 40)	20	-5
Sozialamt (A 50)	17	-9
Jugendamt (A 51)	39	-17
Gesundheitsamt (A 53)	18	-10
Untere Bauaufsichtsbehörde (A 63)	3	+2
Umweltamt (A 67)	4	-1
Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung (A 80)	9	+1
Landwirtschaftsamt (A 83)	5	0
Büro der Landrätin	24	-14
Kreistagsbüro	9	+4
Beteiligungsmanagement (A 30)	4	-4
Grundstücksverkehr (A 30)	11	-1
Versicherungen (A 30)	7	-16
Eigenbetrieb/Rettungsdienst	14	+6
Dezernat III	16	-6
<i>gesamt</i>	<i>505</i>	<i>-104</i>

Ausbildung

Das Rechtsamt bildet aus. Drei Jurist*innen sind als Auszubildende für den Bachelor-Studiengang „Öffentliche Verwaltung Berlin-Brandenburg“ zertifiziert. Im Laufe des Jahres wurden zwei Student*innen durch ihre Praktika geführt. Zwei Rechtsreferendar*innen erfüllten im Rechtsamt die Verwaltungsstation für den juristischen Vorbereitungsdienst. Eine Studentin der Rechtswissenschaften hat ein Praktikum im Wege der Verwaltungsstation absolviert.

Die bis Anfang 2023 tätige Leiterin des Rechtsamtes, Frau Wagner, ist Prüferin bei der Brandenburgischen Kommunalakademie und war regelmäßig in die Prüfungen von Auszubildenden für den Beruf des/der Verwaltungsfachangestellten und von Verwaltungsfachwirten einbezogen.

Versicherungsangelegenheiten

Im Bereich „Versicherungsangelegenheiten“ werden alle Sach- und Haftpflichtversicherungen sowie die außergerichtliche Durchsetzung haftungsrechtlicher Ansprüche des Landkreises Teltow-Fläming gegen Dritte bearbeitet.

Schadensersatzforderungen, z. B. aus Amtspflichtverletzungen, die gegenüber dem Landkreis erhoben werden, werden an den kommunalen Haftpflichtversicherer, den Kommunalen Schadenausgleich (KSA) weitergeleitet. Dieser übernimmt die außergerichtliche und gerichtliche Abwicklung der Schadensfälle. Schadensersatzklagen für und gegen den Landkreis fallen in die Zuständigkeit des Landgerichtes und unterliegen daher dem Anwaltszwang. Die Prozessvertretung kann in diesen Fällen nicht von den Jurist*innen des Landkreises ausgeübt werden. Der KSA beauftragt deshalb dafür Rechtsanwält*innen, die die Interessen des Landkreises vor Gericht vertreten. Die für die Versicherungsangelegenheiten zuständige Sachbearbeiterin führt die erforderliche Sachverhaltsermittlung durch und erarbeitet die Stellungnahmen als Arbeitsbasis für die vertretenden Rechtsanwält*innen und führt die laufende Korrespondenz.

Zudem ist die Sachbearbeiterin für Versicherungsangelegenheiten Anlaufstelle für hausinterne versicherungsrechtliche Auskünfte und Stellungnahmen zu allen den Landkreis Teltow-Fläming betreffenden Versicherungsbereichen.

Im Berichtszeitraum ist die Anzahl neu gemeldeter Schadensfälle im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegen.

Tabelle 26: Rechtsamt: Anzahl der bearbeitenden Schadensfälle

Art der Schadensfälle	Anzahl 2022	Anzahl Vorjahr
Allgemeine Haftpflichtschäden	23	22
Anspruch gegen Dritte	11	9
Dienstreisekasko	2	3
Gebäudeschäden	23	13
Inventarschäden	4	11
Kaskoschäden	28	16
Kfz-Haftpflichtschäden	4	7
Schülersachschäden	5	2
Rechtsschutzschadenfälle	1	2
Schadensersatzklagen	8	5
versicherungsrechtliche Stellungnahmen	7	23
<i>gesamt</i>	<i>116</i>	<i>111</i>

Die Komplexität der Schadensfälle und ihrer Abarbeitung nimmt stetig zu. Das führte auch im Jahr 2022 zu einer erneut steigenden Anzahl der aus Vorjahren fortzuführenden Schadenakten, die neben den neu eingegangenen Schadenfällen zu bearbeiten waren und zum Teil noch sind. Gleiches trifft auf die Mehrzahl der anhängigen Schadenersatzklagen zu.

Schadenersatzforderungen wegen fehlender Kitaplätze

Einen Schwerpunkt bildeten unverändert Schadenersatzforderungen, die von Eltern wegen ihres Verdienstausfalles infolge nicht rechtzeitig zur Verfügung gestellter Kitaplätze außergerichtlich geltend gemacht wurden. Von den insgesamt 23 neu gemeldeten Schadensfällen bezogen sich allein 12 und damit gut die Hälfte auf diesen Sachverhalt. Damit ist das Verhältnis unverändert zum Vorjahr geblieben.

Mittlerweile wurde sowohl bei den außergerichtlich geltend gemachten Forderungen als auch bei darauf gerichteten Klagen vor dem Landgericht Potsdam in einigen Fällen zu Gunsten der klagenden Partei entschieden. Mehrheitlich erfolgte dies im Wege eines Vergleichs. Die bislang sowohl vom Landgericht Potsdam als auch vom KSA angewandte Praxis, ablehnende Entscheidungen regelmäßig damit zu begründen, dass es die Klagenden vor der Geltendmachung der Schadenersatzforderungen unterlassen haben, den Rechtsanspruch ihrer Kinder auf einen Betreuungsplatz gerichtlich durchzusetzen, entbehrt zunehmend ihrer Grundlage. Die meisten Eltern, die Schadenersatzforderungen wegen nicht rechtzeitig zur Verfügung gestellter Kitaplätze geltend machen, haben mittlerweile zuvor Eilrechtsschutz vor dem Verwaltungsgericht Potsdam beantragt.

Die Schadenersatzforderungen wegen nicht rechtzeitig zur Verfügung gestellter Betreuungsplätze kommen nahezu ausnahmslos von Eltern aus der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow.

Schadenersatzforderungen gegen Dritte

Im Berichtszeitraum waren in 11 Fällen Schadenersatzforderungen gegen Dritte geltend zu machen. In zwei Schadensfällen waren die Schadenssummen überdurchschnittlich hoch. In dem einen Fall wurde ein Führungsfahrzeug des Brand- und Katastrophenschutzes schwer beschädigt. Die Versicherungsleistungen der gegnerischen Kfz-Haftpflichtversicherung betragen knapp 28.000 Euro, die Schadensregulierung steht kurz vor dem Abschluss. Bei dem anderen Fall geriet im Sommer ein mit Stroh beladener Traktoranhänger einer Agrargenossenschaft auf einer Kreisstraße in Brand. Durch das Feuer wurde der Straßenbelag großflächig stark beschädigt, ein Straßenbaum brannte ab, ein weiterer wurde beschädigt. Die Schadenshöhe hierzu ist mit knapp 24.000 Euro beziffert.

Gebäudeversicherung

Im Bereich der Gebäudeversicherung fällt eine Vielzahl von Sturmschäden im Januar/Februar auf. Innerhalb weniger Tage verursachte eine Serie heftiger Stürme insgesamt 17 Sturmschäden. Bei der Hälfte dieser Schäden lag die Schadenssumme allerdings unter 1.000 Euro. Der schwerste dieser Sturmschäden ereignete sich am OSZ in Ludwigsfelde. Dort wurde die Außenisolierung an einer der beiden Giebelwände vom Sturm komplett abgerissen. Hier beträgt die Schadenhöhe bislang rund 30.000 Euro, wobei noch nicht alle Reparaturmaßnahmen durch die Handwerksfirmen abgerechnet wurden.

Schadenersatzklagen gegen den Landkreis

Im Berichtszeitraum wurden insgesamt sieben neue Schadenersatzklagen gegen den Landkreis erhoben, wovon es sich in drei Fällen um Berufungsklagen handelt. Auch in diesem Jahr liegt der Schwerpunkt bei Schadenersatzklagen wegen nicht rechtzeitig zur Verfügung gestellter Kinderbetreuungsplätze.

Beteiligungsmanagement

Der Landkreis ist derzeit an neun kommunalen Gesellschaften unmittelbar und an zwei Gesellschaften mittelbar beteiligt. Die Landrätin nimmt bei der Mehrzahl der Beteiligungen die Aufgabe der Gesellschaftervertreterin wahr. Bei drei Beteiligungen erfolgte die Betrauung an Beschäftigte. Die Landrätin gewährleistet als Gesellschaftervertreterin die Interessen des Landkreises. Das Beteiligungsmanagement unterstützt sie dabei mit Beratung und der Entwicklung von Strategien.

Ein Schwerpunktthema bildete im Jahr 2022 erneut die Struktur- und Wirtschaftsfördergesellschaft mbH (SWFG mbH). Sie nahm und nimmt weiterhin einen großen Umfang der Tätigkeit des Beteiligungsmanagements in Anspruch.

Der Kreistag beschloss in seiner Sitzung am 26. April 2021, in den Gesellschaftsvertrag der SWFG mbH als weiteren Gesellschaftsgegenstand die Wirtschaftsförderung mit der Spezialisierung Biotechnologie und Biochemie aufzunehmen. Ziel ist es, mit einer Neustrukturierung der SWFG mbH die Möglichkeiten der Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes Teltow-Fläming umfassend zu nutzen, einschließlich der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Mit diesem Schritt sollen gleichzeitig finanzielle Risiken für den Kreishaushalt minimiert werden. Deshalb war zu prüfen, ob die Neustrukturierung der Gesellschaft mit einem damit in Zusammenhang stehenden Bau eines Technologie- und Gründerzentrums durch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landkreises getragen werden kann. Das wird gegenwärtig verneint.

Bei der geplanten Erweiterung des Unternehmensgegenstandes handelt es sich um Tätigkeiten, die den Kernbereich der kommunalen Daseinsvorsorge, insbesondere die Förderung von Wirtschaft und Gewerbe, betreffen, vgl. § 2 Abs. 2 BbgKVerf. Die SWFG mbH soll im Rahmen der Wirtschaftsförderung des Landkreises Teltow-Fläming die Aufgabe der Wirtschaftsförderung in dem Bereich Life Sciences (Biotechnologie, Biochemie und Medizintechnik) wahrnehmen. Es ist geplant, dass die SWFG mbH dabei die Aufgaben Ansiedlungsservice, Investorenbetreuung, Existenzgründung und -förderung und Fachkräfteförderung übernimmt. Für diese Aufgaben sind gegenwärtig zwei zusätzliche Stellen vorgesehen. Durch die Bildung eines Wirtschaftswachstumskerns mit Ansiedlung neuer Firmen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze wird die Region wirtschaftlich gefördert. Dies dient dem Gemeinwohl und begründet ein öffentliches Interesse.

Der Kreistag beschloss daher am 12. Dezember 2022, dass die Erweiterung des Unternehmensgegenstandes der SWFG mbH im öffentlichen Interesse ist und der Gesellschaftsvertrag entsprechend angepasst wird. Wirtschaftsförderung ist grundsätzlich als eine DAWI-Leistung (Dienstleistung im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse) anzusehen. Mit der Erweiterung des Unternehmensgegenstandes erfolgen noch keine DAWI-Zuschüsse. Diese sind an einen Betrauungsakt durch den Landkreis gebunden. Für den Betrauungsakt des Landkreises zur Erfüllung dieser Aufgabe muss eine Trennungsrechnung vorgenommen werden (ähnlich wie bei der Flugplatzgesellschaft Schönhagen mbH). Diese hat konkret darzustellen, welche Aufgaben der Wirtschaftsförderung unterliegen und welche Aufgaben dem Gewerbebetrieb zuzuordnen sind. Gegenwärtig ist deshalb noch nicht zu beantworten, welche konkreten finanziellen Aufwendungen notwendig sind.

Die Prognose für die weitere Entwicklung des Flugplatzes Schönhagen ist positiv. In der Pandemie hat sich das Geschäftsmodell als krisenfest erwiesen. Die Nachfrage war trotz des Einbruchs im Linienverkehr ungebrochen vorhanden. Die Firmen am Flugplatz waren weiter ausgelastet. Weiterhin ist eine positive Entwicklung im Bereich der Übernahme der Flugsicherungskosten durch den Bund zu verzeichnen. Die Neuregelung der Flugsicherungskosten ist am 1. September 2021 in Kraft getreten, so dass der Flugplatz 2022 den beantragten Bundeszuschuss erhalten und auch für 2023 wieder beantragt hat. Die Zuwendung für 2023 konnte somit im Vergleich zu den Vorjahren (2022: ca. 487.000 Euro, 2021: ca. 596.000 Euro; 2020: ca. 545.000 Euro) mit ca. 279.000 Euro weiter deutlich reduziert werden. Der Flugplatz ist für die künftige Entwicklung gut aufgestellt und wird durch seine intensive Beteiligung an Zukunfts- und Forschungsprojekten auch auf die entstehenden klimaneutralen Luftfahrzeug- und Antriebstechnologien gut vorbereitet sein und in seiner Kategorie weiterhin eine führende Rolle übernehmen.

Der Beteiligungsbericht für das Jahr 2020 wurde am 28. Februar 2022 in den Kreistag eingebracht.

Grundstücksverkehrsgenehmigungen und Bestellung gesetzlicher Vertretungen

Genehmigung nach der Grundstücksverkehrsordnung (GVO)

Nach der mit Wirkung zum 1. Juli 2018 erfolgten Änderung der Grundstücksverkehrsordnung (GVO) sowie des Gesetzes zur Regelung offener Vermögensfragen (VermG) ist auch im Jahr 2022 ein deutlicher Rückgang der Antragszahlen auf Erteilung von Grundstücksverkehrsgenehmigungen nach der Grundstücksverkehrsordnung (GVO) zu verzeichnen – bis hin zum Ausbleiben von Antragstellungen. Nach der neuen Gesetzeslage ist die Genehmigung von Grundstücksgeschäften nur erforderlich, wenn im Grundbuch ein Anmeldevermerk eingetragen ist. Die Entscheidung, ob ein Antrag auf Erteilung der Grundstücksverkehrsgenehmigung (GVO) gestellt wird, liegt allerdings bei den Vertragsparteien bzw. den dazu bevollmächtigten Notariaten.

Mit 12 Grundstücken, die auf das Vorliegen vermögensrechtlicher Ansprüche geprüft wurden, und einer erteilten Genehmigung sowie sechs sonstigen Erledigungen ist gegenüber 2021 ein weiterer massiver Rückgang festzustellen. Es wurden im Jahr 2022 keine Einnahmen für die erteilte Genehmigung nach der Grundstücksverkehrsordnung erzielt, da die antragstellenden Personen gebührenbefreit waren.

Negativatteste

Im Jahr 2022 wurden 62 Anträge auf Negativattestierung eingereicht und in gleicher Anzahl Auskünfte erteilt. Damit blieb die Anzahl der Anträge und erteilten Auskünfte ungefähr auf dem Niveau wie 2021.

Bestellung gesetzlicher Vertretungen

Zur Sicherung der rechtlichen Interessen von unbekanntem Grundstückseigentümer*innen und deren Rechtsnachfolger*innen werden im Bereich „Bestellung gesetzlicher Vertretungen“ Anträge auf deren Bestellung und Abberufung nach § 11b VermG sowie Art. 233 § 2 Abs. 1 EGBGB sowie alle damit zusammenhängenden Überwachungs- und Genehmigungsvorgänge bearbeitet. Derzeit befinden sich 581 Akten in Bearbeitung.

Im Jahre 2022 wurden 71 Entscheidungen (Ablehnungen, Abberufungen, Widerrufe, Bestellungen, Umbestellungen, Genehmigungen von Pachtverträgen und Kaufverträgen) getroffen. Einen wachsenden Arbeitsschwerpunkt stellen die Genehmigungen der Eintragung von Leitungsrechten in das Grundbuch dar. Hierzu ist ebenfalls die Eigentümersituation zu klären, gegebenenfalls sind gesetzliche Vertretungen zu bestellen, die Vergütung des Leitungsrechts ist zu prüfen und zu genehmigen.

Neben den Fallzahlen gibt es noch einen Bestand von 1.369 Akten, die vor der endgültigen Archivierung auf Vollständigkeit geprüft werden müssen.

Einen wesentlichen und verantwortungsvollen Teil der Bestellung gesetzlicher Vertretungen stellt die Überwachung der ordnungsgemäßen Verwaltung und Bewirtschaftung der Vermögenswerte dar. In diesem Zusammenhang trägt der Landkreis eine erhebliche finanzielle Verantwortung. Im Jahr 2022 wurden laufende Kontostände in Höhe von circa 1,3 Millionen Euro verwaltet. Es handelt sich dabei um die Wahrung der finanziellen Interessen und Vermögensfürsorge für die unbekanntenen Eigentümer*innen, für die der Landkreis Teltow-Fläming das Haftungsrisiko trägt.

Deshalb wurde der jährlich durchzuführenden Aufsicht der gesetzlichen Vertretungen im Jahre 2022 besonderes Augenmerk eingeräumt. Dabei haben die bestellten gesetzlichen Vertretungen gegenüber dem Landkreis Teltow-Fläming als Bestellungsbehörde Rechenschaft über ihre Tätigkeiten abzulegen. Die abgegebenen Berichte beinhalten Aussagen zu den Finanzen und der Tätigkeit der gesetzlichen Vertretungen, werden von der Bestellungsbehörde ausgewertet und gegebenenfalls neue Festlegungen gegenüber den bestellten gesetzlichen Vertretungen getroffen.

Besondere Aufgaben in der Corona-Pandemie

Regelmäßig wurde das Rechtsamt in Aufgaben und Fragestellungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie einbezogen. Es wurden mehrere Allgemeinverfügungen auf der Grundlage der jeweils geltenden Eindämmungs-/Umgangsverordnung erarbeitet.

Mehrere Beschäftigte waren regelmäßig am Bürgertelefon aktiv. Die fachliche Vorbereitung und Bereitstellung der aktuellen Rechtslagen wird von den Jurist*innen in sorgsamer Kleinarbeit geleistet.

Zudem haben zeitweise zwei Beschäftigte des Rechtsamtes aus dem Bereich der Bestellung gesetzlicher Vertretungen zusätzlich zu ihrem originären Aufgabenbereich die Bearbeitung von Ordnungswidrigkeitenverfahren im Zusammenhang mit Verstößen gegen die Eindämmungs- und Quarantäneverordnung übernommen.

Das Rechtsamt war regelmäßig in die wöchentlichen Sitzungen des Corona-Krisenstabes eingebunden.

Fünf verwaltungsgerichtliche Eilverfahren mit Bezug zur Corona-Pandemie wurden bearbeitet.

Ordnungsamt

Sachgebiet Ordnung, Sicherheit, Jagd- und Fischerei

Fachaufsicht über die örtlichen Ordnungsbehörden und als Kreisordnungsbehörde

Schwerpunkt der Arbeit als Fachaufsichtsbehörde über die örtlichen Ordnungsbehörden des Landkreises bildete auch 2022 die Beratung und Unterstützung dieser Behörden. Diese wurde aufgrund der Pandemiesituation überwiegend telefonisch sowie digital durchgeführt. Um die Anliegen im vollen Umfang zu bearbeiten, wurden auch andere Fachämter des Hauses einbezogen.

Der Fachbereich übernahm die Beantwortung der Fragestellungen von Bürger*innen zu den jeweils geltenden Eindämmungs- sowie Umgangsverordnungen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie.

Am 18. Mai 2022 sowie am 15. Dezember 2022 fanden Arbeitsberatungen mit den Ordnungsamtsleitungen aller Kommunen statt. Am 27. April 2022 fand eine Arbeitsberatung der Meldebehörden mit Teilnahme des Ministeriums des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg und der Ausländerbehörde des Landkreises statt.

Sechs Fach- und Dienstaufsichtsbeschwerden über die Arbeitsweise örtlicher Ordnungsbehörden waren zu prüfen und wurden ausgewertet. Intensiviert wurde hier der fachliche Austausch zur Umsetzung in Einzelfällen.

Zwölf Widerspruchsverfahren gegen Verfügungen der kommunalen Ordnungsbehörden wurden bearbeitet.

Des Weiteren wurde ein Bußgeldverfahren wegen Schulpflichtverletzung nach dem Brandenburgischen Schulgesetz (BbgSchulG) eingeleitet und bearbeitet.

In 276 Fällen wurden Stellungnahmen zu Planungs- und Bauvorhaben als Träger öffentlicher Belange gemäß Bau-, Planungs- und Naturschutzrecht erarbeitet.

Im Fachbereich werden auch die Glückwunschscheiben für besondere Alters- und Ehejubiläen der Bürger*innen im Landkreis Teltow-Fläming für die Landrätin vorbereitet. Im Jahr 2022 waren es 955 Glückwunschscheiben.

Im Berichtsjahr wurden 341 Bußgeldverfahren nach dem Sozialgesetzbuch Elftes Buch (SGB XI, Pflegepflichtverletzung) gemeldet. Im Jahr 2022 wurde wegen Verstoßes gegen das Pressegesetz des Landes Brandenburg (BbgPG) ein Verfahren und gegen das Brandenburgische Vermessungsgesetz (BbgVermG) auch ein Verfahren geführt.

Gräberangelegenheiten

Der Bund stellte Pauschalgehälter in Höhe von 149.900 Euro für die Pflege und Instandsetzung der Kriegsgräber im Landkreis zur Verfügung. Diese wurden anteilig an die Kommunen ausgereicht. Der Stadt Baruth/Mark wurden im Jahr 2022 zusätzliche Bundesmittel in Höhe von 4.360 Euro zugewiesen. Diese Mittel wurden für erforderliche Baumfällarbeiten auf dem sowjetischen Ehrenfriedhof eingesetzt. Die Gemeinde Großbeeren erhielt zusätzliche Bundesmittel für die Verlegung von Kriegsgräbern aus dem Gemeindegebiet zum Waldfriedhof Halbe. Zusätzliche Bundesmittel in Höhe von 2.983 Euro erhielt zudem die Stadt Jüterbog. Die zugewiesenen Mittel wurden für die Totholzentfernung auf verschiedenen Kriegsgräbern im Stadtgebiet verwendet. Einen zusätzlichen Betrag aus Bundesmitteln in Höhe von 10.830 Euro erhielt die Stadt Luckenwalde. Diese wurden sowohl für die Sanierung der Obelisken, die sich auf dem sowjetischen Ehrenfeld befinden, als auch für die Instandsetzung des auf dem „Deutschen Ehrenfeld“ befindlichen Kreuzes sowie für die Überarbeitung der auf dem Kriegsgefangenenfriedhof des Stalag III A befindlichen Pultsteine verwendet. Die Stadt Ludwigfelde plant derzeit die Sanierung des Kriegsgräberfeldes „Opfer des Bombenangriffs vom 06.08.1944“. Es ist damit zu rechnen, dass diese Maßnahme im Jahr 2023 abgeschlossen werden kann.

Standesamtsaufsicht

Im Jahr 2022 wurden 136 vorlagepflichtige Beurkundungsvorgänge der Fachaufsicht zur Prüfung vorgelegt. Darüber hinaus wurden die Standesämter fachaufsichtlich beraten. Nachdem die Standesbeamt*innen des Standesamtes Ludwigfelde bereits im Vorjahr von der bestehenden Vorlagepflicht für Geburtsbeurkundungen bei Beteiligung polnischer Staatsangehöriger befreit wurden, erfolgte im Jahr 2022 eine Befreiung von der Vorlagepflicht für Beurkundungen bei Beteiligung rumänischer Staatsangehöriger.

Am 31. August 2022 organisierte die Standesamtsaufsicht einen fachlichen Austausch zwischen den Geburtsstandesämtern, den Urkundspersonen des Jugendamtes sowie der Ausländerbehörde. Themenschwerpunkt war die Verhinderung missbräuchlicher Vaterschaftsanerkennungen.

Untere Jagdbehörde (UJB)

Organisation

Im Landkreis Teltow-Fläming gibt es aktuell 930 Jagdscheininhaber*innen mit einem gültigen Jagdschein. Von diesen haben 2 einen Ausländer-Jahresjagdschein, 5 einen Falknerjagdschein und 8 einen Jugendjagdschein.

Die Jagd wird im Landkreis in 282 Jagdbezirken ausgeübt. Diese teilen sich in 181 gemeinschaftliche Jagdbezirke, 78 Eigenjagdbezirke und 23 Verwaltungsjagdbezirke auf.

Im Landkreis bzw. kreisübergreifend gibt es 8 Hegegemeinschaften. Diese bestehen aus freiwillig zusammengeschlossenen Jagdbezirken, welche es sich zur Aufgabe gemacht haben, bestimmte Schalenwildarten zu hegen und zu bewirtschaften. Mit Hilfe von Gruppen- und Mindestabschussplänen kann so gezielt auf die Bestandsentwicklung von Wildarten Einfluss genommen werden.

Es wurden 101 Gruppen- und Einzelabschusspläne für Jagdbezirke bearbeitet und bestätigt bzw. festgesetzt.

Die Zusammenarbeit des Landkreises Teltow-Fläming mit dem Kreis-Jagdberater, dem Jagdbeirat sowie dem Kreisjagdverband wurde auch im Jahr 2022 intensiv betrieben und gepflegt. Gleiches gilt für die 152 Jagdgenossenschaften, deren Aufsicht der Unteren Jagdbehörde obliegt.

Afrikanische Schweinepest (ASP)

Im Jahr 2022 zahlte die Untere Jagdbehörde erneut eine Prämie für die Erlegung von Schwarzwild an prämienerberechtigten Jagd ausübenden Berechtigten aus (Bachenprämie). Insgesamt wurden 61.920 Euro für 774 erlegte Wildschweine ausgezahlt (80 Euro/erlegtes Stück Schwarzwild der Altersklasse 1 oder 2). Von 122 eingegangenen Anträgen wurden 115 positiv beschieden.

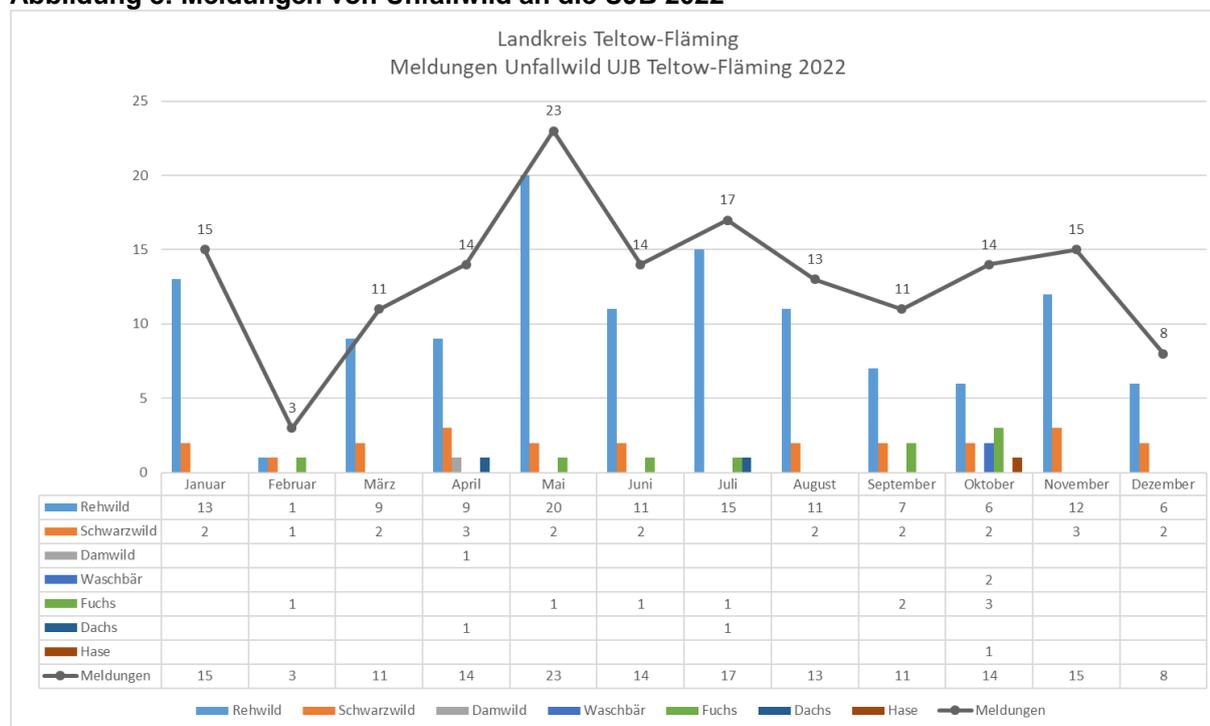
Die sich seit September 2020 auch im Land Brandenburg ausbreitende Afrikanische Schweinepest hat auch 2022 den Landkreis Teltow-Fläming glücklicherweise nicht erreicht.

Im Jahr 2022 absolvierte ein weiterer Mitarbeiter der UJB eine Ausbildung zum Drohnenführer, so dass jetzt 2 Drohnenführer für den Einsatz in der ASP-Bekämpfung zur Verfügung stehen. Durch die Anschaffung von 2 Netzfallen zum Fang von Schwarzwild kann nun den Jägern im Landkreis ein jagdliches Mittel zur Verfügung gestellt werden, um durch die verstärkte Bejagung von Schwarzwild einem Ausbruch der ASP präventiv entgegenzuwirken.

Wildunfälle

Insgesamt bearbeitete die Untere Jagdbehörde 158 Wildunfallmeldungen von Bürger*innen oder Polizeidienststellen. Dazu gehörten die genaue Verortung der Fundstelle, die Benachrichtigung der zuständigen Jagd ausübenden Berechtigten und die Nachverfolgung der ASP-Beprobung von Schwarzwild.

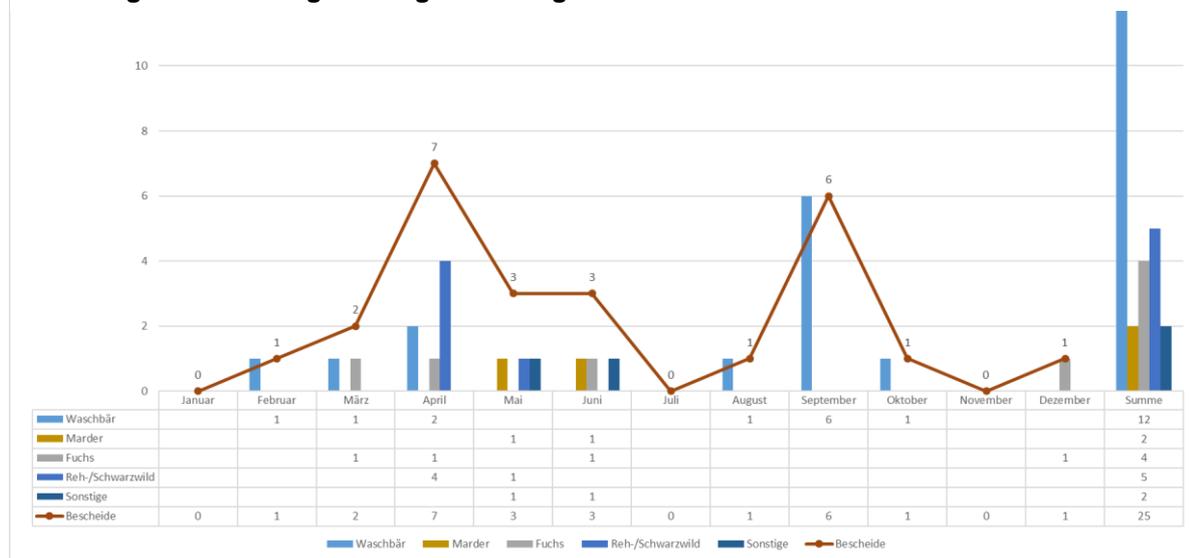
Abbildung 8: Meldungen von Unfallwild an die UJB 2022



Jagd in befriedeten Gebieten

Im Jahr 2022 wurden 25 Anträge zur Gestattung von Jagdhandlungen in befriedeten Bezirken bearbeitet. Probleme mit Waschbären im urbanen Bereich stellten dabei den überwiegenden Anteil dar.

Abbildung 9: Gestattung von Jagdhandlungen im befriedeten Bezirk 2022



Untere Fischereibehörde

An Fischer*innen und Angler*innen wurden im vergangenen Jahr 194 Fischereischeine als unbefristete Genehmigungen zur Ausübung des Fischfangs mit Angelgeräten ausgestellt. Gegenwärtig gibt es damit im Landkreis circa 7.000 aktive Angler*innen mit und ohne Fischereischein. Die Untere Fischereibehörde führte zwei Anglerprüfungen mit insgesamt 19 Prüflingen durch. Im Landkreis fanden zudem 39 Anglerprüfungen durch benannte Personen des Landesanglerverbandes Brandenburg e. V. mit insgesamt 722 zu Prüfenden statt. Im Jahr 2022 haben im Landkreis insgesamt 736 Personen die Voraussetzung für die Erteilung eines Fischereischeins erworben. Der Erwerb eines Fischereischeines, um Angeln gehen zu können, wurde wiederholt aufgrund der Corona-Pandemie wie im Jahr 2021 verstärkt nachgefragt. Die Zahl der abgelegten Anglerprüfungen gegenüber dem Vorjahr 2021 (828 zu Prüfende) ist leicht gesunken. Die Ausstellung der Fischereischeine zum Vorjahr 2021 (246 Fischereischeine) ist ebenfalls im Landkreis leicht gesunken, weil die zu Prüfenden in unserem Landkreis die Anglerprüfung ablegen dürfen, aber unser Landkreis nicht für die Ausstellung von Fischereischeinen anderer Landkreise und Bundesländer zuständig ist.

In Teltow-Fläming gibt es 76 ehrenamtliche Fischereiaufseher*innen, von denen zwölf im Jahr 2022 neu berufen und sieben für eine weitere Berufszeit von fünf Jahren bestätigt wurden.

Die Zusammenarbeit mit den Kreisanglerverbänden Zossen e. V. und Luckenwalde e. V. wurde weiter gepflegt.

Die Kooperation mit dem Fischereiberater und dem Fischereibeirat wurde erfolgreich fortgesetzt.

Gewerbeangelegenheiten

Die Fachaufsicht gegenüber den örtlichen Ordnungsbehörden im Bereich des Gewerbe-rechts fand auch in diesem Jahr per Telefon und mit Aktenanforderung statt. Die Unterstüt-zung bei Sachentscheidungen umfasste 182 Fälle, die überwiegend bei Gewerbeuntersagungsverfahren erforderlich waren. Dabei galt es auch die Leitlinien der Landesregierung Brandenburg zur Ausübung der Fach-, Sonder- und Rechtsaufsicht vom 21. Dezember 2021 umzusetzen. Zum 28. Mai 2022 wurde die Rechtslage bei Wanderlagern und Kaffeefahrten geändert, die es umzusetzen galt. Weiterhin war es notwendig, dass nicht nur Spielhallen an die Sperrdatei OASIS angeschlossen werden, sondern auch Gaststätten mit Spielautomaten.

Auf Grund der Zuordnung des Bewacherregisters vom BAFA an das Statistische Bundesamt musste eine Überprüfung der Regionalschlüssel erfolgen.

Die Gewerbebehörden mussten sich in diesem Jahr auch als Sender (vormals erfolgte nur die Registrierung als Empfänger) im Deutschen Verwaltungsdienstverzeichnis registrieren lassen, um die elektronische Weiterleitung der Gewerbemeldedaten sicherzustellen.

Im Jahr 2022 wurden 3 Veranstaltungen auf Landesgewässern genehmigt und 4 Ausstellun-gen festgesetzt.

Die Widerspruchsbearbeitung erfolgte in zwei Fällen hinsichtlich des Betriebes von Prostituti-onsgewerben.

Bekämpfung der Schwarzarbeit

Die Zusammenarbeit der zuständigen Behörden zur Bekämpfung der Schwarzarbeit in Berlin und Brandenburg wurde trotz pandemiebedingter Einschränkungen auch 2022 gepflegt.

Gemeinsame Kontrollen von Zoll und Kreisordnungsbehörde gab es nicht, dennoch wurden regionale Schwerpunkte besprochen und Kontrollen jeweils im Rahmen eigener Ermächti-gungsgrundlagen durchgeführt.

28 Baustellenkontrollen wurden 2022 im Kreisgebiet Teltow-Fläming gemeinsam mit der Kreishandwerkerschaft TF unter Beachtung von Hygieneregeln durchgeführt.

Zusätzlich fand eine Koordinierungsberatung mit dem Hauptzollamt Potsdam sowie der Kreishandwerkerschaft TF statt.

Schornsteinfegerangelegenheiten

Die 20 Kehrbezirke im Landkreis Teltow-Fläming werden von bevollmächtigten Bezirks-schornsteinfeger*innen (bBSF) verwaltet. Sie überwachen die Erfüllung der Eigentümer-pflichten nach dem Schornsteinfeger-Handwerksgesetz in Kehrbüchern und leisten somit einen wichtigen Beitrag für die Betriebs- und Brandsicherheit sowie den Umwelt- und Klima-schutz. Hinsichtlich der Wahrnehmung der ihnen übertragenen Aufgaben und Pflichten wer-den sie von der Kreisordnungsbehörde beaufsichtigt.

Im Jahr 2022 wurden fünf Kehrbücher geprüft; gegen einen geprüften bBSF wurde ein Ver-weis ausgesprochen.

Darüber hinaus wurden 160 Vorgänge zur Durchsetzung der Eigentümerpflichten bzw. Fest-stellung rückständiger Gebühren sowie 31 Vorgänge in Bußgeldsachen bearbeitet.

Insgesamt beantwortete die Kreisordnungsbehörde 259 Anfragen von Bürger*innen, der Schornsteinfegerinnung und des Landkreistages sowie des für Wirtschaft zuständigen Lan-desministeriums und anderer Behörden.

Der Kontakt mit der Schornsteinfegerinnung und dem Kreismeister wurde intensiv fortgeführt.

Versicherungsbehörde

Wie in den vergangenen Jahren waren auch im Jahr 2022 mehr telefonische Beratungen (z. T. auch Antragsaufnahmen) als Vor-Ort-Beratungen der Versicherungsbehörde zu verzeichnen.

Von Auskunftssuchenden und Antragstellenden wurde die Versicherungsbehörde 512-mal telefonisch kontaktiert und 424-mal persönlich aufgesucht. Es wurden insgesamt 332 Anträge auf Alters-, Hinterbliebenen-, Waisen- und Erwerbsminderungsrenten entgegengenommen. Hinzu kamen Anträge zur Kontenklärung oder zur Übermittlung von Informationen/Unterlagen sowie Widersprüche, Zeugenaussagen und Niederschriften. Sie wurden bearbeitet und an die Rentenversicherungsträger weitergeleitet. Inbegriffen sind hierbei auch Anträge zur medizinischen Rehabilitation, Anträge zur Teilhabe am Arbeitsleben (berufliche Rehabilitation) sowie Anforderungen von Rentenauskünften, Renteninformationen und Versicherungsverläufen.

Nach wie vor ist die Nachfrage nach Rentenberatungen in der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow groß. Auch im Jahr 2022 fanden diese jeweils am letzten Donnerstag des Monats im „Bürgerhaus“ in Dahlewitz statt.

Sachgebiet Ausländer- und Staatsangehörigkeitswesen

Allgemeine Ausländerangelegenheiten

Am 31. Dezember 2022 waren 13.686 Ausländer*innen bei der Ausländerbehörde des Landkreises Teltow-Fläming mit 135 verschiedenen Staatsangehörigkeiten registriert. Davon waren 6.357 Personen aus dem EU-Ausland und 7.329 Personen aus Ländern außerhalb der EU.

Tabelle 27: Ausländer*innen in TF – Entwicklung der vergangenen vier Jahre (Stand: 31.12.2022)

Jahr	Anzahl	EU	Nicht EU/ inkl. EWR
2022	13.686	6.357	7.329
2021	10.871	5.825	5.046
2020	10.343	5.595	4.748
2019	9.804	5.134	4.670

Darüber hinaus befanden sich zum Jahresende 436 Personen in einem Asylverfahren und 11 Personen in einem Asylfolgeverfahren. Der Anteil ausländischer Personen im Landkreis Teltow-Fläming liegt bei ca. 7,8 Prozent und ist somit im Vergleich zum Vorjahr (6,2 Prozent) um 1,6 Prozent gestiegen. (174.982 Einwohner insgesamt per 30.06.22, Quelle: [Landesamt für Statistik Berlin-Brandenburg](#))

Der stetige Zuwachs an EU- und Nicht-EU-Ausländer*innen im Landkreis ist weiterhin eine Auswirkung der hohen Nachfrage an Arbeitskräften nach der Corona-Pandemie in den unterschiedlichsten Branchen. 2022 sind mehr Nicht-EU-Bürger im Landkreis Teltow-Fläming registriert als ausländische EU-Bürger. Dies ist u. a. darin begründet, dass zum üblichen Zuzug von bis zu 500 Personen pro Jahr zusätzlich 2.411 Personen im Zusammenhang mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine im Landkreis Teltow-Fläming registriert wurden. Von ihnen sind aktuell noch 1.891 Personen im Landkreis Teltow-Fläming gemeldet.

Die größte Gruppe der Ausländer*innen stellten im Berichtsjahr mit 7.329 Personen die Nicht-EU-Ausländer*innen (53,55 Prozent). Der Anteil der Personen unter 16 Jahren lag bei EU-Ausländer*innen bei 11,58 Prozent (Vorjahr: 11,9 Prozent) und bei den Nicht-EU-Ausländern bei 18,30 Prozent (Vorjahr: 21,6 Prozent). Am 31. Dezember 2022 besaßen 1.271 Personen ein Daueraufenthaltsrecht.

Die häufigsten Staatsangehörigkeiten im Berichtszeitraum waren:

Tabelle 28: häufigste Staatsangehörigkeiten 2022 (Stand: 31.12.2022)

Land	2022	2021
Polen	3.761 (+376)	3.385
Ukraine	2.044 (+1843)	201
Syrien	1.009 (+57)	952
Rumänien	900 (+83)	817

Land	2022	2021
Russische Föderation	616 (+15)	601
Afghanistan	494 (+64)	430
Türkei	314 (+29)	285
Bulgarien	300 (+11)	289
Iran	168 (-8)	176

Aus 28 Ländern leben derzeit jeweils nur ein oder zwei Staatsangehörige im Landkreis, u. a. aus Bahrain, Belize, Nicaragua, Lesotho, Singapur und Guatemala. 2021 gehörte Tadschikistan mit einer registrierten Person noch zu diesen Ländern. 2022 waren acht Personen aus Tadschikistan im Landkreis Teltow-Fläming registriert.

Tabelle 29: Übersicht befristete Aufenthalte 2022 (Stand: 31.12.2022)

Befristeter Aufenthaltsgrund	2022	2021
Ausbildung/Erwerbstätigkeit insgesamt	256 (+38)	218
völkerrechtliche, humanitäre oder politische Gründe insgesamt	2.650 (+1.367)	1.283
familiäre Gründe insgesamt	733 (+26)	707
besondere Aufenthaltsrechte insgesamt	51 (+5)	46
<i>gesamt</i>	<i>3.690 (+1.436)</i>	<i>2.254</i>

Tabelle 30: Übersicht unbefristete Aufenthalte 2022 (Stand: 31.12.2022)

unbefristeter Aufenthaltsgrund	Anzahl
Niederlassungserlaubnis/Daueraufenthalt EU	1.271

Die Zahl der verfügbaren elektronischen Aufenthaltstitel im Jahre 2022 erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr aufgrund des sprunghaften Anstiegs von Anträgen von Personen, die aus der Ukraine flüchten mussten. Hiervon sind Personen aus insgesamt 16 Nationen betroffen.

Tabelle 31: elektronische Ausweisdokumente (Stand: 31.12.2022)

Ausweise	2022	2021	2020	2019	2018
elektronische Aufenthaltstitel	3.613	1.637	1.211	1.647	1.214
elektronische Reiseausweise	511	219	269	472	167

Asylangelegenheiten und Aufenthaltsbeendigung

Am 31. Dezember 2022 besaßen 436 Personen im Landkreis Teltow-Fläming eine Aufenthaltsgestattung. 370 Personen führten ihr Asylverfahren durch. 11 Personen befanden sich im Asylfolgeverfahren, und 55 Personen waren ohne offenes Asylverfahren (Prüfung Folgeverfahren). 531 Personen waren lt. Ausländerzentralregister ausreisepflichtig.

456 Personen besaßen eine Aussetzung der Abschiebung (Duldung). Ausweispapiere, die am 31. Dezember 2022 abgelaufen bzw. noch nicht verlängert waren, sind in der o. g. Zahl nicht enthalten. Es handelt sich hierbei immer um eine Stichtags- bzw. Momentaufnahme. Daher kann es zu Abweichungen bei den genannten Zahlen (Ausreisepflichtige/Geduldete) kommen. Es gibt auch Personen, die eine Duldung besitzen, aber sich aus humanitären oder familiären Gründen weiterhin in Deutschland aufhalten dürfen. Somit ist auch eine Abweichung zwischen den ausreisepflichtigen und tatsächlich abzuschiebenden Personen erklärbar.

Tabelle 06: Übersicht Asylbewerber, Duldungsinhaber, ausreisepflichtige Personen 2018 bis 2022, jeweils per 31.12.

Personenkreis	2022	2021	2020	2019	2018
Ausländer mit Aufenthaltsgestattung insgesamt	436	525	632	673	659
Aussetzung der Abschiebung (Duldungen)	456	359	352	314	291
Ausreisepflichtige insgesamt	531	410	401	356	326

Ca. 218.000 Personen stellten 2022 einen Asylersantrag beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Je nach Aufnahmemöglichkeiten der Landkreise und Gemeinden wird die Zahl der Personen mit einer Gestattung 2023 voraussichtlich steigen. Zu erwarten sind auch ggf. Zwangszuweisungen durch das BAMF. Gemäß dem Königsteiner Schlüssel ist mit bis zu 438 Personen für die Ausländerbehörde des Landkreises Teltow-Fläming zu rechnen.

Staatsangehörigkeiten

2022 wurden 312 Einbürgerungsberatungsgespräche geführt. Zusammen mit der ausländischen Person wurden die individuellen Voraussetzungen geprüft und festgestellt, ob bzw. ab wann ein aussichtsreicher Antrag auf Einbürgerung gestellt werden kann. Daraufhin stellten 231 Personen Anträge auf Einbürgerung, von denen 87 Anträge positiv beschieden bzw. 87 Personen eingebürgert werden konnten. 16 Anträge auf Namensänderung wurden 2022 gestellt.

Tabelle 07: Übersicht Staatsangehörigkeitswesen und Namensänderung (Stand: 31.12.2022)

Vorgang	2022	2021	2020	2019
Anträge Namensänderung	16	21	15	16
Beratungen Einbürgerung	312	195	95	126
Anträge Einbürgerung	231	129	71	82
erfolgte Einbürgerungen	87	68	68	73

Einbürgerungsfeiern finden aufgrund der Corona-Pandemie seit März 2020 nicht mehr statt. Die Urkunden werden einzeln übergeben. Die Personen haben jedoch die Möglichkeit, am Zentralen Einbürgerungsfest in Potsdam teilzunehmen. Dieses wird durch den Landtag Brandenburg jedes Jahr organisiert. 87 Personen mit 28 verschiedenen Staatsangehörigkeiten erhielten im Berichtsjahr die deutsche Staatsbürgerschaft, darunter 18 polnische und 18 syrische Staatsangehörige. Sie machten den größten Anteil aus. Danach folgen Ukraine (12), Iran (6) und Rumänien (5). Weitere Staatsangehörigkeiten sind u. a. Bolivien, Lettland, Israel und Gambia.

Bei den Einbürgerungsberatungsgesprächen (+117 Gespräche) und bei den Anträgen auf Einbürgerung (+102 Anträge) sind erneut deutliche Anstiege gegenüber 2021 zu verzeichnen. Um hier besser auf die stetig steigende Anzahl an Einbürgerungsanträgen reagieren zu können, wurden zusätzliche organisatorische Maßnahmen getroffen. Hierzu zählt u. a. der Verzicht auf lange Beratungsgespräche. Die Antragsunterlagen werden zusammengestellt und der antragstellenden Person ohne ein zuvor durchzuführendes Beratungsgespräch ausgehändigt. Die Antragsunterlagen liegen auch im Servicebereich der Ausländerbehörde aus, so dass eine Ausgabe bei Vorsprache in der Ausländerbehörde erfolgen kann. Die Prüfung der Voraussetzungen erfolgt beim Vorliegen der erforderlichen Dokumente/Unterlagen. Aus technischen Gründen kann eine Online-Antragstellung erst im 4. Quartal 2023 angeboten werden, so dass dann eine Vorsprache zur Ausgabe der Antragsunterlagen entfallen wird.

Für 2023 wurde eine weitere Stelle beantragt und genehmigt. Nach Besetzung und Einarbeitung werden drei Vollzeitkräfte tätig sein, die allerdings nicht ausschließlich Aufgaben der Einbürgerung wahrnehmen. Ab Juli 2023 werden weitere große Veränderungen im Einbürgerungsrecht (Verkürzung des erforderlichen rechtmäßigen Aufenthalts im Bundesgebiet) erwartet.

Sachgebiet Brand- und Katastrophenschutz

Abwehrender Brandschutz

Die Feuerwehren des Landkreises wurden im Jahr 2022 zu 1.206 Bränden und 2.535 technischen Hilfeleistungen alarmiert. Schwerpunkte bei der Brandbekämpfung waren 106 Gebäudebrände (z. B. Wohnhäuser und Betriebe) sowie 43 Brände in kleineren Gebäuden, die nicht zum dauerhaften Wohnen vorgesehen sind (Schuppen oder Garagen). Weiterhin brannten in diesem Zeitraum 51 Fahrzeuge im Bereich des Landkreises, davon 18 LKW.

89 Waldbrände wurden von den Feuerwehren 2022 bekämpft, davon ereigneten sich 13 im Bereich von Waldbrandschwerpunkten. Diese zeichneten sich durch besondere Gefahren aus, zum Beispiel massive Munitionsbelastung, fehlende Löschwasserversorgung oder fehlende Brandschutzschneisen. Des Weiteren waren 69 Brandeinsätze in der Land- und Forstwirtschaft und eine nicht unerhebliche Anzahl von 231 Kleinstbränden zu verzeichnen (z. B. Müll-eimer, Mülltonnen, kleine Haufen an Unrat usw.)

Die Feuerwehren leisteten technische Hilfe. Der Schwerpunkt lag mit 353 Verkehrsunfällen auf den Straßen des Landkreises Teltow-Fläming. 305 Verkehrsunfälle waren verbunden mit Personenschäden. 35 Personen waren eingeklemmt und mussten von der Feuerwehr mit schwerem Gerät befreit werden. Die Stürme im Februar führten zu 878 Einsätzen. Zum größten Teil mussten umgestürzte Bäume beseitigt werden. Ebenfalls mussten die Kameraden der Feuerwehren zu 504 Hilfeleistungen, 276 Türnotöffnungen und zur Beseitigung von 152 Ölspuren ausrücken. Zu 28 Einsätzen kam es im Bereich der öffentlichen Gasversorgung durch Leckagen und zu 233 kleineren technischen Hilfeleistungen, die nicht weiter definiert wurden. Eine Besonderheit im Landkreis Teltow-Fläming sind die Alarmierungen zu 4 Flugzeugabstürzen. Bei zwei Einsätzen handelte es sich um Notlandungen außerhalb von Flugplätzen, glücklicherweise ohne Personenschäden. Die anderen Einsätze ereigneten sich in der Umgebung der Flugplätze Altes Lager und Zellendorf. Bei dem Absturz in Altes Lager kamen zwei Menschen ums Leben. In Zellendorf wurde eine Person schwer verletzt. Betroffen waren jeweils Kleinflugzeuge.

Vorbeugender und baulicher Brandschutz

Aufgabe der Brandschutzdienststelle ist die Durchführung von Brandverhütungsschauen in baulichen Anlagen mit erhöhter Brand- oder Explosionsgefährdung sowie in Anlagen, bei denen bei Ausbruch eines Brandes eine große Anzahl von Menschen oder erhebliche Sachwerte gefährdet sind. Die Brandschutzdienststelle hat im Landkreis aktuell 804 derartige Objekte erfasst.

Eine weitere Aufgabe ist es, die Belange des vorbeugenden und abwehrenden Brandschutzes im Rahmen bauaufsichtlicher Verfahren durchzusetzen. Im Jahr 2022 wurden im Landkreis 68 (2021: 48) Brandverhütungsschauen und Begehungen zur Erteilung der Betriebserlaubnis durchgeführt. Außerdem wurden 513 Stellungnahmen (2021: 425) im Rahmen baugenehmigungspflichtiger Vorhaben oder als Träger öffentlicher Belange erarbeitet. Weiterhin wurde die Brandschutzdienststelle bei acht Aufschaltungen von Brandmeldeanlagen, 37 Prüfungen von Feuerwehrplänen und Brandschutzordnungen, 17 Inbetriebnahmen von Feuerwehrschießdepots sowie der Inbetriebnahme zweier BOS-Gebädefunkanlagen tätig.

Die Mitarbeiter der Brandschutzdienststelle unterstützten zusätzlich bei den regelmäßigen Ausbildungen im Rahmen der Kreisausbildung im Feuerwehrtechnischen Zentrum und bei der Koordinierungsgruppe des Stabes.

Zivil- und Katastrophenschutz

Der Rufbereitschaftsdienst der Koordinierungsgruppe wurde im vergangenen Jahr von der Regionalleitstelle über 13 Einsätze informiert. Sechs davon betrafen Waldbrandsituationen, wovon zwei zum direkten Einsatz der Koordinierungsgruppe führten.

Das Sachgebiet sicherte die Sturmfrage im Februar 2022 mit einer durchgängigen Dienststellung ab. Während der Sturmfrage wurden die Feuerwehren zu 297 Einsätzen gerufen. Aufgrund der Lage wurden die örtlichen Befehlsstellen besetzt und die Einsätze als Flächenfrage geführt.

In der Waldbrandsituation waren Einheiten aus dem Landkreis zu allen Großschadenslagen im Land Brandenburg im Einsatz. Dies betraf die Waldbrände bei Treuenbrietzen und Beelitz im Landkreis Potsdam-Mittelmark, den Vegetationsbrand bei Falkenberg im Landkreis Elbe-Elster sowie auch den Waldbrand in der Lieberoser Heide im Landkreis Dahme-Spreewald. Im Einsatz waren die Brandschutzeinheit, die Waldbrandeinheit Nord, die SEG Führung und SEG Führungsunterstützung wie auch die Teile der SEG Verpflegung und der SEG Wassergefahren.

Ausgehend von den Erfahrungen aus dem Hochwassereinsatz im Ahrtal wurde im Januar 2022 ein Kühlanhänger in den Bestand der SEG Verpflegung aufgenommen.

Der Bereich Katastrophenschutz nahm an vier Vor-Ort-Besichtigungen des Landesamtes für Umweltschutz in Betrieben teil, die den Regeln der Störfallverordnung (12. BImSchV) unterliegen.

Schwerpunkt der Arbeit lag und liegt auf der Einsatzplanung für Black-out, Notbetankung und Warnung der Bevölkerung.

Wegen der Pandemie waren die Ausbildungsmaßnahmen für den Bereich des Katastrophenschutzes weiterhin stark reduziert. Dies betrifft die Ausbildung der Koordinierungsgruppe wie auch der Einheiten des Katastrophenschutzes im Landkreis.

Kreisbrandmeister

Im Jahr 2022 wurde ein neuer Kreisbrandmeister ernannt. In diesem Zusammenhang forderten die Wehrführer eine breitere Aufstellung in der Vertretung des Kreisbrandmeisters. Nach Anhörung der Wehrführungen ernannte die Landrätin drei Stellvertreter des Kreisbrandmeisters. Der Kreisbrandmeister und seine Stellvertreter üben im Auftrag der Landrätin die Sonderaufsicht über die amtsfreien Gemeinden und das Amt Dahme/Mark als Träger des örtlichen Brandschutzes und der örtlichen Hilfeleistung sowie über die im Katastrophenschutz mitwirkenden Einrichtungen und Einheiten aus. Ferner kann ihnen durch die Gesamtführung die Einsatzleitung bei überörtlichen Brand- und Hilfeleistungseinsätzen sowie bei Großschadenslagen und Katastrophen übertragen werden.

Im Jahr 2022 wurde die Sonderaufsicht im Wesentlichen erneut durch die fachliche Begleitung von Einsätzen sowie die Begleitung diverser Ausbildungs- und Schulungsmaßnahmen wahrgenommen. Weiterhin unterstützt der Kreisbrandmeister bei Disziplinarmaßnahmen und bei der Anhörung von Führungskräften.

Feuerwehrtechnisches Zentrum (FTZ)

Der Ausbau des FTZ zum Kompetenzzentrum für Brand- und Katastrophenschutz wurde unter anderem durch folgende Maßnahmen fortgeführt:

Die Entwurfsplanung für ein Mehrzweckgebäude wurde in Auftrag gegeben und bis zur Planungsphase 2 abgeschlossen. Es wurde eine umfangreiche Konzeption zur Ertüchtigung des FTZ zum Kompetenzzentrum erarbeitet. Anträge zur Aufstellung eines Bebauungsplanes sowie zur Änderung des Flächennutzungsplanes wurden an die Stadt Luckenwalde gestellt.

Kreisausbildung

Im Jahr 2022 gab es erstmalig seit Beginn der Pandemie einen zwar eingeschränkten, aber durchgehenden Lehrgangsbetrieb. Die Einschränkung bezog sich dabei auf eine Reduzierung auf 14 Teilnehmende pro Lehrgang. Zusätzlich beeinflussten strikte Hygienevorschriften Teile der Ausbildung. Es wurden in allen Fachbereichen Lehrgänge angeboten und durchgeführt. Der Hauptanteil lag hierbei auf den Grundlehrgängen, welche in der Feuerwehrdienstvorschrift (FwDV) 2 gefordert werden. Dabei handelt es sich um die Lehrgänge Truppführer, Atemschutzgeräteträger, Sprechfunker, technische Hilfeleistung und Maschinist. Die bereits 2021 zur Kompensation von fehlenden Platzkapazitäten praktizierte dezentrale Ausbildung der Sprechfunker-Lehrgänge wurde auch im Jahr 2022 erfolgreich fortgesetzt. Zusätzlich wurden Lehrgänge und Seminare im Bereich der Stabsausbildung sowie der Führungsunterstützung durchgeführt.

Insgesamt wurden im Rahmen der Kreisausbildung 626 Lehrgangsplätze besetzt. Der Bedarf lag ähnlich wie in den Vorjahren bei etwas unter 1000, genauer bei 945. Somit konnten 66 Prozent des Bedarfes im Jahr 2022 erfüllt werden. Hier wirkt sich weiterhin die Begrenzung der Teilnehmerzahl in den Lehrgängen auf die Bedarfserfüllung aus.

Die Landesschule und technische Einrichtung für Brand- und Katastrophenschutz (LSTE) hat den Ausbildungsbetrieb im Jahr 2022 ebenfalls durchweg sichergestellt. Allerdings wurde auch hier mit einer deutlich geringeren Anzahl an Teilnehmenden pro Lehrgang gearbeitet. Der Schwerpunkt der LSTE lag hierbei auf der Ausbildung von Berufsfeuerwehrleuten und Führungskräften. Der Landkreis Teltow-Fläming entsandte insgesamt 82 Teilnehmer*innen an die LSTE. Zwei Beschäftigte der Kreisverwaltung nahmen dabei an Laufbahnlehrgängen teil.

Die Atemschutzübungsstrecke im feuerwehrtechnischen Zentrum nutzten 899 Kamerad*innen an insgesamt 28 Übungstagen.

Für die Träger des Brandschutzes wurden im Jahr folgende Prüf-, Wartungs- und Pflegearbeiten an der feuerwehrtechnischen Ausrüstung der Wehren erbracht:

Tabelle 32: Prüfung, Wartung, Pflege der Ausrüstung im FTZ

Geräte/Ausrüstung	Anzahl
Pressluftatmer gereinigt und geprüft	2.442
Lungenautomaten gereinigt und geprüft	633
Atemschutzmasken gereinigt und geprüft	3089
Atemschutzmasken gereinigt und geprüft für Extern	584
Chemikalienschutzanzüge geprüft	122
Druckluftflaschen gefüllt	2.691

Geräte/Ausrüstung	Anzahl
Druckschläuche gewaschen, geprüft, repariert	4.785
Tragkraftspritzen instandgesetzt	2

Brandschutzerziehung

Die Arbeit des Teams Brandschutzerziehung war auch im Jahr 2022 durch die Corona-Pandemie stark eingeschränkt. Trotzdem konnten bei einzelnen Trägern (Brandschutz) nach kurzfristiger Freigabe wieder Brandschutzerziehungen durchgeführt werden.

Leider kam das Thema wegen der angespannten Personalsituation im FTZ 2022 viel zu kurz. Da der Wiederherstellung der Einsatzbereitschaft von den Feuerwehren im Landkreis der Vorrang eingeräumt werden musste, konnten die Aufgaben in diesem Bereich nur eingeschränkt wahrgenommen werden. Mittlerweile haben sich bei einigen Trägern (Brandschutz) auch eigene feste Brandschutzteams etabliert, die das Team mit Material unterstützt und koordiniert.

Unterstützung des Feuerwehrverbands

Mit der Bereitstellung von Ausrüstung und Technik unterstützt der Landkreis den Verband der Feuerwehren des Landkreises bei der Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen. Die Vorstandssitzungen des Verbandes finden regelmäßig in der Kreisverwaltung statt.

In der Verantwortung des Verbandes wurden im vorigen Jahr die Kreismeisterschaften im Feuerwehrsport durchgeführt sowie Wettkämpfe und Zeltlager der Kinderfeuerwehren. Dabei stellt das Kreisjugendlager regelmäßig das Highlight dar. Das Jugendlager fand 2022 in Trebbin statt. 280 Kinder und Jugendliche nahmen daran teil.

Der Verband stellte bei der Mittelbrandenburgischen Sparkasse erfolgreich einen Förderantrag auf Unterstützung bei der Waldbrandbekämpfung. Das Antragsverfahren sowie die daraus resultierende Beschaffung erledigte maßgeblich das Sachgebiet Brand- und Katastrophenschutz.

Tabelle 33: Anschaffungen für die Waldbrandbekämpfung

Material	Stück
Strahlrohre Vegetationsbrandbekämpfung	58
D-Druckschläuche	140
Verteiler Vegetationsbrandbekämpfung	32
Löschrucksäcke	40

Amt für Veterinärwesen, Lebensmittelüberwachung und Denkmalschutz

Auch 2022 konnten aufgrund der herrschenden Pandemie Kontrollen nur unter entsprechenden Vorsichtsmaßnahmen und in reduzierter Zahl durchgeführt werden. Zusätzlich gab es weiterhin eine hohe Fehlquote beim Personal, insbesondere in der Sachbearbeitung. Die Gründe waren unterschiedlich: nicht rechtzeitig nachbesetzte Stellen, nicht vertretene Zeiten im Mutterschutz, Beschäftigungsverbot oder Erziehungszeiten. Hinzu kamen Ausbildungszeiten, längere Fehlzeiten bei Krankheiten oder Quarantäne. Wenn es auch ein langer Prozess war, sind seit Januar 2023 wieder alle offenen Sachbearbeitungsstellen besetzt.

Sachgebiet Veterinärwesen

Besondere Aufgaben aus der Tierseuchenbekämpfung

Afrikanische Schweinepest (ASP)

Der Landkreis TF war auch im Jahr 2022 **frei von der Afrikanischen Schweinepest** – sowohl bei Wild- als auch bei Hausschweinen. Dies sieht das Amt als Erfolg seiner Aktivitäten im Verbund mit den Vorsorgemaßnahmen der Landwirte und Jäger und dankt allen Beteiligten.

Zur Vorsorge vor dem Eintrag von ASP in die Nutztierbestände des Landkreises wurden auch 2022 alle großen Schweinehaltungen, die Schweinefreilandhaltungen und ein Teil der Auslaufhaltungen auf die Einhaltung der Vorgaben der Schweinehaltungshygieneverordnung hin überprüft. Das im April 2020 im Land Brandenburg eingeführte Programm zur Überwachung und Früherkennung der ASP bei Hausschweinen dient darüber hinaus der verstärkten Überwachung der Hygieneanforderungen an schweinehaltende Betriebe und der möglichst frühzeitigen Erkennung der ASP in Schweinehaltungen. Die klinischen Untersuchungen der Tiere sowie die wöchentlichen Blutuntersuchungen auf ASP bei verendeten Tieren verliefen durchweg ohne Hinweise auf Erkrankungen mit ASP. Alle 16 freiwillig teilnehmenden Betriebe im Landkreis waren erfolgreich, das heißt, dass nur noch vereinzelt geringe Mängel in den Biosicherheitsmaßnahmen festgestellt wurden.

Darüber hinaus wurden weitere vorbereitende Maßnahmen ergriffen, um bei einem Ausbruch der ASP bei Wildschweinen gut vorbereitet zu sein. Fortgeführt wurden die Ausbildung weiterer Kadaversuchhunde und der Betrieb von 15 Kadaversammelstellen für Schwarzwild.

Mehrere Tierärzt*innen engagierten sich auch in diesem Jahr über mehrere Wochen im Rahmen der Amtshilfe in Frankfurt/Oder und im Landkreis Dahme-Spreewald (LDS) für die Bekämpfung der ASP. So fertigten Tierärzt*innen aus dem Sachgebiet insgesamt 11 Transporte für den Landkreis LDS. Im Veterinäramt Frankfurt/Oder übernahmen sie die kompletten Aufgaben ASP-Bekämpfung, um dort die einzige Tierärztin nach über einem Jahr Dauereinsatz zeitweilig zu entlasten.

Geflügelpest

Aufgrund vermehrter Nachweise von hochpathogenem aviären Influenza-Virus bei Wildvögeln und auch in diversen geflügelhaltenden Betrieben in Deutschland musste eine Aufstallung für Geflügel in Risikogebieten des Landkreises Teltow-Fläming von Anfang Januar bis Anfang April angeordnet werden. Durch Geflügelausstellungen in mehreren Bundesländern kam es im November und Dezember deutschlandweit zu zahlreichen Ausbrüchen der Geflügelpest, vor allem in kleinen Hobbyhaltungen. Deshalb musste am 1. Dezember 2022 eine Tierseuchenallgemeinverfügung erlassen werden, die zusätzliche Auflagen für Geflügelausstellungen, Märkte oder ähnliche Veranstaltungen sowie für mobile Geflügelverkäufer vorschreibt.

Salmonellose

Die bereits 2021 aufgrund einer Salmonellose festgelegte Sperre eines Rinderbetriebes konnte am 1. April 2022 aufgehoben werden.

Fischseuchen

In einem Fischbestand im Landkreis wurde der Ausbruch der infektiösen hämatopoetischen Nekrose (IHN) festgestellt. Diese Fischseuche ist für den Menschen ungefährlich; aber der Betrieb unterliegt seitdem besonderen Auflagen.

Planmäßige Kontrollen Tierseuchen/tierische Nebenprodukte

99 Kontrollen wurden in Nutztierhaltungen in Hinblick auf Tierseuchen, Tierkennzeichnung und die Beseitigung tierischer Nebenprodukte durchgeführt. Aufgrund von Verstößen wurden drei Bußgeldverfahren eingeleitet.

Internationaler Tierhandel – Transportkontrollen

Die Anzahl der Exporte und der Attestierung von Zuchttieren für den innergemeinschaftlichen Handel war im Bereich der Rinder weiter rückläufig. Die Anzahl der Schweine, die innergemeinschaftlich aus dem Landkreis gehandelt wurden, stieg gegenüber den vergangenen Jahren.

Tierarzneimittelüberwachung

Im Januar traten die EU VO 2019/6 und das neue Tierarzneimittelgesetz in Kraft. In Ermangelung von Auslegungshinweisen und einer Durchführungsverordnung ergeben sich nach wie vor Unsicherheiten, die auch die Kontrolltätigkeit betreffen. Von 42 tierärztlichen Hausapotheken wurden 4 kontrolliert. Die tierarzneimittelrechtliche Überwachung von Betrieben, die lebensmittelliefernde Tiere halten, fand in 42 Beständen statt. Im Antibiotika-Monitoring befinden sich im Landkreis Teltow-Fläming 40 Betriebe. Es wurden 6 Tierheilpraktiker bzw. Tierphysiotherapeuten arzneimittelrechtlich kontrolliert. Der Handel mit freiverkäuflichen Tierarzneimitteln wurde in 6 Fällen kontrolliert.

Futtermittelüberwachung

Es wurden insgesamt 198 Futtermittelkontrollen durchgeführt (Plan: 175). Weiterhin wurden 34 Futtermittelproben gezogen (Plan: 31), die auf insgesamt 729 verschiedenste Untersuchungsparameter analysiert wurden. Auffällig waren 2 Heuproben, die beide mikrobiologisch bedenklich hohen Schimmelpilzbefall aufwiesen. Das Heu konnte mit der Empfehlung einer Mengenreduzierung aber noch verfüttert werden.

Tierschutz

Tabelle 34: Tierschutzkontrollen und -maßnahmen

Vorgang	2021	2022
bearbeitete Tierschutzanzeigen, gesamt	196	223
Hunde/Katzen/Heimtiere/Sonstige	132	149
Nutztierhaltungen	64	74
eingeleitete Ordnungswidrigkeitenverfahren	27	36
Verfügungen	47	37
davon mit Widerspruchsverfahren	5	3
Tierhalteverbote, neu ausgesprochen	8	8

Vorgang	2021	2022
fortgenommene, beschlagnahmte, ausgesetzte Tiere, gesamt:	69	51
- Katzen	5	6
- Hunde	29	41
- Pferde	0	2
- Rinder, Schafe, Ziegen, Schweine	0	0
- sonstige (Geflügel, Kaninchen, Exoten)	35	2
Kontrollen Nutztierhaltung (Balvi i. P)	78	90

Es mussten Bußgelder in Höhe von ca. 30.000 Euro verhängt werden, davon sind einige Verfahren nach Einspruch noch bei der Staatsanwaltschaft bzw. dem Amtsgericht anhängig.

Besondere Tierschutzfälle

In einem Fall wurde im Januar im Anschluss an einen Polizeieinsatz die Tierhaltung in einem Wohnhaus über drei Etagen kontrolliert. Es wurden 36 Hunde, davon 18 Tiere jünger als ein Jahr, auf Grund von groben Tierschutzverstößen fortgenommen. Die teilweise kranken und stark verhaltensauffälligen Tiere stellten das Veterinäramt allein auf Grund ihrer Anzahl und besonderen Bedürfnisse vor besondere Herausforderungen. Der sich anschließende Rechtsstreit führte zu einer übermäßigen Bindung von Arbeitsstunden und ist mit drei anhängigen Beschwerden vor dem OVG Berlin Brandenburg gelandet. Inzwischen hat das OVG dem Amt in allen Punkten Recht gegeben und die Beschwerden zurückgewiesen. Die Folge solcher langen Gerichtsprozesse ist auch eine monatelange Unterbringung und Versorgung der Hunde auf Kosten der Tierhalter*innen, wobei bis zum Ausgang des Prozesses der Landkreis zunächst selbst die Kosten tragen muss. Dies sprengte im Berichtsjahr den dafür vorgesehenen Etat deutlich, so dass hier nachträgliche Anpassungen erforderlich waren.

Seit November 2022 gilt die neue Gebührenordnung für Tierärzte. Dies wird sich unmittelbar auf die finanziellen Belastungen des Veterinäramtes auswirken: Zum einen müssen für fortgenommene Tiere erhöhte Tierarztkosten beglichen werden. Zum anderen wird möglicherweise die Anzahl der Fälle zunehmen, in denen Tierhalter*innen ihre Tiere nicht tierärztlich versorgen lassen (können), so dass seitens des Veterinäramts in Ersatzvornahme gegangen werden muss.

Schwerpunkt Tierschutz in Schweinebetrieben

Die Lage der Schweinebetriebe in Teltow-Fläming (und der gesamten Bundesrepublik) bleibt auch wegen ASP, Energiekrise, Fachkräftemangel und weiterhin ungeklärter Tierschutzprobleme angespannt. Im Mai hat eine große Schweineanlage im Landkreis den Betrieb eingestellt. Im Februar 2021 trat eine Änderung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung in Kraft. In deren Folge waren auch 2022 bei vielen Schweinehaltungsbetrieben weitere Umbaumaßnahmen nötig.

Bei Tierschutzkontrollen in großen Schweineanlagen traten tierschutzrelevante Mängel auf, die in einigen Fällen aufwendige Verfahren und diverse Nachkontrollen verlangten. Die Berücksichtigung der Anforderungen des Tierschutzes und die Einhaltung der Vorgaben zum Aktionsplan Kupierverzicht sowie der korrekten Ferkelkastration sorgen dafür, dass eine Vor-Ort-Kontrolle in einem größeren Schweinebetrieb sehr personal- und zeitaufwendig ist.

Sachgebiet Lebensmittelüberwachung

Risikoorientierte Betriebskontrollen

Im Landkreis Teltow-Fläming waren im Jahr 2022 insgesamt 2.034 Betriebe für die Herstellung oder den Vertrieb von Lebensmitteln, Bedarfsgegenständen und Kosmetika registriert. Die Gesamtzahl der Kontrollen lag aufgrund Personalmangels und coronabedingter Einschränkungen mit 1027 Kontrollen nicht höher als im Vorjahr und damit weiterhin deutlich niedriger als im Jahr 2020. Dementsprechend lag auch die Zahl der im Jahr 2022 kontrollierten Betriebe mit 589 deutlich niedriger als 2020 (949).

Tabelle 35: Betriebskontrollen der Lebensmittelüberwachung 2020 bis 2022 in registrierten Betrieben

Betriebsart	gemeldete Betriebe			kontrollierte Betriebe			Zahl der Kontrollen			Beanstandungen ⁵		
	2020	2021	2022	2020	2021	2022	2020	2021	2022	2020	2021	2022
Erzeuger (Urproduktion) ⁶	388	378	377	36	15	21	44	16	21	2,8%	6,7%	4,8%
Hersteller und Abpacker ⁷	65	65	68	41	28	34	139	73	128	4,9%	17,9%	11,8%
Vertriebsunternehmen u. ä. ⁸	76	76	80	28	14	13	87	136	62	3,6%	0,0%	0,0%
Einzelhandel ⁹	459	442	440	257	176	161	505	358	269	9,7%	9,1%	7,5%
Dienstleistungsbetriebe ¹⁰	887	882	896	491	296	322	722	457	486	10,2%	13,2%	12,7%
Herstellung im Einzelhandel ¹¹	164	169	173	96	52	38	132	80	61	3,1%	1,9%	18,4%
<i>gesamt</i>	<i>2039</i>	<i>2012</i>	<i>2034</i>	<i>949</i>	<i>581</i>	<i>589</i>	<i>1629</i>	<i>1120</i>	<i>1027</i>	<i>8,6%</i>	<i>10,7%</i>	<i>11,2%</i>

⁵ beanstandete von kontrollierten Betrieben

⁶ z. B. Tierhaltungsbetriebe, Imkereien, Getreideanbau

⁷ z. B. Schlachtbetriebe, Metzgereien, Herstellungsbetriebe für Kosmetika

⁸ z. B. Lebensmittellager, Großhandel

⁹ z. B. Supermärkte, Metzgerei- und Bäckereifilialen, Getränkemärkte

¹⁰ z. B. Gastronomie, Großküchen, Essenausgabestellen in Kitas und Schulen

¹¹ z. B. kleine Bäckereien und Metzgereien, Eisdiele mit eigener Herstellung, landwirtschaftliche Direktvermarktung

Die 1.027 Betriebskontrollen in registrierten Betrieben setzten sich aus 662 Plankontrollen und 365 außerplanmäßigen Kontrollen zusammen. Nach aktueller Risikobeurteilung der gemeldeten Betriebe müssten jährlich 1644 Plankontrollen realisiert werden. Unter den außerplanmäßigen Kontrollen waren 111 Kontrollen im Rahmen der Probenahme, 88 Kontrollen zu Rückrufen und Schnellwarnungen sowie 53 Nachkontrollen nach Beanstandungen bzw. Beschwerden. Zusätzlich zu den Kontrollen in registrierten Betrieben wurden 46 Kontrollen in nicht registrierten Betrieben, z. B. auf Festen oder Märkten, durchgeführt. Die Beanstandungsquote lag 2022 mit 11,2 Prozent etwa im gleichen Bereich wie 2021 (10,7 Prozent), jedoch deutlich höher als 2020 (8,6 Prozent).

Verbraucherbeschwerden

Im Rahmen der Betriebskontrollen wurden 37 Verbraucherbeschwerden bearbeitet. Davon waren 17 Beschwerden berechtigt oder es wurden im Rahmen der Kontrolle andere Mängel in den angezeigten Betrieben festgestellt. Acht Beschwerden betrafen keine lebensmittelhygienischen Probleme bzw. Betriebe außerhalb des Landkreises. Diese Beschwerden wurden entsprechend weitergeleitet. Die restlichen Beschwerden konnten nicht bestätigt werden oder es handelte sich lediglich um Nachfragen zu lebensmittelhygienischen Fragestellungen, die im direkten Gespräch geklärt werden konnten.

Schnellwarnungen/Rückrufe

Über das europäische Schnellwarnsystem wurden 181 Originalmeldungen und 130 Ergänzungsmeldungen, die Teltow-Fläming betrafen, übermittelt.

Anfang 2022 gab es Hinweise und 26 verschiedene Meldungen zum Zusammenhang zwischen dem Verzehr von Schokoladenprodukten eines Herstellers und Salmonellen-Erkrankungen bei Konsument*innen dieser Produkte. Daraufhin wurden in Teltow-Fläming auch sechs Verdachtsproben im Handel gezogen. Wie auch in allen anderen bundesweit gezogenen Proben wurden in keiner Probe Salmonellen nachgewiesen. Hier ist jedoch anzumerken, dass sich einerseits der Nachweis von Salmonellen aus Schokolade schwierig gestaltet, andererseits bei Schokolade bereits geringe Salmonellenzahlen im Produkt eine Infektion hervorrufen können.

Ansonsten dominierten unterschiedliche Meldungen zu mikrobiologischen Belastungen (33 Meldungen) oder Fremdkörpern (Glas, Metall, Kunststoffe) in Lebensmitteln (32 Meldungen), außerdem Meldungen zu nicht zulässigen Stoffen in oder fehlender Allergen-Kennzeichnung von Lebensmitteln. Nach wie vor häufig werden bei „Bedarfsgegenständen mit Hautkontakt“ (z. B. Schuhe, Handschuhe, Gürtel, Schmuck) Belastungen mit Chrom VI (bei gegerbten Lederwaren) oder Freisetzung von Nickel (bei Schmuck oder Gürtelschnallen) gemeldet, die zu allergischen Hautreaktionen führen können.

Probenahme

Die Gesamtzahl der gezogenen Proben von Lebensmitteln, Kosmetika und Bedarfsgegenständen lag bei 715, darunter befanden sich 684 Planproben und 31 Verdachts-, Beschwerde- oder Verfolgsproben. Bis Januar 2023 wurden davon 653 Proben im Landeslabor Berlin-Brandenburg abschließend beurteilt. Die folgende Auswertung bezieht sich ausschließlich auf die Proben, für die die entsprechenden Ergebnisse bis Januar vorlagen. Während der Erfüllungsgrad für die Entnahme von Planproben in den Jahren 2020 und 2021 bei lediglich etwa 70 Prozent lag, konnten im Jahr 2022 fast 90 Prozent der zu entnehmenden Planproben gezogen werden.

Tabelle 36: Entnommene Proben 2015–2022

Jahr	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Gesamtzahl entnommener Proben	780	789	828	846	630	529	572	715
davon Planproben	707	700	764	790	567	506	552	684
Soll-Planproben nach Probenplan	706	688	691	719	551	735	774	769
Erfüllungsgrad Planproben	100%	102%	111%	110%	103%	69%	71%	89%
Beanstandungsquote gesamt	17,9%	13,5%	16,1 ¹²	15,5%	13,1%	13,3%	14,5%	11,5% ¹²

Die Beanstandungsquote lag im Mittel bei 11,5 Prozent der Proben. Die 81 Beanstandungen bei Lebensmitteln betrafen überwiegend Verstöße gegen Kennzeichnungsvorschriften (58 Beanstandungen). Zwei Proben (je einmal feine Backwaren und Wurstwaren) wurden als „nicht zum Verzehr“ geeignet eingestuft. Sechs Proben wurden als „gesundheitsschädlich“ beurteilt. Es handelte sich dabei um Wurstwaren, die als Verdachtsproben im Rahmen der Sanierung des Betriebes entnommen wurden. Die Waren sind nicht in den Verkehr gelangt.

¹² Bis 25.1. 2023 wurden im Landeslabor 653 von 715 eingesandte Proben (91%) abschließend beurteilt.

Tabelle 37: Zahl entnommener Proben und Beanstandungen 2022 nach Warengruppen

Warengruppe	entnommene Proben	untersuchte Proben ¹³	beanstandete Proben	Beanstandungsquote ¹⁴
Milch, Milchprodukte, Käse	49	49	6	12,2%
Butter, Eier, Eiprodukte, Fette, Öle	25	24	0	0,0%
Fleisch, Fleischerzeugnisse, Wurstwaren	120	107	22	20,6%
Fische, Fischerzeugnisse, Krustentiere	41	34	4	11,8%
Getreide, Getreideprodukte, Brote, Feine Backwaren	96	95	12	12,6%
Kartoffeln, Ost, Gemüse und -erzeugnisse	106	103	2	1,9%
Obstprodukte, Fruchtsäfte, alkoholfreie Getränke	36	32	5	15,6%
Alkoholische Getränke	25	23	0	0,0%
Zucker, Honig, Marmeladen	25	22	0	0,0%
Speiseeis, Speiseeishalberzeugnisse	12	12	5	41,7%
Süßwaren, Schokolade, Kakao, Kaffee, Tee	45	41	7	17,1%
Soßen, Mayonaisen, Würzmittel, Aromen, Zusatzstoffe	50	45	4	8,9%
Säuglings- und Kleinkindernahrung, Diätetische Nahrungsmittel, Fertiggerichte, Nahrungsergänzungsmittel	33	30	7	23,3%
Bedarfsgegenstände	45	32	2	6,3%
sonstiges	19	16	4	25,0%
<i>gesamt</i>	715	653	75	11,5%

Die höchsten Beanstandungsquoten wiesen die Warengruppen Speiseeis (41,7 Prozent), Säuglings-, Kleinkindernahrung, Fertiggerichte, Nahrungsergänzungsmittel (23,3 Prozent) sowie Fleisch, Fleischerzeugnisse, Wurstwaren (20.6 Prozent) auf.

¹³ Bis 25.1.2023

¹⁴ Beanstandete Proben von untersuchten Proben

Schlacht tier- und Fleischuntersuchung*Neukalkulation der Untersuchungsgebühren für gewerbliche Betriebe*

Da die im Zeitraum 2009 bis 2012 erhobenen Gebühren für die Schlacht tier- und Fleischuntersuchung nicht kostendeckend waren, wurde 2013 ein Modell zur Kalkulation kostendeckender Gebühren erarbeitet und ab 2014 angewendet.

Gegen Gebührenbescheide für den Zeitraum Februar 2014 bis Juli 2021 wurden **seit März 2014** insgesamt 170 Widersprüche eingelegt und zum überwiegenden Teil in diversen Klageverfahren vor dem Verwaltungsgericht Potsdam verfolgt. Insgesamt ging es um Beträge von über 500.000 Euro.

Im **September 2016** gab es einen Erörterungstermin vor dem Verwaltungsgericht (VG) Potsdam. Dabei wurden Verfahren ausgewählt, die als Musterklagen weiterverfolgt werden sollten. Weiterhin wurde vereinbart, dass alle bis zu diesem Zeitpunkt eingegangenen Widersprüche ruhend gestellt werden. Erst im **Februar 2018** kam es zur Verhandlung vor dem VG Potsdam. Im **Juni 2018** erhielten wir die beglaubigten Abschriften der Urteile. Alle Verfahren wurden grundsätzlich zugunsten der Klägerin entschieden. Der von uns gemäß Gebührenordnung des Ministeriums erhobene Stundensatz von 65 Euro wurde vom Gericht als nicht ausreichend kalkuliert angesehen. Explizit wurde im Urteil aufgeführt, dass eine Revision nicht zugelassen wird, jedoch die Berufung möglich ist, sofern sie vom Obergericht (OVG) zugelassen wird.

Die Anträge auf Zulassung zur Berufung vor dem OVG Berlin-Brandenburg wurden fristgemäß im **Juli 2018** eingereicht. Im **September 2021** erhielt das Amt den Beschluss des OVG: Den Anträgen auf Zulassung zur Berufung wurde nicht stattgegeben. Somit waren die Urteile des VG Potsdam aus dem Jahr 2018 zu den Klagen aus dem Jahr 2014 rechtskräftig. Die Gebührenerhebung des Landkreises war als rechtswidrig einzustufen und musste ab diesem Zeitpunkt ausgesetzt werden.

In der Folge beauftragte der Landkreis das Institut für Public Management am Institut für Prozessoptimierung und Informationstechnologien GmbH (IPM) mit der Neukalkulation der Gebühren für die Schlacht tier- und Fleischuntersuchung. Diese wurde Ende 2022 mit folgendem Ergebnis abgeschlossen: Ab 2023 werden in gewerblichen Schlacht- und Wildbearbeitungsbetrieben Gebühren in Abhängigkeit von der Betriebskategorie nach Zeitaufwand für die amtliche Schlacht tier- und Fleischuntersuchung erhoben. Zusätzlich wird der Zeitaufwand für die Bescheiderstellung in Rechnung gestellt.

Tabelle 38: Gebühren für die amtliche Schlacht tier- und Fleischuntersuchung nach Betriebskategorie ab 2023

Betriebskategorie	Beschreibung Betriebskategorie	Gebühr in Euro je	
		Minute	Stunde
Großbetrieb	Schlachtung von > 1.000 Großvieheinheiten/Jahr	0,97	58,20
Mittlerer Betrieb	Schlachtung von > 250–1.000 Großvieheinheiten/Jahr	2,33	139,80
Kleinbetrieb	Schlachtung von bis zu 250 Großvieheinheiten/Jahr	4,42	265,20
Wildbearbeitungsbetrieb	ausschließlich Bearbeitung von freilebendem Wild	2,37	142,20
Geflügelschlachtbetrieb	ausschließlich Schlachtung von Geflügel	0,96	57,60

Für die Trichinenuntersuchung wurden Gebühren in Abhängigkeit von der Art der Probe kalkuliert.

Tabelle 39: Gebühren für die Trichinenuntersuchung nach Art der Probe ab 2023

Untersuchungsgebühr	in Euro
je Probe von Hausschweinen	1,27
je Probe von Wildschweinen aus gewerblichen Betrieben	6,38
je Probe von Wildschweinen, die von Jägern entnommen wurde	8,50

Zukünftig werden die Gebühren für die Schlachtier- und Fleischuntersuchung und für die Trichinenuntersuchung in Zusammenarbeit mit IPM einer jährlichen Neukalkulation unterzogen.

Untersuchungszahlen

Im Landkreis Teltow-Fläming sind überwiegend kleinere oder sehr kleine Schlachtbetriebe ansässig, jedoch auch zwei etwas größere Betriebe für die Schlachtung von Schafen.

Die Schlachtzahlen von Schafen lagen etwa im Bereich der Vorjahre, während die Schlachtungen von Schweinen und Rindern erneut deutlich zurückgegangen sind. Nicht dargestellt sind die Untersuchungszahlen für Wild und Geflügel in gewerblichen Betrieben. Diese lagen zu Redaktionsschluss noch nicht vor.

Tabelle 40: Schlachtier- und Fleischuntersuchung 2015–2022

Jahr	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
gewerbliche Schlachtungen gesamt, darunter	77.621	74.484	69.348	65.714	78.671	68.707	84.386	68.590
- Schafe und Ziegen	65.759	63.425	60.598	57.077	69.424	61.507	77.683	63.241
- Schweine	7.587	6.834	7.218	7.407	7.955	6.008	5.524	4.765
- Rinder	3.994	3.915	1.249	970	975	917	806	576
Hausschlachtungen	166	170	130	162	198	135	128	133

Töten im Herkunftsbetrieb

Seit 2010 gibt es die gesetzliche Möglichkeit, auf Antrag der Tierhalter*innen die Schlachtung von einzelnen Rindern im Haltungsbetrieb und für Farmwild zu genehmigen, die normalerweise in einem zugelassenen Schlachtbetrieb geschlachtet werden müssen. Im Jahr 2022 genehmigte das Amt 21 Anträge für insgesamt 22 Rinder.

Seit 2022 gibt es die Möglichkeit der Schlachtung von geringen Tierzahlen im Haltungsbetrieb auch für Schweine. Allerdings ist das Verfahren für alle Tierarten geändert. Alle Schlachtungen im Haltungsbetrieb müssen zukünftig in einer mobilen Einheit eines zugelassenen Schlachtbetriebes erfolgen. Zwei Schlachtbetriebe befinden sich dafür derzeit im Zulassungsverfahren.

Trichinenuntersuchung

Ergebnisse des Ringversuchs

Die Pflicht zur Akkreditierung von amtlichen Laboren für die Trichinenuntersuchung ist seit einigen Jahren aufgehoben. Jedoch muss jedes Labor mindestens alle zwei Jahre erfolgreich an dem vom Bundesinstitut für Risikobewertung organisierten Ringversuch teilnehmen. Dabei werden vier dotierte Fleischproben verschickt, von denen eine Probe in der Regel keine Trichinen enthält, die anderen drei Proben enthalten lebende Trichinen in unterschiedlicher, geringer Anzahl. Es müssen die positiven Proben korrekt erkannt werden, im besten Fall auch die genaue Zahl der enthaltenen Trichinen.

Im Landkreis gibt es drei Untersuchungsstellen: das Prüflabor im Amt am Standort der Kreisverwaltung sowie zwei externe Untersuchungsstellen bei dem für die Schlachttier- und Fleischuntersuchung angestellten amtlichen tierärztlichen Untersuchungspersonal. Alle drei Standorte haben den diesjährigen Ringversuch beim ersten Versuch erfolgreich absolviert.

Untersuchung von Proben von Wildschweinen im Rahmen der Direktvermarktung

Beauftragten Jäger*innen ist es gestattet, die amtliche Trichinenprobe selbst zu entnehmen, sofern das Wild für den eigenen häuslichen Bedarf verwendet oder direkt oder über den örtlichen Einzelhandel an Endverbraucher*innen abgegeben wird. Diese Beauftragung erteilt das Amt. Aktuell haben 625 Personen eine solche Beauftragung. Im Jahr 2021 wurden auf Antrag 27 neue Beauftragungen erteilt.

Seit Mai 2018 ermöglicht der Landkreis auf Antrag die gebührenfreie Untersuchung von Trichinenproben von erlegten Wildschweinen. Grund dafür ist das besondere öffentliche Interesse an der Verringerung der Wildschweinbestände. Von dieser Möglichkeit wurde zunehmend Gebrauch gemacht. Im Jahr 2022 wurden fast alle Untersuchungen gebührenfrei durchgeführt.

Untersuchungszahlen

Im Prüflabor wurden 2022 insgesamt 6.708 Proben untersucht. Die Untersuchungszahlen lagen etwa im gleichen Bereich wie im Jahr 2021, jedoch deutlich niedriger als im Jahr 2020. Die Untersuchungszahlen für die beiden externen Untersuchungsstellen lagen zu Redaktionsschluss noch nicht vor.

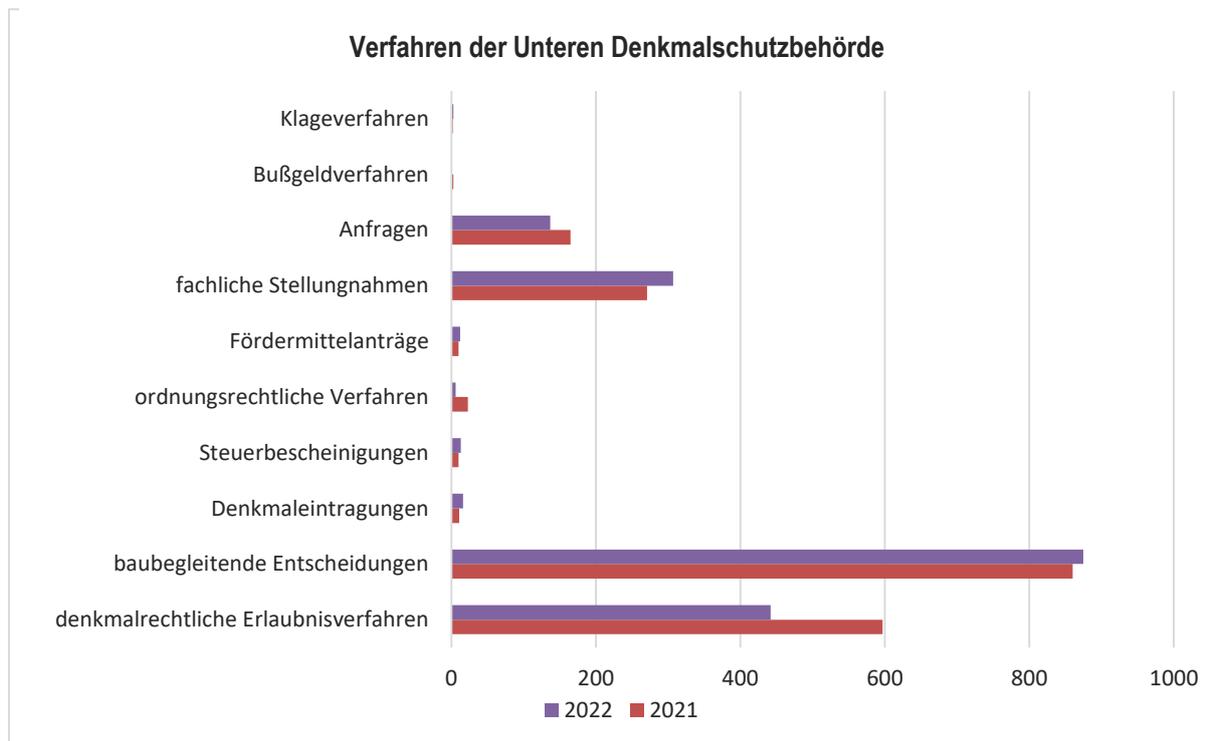
Tabelle 41: Trichinenuntersuchungen im Prüflabor 2020–2022

Herkunft der Proben	2020	2021	2022
Proben aus zugelassenen Betrieben (Hausschweine und Wildschweine)	6.408	5.020	5.053
Untersuchung der von Jägern entnommenen Proben (nur Wildschweine)	2.178	1.385	1.655
<i>Gesamtzahl der untersuchten Proben</i>	<i>8.586</i>	<i>6.405</i>	<i>6.708</i>

Sachgebiet Untere Denkmalschutzbehörde

Die folgende Grafik zeigt die Hauptaufgaben der Unteren Denkmalschutzbehörde und ihre jeweilige Arbeitsmenge. Auffallend ist dabei, dass die baubegleitenden Entscheidungen den größten Anteil haben. Mit der Erteilung der Baugenehmigung und der darin konzentrierten denkmalrechtlichen Erlaubnis beginnt der wesentliche Teil der Arbeit: die Baubegleitung vor Ort mit zahlreichen Entscheidungen bis ins kleinste Detail. In einer Baugenehmigung sind nämlich viele Detailfragen oft nicht geregelt, wie z. B. die Material- oder Farbwahl von Wandflächen, Fenstern, Türen, Treppen, Fußböden, Dacheindeckungen oder die Gestaltung von Außenanlagen.

Abbildung 10: Verfahren der Unteren Denkmalschutzbehörde nach Quantität, Vergleich 2020 und 2021



Im Jahr 2022 gingen die Fallzahlen insgesamt leicht zurück, obwohl sich der Bau- und Immobilienboom im Landkreis weiter fortsetzte. 215 Verfahren konnten im Berichtsjahr nicht abgeschlossen werden (so genannte Überhänge). Die Nachfrage nach denkmalgeschützten Immobilien hält weiter an. Gleiches gilt für den Verdichtungsdruck nicht nur in den berlinnahen Gemeinden.

Denkmalliste

2022 wurden 16 neue Objekte vom Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum in die Denkmalliste eingetragen. Die aktuelle Denkmalliste des Landes Brandenburg findet man nach Landkreisen sortiert unter [Denkmalliste – BLDAM \(bldam-brandenburg.de\)](https://www.bldam-brandenburg.de). In den Jahren hoher Bautätigkeit erweist sich die Strategie des Landesamtes, Denkmale erst im denkmalrechtlichen Erlaubnis- oder im Baugenehmigungsverfahren einzutragen, weiterhin als problematisch. Hierdurch entstehen zwangsläufig Verzögerungen im Planungsprozess, die durch die Antragsteller*innen nicht selten der Unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises angelastet werden. Die Überprüfung eines etwaigen Denkmalwerts geschieht laut § 3 Abs. 1 BbgDSchG auf Anregung Dritter. Das bedeutet, dass alle an das Landesamt herantreten und anregen können, den Denkmalwert ihres Objekts überprüfen zu lassen. Die Denkmalschutzbehörde empfiehlt dringend, den Denkmalwert einer Immobilie vor Beginn einer Planung überprüfen zu lassen.

Insgesamt sind von den etwa 1.900 archäologischen Fundstellen zum Ende des Jahres 2022 circa 96 Prozent über Benachrichtigungsschreiben an die Eigentümer*innen oder öffentlich bekanntgegeben worden.

Denkmalsanierungen

In allen Kommunen des Landkreises wurden zahlreiche denkmalgeschützte Objekte saniert. An dieser Stelle werden allerdings nur die bekannteren Objekte und im Jahr abgeschlossenen Denkmalsanierungen aufgeführt.

- Baruth/Mark, Fachwerkgebäude
- Glashütte, Formstube
- Liepe, Kirche
- Mellnsdorf, Kirche, Restaurierung der Decke der Apsis
- Zossen, Alter Krug

Nach neuesten Erkenntnissen der Bauforschung steht das bislang älteste bekannte Bauernhaus Brandenburgs im Landkreis Teltow-Fläming. Das Haus in Groß Ziescht stammt noch aus der Zeit vor dem Dreißigjährigen Krieg. Weitere Forschungsergebnisse werden im Jahr 2023 erwartet.

Bodendenkmalpflege

Im Jahr 2022 stiegen die Fallzahlen der Bodendenkmalpflege weiterhin auf ein sehr hohes Niveau. Meist fanden archäologische Untersuchungen bei der Errichtung von Einfamilienhäusern und der Verlegung von Ver- und Entsorgungsleitungen statt. Dazu startete der Ausbau der Breitband-Infrastruktur mit einer Vielzahl von Einzelanträgen, die oft eine archäologische Dokumentation notwendig machen.

Außergewöhnliche Funde und Ausgrabungen wurden den Medien bekanntgegeben. In Jüterbog fanden beim Straßenbau der Dennewitzer Straße Ausgrabungen statt. Dabei entdeckten die Archäologen einen massiven, circa 60 Meter langen Bohlenweg, der früher eine feuchte Senke passierbar machte. Am südlichen Ende lagen bis zu sieben Lagen der Holzkonstruktionen übereinander. Die ältesten Bohlenwege dürften aus dem Mittelalter stammen.

In Sernow wurde an der mittelalterlichen Feldsteinkirche das Gelände modelliert, um das Regenwasser besser abzuleiten. Dabei wurde an der Südseite eine vermauerte Eingangstür entdeckt. Davor liegt noch immer der massive und flache Trittstein – er misst 1,1 Meter in der

Breite und 0,7 Meter in der Tiefe. Das jahrhundertealte Bauteil wurde in die Außengestaltung integriert und kann besichtigt werden.

Zwischen Jüterbog und Bochow befindet sich ein außergewöhnliches Bodendenkmal – eine Kreisgrabenanlage der Jungsteinzeit aus dem 5. vorchristlichen Jahrtausend. Sie bestand aus zwei Kreisgräben mit mehreren Öffnungen. Im Innenraum gab es drei Palisadenringe, in denen etwa 700 Holzpfähle verbaut waren. Im Oktober fand in Bochow eine Beratung statt, um den Schutz der Bodendenkmalsubstanz sicherzustellen. Das öffentliche und mediale Interesse zielt darauf ab, eine Fläche von circa drei Hektar aus der Beackerung herauszunehmen und in Grünland umzuwandeln. Ziel ist es, diese einmalige archäologische Fundstelle nachhaltig zu schützen und in das Tourismuskonzept des Landkreises einzubinden.

Förderung

Aus Haushaltsmitteln des Landkreises wurden sieben von acht Förderanträgen positiv beschieden. Bewilligt wurden insgesamt 52.450 Euro bei einem Investitionsvolumen von ca. 186.000 Euro.

Zwei archäologische Dokumentationen wurden mit insgesamt 1.974 Euro unterstützt.

Wie im Jahr zuvor wurden auch 2022 keine Maßnahmen im Denkmalschutz aus der MBS-Gewinnausschüttung gefördert.

Öffentlichkeits- und Vereinsarbeit

Denkmale und ihre Geschichte und Entwicklung finden in den Medien regelmäßig eine sehr hohe Aufmerksamkeit. So wurden auch in diesem Jahr zahlreiche Presseanfragen beantwortet. Die Behörde informierte aktuell über archäologische Funde und Ausgrabungen bei Baumaßnahmen. Die Kolumne „Denkmal des Monats“ auf der Internetseite des Landkreises und als Pressemitteilung musste der internen Aufgabepriorisierung weichen; sie erscheint daher unregelmäßig.

Im Berichtsjahr fand der 24. Archäologentag pandemiebedingt erst am 25. September statt. Im Kulturforum in Zossen-Dabendorf gaben sieben Vorträge einen fundierten Überblick über die aktuellen Forschungsergebnisse der Archäologie in der Region. Hervorzuheben sind Ausgrabungen bei der Sanierung des Dorfteiches in Sernow. Dabei entdeckten die Archäologen zahlreiche Metallfunde der Bronzezeit, Eisenzeit und römischen Kaiserzeit. Die ungewöhnlich gut erhaltenen Funde deuten darauf hin, dass es sich um einen Opferplatz handelte, an dem Menschen über Jahrtausende Opfergaben niedergelegt haben. Insgesamt nahmen etwa 110 Bürger*innen am Archäologentag teil. Auch das Rahmenprogramm mit Fundschau und die Bücherstände wurden gut frequentiert.

Der Landkreis vergab wieder 3 Denkmalpflegepreise: an den Förderverein Dorfkirche Heinsdorf e. V., die Kirchengemeinde Waltersdorf und Dr. Simone Philipp, die sich für Inventar der Dorfkirche Blankensee engagierte.

Der Denkmalkalender trägt weiterhin zum Kennenlernen der historischen Zeugnisse in unserem Landkreis bei. Der Tag des offenen Denkmals, der jährlich am 2. Septembersonntag stattfindet, wird regelmäßig von der Denkmalschutzbehörde begleitet.

Die Untere Denkmalschutzbehörde betreut ca. 25 ehrenamtliche Bodendenkmalpfleger*innen. Sie unterstützen die Denkmalbehörden beim Schutz archäologischer Fundplätze und bergen Funde, die sonst durch Korrosion und Bautätigkeit zerstört würden. Im September erhielten drei ehrenamtlich tätige Personen für ihr langjähriges Engagement den brandenburgischen Denkmalpflegepreis. Der Preis wurde von Ministerin Manja Schüle überreicht.

Fünf ehrenamtliche Baudenkmalpfleger*innen sind überwiegend in Kummersdorf aktiv, ein ehrenamtlicher Baudenkmalpfleger ist 2022 verstorben.

Projektgruppe Kummersdorf

Die Denkmalschutzbehörde des Landkreises ist Gründungsmitglied der interdisziplinären Projektgruppe Kummersdorf. 2021 wurde ein Aufnahmeantrag für die Vorschlagliste des Landes Brandenburg für die Tentativliste der Bundesrepublik Deutschland für die UNESCO-Welterbeliste erstellt. Sie wurde im August vom Vorsitzenden des Fördervereins Kummersdorf e. V. unterzeichnet und beim Ministerium für Wissenschaft und Kultur des Landes Brandenburg eingereicht. Der Verein erhielt inzwischen eine Absage mit der Begründung, das Ministerium für Finanzen lehne aus seiner Position als Eigentümer der Liegenschaft eine Aufnahme ab.

Untere Bauaufsichtsbehörde

Bauantragsaufkommen

Tabelle 42: Entwicklung der Anzahl der Bauanträge (Neubau, Umbau/Änderung, Nutzungsänderung, Nachträge, Vorbescheide, Bauanzeige- und vereinfachte Baugenehmigungsverfahren) in den vergangenen fünf Jahren im gesamten Landkreis TF

Jahr	2018	2019	2020	2021	2022
Antragsaufkommen	1.667	1.542	1.679	1.818	1.582

Die Bauaufsicht hatte im Jahr 2022 im Vergleich zum Vorjahr 13 Prozent weniger Bauantragseingänge zu verzeichnen. Damit fiel die Zahl der eingereichten Bauanträge nach dem antragsstarken Jahr 2021 auf das Niveau von 2019 zurück.

Tabelle 43: Entwicklung des Antragsaufkommens im Wohnungsneubau (Neubau von Ein-, Zwei- und Mehrfamilienhäusern) in den Gemeinden des Landkreises.

Stadt/Gemeinde/Amt	2018	2019	2020	2021	2022
Nordkreis (engerer Verflechtungsraum)					
Blankenfelde-Mahlow	150	159	109	131	111
Großbeeren	30	20	29	15	14
Rangsdorf	64	76	55	75	50
Trebbin	43	54	39	43	41
Zossen	135	119	162	179	99
Ludwigsfelde	160	65	220	286	283
<i>Summe</i>	582	493	614	729	598
Südkreis (äußerer Entwicklungsraum)					
Baruth/Mark	20	24	13	15	20
Dahme/Mark	5	7	5	22	9
Am Mellensee	63	40	38	150	52
Niedergörsdorf	5	10	10	19	12
Nuthe-Urstromtal	15	21	13	39	31
Jüterbog	28	24	12	15	12
Luckenwalde	29	42	28	45	32
<i>Summe</i>	165	168	119	305	168
Summe gesamt	747	661	733	1034	766

Tabelle 44: Entwicklung der Bautätigkeit 2018 bis 2022 (Neubau, Umbau/Änderung, Nutzungsänderung, Vorbescheid, Bauanzeige, vereinfachte Baugenehmigungsverfahren und Nachträge) in den Gemeinden:

Stadt/Gemeinde/Amt	2018	2019	2020	2021	2022
Nordkreis					
Blankenfelde-Mahlow	322	296	252	238	246
Großbeeren	71	57	65	47	43
Rangsdorf	126	139	130	137	122
Trebbin	123	126	113	91	88
Zossen	272	246	309	280	204
Ludwigsfelde	283	178	336	379	409
<i>Summe</i>	<i>1.195</i>	<i>1042</i>	<i>1205</i>	<i>1172</i>	<i>1112</i>
Südkreis					
Baruth/Mark	52	59	68	48	59
Dahme/Mark	49	47	51	65	55
Am Mellensee	108	77	91	186	105
Niedergörsdorf	21	41	30	47	34
Nuthe-Urstromtal	42	66	65	64	63
Jüterbog	73	76	54	78	56
Luckenwalde	127	134	115	158	98
<i>Summe</i>	<i>472</i>	<i>500</i>	<i>474</i>	<i>646</i>	<i>470</i>
<i>Summe gesamt</i>	<i>1.667</i>	<i>1542</i>	<i>1679</i>	<i>1818</i>	<i>1582</i>

Bauantragssachbearbeitung

Auch 2022 waren die Sachbearbeiter*innen in der Bauantragssachbearbeitung einer hohen Belastung ausgesetzt.

Die Anzahl der telefonischen und schriftlichen Anfragen sowie Anfragen per E-Mail ist weiter gestiegen. Der Aufwand für Beratungen ist gleichbleibend hoch. Bauherrschaften und Investor*innen nutzen seltener die Möglichkeit des Vorbescheides, sondern vielmehr die für die Behörde regelmäßig zeitaufwendige Beratung durch Beschäftigte im Genehmigungsbereich. Gegenstand der Anfragen waren zum einen allgemeine Fragen zum Bauplanungs- und Bauordnungsrecht sowie konkrete Fragen zu geplanten Bauvorhaben. Zum anderen besteht im Norden des Landkreises zunehmender Klärungsbedarf hinsichtlich der Probleme, die zwischen unmittelbar benachbarten Grundstückseigentümern auf immer kleineren und dichter bebauten Grundstücken auftreten.

Bei größeren Bauvorhaben finden im Vorfeld der Planung gemeinsame Besprechungen mit den im späteren Verfahren zu beteiligenden Behörden und den Bauherrschaften und Objektplaner*innen statt.

Die anhaltend unzureichende Personaldecke – es fehlen qualifizierte Fachkräfte für Bauantragssachbearbeitung – hat wesentlichen Einfluss auf die Dauer der Genehmigungsverfahren. Die Leitung des Sachgebiets sowie je Prüfgruppe eine Stelle Sachbearbeitung Baugenehmigungsverfahren konnten wegen des Fachkräftemangels 2022 nicht besetzt werden. Die dadurch bedingten längeren Bearbeitungszeiten erzeugen Unmut bei Antragsteller*innen, führen zu Beschwerden und im Endeffekt zu zusätzlicher Arbeit und Anspannung für die Beschäftigten der Bauaufsicht. Die Qualität der Bearbeitung leidet unter dem Personalmangel, und dem Beratungsbedarf konnte nicht immer im notwendigen Umfang entsprochen werden.

Zur Unterstützung der Bauingenieur*innen im Genehmigungsbereich wurde unterjährig je Prüfgruppe eine weitere Stelle für die Bürokoordination geschaffen. Diese drei Stellen konnten noch Ende 2022 besetzt werden.

Besonderheiten im Bereich Baugenehmigungen nach Prüfbezirken

Prüfgruppe 1 (Blankenfelde-Mahlow, Großbeeren, Ludwigsfelde):

Im Norden des Landkreises steigt der mittlerweile hohe Verdichtungsgrad der Bebauung weiter an. Die beantragten Bauvorhaben stoßen häufig stärker an die Grenzen der bauplanungsrechtlichen Zulässigkeit. Die Ausnutzung der Grundstücke wird immer intensiver, was mit erheblichen Auswirkungen auf die Infrastruktur (Kitas, Schulen, Straßenverkehr) verbunden ist.

In Prüfgruppe 1 gab es an öffentlichen Bauvorhaben Verfahren zu drei Kindertagesstätten, einem Hort, einer Schule, zwei Übergangwohnheimen, einer Rettungswache, einem Bauhof mit Feuerwehrlager und einem Vereinshaus.

Im Rousseau-Park in Ludwigsfelde waren für 2022 insgesamt 198 Antrags- bzw. Anzeigeverfahren zu verzeichnen.

Im dem arbeitsaufwendigen Bereich der Genehmigung großer Lagerhallen und Logistikunternehmen wurden sieben Anträge für Neubauten und vier Anträge für Änderungen und Nutzungsänderungen gestellt. Für Vorhaben des produzierenden Gewerbes gab es acht Anträge für Neubauten und vier für Änderungen und Nutzungsänderungen.

Prüfgruppe 2 (Amt Dahme/Mark, Jüterbog, Luckenwalde, Niedergörsdorf, Nuthe-Urstromtal, Trebbin):

Im Prüfbezirk 2 widmete sich die Bautätigkeit auch im Jahre 2022 vor allem Wohnbau- und mittleren und kleineren gewerblichen Vorhaben.

An kommunalen Vorhaben wurden z. B. in Trebbin die Nutzungsänderung eines Veranstaltungsgebäudes in einen Schülerhort, der Neubau eines Hortes der Grundschule Zülichendorf genehmigt und die Erweiterung der Grundschule und des Hortes in der Gemeinde Niedergörsdorf, Ortsteil Blönsdorf, durch Vorbescheid ermöglicht.

Als gewerbliche Vorhaben wurden beispielsweise die Erweiterung eines Hochregal- und Regallagers in Trebbin und eine Gewerbe- und Fahrzeughalle mit Bürogebäude in Jüterbog genehmigt.

Im Gesundheitswesen wurde in Luckenwalde in einem Antragsverfahren der Umbau einer Gewerbeeinheit in eine Arztpraxis und zugleich der Anbau einer weiteren Arztpraxis zugelassen.

Zu den genehmigten Vorhaben gehört auch die denkmalgerechte Sanierung und der Umbau eines landwirtschaftlichen Gebäudes und Nutzung zum Wohnhaus im ersten Bauabschnitt. Dabei handelte es sich um das ehemalige Gut Kaltenhausen in Jüterbog, Ortsteil Kloster Zinna. Dessen Brennerei und der Rinderstall sollen ebenfalls denkmalgerecht saniert und umgebaut werden. Damit wird langjähriger Leerstand zu einem ansehnlichen Wohnensemble entwickelt.

Prüfgruppe 3 (Am Mellensee, Baruth/Mark, Rangsdorf, Zossen):

2022 sind in den Gemeindegebieten der Stadt Zossen, der Stadt Baruth/Mark sowie den Gemeinden Amt Mellensee und Rangsdorf überwiegend Baugenehmigungen für Wohngebäude erteilt worden. Hier gewinnen neben den klassischen Einfamilienhäusern die Mehrfamilienhäuser (mehrgeschossiger Wohnungsbau) an Bedeutung.

Folge dieser Entwicklung ist auch hier der zunehmende Bedarf an Kita- und Schulplätzen. Insoweit liefen im Berichtsjahr auch Baugenehmigungsverfahren für Kapazitätserweiterungen.

Ein erheblicher Anteil an Baugenehmigungen ist auch 2022 der anhaltenden Bautätigkeit im ehemaligen Kasernengebiet in Wünsdorf zuzuschreiben. Hier bestehen die besonderen Herausforderungen stets darin, eine Baugenehmigung im Konsens mit Denkmalschutz, den Brandschutzanforderungen, dem Natur- und Artenschutz, dem Schutz des Waldes und der gesicherten Erschließung zu ermöglichen.

Ein stetiges Baugeschehen im gewerblichen Bereich ist im Industriegebiet Baruth/Mark zu verzeichnen. Wie schon in den Vorjahren sind dort auch 2022 für Umbau, Änderungen und Erweiterungen Baugenehmigungen erteilt worden.

Die Genehmigungstätigkeit der Prüfgruppe unterlag auch im Berichtsjahr 2022 besonderen Herausforderungen. Es kam zu ganz erheblichen krankheitsbedingten Personalausfällen, die gravierende Auswirkungen auf die Bearbeitungszeiten nach sich zogen.

Gebührenfestsetzungen der Bauaufsicht

Im Haushaltsjahr 2022 wurden folgende Gebührensommen angeordnet:

Tabelle 45: Gebührenfestsetzungen der Bauaufsicht

Festsetzung	Betrag in Euro
Bauantragsverfahren	3.504.403,37
sonstige Gebühren	268.852,99
<i>Summe aller Anordnungen</i>	3.773.256,36

Ordnungsverfügungen

Im Bereich Ordnungsverfügungen schlossen 2022 fünf Sachbearbeiter*innen (2021: sechs) mehr Verfahren ab als im Jahr davor. Die Anzahl der laufenden Verfahren konnte dadurch pro Sachbearbeiter*in reduziert werden.

Im Jahr 2022 wurden 237 bauordnungsrechtliche Verfahren neu eingeleitet (2021: 380). Zum größten Teil handelte es sich wie in den vergangenen Jahren um Verfahren wegen Bauens bzw. Nutzungsänderung ohne Baugenehmigung. Insgesamt konnten im Berichtsjahr 348 Verfahren abgeschlossen werden (2021: 296). Es wurden 98 Anhörungen geschrieben (2021: 223) und 15 Ordnungsverfügungen erlassen. In 4 Fällen mussten Zwangsmittel (Zwangsgeld) zur Durchsetzung der bauaufsichtlichen Anordnungen festgesetzt werden.

Die Gesamtanzahl der anhängigen Verfahren konnte von 1.415 auf 1.016 Verfahren reduziert werden. Das ist ein deutlicher Erfolg. Im Durchschnitt hat jede*r der fünf Beschäftigten etwa 203 laufende Verfahren in das Jahr 2023 mitgenommen. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet das einen Rückgang von sieben Verfahren pro Person.

Widerspruchssachbearbeitung und Ersetzungsverfahren

Im Rahmen der Widerspruchssachbearbeitung und Ersetzung des gemeindlichen Einvernehmens waren im Berichtszeitraum 121 Eingänge zu verzeichnen (2021: 149). Im Vergleich zum Vorjahr ist die Gesamtzahl der eingegangenen Widersprüche um etwa achtzehn Prozent gesunken. Abgeschlossen wurden 135 Verfahren.

Die meisten Widersprüche im Jahr 2022 richteten sich gegen die Ablehnung von Baugenehmigungen, (negative) Vorbescheide, bauaufsichtliche Ordnungsverfügungen sowie gegen Gebührenentscheide. Im Berichtsjahr waren nur 11 Drittwidersprüche zu verzeichnen (2021: 9). In der Regel handelt es sich bei diesen Widersprüchen um solche der Nachbarschaft, die sich durch ein zugelassenes Vorhaben in ihren Rechten verletzt sieht.

2022 wurden zudem neun Verfahren zur Ersetzung des gemeindlichen Einvernehmens eingeleitet. Abgeschlossen werden konnten fünf Verfahren. Nur in einem Verfahren musste das rechtswidrig versagte Einvernehmen ersetzt werden.

Bereich Ordnungswidrigkeiten

Die Aufgaben im Bereich Ordnungswidrigkeiten konnten mangels Personals nicht wahrgenommen werden. Darum wurden auch keine Einnahmen erzielt. Der zuständige Mitarbeiter war bis Jahresende in den Bereich Ordnungsverfügungen umgesetzt. Es ist aber gelungen, die zweite Stelle im Bußgeldbereich gegen Ende des Jahres nachzubesetzen.

Bereich Baulastenverzeichnis

Im Bereich Baulasten wurden 1635 Vorgänge (2021: 1.878) registriert. Hiervon waren 1438 Auskünfte aus dem Baulastenverzeichnis (2021: 1.704). Hinzu kamen 193 Anträge auf Baulasteneintragung und weitere vier Anträge auf Baulastenlöschung. Im Bereich Baulastenverzeichnis wurden Gebühren in Höhe von 180.180 Euro angeordnet.

Umweltamt

Bereich Amtsleitung

Im Bereich Amtsleitung werden unter anderem Widersprüche und Auskunftersuchen nach Umweltinformationsgesetz bearbeitet. Der Amtsleitung ist auch die Klimaschutzkoordinierungsstelle zugeordnet. Verzögerungen in der Widerspruchsbearbeitung wurden durch die erfolgreiche Nachbesetzung einer Stelle deutlich abgebaut.

Tabelle 46: Aufgaben Amtsleiterbereich Umweltamt

Aufgaben	2020 Anzahl	2021 Anzahl	2022 Anzahl
Widersprüche (einschließlich Einsprüche)	20	28	31
Auskunftersuchen nach Umweltinformationsgesetz	14	18	20

Die Schwerpunkte der Arbeit der Klimakoordinierungsstelle sind als Klimaschutzbericht nach dem Bericht der unteren Umweltbehörden beigefügt. Künftig wird gemäß den Kreistagsbeschlüssen (insbesondere Nachhaltigkeitsrichtlinie) ein gesonderter Nachhaltigkeitsbericht erstellt werden – 2023 erstmalig für 2022.

Sachgebiet Wasser, Boden, Abfall

Das Sachgebiet umfasst die Produkte Gewässerschutz, Bodenschutz und Abfallwirtschaft mit der Umweltstreife.

Gewässerschutz (Untere Wasserbehörde, UWB)

Die Untere Wasserbehörde gewährleistet reibungslose Abläufe der Erlaubnis- und Genehmigungsverfahren sowie der ausgedehnten Überwachungs- und Kontrolltätigkeiten und der Beteiligungsverfahren unter Corona-Bedingungen bei deutlich angestiegenen Fallzahlen (Kernaufgaben, siehe Tabelle).

Auf Antrag des Wasserver- und Abwasserentsorgungs-Zweckverbandes Region Ludwigsfelde (WARL) wurde das Verfahren zur Unterschutzstellung des Trinkwasserschutzgebietes Schönhagen weitergeführt.

Auf Antrag des Zweckverbandes Komplexsanierung Mittlerer Süden (KMS Zossen) wurde das Genehmigungsverfahren zum Neubau der Kläranlage Rangsdorf mit Umweltverträglichkeitsprüfung begonnen.

Tabelle 47: Aufgaben UWB/Anzahl Fälle 2020 bis 2022

Aufgabenfeld UWB	2020	2021	2022
Genehmigungsbehörde	1.125	1.170	1.414
Sonderordnungsbehörde	1.754	1.345	1.546
Widerspruchsbehörde	0	0	0
Stellungnahmen TÖB	1.085	885	1.271
fachübergreifende Aufgaben	148	176	312

Bodenschutz (Untere Bodenschutzbehörde, UBB)

Die Sanierungsanlage in Neues Lager „Chemische Reinigung“ (größte militärische Altlast des Landkreises) wurde weiter optimiert. Bisher wurden insgesamt bereits über 40 Tonnen chlorierte Kohlenwasserstoffe (CKW) aus der Umwelt entfernt.

Das Altlasten-Haftungsfreistellungsprojekt „Wäscherei Blankenfelde“ (größte zivile Altlast des Landkreises) wurde ebenfalls kontinuierlich fortgeführt. Bisher konnten insgesamt aus der Bodenluft circa 7 Tonnen CKW und aus dem Grundwasser über 10 Tonnen CKW entfernt werden.

Gemeinsam mit der Berliner Stadtreinigung wird ein Grundwasserschaden mit chlorierten Kohlenwasserstoffen (CKW) an der Deponie Schöneiche weiter erkundet. Zu klären ist, ob weitere Gefahrenabwehrmaßnahmen erforderlich sind oder nicht.

Tabelle 48: Aufgaben UBB/Anzahl Fälle 2020 bis 2022

Aufgabenfeld UBB	2020	2021	2022
Genehmigungsbehörde	70	67	67
Sonderordnungsbehörde	105	20	36
Widerspruchsbehörde	1	2	1
Stellungnahmen TÖB	306	307	414
fachübergreifende Aufgaben	674	452	500

Abfallwirtschaft (Untere Abfallwirtschaftsbehörde, UAB)

2022 kam es wieder zu vielen illegalen Ablagerungen von gefährlichen Abfällen und gemischten Siedlungsabfällen. Die Gründe sind wiederum gestiegene Entsorgungspreise. Die vom Landkreis eingesammelten Mengen sanken allerdings leicht (siehe Tabelle 4).

Weitere Schwerpunkte sind die ständige Kontrolle der aktiven Rekultivierungsbaustellen von sogenannten „Bürgermeisterdeponien“. Besonderes Augenmerk galt auch 2022 der Baustelle Malterhausen. Klärungsbedürftig waren immer noch die Baustellenlogistik und der Bauablauf.

In Oehna beseitigte der Landkreis für ca. 15.000 Euro eine illegale Abfallablagerung. Besonders ärgerlich war, dass wenige Wochen später erneut ca. 300 m³ Baumischabfälle mit gefährlichen Anteilen mit hoher krimineller Energie abgelagert wurden. Neben den eingeleiteten ordnungsrechtlichen Schritten ermittelt das Landeskriminalamt – schwere Umweltkriminalität.

Bis zum 4. Quartal des Jahres fand keine systematische fachliche Arbeit in der Unteren Abfallwirtschaftsbehörde statt. Der Ersatz der fehlenden Beschäftigten gestaltete sich sehr schwierig. Die dringendsten Anträge und Sachverhalte wurden vom Sachgebietsleiter bearbeitet. Seit dem 4. Quartal sind wieder zwei fachliche Stellen besetzt.

Tabelle 49: Aufgaben UAB/Anzahl Fälle 2020 bis 2022

Aufgabenfeld UAB	2020	2021	2022
Genehmigungsbehörde	23	25	3
Sonderordnungsbehörde	807	792	586
Widerspruchsbehörde	0	0	0
Stellungnahmen TÖB	68	40	19
fachübergreifende Aufgaben	100	40	32

Die **Umweltstreife** hat folgende illegal abgelagerte Abfallmengen eingesammelt und einer sachgerechten Verwertung oder Beseitigung zugeleitet:

Tabelle 50: Beseitigung von Abfällen durch die Umweltstreife 2020 bis 2022

Abfallart	2020	2021	2022
hausmüllähnliche Abfälle in kg	43.380	86.240	78.035
Kühlgeräte in Stück	19	33	38
Reifen in Stück	445	1.506	1.621
Batterien in Stück	0	0	0
Elektronische Geräte in Stück	50	22	26
Sonderabfälle in kg	5680	14.839	8.283

Sachgebiet Untere Naturschutzbehörde (UNB)

Dieser Fachbereich umfasst die Aufgabenbereiche Landschaftsplanung, Eingriffsregelung, Schutzgebiete, -objekte, Artenschutz und Landschaftspflege sowie die dazu gehörenden Verwaltungsverfahren.

Seit dem Jahr 2021 wird die Vorgangsverwaltungssoftware **Pro UMWELT** in der UNB eingesetzt. Die Freigabeerklärung nach § 4 Brandenburgisches Datenschutzgesetz erfolgte am 31. Mai 2022.

Begleitung von Vorhaben der BADC

Bei der Begleitung von Vorhaben der BADC (Berlin-Brandenburg Area Development Company GmbH) im Rahmen des **interkommunalen Flächen- und Maßnahmenpools** im Flughafenumfeld (INKOF BER) wurden 2022 neben einem umfangreichen Pappelumbauprojekt am Nuthegraben insgesamt 8 weitere Einzelprojekte von der Unteren Naturschutzbehörde begleitet.

Komplexmaßnahmen Zülowniederung

Im Projekt „Komplexmaßnahmen Zülowniederung“ auf den Flächen des Landkreises waren aufgrund des trockenen und sehr warmen Sommers erneut Kontrollen und daraus resultierende Abstimmungen mit dem Flughafen zum weiteren Anwuchserfolg der Pflanzungen erforderlich. Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt konnte sich im Mai 2022 ein Bild von den Veränderungen in der ehemals ausgeräumten Feldflur südlich von Groß Machnow machen.

Waldumbau

Die Zusammenarbeit mit der Flächenagentur Brandenburg wurde fortgeführt. 2022 erfolgten umfangreiche Abstimmungen zu möglichen Waldumbaumaßnahmen auf Forstflächen. Da die Forstwirtschaft sehr stark vom Klima abhängt, ist es wichtig, die Wälder möglichst gut an die sich ändernden Umweltbedingungen und Wetterextreme anzupassen. Mit Blick auf den Klimawandel misst die Untere Naturschutzbehörde dem Umbau zu stabilen Mischwäldern eine große Bedeutung bei und hat mit einigen Eigentümer*innen bereits entsprechende Flächenpools zusammengestellt.

Flora-Fauna-Habitat-Gebiete

Die **Managementplanung** für die Flora-Fauna-Habitat-Gebiete steht im Landkreis Teltow-Fläming wie auch in Brandenburg kurz vor dem Abschluss. Zurzeit wird im Landkreis Teltow-Fläming noch der Managementplan für das Naturschutz- und FFH-Gebiet „Schöbendorfer Busch“ bearbeitet. Dies wird von der UNB in einer regionalen Arbeitsgruppe (RAG) begleitet. Jetzt geht es schwerpunktmäßig um die Umsetzung der in den Managementplänen festgesetzten Maßnahmen. Dies wird im Landkreis Teltow-Fläming durch neu geschaffene Stellen des Landesamtes für Umwelt mit Sitz in Wünsdorf vorangetrieben und erfordert auf Grund der vorhandenen Ortskenntnis und inhaltlichen Expertise ebenfalls regelmäßigen Input der UNB.

Bibermanagement

Der Konfliktmanagementbedarf beim **Biber** ist nach wie vor hoch. Die Art erschloss sich neue Reviere. Das Hammerfließ hat seit 2021 eine Ansiedlung nördlich von Paplitz und ist somit auf der ganzen Länge besiedelt. Im Jahr 2022 wurde ein Revier nördlich des Mellensees im Johnegraben bekannt und aufgenommen. Auch ganz im Norden des Landkreises, in Blankenfelde im Wäschereigraben, wurde ein neues Revier gemeldet und vor Ort mit Schnittstellen und Biberdämmen aufgenommen. Die benachbarten Kleingärtner*innen wurden informiert und über mögliche Schutzmaßnahmen für ihre Gärten aufgeklärt.

Im Bereich der Grabensysteme treten durch Dammbauten und die Verstopfung von Durchlässen verstärkt Probleme auf. Besonders konfliktrichtig sind die Ansiedlungen im Pfefferfließ bei Gottsdorf, im Strassgraben zwischen Stangenhagen und Ahrensdorf und in der Dahme zwischen Liedekahle und Wildau-Wentdorf, wo es teilweise zu Überstauungen von Grünland oder Ackerflächen kam. Bei Ortsterminen wird mit den betroffenen Nutzer*innen und Eigentümer*innen und unter Einbeziehung der ehrenamtlichen Biberberater*innen versucht, hier Lösungsmöglichkeiten unter Berücksichtigung der Rechtslage zu finden. Die Biberberater*innen werden einmal jährlich zu einem Erfahrungsaustausch im Rahmen einer Exkursion zu einem interessanten Biberrevier eingeladen.

Die Zusammenarbeit mit den Gewässerunterhaltungsverbänden in Bezug auf die Entschärfung von „Problemfällen“ ist weiterhin gut.

Fledermausschutz

Der **Fledermausschutz** im Landkreis hat durch den plötzlichen und tragischen Tod des zuständigen Sachbearbeiters, der sich sehr um den Schutz dieser Tiergruppe bemüht hatte, einen herben Schlag erlitten. Es ergab sich dadurch ein erhöhter Abstimmungsbedarf mit dem Landesamt für Umwelt, dessen Naturschutzstation Zippelsförde alle Daten zu Fledermausquartieren im Land Brandenburg im Rahmen eines verpflichtenden Monitorings sammelt. Die Betreuung von Fledermausquartieren ist im Landkreis neu zu organisieren, um die langjährigen vorhandenen Datenreihen zum Besatz der Quartiere nicht abreißen zu lassen. Einzelne Winterquartiere, z. B. in Bunkern, Kellern oder Ruinen, werden nun von einem anderen zuständigen Mitarbeiter der UNB aufgesucht und verortet, um den Schutz der Quartiere vor Zerstörung, Vandalismus oder Gefährdung durch Umnutzung zu gewährleisten.

Bauvorhaben und Artenschutz

Ein großes Bauvorhaben in Dahlewitz, die denkmalgerechte Sanierung des ehemaligen Gutshofes, erforderte ein umfangreiches Konzept zur Bewältigung artenschutzrechtlicher Konflikte. So ist dort eine **Rauchschwalbenkolonie** umzusiedeln, und Ersatz für einen Tageseinstand der **Schleiereule** war zu schaffen. Dieser wurde durch den Austausch und die Umgestaltung eines maroden und unbesetzten Schleiereulenkastens im Turm der Kirche von Dahlewitz erreicht. Hier wurde erfolgreich mit dem Investor und mit dem langjährigen Betreuer der Kirche zusammengearbeitet.

Weitere Bauvorhaben mit erheblichem artenschutzrechtlichem Konfliktpotenzial, die eine intensive Zusammenarbeit zwischen Bauherrschaften, Gutachter*innen und Unterer Naturschutzbehörde erfordern, laufen in Zossen (Kita in der Gerichtstraße) und Wünsdorf (Sanierung der ehemaligen Infanterieschießschule).

Weiterhin ist die Untere Naturschutzbehörde stark mit den sogenannten **Zugriffsverboten des besonderen Artenschutzes im Zusammenhang mit Bauvorhaben** befasst. In vielen Fällen siedeln sich inzwischen Arten des ländlichen Raums – hier insbesondere Feldvogelarten wie die Feldlerche oder die inzwischen bei Investoren unbeliebte europarechtlich geschützte Zauneidechse – auf Flächen an, die zeitweilig brachliegen und zur Bebauung vorgesehen sind. In den Bauleitplan- und Baugenehmigungsverfahren kommt es dann zu teils aufwendigen Kartierungen und Maßnahmen, die zur Vermeidung von Schädigungen der besonders geschützten Arten von der UNB einzufordern und zu prüfen sind.

Auch im vergangenen Jahr nahm der Ausbau des schnellen Internets (Breitbandausbau) ständig zu. Die Untere Naturschutzbehörde muss für die **Trassen** im Außenbereich und zum Teil auch im Innenbereich Genehmigungen erteilen. Die UNB bündelt die Stellungnahmen der betroffenen Ämter im Hause. Dies wird von den Antragsteller*innen positiv gesehen.

Wolfsmanagement

Die Zuständigkeit für den **Wolf** liegt beim Landesamt für Umwelt. Die UNB wird monatlich über die Rissvorfälle im Landkreis informiert. Die UNB betreibt sachliche Öffentlichkeitsarbeit und berät Bürger*innen, die Wölfe beobachtet haben, verunsichert sind oder allgemein wissen wollen, wie sie sich bei Begegnungen mit dem Tier verhalten sollen.

Am 10. November 2022 informierte die zuständige Mitarbeiterin des Landesamts für Umwelt im Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt über die aktuelle Situation des Wolfes im Land Brandenburg und im Landkreis Teltow Fläming. Hier leben zurzeit 5 Wolfsrudel. Diese haben 8 Welpen im vergangenen Jahr zur Welt gebracht. Es gab 50 Wolfsübergriffe; dabei sind 149 Nutztiere zu Schaden gekommen.

Wildpark Johannismühle

Für den **Wildpark Johannismühle** und die angegliederte, aber selbstständige Greifvogel-flugschau konnten 2022 unbefristete Genehmigungsbescheide erteilt werden und die jahre-langen Verfahren damit abgeschlossen werden. Der Betrieb läuft zurzeit nach Kenntnis der UNB in rechtmäßigen und ruhigen Bahnen.

Waldbrandschutzkonzepte

Im vergangenen Jahr wurde weiter an der Umsetzung der **Waldbrandschutzkonzepte** auf den ehemaligen Truppenübungsplätzen gearbeitet. Die Einzelmaßnahmen befinden sich zum größten Teil in Naturschutz- und Fauna-Flora-Habitat-Gebieten. Bei den Maßnahmen handelte es sich um Wegebaumaßnahmen und die Anlage von Brunnen, die von der UNB genehmigt wurden.

Naturdenkmale und Schutzgebiete

Auf Vorschlag des Ausschusses für Landwirtschaft und Umwelt startete die UNB einen Auf-ruf an die Bürger*innen, Vorschläge zur Ausweisung von neuen **Naturdenkmalen** einzu-reichen. Es wurden insgesamt 67 Neuvorschläge unterbreitet. Diese werden jetzt von der UNB geprüft.

Von den 216 Naturdenkmalen des Landkreises wurden 36 gutachterlich kontrolliert und die anderen visuell von der Unteren Naturschutzbehörde. Ein Naturdenkmal musste aus Ver-kehrssicherheitsgründen gefällt werden. An 30 Naturdenkmalen wurden Pflegemaßnahmen für 52.500 Euro durchgeführt.

Auf Grund personeller Probleme in der UNB konnten die Aufgaben zur **Schutzgebietsaus-weisung** nicht weiter vorangebracht werden.

Es fanden drei Sitzungen des **Naturschutzbeirates** des Landkreises statt. Mehrfach wurde der Naturschutzbeirat auf Grund von dringlichen Entscheidungen elektronisch beteiligt.

Tabelle 51: Aufgaben UNB – Anzahl Fälle 2020 bis 2022

Aufgabenfeld UNB	2020	2021	2022
Genehmigungsbehörde	1.848	2.279	2062
Sonderordnungsbehörde	238	144	91
Widerspruchsbehörde	27	25	15
Stellungnahmen TÖB	227	250	180
fachübergreifende Aufgaben	241	346	79

Klimaschutz-Koordinierungsstelle

Nachhaltigkeitsrichtlinie

Die Nachhaltigkeitsrichtlinie wurde erarbeitet und Anfang 2022 vom Kreistag beschlossen. Der Landkreis richtet sein Handeln in ökonomischer und sozialer Hinsicht sowie nach Umweltaspekten nachhaltig aus. Die Nachhaltigkeitsrichtlinie beinhaltet die drei Säulen Ökonomie, Ökologie und Soziales, angelehnt an den internationalen Berichtsstandard Global Reporting Index (GRI). Grundlage des Handelns sind die von den Vereinten Nationen verabschiedeten 17 Nachhaltigkeitsziele (17 Sustainable Development Goals, kurz SDG). Mit der Verabschiedung knüpft der Landkreis an die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Brandenburg an. Zur Umsetzung der Richtlinie wurde im Juni ein Workshop zum Thema „Faire Beschaffung in Kommunen“ durchgeführt.

Netzwerk

Zur Sicherstellung der Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen wird in Teltow-Fläming das „Netzwerk Klimaschutz und Nachhaltigkeit“ gegründet. Die Verstärkung und der Ausbau der Netzwerkarbeit im Kontext von Klimaschutz und Nachhaltigkeit sind Bestandteil der Kreistagsbeschlüsse zum Klimaschutz. Im Juni 2022 fand eine erste Informationsveranstaltung zum „Netzwerk Klimaschutz und Nachhaltigkeit“ statt. Hier waren zahlreiche Vertreter*innen aus den unterschiedlichsten Altersgruppen aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Vereinen und Verbänden und Wissenschaft geladen.

Das Aktionsbündnis „Fair – regional – nachhaltig in Teltow-Fläming“ wird als Multiplikator und Impulsgeber für weitere Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsprojekte im Landkreis fungieren. Durch Aktionen, Kampagnenarbeit und Vernetzung sollen der faire und regionale Handel und eine nachhaltigere Lebensweise im Landkreis vorangebracht werden.

Weiterhin beteiligt sich der Landkreis am Projekt „Global nachhaltige Kommune Brandenburg“, gefördert durch die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Eine spannende Zusammenarbeit mit den ebenfalls teilnehmenden Kommunen Baruth/Mark, Nuthe-Urstromtal und Großbeeren wird 2023 fortgeführt. Das Bündnis wächst, ist kreativ und setzt sich aktiv dafür ein, eine lebenswerte Region für alle Menschen zu gestalten.

Stadtradeln

Bereits zum fünften Mal in Folge nahm der Landkreis Teltow-Fläming im September 2022 am internationalen Wettbewerb „STADTRADELN“ teil.

Mehrere Rekorde aus den Vorjahren konnten überboten werden. Im Aktionszeitraum vom 28. August bis zum 17. September 2022 legten die 938 aktiven Radler*innen in 104 Teams insgesamt 193.814 Kilometer mit dem Fahrrad zurück. Das entspricht dem 4,8-Fachen des Äquatorumfangs. Die Radler*innen haben damit ca. 30 Tonnen CO₂ vermieden.

Für die Kreisverwaltung startete auf Initiative der Beigeordneten Dietlind Biesterfeld ein eigenes Team. Im Aktionszeitraum legte das Team Kreisverwaltung Teltow-Fläming insgesamt 6.133 Kilometer zurück, was einer CO₂-Vermeidung von 944 kg entspricht. 29 aktiv Radelnde legten im Durchschnitt 211 Kilometer zurück.

23 Kommunalpolitiker*innen fuhren insgesamt eine Strecke von 3.607,6 Kilometern.

Die Bekanntgabe der Gewinner*innen erfolgte im Rahmen der Kreistagssitzung im Dezember. Die Preise wurden größtenteils postalisch versendet.

Die Beigeordnete Biesterfeld verzichtete im Wettbewerb „Stadtradelstar“ über den gesamten Aktionszeitraum erfolgreich auf die Nutzung von PKWs.

Sensibilisierung der Bevölkerung

Der Landkreis und die VHS bewarben sich erfolgreich um das geförderte Bildungsprogramm klima-fit. An sechs Terminen fand der Volkshochschulkurs „klimafit – Klimawandel vor der Haustür! Was kann ich tun?“ statt. Die Teilnehmenden erhielten ein Abschlusszertifikat, das vom Helmholtz-Forschungsverbund Regionale Klimaänderungen und Mensch (REKLIM) und dem WWF Deutschland ausgestellt wurde. Der Landkreis hat für 2023 eine weitere Förderung erhalten; somit kann der Kurs wieder angeboten werden.

Emissionen

Die Kreisverwaltung spart durch die Festsetzung der Raumtemperatur auf 19°C seit dem 1. September 2022 erheblich Wärmeenergie ein. Die Lieferung von elektrischer Energie aus erneuerbaren Energien wurde für die Liegenschaft des Kreishauses ausgeschrieben. Zusätzlich wurde die vorhandene Dienstfahrradflotte des Landkreises um zwei weitere Elektrofahräder erweitert. Mit Fördermitteln des Landes wurden zudem zwei elektrische Lastenräder beschafft, die den Hausmeistern nun einen klimafreundlichen Transport von Material ermöglichen.

Fluglärm- und Schallschutzberatung

Aufgaben des Fluglärm- und Schallschutzbeauftragten

Die Aufgabe des Fluglärm- und Schallschutzbeauftragten für den Verkehrsflughafen Berlin-Schönefeld ist seit Anfang 2011 mittels Verwaltungsvereinbarung an den Landkreis übertragen. Die Aufgabenübertragung an den Landkreis konnte im Jahr 2020 durch Vereinbarung mit dem Land verstetigt werden.

Nach dem Ende der Reisebeschränkungen aufgrund der Pandemie nimmt auch die Zahl der Flugbewegungen am Hauptstadtflughafens BER wieder zu. Im Jahr 2022 wurden knapp 20 Mio. Passagiere abgefertigt und damit etwa doppelt so viele wie im Jahr 2021. Gleichzeitig stieg auch die Zahl der Flugbewegungen auf ca. 164.000. Das Beschwerdeaufkommen lag im vergangenen Jahr leicht über dem Niveau des Vorjahres. Insgesamt gingen somit 3.928 Beschwerden zu über 10.000 einzelnen Überflugeignissen ein. Alle eingegangenen Beschwerden wurden ausgewertet und beantwortet.

Eine Zusammenfassung unterschiedlichster Informationen rund um das Thema Fluglärm und Luftverkehr wird auf der Domain des Fluglärm- und Schallschutzbeauftragten (www.fluglaermschutzbeauftragter-ber.de) zur Verfügung gestellt. Von dieser Möglichkeit machten immer mehr Menschen Gebrauch, informierten sich oder wandten sich mit weitergehenden Fragen per E-Mail an das Büro. Etwas über 100 Personen suchten das Büro des Fluglärm- und Schallschutzbeauftragten auf und erbaten Auskünfte zur aktuellen oder zukünftigen Lärmsituation durch den Flughafen BER. Die Bürger*innen möchten sich vor dem Erwerb oder Bau einer Immobilie umfassend informieren, sind aber ob der unzähligen und teils widersprüchlichen Informationen im Internet verunsichert. Die objektive Beratung und Erklärung der unterschiedlichen Sachverhalte durch die Beschäftigten nahmen die Bürger*innen dankbar an.

Die Mitwirkung in der Fluglärmkommission, in der Arbeitsgruppe Betriebsregelung der Staatskanzlei und im Rahmen des Dialogforums (Arbeitsgruppe 2 – Lärm) wurde weiter fortgesetzt. Darüber hinaus wurden wieder Gespräche mit unterschiedlichsten am Flugverkehr beteiligten Institutionen, aber auch mit Bürgerinitiativen und Betroffenen geführt. Darin wurden die Belange der Fluglärm-betroffenen vorgetragen, nach Lösungsmöglichkeiten zur Verbesserung gesucht und um Verständnis für die Anwohnerschaft geworben.

Flughafenbelange

Tätigkeitsschwerpunkte im Zusammenhang mit dem neuen Flughafen Berlin Brandenburg (BER) bildeten wiederum die Beratung von Bürger*innen und die Mitarbeit in den Gremien zur Flughafenumfeld-Entwicklung. So wurde die Mitarbeit des Landkreises in der Fluglärmkommission sowie im Dialogforum und in dessen verschiedenen Arbeitsgruppen zur Entwicklung des Flughafenumfeldes auf allen Ebenen fortgeführt.

Vorsitzende der Fluglärmkommission BER war weiterhin die Beigeordnete Dietlind Biesterfeld. Die Fluglärmkommission tagte im Jahr 2022 zwei Mal. Zusätzlich fanden Beiratssitzungen statt. Schwerpunktthemen im Jahre 2022 waren die Einhaltung der Abflugverfahren in Richtung Osten, Stichwort „Hoffmannkurve“, also Kommunen im Nachbarlandkreis LDS betreffend, und die Einführung lärmbezogener Entgelte in der Entgeltordnung für den Flughafen. Des Weiteren beschloss die Fluglärmkommission, die zuständigen Ministerien der Länder Berlin und Brandenburg aufzufordern, sich in Umsetzung des Ampel-Koalitionsvertrages für eine Ergänzung der Aufgaben der Deutschen Flugsicherung um das Thema eines effektiven Lärmschutzes einzusetzen.

Schallschutzberatung

Die Schallschutzberatung des Landkreises hat ihre Tätigkeit im Bürgerberatungszentrum in Schönefeld auch im Jahr 2022 fortgesetzt. Rund 1.300-mal wandten sich von den Auswirkungen des Flughafens betroffene oder interessierte Menschen an die Beratungsstelle, persönlich oder telefonisch. Weiterhin findet der Austausch mit der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH regelmäßig statt. Verschiedenste Einzelfälle wurden auf Bitten ratsuchender Bürger*innen mit der FBB GmbH beraten und Lösungen herbeigeführt.

Nach Eröffnung des Flughafens und mit dem zunehmenden Flugverkehr sahen sich viele Betroffene veranlasst, sich mit den Schallschutzunterlagen und den geplanten Baumaßnahmen auseinanderzusetzen. Dazu entstand erhöhter Beratungsbedarf. Festzustellen ist, dass es sehr viele Anspruchsberechtigte gibt, die seit einigen Jahren über eine umsetzungsfähige Anspruchsermittlung verfügen, jedoch bisher keine Baumaßnahmen umsetzten. Über die Jahre hinweg entstanden konjunkturell bedingte Preiserhöhungen. Die FBB GmbH trägt diese Mehrkosten nicht. Die Betroffenen stehen nun vor dem Problem, einerseits den Schallschutz umsetzen zu wollen, andererseits jedoch sind sie finanziell nicht in der Lage, die entstandenen Mehrkosten zu tragen.

Einen sehr hohen Beratungsbedarf gab es bei Bauherrschaften, Bauwilligen und Planungsbüros zum Thema Neubauten im Flughafenumfeld.

Hierbei berät die Schallschutzberatung des Landkreises von der ersten Kontaktaufnahme der Bauherrschaft bis hin zum Abschluss einer Individualvereinbarung zwischen Bauherrschaften und der FBB GmbH zur möglichen Übernahme der zusätzlichen Kosten für die Realisierung des Schallschutzes am neuen Eigenheim.

Die Beratungsleistungen werden auch von Personen aus dem Nachbarlandkreis Dahme-Spreewald und dem Land Berlin in Anspruch genommen.

DEZERNAT IV

Straßenverkehrsamt

Aufgrund personeller Engpässe war die Aufrechterhaltung des Betriebes der Kfz-Zulassungsstelle nicht in beiden Außenstellen möglich. Die Außenstelle Luckenwalde musste bis auf Weiteres geschlossen werden. An der Neubesetzung der Stellen wird gearbeitet.

Die Zusammenarbeit mit allen Städten und Gemeinden sowie dem Amt Dahme/Mark bei der Annahme von Anträgen im Fahrerlaubnisrecht auf der Grundlage der Zuständigkeitsordnung des Landes hat sich erneut ausgezahlt. Mit einer personellen Verstärkung der Führerscheinstelle wurde die zweite Phase (per 19.01.2023) des gesetzlichen Pflichtumtauschs von Führerscheinen bewältigt. Im Landkreis haben 4.751 Betroffene entsprechende Anträge gestellt. 2021 waren es 3.638 Anträge (1.100 Anträge weniger). Für das Jahr 2023 sind circa 10.000 Anträge prognostiziert, wodurch ein weiterer personeller Aufwuchs nötig ist.

Im Aufgabenbereich der Kfz-Zulassung hat sich die Anzahl der im Rahmen des i-Kfz-Verfahrens gestellten Anträge verdoppelt und liegt nun bei 962. Im überwiegenden Teil wurden Abmeldungen online durchgeführt. Leider nutzen noch zu wenige Fahrzeughalter*innen das Onlineangebot. Im Jahr 2023 sollen auch juristische Personen die Möglichkeit erhalten, das i-Kfz-Portal zu nutzen.

Der Fahrzeugbestand im Landkreis hat auch im Jahr 2022 wieder zugenommen. Mit Stand vom 31. Dezember 2022 waren im Landkreis 162.562 Fahrzeuge zugelassen.

Als Untere Straßenverkehrsbehörde bearbeitete das Straßenverkehrsamt 4.305 Vorgänge im Jahr 2022. 2.793 verkehrsrechtliche Anordnungen erfolgten wegen Baumaßnahmen, die sich auf den Straßenverkehr auswirkten.

Bereich Amtsleitung

Im Bereich der Amtsleitung werden unter anderem sachübergreifend die IT-Verfahrenskoordination, die Haushaltssachbearbeitung sowie die Bearbeitung von Widersprüchen und gegebenenfalls sich daran anschließender Klageverfahren wahrgenommen.

Nach wie vor bildete die Sicherstellung der Leistungserbringung des Amtes den Schwerpunkt der Arbeit.

Jeder hat das Recht, Ordnungsmaßnahmen zu widersprechen bzw. sie gerichtlich überprüfen zu lassen. Von diesem Recht haben auch in diesem Jahr Halter*innen eines Fahrzeuges, Antragsteller*innen und Inhaber*innen einer Fahrerlaubnis oder einer Fahrschule Gebrauch gemacht. Die Anzahl der Widersprüche hat sich gegenüber dem Vorjahr (2021) um rund 21 Prozent reduziert. Die Anzahl der Verfahren, die dem Gericht zur Entscheidung übergeben wurden, hat sich ebenfalls verringert.

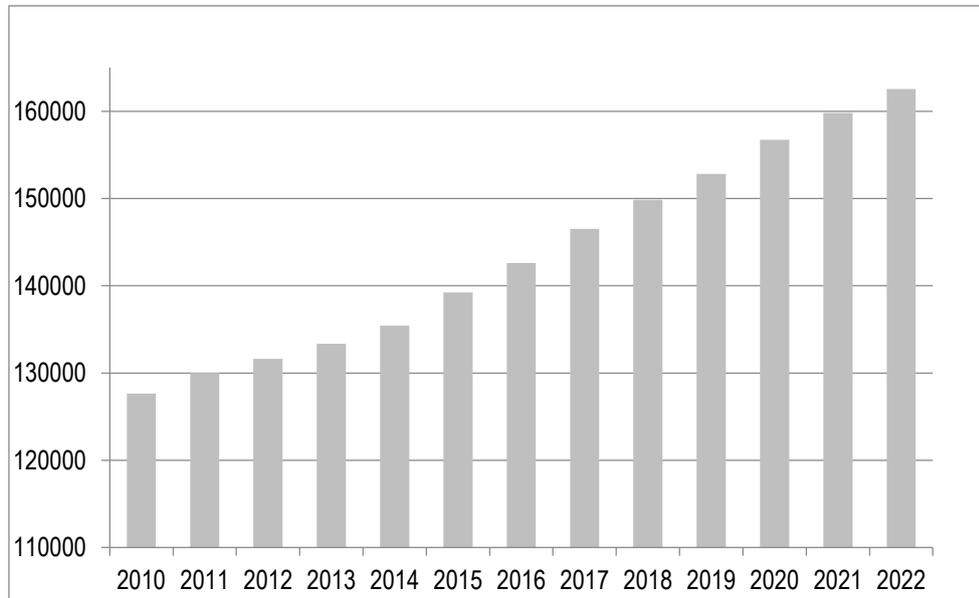
Tabelle 52: Anzahl der Widersprüche und gerichtlichen Verfahren

Verfahren	2019	2020	2021	2022
Widersprüche/vorgerichtliche Verfahren	92	84	77	61
Zuarbeiten bei Gerichtsverfahren	16	59	49	40

Sachgebiet Kraftfahrzeug-Zulassung

Mit Stichtag 31. Dezember 2021 waren im Landkreis 162.562 Fahrzeuge (Vorjahr: 159.794) gemeldet. Die Anzahl der registrierten Fahrzeuge und Anhänger stieg um 2.768 (Vorjahr: +3.068) weiter an. Gegenüber dem Jahr 2021 hat sich damit die Anzahl der im Landkreis gemeldeten Fahrzeuge um rund 1,7 Prozent erhöht.

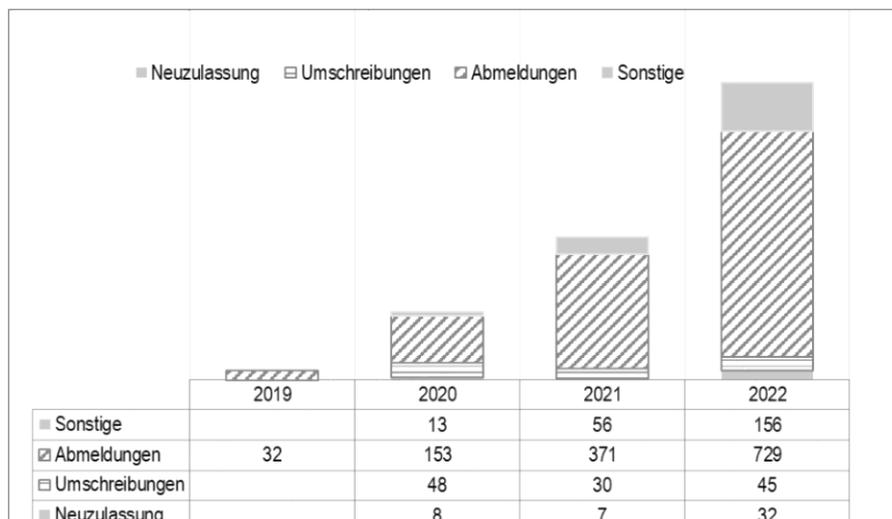
Abbildung 11: Anzahl der registrierten Fahrzeuge



Von den 107.309 gemeldeten Personenkraftwagen (Vorjahr: 105.842) haben 1.696 Fahrzeuge (Vorjahr: 959) einen reinen Elektroantrieb. Das ist ein Anteil von 1,6 Prozent (Vorjahr: 0,91 Prozent). Bei den Lastkraftwagen haben von den 12.054 gemeldeten Fahrzeugen (nur) 55 einen rein elektrischen Antrieb, das ist ein Anteil von 0,45 Prozent.

Im Jahr 2022 wurden auf der Internetseite des Landkreises über das Online-Angebot zur Kfz-Zulassung „i-Kfz“ 962 Anträge gestellt. Von den angebotenen Funktionen wurden vorwiegend die Außerbetriebsetzung und die Abmeldung genutzt (729 entsprechende Anträge).

Abbildung 12: Nutzung i-Kfz

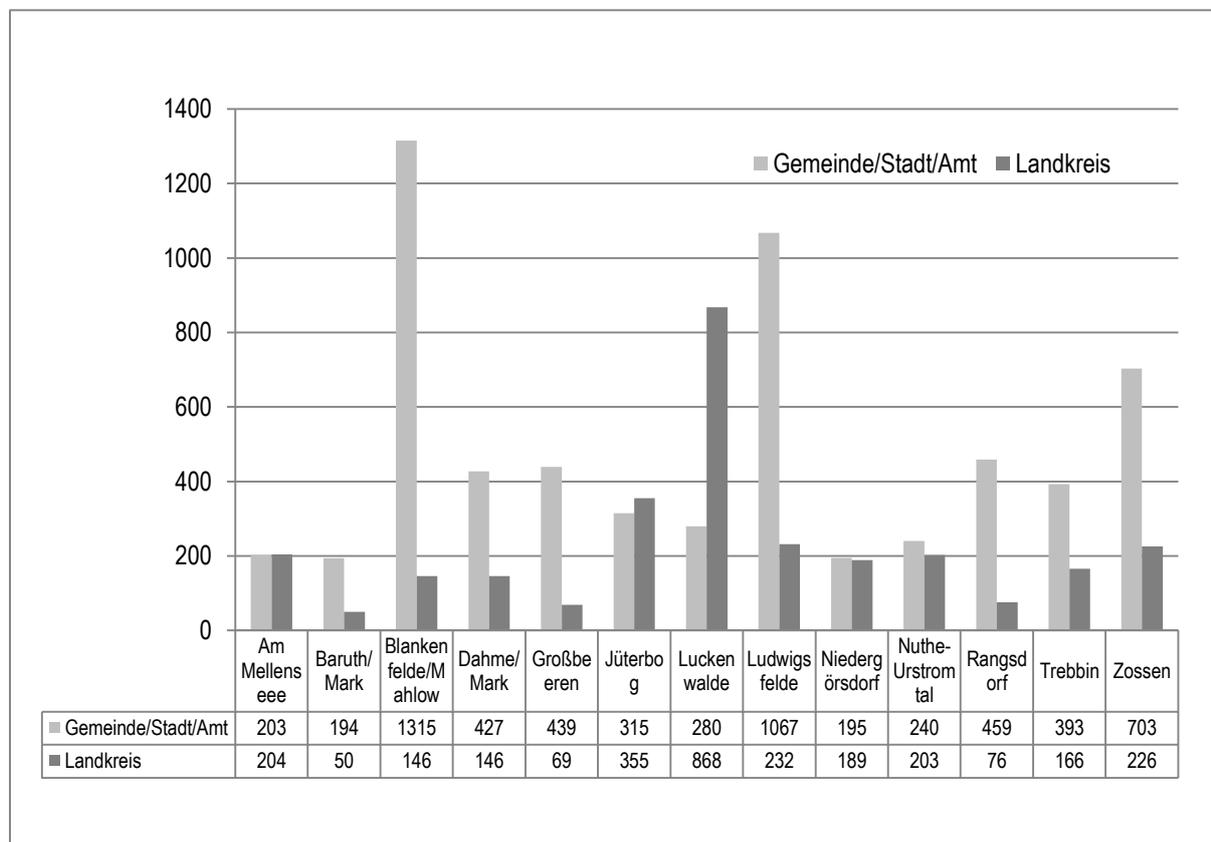


Sachgebiet Fahrerlaubniswesen und Fahrschulwesen

Das Antragsaufkommen in der Führerscheinstelle steigt weiter an. Im Jahr 2022 haben 4.751 Fahrerlaubnisinhaber*innen des Landkreises einen Antrag auf Umtausch in einen neuen EU-Kartenführerschein (Pflichtumtausch) gestellt. Gegenüber der ersten Umtauschphase 2021 mit 3.638 entsprechenden Anträgen wurden von der Führerscheinstelle über 1.100 Anträge mehr bearbeitet. Nicht nur beim Pflichtumtausch gab es eine Erhöhung der Antragszahlen. Auch bei den Ersterteilungs- und Erweiterungsanträgen gab es eine Fallzahlsteigerung.

Die Städte, Gemeinden und das Amt Dahme/Mark nahmen 6.230 Anträge (68 Prozent) der insgesamt 9.160 Anträge auf Erteilung, Erweiterung, Verlängerung und Umschreibung einer Fahrerlaubnis im gesamten Landkreis entgegen. Gegenüber dem Vorjahr (64,30 Prozent) hat sich der Anteil leicht erhöht. Allein die Anträge auf Umtausch in einen EU-Führerschein machen 70 Prozent aller entgegengenommenen Anträge bei den Gemeinden aus.

Abbildung 13: Anträge auf Erteilung einer Fahrerlaubnis – Verteilung der Entgegennahme 2022



Sachgebiet Verkehrsordnungswidrigkeiten

Am 8. September 2022 evaluierte das Sachgebiet Verkehrsordnungswidrigkeiten gemeinsam mit dem Amtsleiter des Straßenverkehrsamtes (gleichzeitig Vorsitzender der Verkehrsunfallkommission des Landkreises) Messpunkte zur Geschwindigkeitskontrolle.

Es wurden die schutzwürdigen Bereiche untersucht, die mit dem mobilen Messfahrzeug kontrolliert werden und sich vorzugsweise an Kindertagesstätten, Grundschulen, Seniorenheimen und ähnlichen Einrichtungen befinden. War an diesen Messpunkten die Geschwindigkeit nicht oder nicht mehr reduziert, wurden diese besonders betrachtet. Im Zentrum stand auch das dortige Unfallgeschehen in den vergangenen fünf Jahren.¹⁵

Es wurden die Kontrollpunkte herausgelöst, die seit geraumer Zeit wegen nicht mehr vorhandener Schutzbedürftigkeit oder abgeschlossener Baumaßnahmen, veränderter Beschilderung, Beruhigung des Unfallgeschehens, Schließung oder Verlagerung von Schulen/Kitas oder wegen fehlender Aufstellmöglichkeiten nicht mehr angefahren werden.

Die Evaluierung wird sich erst im Folgejahr in Zahlen auswirken.

2022 haben Beschäftigte des Sachgebietes Verkehrsordnungswidrigkeiten die Einhaltung des Geschwindigkeitslimits an 167 Geschwindigkeitsmesspunkten (davon 161 mobil und sechs stationär) überprüft. Das sind zehn mobile Messpunkte mehr als im Vorjahr (151).

Neu aufgenommen wurde im geschwindigkeitsreduzierten Bereich in Zülichendorf die Fahrtrichtung Kemnitz. In Blankenfelde wird an der Kita „Tabaluga“ zusätzlich aus Richtung Mahlow gemessen. Insofern können jetzt in Zülichendorf und in Blankenfelde beide Richtungen kontrolliert werden. Drei Messpunkte (mit Front- oder Heckmessung) wurden zwischen Hennickendorf und Dobbrikow eingerichtet. Grund ist das Unfallgeschehen mit Todesfolge in den Jahren 2021 und 2022. Weitere Kontrollpunkte im geschwindigkeitsreduzierten Bereich hat das Sachgebiet Verkehrsordnungswidrigkeiten in Luckenwalde, Zum Freibad (Höhe Pflegeheim/Seniorenwohnungen), in Dobbrikow (Nähe Schullandheim beide Fahrtrichtungen) und an der Grundschule in Blönsdorf (beide Fahrtrichtungen) eingerichtet. Hier ist die Geschwindigkeit jeweils auf 30 Kilometer pro Stunde herabgesetzt.

Nach wie vor liegt der Fokus auf Kontrollen, die den jüngsten Verkehrsteilnehmer*innen den Weg zur Schule beziehungsweise zur Kindereinrichtung an geschwindigkeitsreduzierten Straßen sicherer machen sollen.

Von den gegenwärtig 167 Geschwindigkeitskontrollpunkten befinden sich 69 Prozent an Schul- und Spielwegen, 25 Prozent an Stellen mit besonderer Gefährdung (unter anderem infolge von Baumunfällen oder überhöhter Geschwindigkeit mit Todesfolge), zwei Prozent an Unfallhäufungsstellen und vier Prozent an Hauptverkehrsstraßen vor Senioreneinrichtungen und Krankenhäusern.

Trotz Ausfall durch Instandsetzung hat es, wie in den Vorjahren, am häufigsten auf der B 96 am stationären Geschwindigkeitsmesspunkt in Zossen, Straße der Jugend, in Richtung Wünsdorf geblitzt. Wegen des Seniorenheims gilt dort tagsüber zwischen 6 und 22 Uhr Tempo 30. Bezogen auf die Gesamtzahl aller geblitzten Fahrzeuge hielten sich an diesem

¹⁵ Grundlage: Runderlass des Ministeriums des Innern vom 15. September 1996 zur „Überwachung der Einhaltung zulässiger Höchstgeschwindigkeiten und der Befolgung von Lichtzeichenanlagen im Straßenverkehr durch die Ordnungsbehörden im Land Brandenburg“, zuletzt geändert durch Erlass des Ministeriums des Innern und für Kommunales vom 16. März 2018 (ABl. / 18, Nr. 15, S. 347)

Standort 49 Prozent der Fahrzeugführer*innen nicht an die gekennzeichnete Geschwindigkeit.

Den höchsten Messwert hat der Außendienst ebenfalls am stationären Standort B 96 Straße der Jugend in Zossen registriert. Hier wurde aus Richtung Wünsdorf am schnellsten gefahren. Trotz der dort innerorts zulässigen Geschwindigkeit von 30 Kilometern pro Stunde raste ein Verkehrsteilnehmer mit 95 Kilometern pro Stunde (ohne Toleranzabzug) durch den Messpunkt. Diese Schnellfahrt brachte ihm ein Bußgeld von 700 Euro, zwei Punkte im Fahrzeugsregister in Flensburg und ein dreimonatiges Fahrverbot.

2022 wurden 161 Führerscheine (2021: 149) aus durch die Kreisverwaltung geführten Verfahren in amtliche Verwahrung genommen. Das sind zwölf mehr als im Vorjahr. Davon mussten 148 Personen den Führerschein einen Monat, elf Personen zwei Monate und zwei Personen drei Monate abgeben.

Sachgebiet Verkehrssicherheit und -lenkung

Die Anzahl der Anträge für Veranstaltungen im öffentlichen Verkehrsraum erreichte im Jahr 2022 das Niveau vor der Corona-Pandemie. Dies trifft auch auf die Zahl der Anträge auf Ausnahmegenehmigungen vom Sonn- und Feiertagsfahrverbot zu. Bei der Anzahl der verkehrsrechtlichen Anordnungen zur Baustellensicherung im öffentlichen Verkehrsraum ist erneut ein leichter Rückgang der Fallzahlen zu verzeichnen.

Räumliche Schwerpunkte der verkehrsrechtlichen Anordnung zur Sicherung von Baumaßnahmen im öffentlichen Verkehrsraum sind nach wie vor der Norden des Landkreises und die Kreisstadt Luckenwalde.

Die während der Corona-Pandemie ausgefallenen Verkehrsschauen konnten zum großen Teil im Jahr 2022 nachgeholt werden.

Die Erstellung von Stellungnahmen als Träger öffentlicher Belange umfasst sämtliche Planungsverfahren einschließlich Entwicklungskonzeptionen mit Bezug zum Landkreis, aber auch Genehmigungsverfahren hauptsächlich der Unteren Bauaufsicht.

Statistik

Tabelle 53: Zugelassene Fahrzeuge 2021, 2022

Bestand oder Vorgang	Stand 31.12.2021	Stand 31.12.2022	davon Elektro
Fahrzeugbestand gesamt, davon	159.794	162.562	1.906
- Kräder	11.899	12.323	153
- Pkw	105.842	107.309	1.696
- Lkw	12.094	12.054	55
- Zugmaschinen	3.853	3.977	3
- sonstige Kfz	868	862	2
- Kfz-Anhänger	25.066	25.869	0
- KOM	172	168	0

Tabelle 54: Fahrerlaubniswesen 2021, 2022

Bestand oder Vorgang	Stand 31.12.2021	Stand 31.12.2022
Ersterteilung oder Erweiterung von Fahrerlaubnissen	2.020	2.215
Umschreibung einer		
- Dienstfahrerlaubnis	18	35
- EU/EWR-Fahrerlaubnis	44	30
- Drittstaat-Fahrerlaubnis	139	193
Anerkennung von ausländischen Fahrerlaubnissen		
- EU/EWR	0	0
- Drittstaat	0	0
Umstellung auf neuen EU-Führerschein	3.638	4.751
Anträge auf Neuerteilung nach Entzug der Fahrerlaubnis, einschließlich Beratung	330	280
Versagung eines Antrages auf Erteilung einer Fahrerlaubnis	31	22
Verzicht auf einen Antrag auf Erteilung einer Fahrerlaubnis	963	924
Verzicht auf die Fahrerlaubnis und Rückgabe des Führerscheins	156	103
Rücknahme oder Widerruf einer Fahrerlaubnis	2	1
Internationaler Führerschein	133	425
Erteilung, Erweiterung oder Verlängerung einer Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung	312	316
Entziehung von Fahrerlaubnissen, Verhängung von isolierten Sperrfristen sowie Fahrerlaubnissen zur Fahrgastbeförderung		
- durch Gericht	101	74
- durch Fahrerlaubnisbehörde	57	39
Erfassung von vorläufigen Entziehungen von Fahrerlaubnissen	138	160
Maßnahmen gem. Fahreignungs-Bewertungssystem (§ 4 Abs. 5 StVG)		
- Ermahnungen	386	373
- Verwarnungen	85	70
- Entzüge (siehe Entziehung von Fahrerlaubnissen durch Fahrerlaubnisbehörde)		
Maßnahmen im Rahmen der Fahrerlaubnis auf Probe (§ 2a StVG)		
- Anordnung Aufbauseminar (ASF)	80	92
- Verwarnungen	26	17
- Entzüge (siehe Entziehung von Fahrerlaubnissen durch Fahrerlaubnisbehörde)		

Bestand oder Vorgang	Stand 31.12.2021	Stand 31.12.2022
Zwangsgeldfestsetzungen	23	10
Verlängerung Fahrerlaubnis (Lkw- und Busklassen)	803	813
Ausstellung Ersatzführerschein	2.973	3.115
- davon Nachweis der Berufskraftfahrerqualifikation	276	297
Anordnung und Auswertung von ärztlichen oder medizinisch-psychologischen Gutachten	154	133
Begleitetes Fahren mit 17 Jahren		
- Anträge	772	705
- Erteilung Prüfungsbescheinigungen	637	673
Punktereduзierung (§ 4 Abs. 7 StVG)		
- Anträge	6	0
- gewährte Punktereduзierung	6	0
Fahrerlaubnisklasse AM mit 15 Jahren	99	119
Auslösung Sach- und Personenfahndung	15	12
Kursanordnungen nach § 70 FeV	7	15
Ausstellung von vorläufigen Fahrberechtigungen	536	622
Erfassung von Fahrverboten	890	736
Ausfertigung von Karteikartenabschriften	692	1.023

Tabelle 55: Kontrollgerätekarten zur Überwachung der Ruhe- und Lenkzeiten nach der Fahrpersonal-Verordnung 2021, 2022

Bestand oder Vorgang	Stand 31.12.2021	Stand 31.12.2022
Digitale Kontrollgerätekarten: Fahrerkarten, Unternehmerkarten, Werkstattkarten		
- Erteilung, Verlängerung, Ersatz	1.004	863
- Reklamation	11	4

Tabelle 56: Fahrschulwesen/Fahrlehrerwesen 2021, 2022

Bestand oder Vorgang	Stand 31.12.2021	Stand 31.12.2022
Anzahl der Fahrschulen und Zweigstellen	33	31
Erteilung/Erweiterung Fahrschul-/Zweigstellenerlaubnis	3	1
Verzicht auf Fahrschul-/Zweigstellenerlaubnis und Rückgabe der Urkunde	2	1
Widerruf einer Fahrschul-/Zweigstellenerlaubnis	1	2

Bestand oder Vorgang	Stand 31.12.2021	Stand 31.12.2022
Anzahl der Fahrlehrer*innen		
- registrierte Fahrlehrer*innen	124	124
- tätige Fahrlehrer*innen	82	82
Erteilung/Erweiterung/Neuerteilung Fahrlehrererlaubnis		
- Antrag (mit Prüfungszulassung)	8	3
- Erteilung	10	6
Umschreibung einer Fahrlehrererlaubnis (Bundeswehr) – ohne Prüfung	0	0
Verzicht auf die Fahrlehrererlaubnis und Rückgabe Fahrlehrerschein	1	0
Widerruf einer Fahrlehrererlaubnis und Rückgabe Fahrlehrerschein	0	1
Neuausstellung eines Fahrlehrerscheines (z. B. Ein- oder Austragung eines Beschäftigungsverhältnisses)	11	11
Bearbeitung von Punktemitteilungen gegen Fahrlehrer	3	0
Überwachung und Erfassung Fortbildung	31	19
Überwachung Ablauf Fahrerlaubnis	8	10
Anzahl der Seminarleiter*innen für		
- Aufbau Seminare nach § 2a StVG	8	8
- Teilmaßnahme der Fahreignungsseminare nach § 4a StVG	6	6
Erteilung einer Seminarerlaubnis	0	0
Verzicht auf eine Seminarerlaubnis und Rückgabe Seminarerlaubnis	0	1
Anordnung und Auswertung von Fahrschulüberwachungen (Fahrschulen, Fahrlehrer*innen, Seminare)		
- Überwachung durch Dritte ohne Mängel	8	3
- Überwachung durch Dritte mit Mängeln	1	0
- eigenständige Überwachung ohne Mängel	4	1
- eigenständige Überwachung mit Mängeln	1	0
Feststellung von Ordnungswidrigkeiten/Vorbereitung Ordnungswidrigkeitenverfahren		
- Fahrlehrer*innen	1	3
- Fahrschulen	2	0
- Seminarleiter*innen	0	0

Tabelle 57: Gewerblicher Personenverkehr 2021, 2022

Bestand oder Vorgang	Stand 31.12.2021	Stand 31.12.2022
Unternehmen im Gelegenheitsverkehr mit		
- Taxen	9	10
- Mietwagen	28	28
- Taxen und Mietwagen (zwei Konzessionen)	17	14
Mischkonzessionen		
- Taxi und Mietwagen mit einem Fahrzeug	1	1
- Ausflugsfahrten und Ferientziel-Reisen	1	1
Erteilung/Verlängerung/Erweiterung von Konzessionen im Gelegenheitsverkehr	22	14
Mahnungs- und Widerrufsverfahren	1	0
Anzahl der eingesetzten Fahrzeuge		
- mit Konzessionen	204	222
- im freigestellten Personenverkehr	65	65
Fahrzeugtausch	13	15
Überprüfung im Rahmen der Aufsicht		
- Fahrzeugabnahmen	39	41
- Betriebsprüfungen im Rahmen der Konzessionsverlängerung	9	0
- Fahrzeug- und Fahrerkontrollen z. B. an Taxenstandplätzen	31	17
- Erfassung Hauptuntersuchung und Eichbelege	342	363
- Erfassung Hauptuntersuchung freigestellter Personenverkehr	65	65
- Überwachung freigestellter Personenverkehr	10	10
Beteiligung am Anhörungsverfahren für Konzessionen mit Kraftomnibussen	2	2
Feststellung von Ordnungswidrigkeiten/Vorbereitung Ordnungswidrigkeitenverfahren	4	7
Ortskundeprüfungen	0	0

Tabelle 58: Fahrtenbuchauflagen 2021, 2022

Bestand oder Vorgang	Stand 31.12.2021	Stand 31.12.2022
Prüfung der Anträge auf Anordnung eines Fahrtenbuches	0	27
Anordnung eines Fahrtenbuches	0	12
Überwachung eines Fahrtenbuches	0	5
Androhung für den Wiederholungsfall	0	0
Feststellung von Ordnungswidrigkeiten/Vorbereitung Ordnungswidrigkeitenverfahren	0	0

Tabelle 59: Ausnahmegenehmigungen 2021, 2022

Bestand oder Vorgang	Stand 31.12.2021	Stand 31.12.2022
Anträge nach § 43 BOKraft	43	20
- davon erteilte Ausnahmen	42	18
Anträge nach § 74 FeV	2	4
- davon erteilte Ausnahmen	1	2

Tabelle 60: Verkehrsordnungswidrigkeiten 2021, 2022

Vorgang	Stand 31.12.2021	Stand 31.12.2022
eingeleitete Bußgeldverfahren	3.145	6.113
- stationär	2.725	5.361
- mobil	106	345
- allgemeine Verkehrsordnungswidrigkeiten	314	407
eingeleitete Verwarnungsgeldverfahren	19.270	15.104
- stationär	18.023	13.531
- mobil	949	1.204
- allgemeine Verkehrsordnungswidrigkeiten	298	369
Bußgeldverfahren aus Verwarnungsgeldverfahren	682	540
- stationär	574	404
- mobil	32	42
- allgemeine Verkehrsordnungswidrigkeiten	76	94
<i>gesamt</i>	<i>23.097</i>	<i>21.757</i>

Tabelle 61: Mobile Kontrollen in Städten und Gemeinden sowie im Amt Dahme/Mark 2021, 2022

Stadt/Gemeinde/Amt	Anzahl der Standorte		Zahl der Einsätze		festgestellte Geschwindigkeitsüberschreitungen	
	2021	2022	2021	2022	2021	2022
Gemeinde Am Mellensee	11	11	10*	6	23*	16
Stadt Baruth/Mark	16	16	32	38	239	95
Gemeinde Blankenfelde-Mahlow	28	29	46*	46*	522	426
Gemeinde Großbeeren	5	8	8	11	30	175
Stadt Jüterbog	14	5	1*	21	0	184
Stadt Luckenwalde	15	14	6*	20	66	143
Gemeinde Niederer Fläming	9	16	2*	6	1	15
Gemeinde Niedergörsdorf	4	9	1	7	1	36
Gemeinde Nuthe-Urstromtal	6	6	4	21	17	88
Gemeinde Rangsdorf	7	12	7*	4*	36	103
Stadt Trebbin	8	7	7	5	26	19
Stadt Zossen	20	8	37	45	105	268
Amt Dahme/Mark	8	20	7	16	21	23
gesamt	151	161	168	246	1.087	1.591

*reduzierter Einsatz wegen Straßenbaumaßnahmen

Tabelle 62: Verkehrssicherheit und -lenkung 2021, 2022

Bestand oder Vorgang	Stand 31.12.2021	Stand 31.12.2022
Stellungnahmen (allgemeine Planvorhaben, Straßenbauvorbereitung)	282	344
Erlaubnisse, Veranstaltungen § 29 StVO (Anträge)	177	233
Ausnahmegenehmigungen § 46 StVO (Anträge)	438	659
Verkehrsrechtliche Anordnungen von Baumaßnahmen im öffentlichen Verkehrsraum nach § 45 Abs. 1 Nr. 1 StVO einschließlich Beteiligungen nach § 45 Abs. 2 StVO	3060	2793
Anträge auf Verkehrsregelung	303	276
- davon erteilte Anordnungen für Verkehrsregelungen gemäß § 45 StVO	141	109
Verkehrsschauen	0	8

Kataster- und Vermessungsamt

Bis zur Jahresmitte 2022 wurden die Tätigkeitsfelder der Katasterbehörde von den Beschränkungen der Corona-Pandemie beeinflusst. Bis zum Jahresende konnten die Regelungen zum Schutz der Beschäftigten schrittweise zurückgenommen werden. Die wegen der Pandemie teilweise veränderten Abläufe der Katasterführung und Katasterauskunft haben sich verstetigt und bewährt (Homeoffice).

Das konstant hohe Antragsniveau im Bereich Auskunft und Datenabgabe war im Berichtsjahr vor allem auf die Regelungen zur Grundsteuererklärung zurückzuführen. In diesem Tätigkeitsfeld wurde von den Beschäftigten ein riesiger Ansturm mündlicher, schriftlicher und telefonischer Anfragen bewältigt.

Die zunehmenden Probleme der Bauwirtschaft gingen im Berichtsjahr noch nicht mit einer rückläufigen Anzahl der bei der Katasterbehörde eingereichten Grenzfeststellungen und Gebäudeeinmessungen einher. Der Zugang von rund 20 Prozent mehr Gebäudeeinmessungen im Vergleich zum Vorjahr und zusätzliche Personalausfälle verursachten teilweise erhöhte Übernahmezeiten.

Die Berichtigung von Karten- und Identifizierungsfehlern im Zusammenhang mit der Prüfung und Übernahme von Umringsgrenzen in mehreren Verfahrensgebieten von Flurbereinigungsverfahren und umfangreiche Nacharbeiten zu einem bereits übernommenen Bodenordnungsverfahren erfordern weiterhin einen hohen Zeit- und Personaleinsatz.

Mehrere Workshops zu den aktuellen Themen der Katasterverwaltung und der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses wurden als Web-Konferenz durchgeführt. Das Feedback der Beteiligten zu den gut vorbereiteten, digital abgehaltenen Veranstaltungen war im Ergebnis positiv.

Durch die Bereitstellung von Landesgeldern für die Behebung von eigentumsrechtlichen Defiziten der Führung des Liegenschaftskatasters in der DDR konnte in zwei großflächigen Gebieten die Qualität des Liegenschaftskatasters verbessert werden.

Die im III. Quartal 2022 stattgefundene Arbeitsberatung mit den kreisansässigen Öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren (ÖbVI) wurde für die Überprüfung und Präzisierung der Abläufe beim Umgang mit den eingereichten Vermessungsschriften genutzt. Darüber hinaus wurde wegen der in Kraft getretenen „Verwaltungsvorschrift zur Ausführung von § 7 Satz 2 der Brandenburgischen Bauordnung“ in die Veranstaltung die Untere Bauaufsichtsbehörde einbezogen.

Gutachterausschuss

Das umfangreiche Aufgabenspektrum der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses wurde durch die Analyse des Grundstücksmarktes 2021/2022, für den Grundstücksmarktbericht und darüber hinaus unter anderem für die Vorbereitung von Verkehrswertgutachten und Zustandsfeststellungen für die Enteignungsbehörde geprägt. Die zum Stichtag 1. Januar 2022 eingeführten flächendeckenden Bodenrichtwerte für den bebauten Außenbereich haben sich bei den Nutzer*innen etabliert.

Die rückläufige Anzahl der im Jahr 2022 ausgewerteten Kaufverträge weist auf die angespannte wirtschaftliche Situation der Bau- und Planungsbranche hin.

Die Geschäftsstelle des Gutachterausschusses erreichten 2.000 Immobilienkaufverträge und somit circa 800 auszuwertende Verträge weniger als im Vorjahr. Die Nachfrage nach Bauland, bebauten Grundstücken, Wohnungseigentum, landwirtschaftlichen Flächen stagnierte insbesondere ab der zweiten Jahreshälfte.

Die zum 1. Januar 2023 zu beschließenden Bodenrichtwerte werden voraussichtlich geringe Anstiege und teilweise stagnierende Bodenrichtwerte von Wohnbauland aufzeigen.

Ausbildung

Im Jahr 2022 wurde eine weitere Ausschreibung für den dualen Studiengang „Vermessung und Geoinformatik“ initiiert. Nach dem Auswahlverfahren, welches im Januar 2023 startet, könnte eine dritte Person ein Studium an der Hochschule Anhalt aufnehmen.

Nach zwei Ausschreibungsverfahren gelang es, mit einer Person einen Vertrag für die Ausbildung als Vermessungstechniker abzuschließen.

Um die künftigen Vermessungstechniker*innen optimal auf ihren Beruf vorzubereiten, werden sie verstärkt in die Themen Geographische Informationssysteme (GIS) und Geodatenmanagement einbezogen. Die Katasterbehörde Teltow-Fläming bietet Unterweisungsgemeinschaften an, die von den Azubis der Katasterbehörde und von neun Auszubildenden der kreisansässigen ÖbVI wahrgenommen werden.

Antragsstatistik

Im Kataster- und Vermessungsamt wurde zum Ende des Jahres 2022 in den 166 Gemarkungen des Landkreises der Nachweis von 214.121 (2021: 213.712) Flurstücken in 85.744 (2021: 86.331) Grundbuchblättern geführt. Die gestiegene Anzahl der Flurstücke weist auf die Nachfrage und die damit verbundene weitere Parzellierung von Grundstücken hin. Zudem bedeutet sie auch eine hohe Auslastung der Katasterbehörde. Insgesamt wurden 1.035 Vermessungen in das Liegenschaftskataster übernommen. Das Kataster- und Vermessungsamt als Vermessungsstelle war gemäß dem Prioritätenerlass vorrangig bei amtseigenen Projekten der Geometrieverbesserung im Einsatz.

Im Berichtszeitraum wurden 2.299 (2021: 2.390) analoge Flurkartenauszüge und Eigentüternachweise erarbeitet und verkauft.

An 140 Betreiber von graphischen Informationssystemen, das sind die Städte und Gemeinden des Landkreises, land- und forstwirtschaftliche Unternehmen, Energie- und Wasserversorger und andere, wurden 2022 umfangreiche digitale Datenbestände in verschiedenen Datenformaten herausgegeben.

Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung

Sachgebiet Wirtschaftsförderung, Tourismus und Mobilität

Wirtschaftsförderung

Betreuung kleiner und mittelständischer Unternehmen

Die Arbeit des Fachbereiches umfasste im Jahr 2022 folgende Schwerpunkte:

- Fachkräfteabwanderung
- Lieferengpässe
- Energie und die damit verbundenen Preissteigerungen für Gas und Strom sowie deren Auswirkungen auf die kleinen und mittelständischen Unternehmen

In Folge der Neuausrichtung der GRW-Förderrichtlinie (Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“), der Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine und der daraus resultierenden Energiekrise ging die Investitionstätigkeit im Landkreis Teltow-Fläming stark zurück. Ausgehend von Gesamtinvestitionen in Höhe von ca. 136 Millionen Euro im Jahr 2021 waren im Jahr 2022 lediglich 18 Millionen Euro an Investitionsvolumen im Rahmen der GRW-Richtlinie zu verzeichnen.

Die Wirtschaftsförderung erreichten vermehrt Nachfragen über Fördermöglichkeiten für erneuerbare Energien und Einsparmöglichkeiten sowie Nachfragen nach Fachkräften aus allen in Teltow-Fläming vertretenen Branchen.

Über aktuelle Fördermöglichkeiten für kleine und mittelständische Unternehmen und über die Herangehensweisen an die Megatrends künstliche Intelligenz, Digitalisierung, Veränderungen des Arbeitsmarktes, Energie und Klimaneutralität wurden unter anderem im Rahmen der jeweiligen Netzwerksitzungen und innerhalb des Programmes der Wirtschaftswoche Teltow-Fläming informiert. In diesen Formaten wurde ebenso über Angebote und Möglichkeiten zum Thema nationaler und internationaler Fachkräftesicherung beraten.

In Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung des Landes Brandenburg wurden seit 2022 in einer mehrere Sitzungen umfassenden Flächenwerkstatt die aktuellen Kapazitäten der Gewerbeflächenentwicklung analysiert. Dies dient als Vorarbeit der Potenzialanalyse zur Erarbeitung eines Gewerbeflächenkonzeptes für den Landkreis Teltow-Fläming.

Die Wirtschaftsförderung des Landkreises war zudem im Jahr 2022 innerhalb der Regionalbudget-Projekte der regionalen Wachstumskerne (RWK) Ludwigsfelde und Luckenwalde sowie mit dem Regionalmanagement des RWK Ludwigsfelde tätig.

Netzwerk Mittelstand

Das Netzwerk Mittelstand soll die regionalen Akteure im Bereich der Wirtschaftsförderung, Kammern und Verbände sowie wirtschaftsnahe Institutionen untereinander vernetzen und Wissenstransfer organisieren. Dies geschieht in Form von Netzwerksitzungen.

Im Jahr 2022 fanden insgesamt vier Netzwerktreffen (eins digital und drei in Präsenz) mit durchschnittlich mehr als 20 Teilnehmer*innen pro Veranstaltung statt. Dabei wurden aktuelle Förderprogramme, Richtlinien und innovative Projekte zum Thema Technologieförderung oder Energiewende vorgestellt.

Netzwerk „Schule-Wirtschaft-Connect TF“

Im Jahr 2022 fanden drei Netzwerksitzungen gemeinsam mit institutionellen Akteuren der Berufsorientierung, Weiterbildung und Qualifizierung sowie Vertreter*innen aus regionalen weiterführenden Schulen und Ausbildungsbetrieben statt. Zur strategischen Planung regionaler Berufsorientierungsprojekte tagte außerdem die an das Netzwerk Schule-Wirtschaft-Connect gekoppelte Steuerungsgruppe. Aus dem Projekt „Deine Ausbildung in TF“ gingen vier weitere Berufsorientierungsfilme hervor.

Im Rahmen der Berufsorientierungstournee wurden im Schuljahr 2022/23 zehn Unternehmensbesuche für 126 Schüler*innen organisiert, bei denen sie sich über die Ausbildungsangebote vor Ort informieren konnten.

Im Jahr 2022 erschien außerdem die zweite Auflage des Ausbildungs- und Praktikumsführers TF 2022/2023 mit insgesamt 124 Unternehmensanzeigen. Die Broschüren wurden an sämtliche Neuntklässler*innen des Landkreises TF mit den Abschlusszeugnissen übermittelt.

Das Netzwerk Schule-Wirtschaft-Connect unterstützte außerdem bei der Planung und Durchführung des Tages der Ausbildung Metall und dem Tag der Logistik. Weiterhin präsentierte und beriet das Netzwerk im Rahmen von Ausbildungsmessen wie dem KarriereKick TF, dem Tag des offenen Gewerbegebietes Baruth/Mark und der Ausbildungsmesse Dahme/Mark Schüler*innen und regionale Unternehmen zum Thema Übergang von der Schule zum Beruf.

Im Rahmen der Wirtschaftswoche 2022 wurde vom Netzwerk Schule-Wirtschaft-Connect das Netzwerktreffen im Messeformat „Wirtschaftsfaktor Mensch“ als Gesamtprojekt zur Fachkräftesicherung und Fachkräftegewinnung mit 23 Aussteller*innen, Vortragsreihen, zwei Workshops und über 100 Teilnehmer*innen organisiert und durchgeführt.

Wirtschaftswoche Teltow-Fläming

Die Wirtschaftswoche feierte im Jahr 2022 das zehnjährige Jubiläum. Unter dem Motto „TF in TransFormation“ wurden insgesamt zehn Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit den kommunalen und institutionellen Netzwerkpartnern ganz im Zeichen der Wirtschaft organisiert. Die Schwerpunktthemen der Jubiläumsausgabe waren Innovation und Digitalisierung, wirtschaftsrelevante Förderprogramme, Fachkräftesicherung und Rekrutierung, Energieeffizienz, Klimaneutralität und Tourismus. Mit der FlämingBau-Messe wurde die Wirtschaftswoche erfolgreich abgeschlossen.

Preis der Wirtschaft Teltow-Fläming 2022

Der Preis der Wirtschaft TF wird ab 2023 im Zwei-Jahres-Rhythmus verliehen. Entsprechende Vorbereitungsgespräche und erste Sitzungen des Jurygremiums fanden dazu bereits im vierten Quartal 2022 statt.

Breitbandausbau

Ein Hauptaugenmerk des Fachbereichs lag im Jahr 2022 weiterhin auf der Umsetzung des Bundesprogramms Breitband, auch bekannt unter dem Namen „Weiße-Flecken-Programm“. Das Programm zielt auf die Förderung von Adresspunkten ab, deren Breitbandversorgung unter 30 Megabit pro Sekunde liegt, die sogenannten weißen Flecken.

Im Rahmen eines bereits durch den Fördermittelgeber (Bund) genehmigten Nachtragsangebots der e.discom wurde die Zahl der im Rahmen des Förderprogramms förderfähigen auszubauenden Adresspunkte um 864 erhöht.

Mit Abschluss des Bundesprogramms Breitband, voraussichtlich im März 2026, werden 7.044 Haushalte, 130 Unternehmen sowie die Klassen von 70 Schulen im Projektgebiet zuverlässig mit Glasfaser bis ins Haus versorgt. Diese Infrastruktur ermöglicht nahezu unbegrenzte Bandbreiten. Dafür werden 710 Kilometer Tiefbau realisiert und 1.204 Kilometer Leerrohre mit 2.591 km Glasfaser verlegt.

Nachdem im Juni 2021 der Vertrag mit der e.discom für das Los 2 (Ausbaugbiet West) unterzeichnet wurde, erfolgte nach intensiven Verhandlungen mit der Telekom im Juni 2022 die Vertragsunterzeichnung für den Ausbau des Loses 1 (Ausbaugbiet Ost).

Damit sind die vertraglichen und fördermitteltechnischen Grundlagen für die Umsetzung des Breitbandausbaus im Landkreis Teltow-Fläming geschaffen.

Mit dem ersten Spatenstich am 28. Februar 2022 durch die e.discom geht die Umsetzung des Bundesförderprogramms Breitband in die für die Bevölkerung des Landkreises Teltow-Fläming sichtbare Phase über. Im Ausbaubereich der Telekom soll der Start der Tiefbauarbeiten im zweiten Quartal 2024 beginnen.

Mit der Erweiterung des Ausbaus steigt das Gesamtvolumen des Projektes auf rund 65 Millionen Euro, von denen der Bund 32,5 Millionen Euro, das Land Brandenburg 29,6 Millionen Euro und der Landkreis Teltow-Fläming 2,9 Millionen Euro finanzieren.

Die Kapazitäten dieses Glasfasernetzes können zukünftig auf Basis technischer Innovationen und der Nutzung der verlegten Leerrohre kostengünstig weiter ausgebaut und den steigenden Anforderungen der Unternehmen, Schulen und der Bevölkerung des Landkreises Teltow-Fläming angepasst werden.

Kommunaler Öffentlicher Personennahverkehr

Die anhaltenden Maßnahmen und Regularien zum Gesundheitsschutz im Zuge der Coronapandemie hatten auch im Jahr 2022 Auswirkungen auf den kommunalen Öffentlichen Personennahverkehr (kÖPNV). Die Beibehaltung und Ausweitung der Nutzung von Homeoffice führte zu einer Verringerung der Fahrgastzahlen und damit verbundenen Einnahmeverlusten bei den vertraglich gebundenen Verkehrsunternehmen des Landkreises. Fehlende Tarifanpassungen für das Jahr 2022 sowie Einnahmeverluste durch das 9-Euro-Ticket, welches die Fahrgäste von Juni bis August 2022 als Bestandteil des zweiten Entlastungspaketes der Bundesregierung für gestiegene Energiekosten nutzen konnten, fehlten zumindest teilweise als Kompensationsmöglichkeit für Mehrkosten. Diese sind als Folgen insbesondere des russischen Angriffskriegs in der Ukraine, durch Preissteigerungen bei Kraftstoffen, Betriebsstoffen und Ersatzteilen gravierend und waren in der aufgetretenen Höhe nicht zu erwarten.

Dank eines erneuten finanziellen Ausgleiches über den „ÖPNV-Rettungsschirm“ des Landes Brandenburg konnte eine Mehrbelastung des Kreishaushaltes in Form einer Erhöhung des über die Öffentlichen Dienstleistungsaufträge festgelegten Verlustausgleiches reduziert werden. Trotz allem mussten durch Aufrechterhaltung des regulären Fahrplans und teilweise steigende Betriebskosten der vertraglich gebundenen Verkehrsunternehmen höhere Ausgleichszahlungen aus dem Kreishaushalt geleistet werden.

Der vom Kreistag im April 2021 beschlossene Nahverkehrsplan für den kommunalen ÖPNV des Landkreises Teltow-Fläming im Zeitraum 2021 bis 2025 war Richtschnur für die Arbeit des Fachbereiches im Jahr 2022 und bildet die Grundlage für die weitere Leistungsfähigkeit des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) im Landkreis.

Die Rechtsgrundlage dafür bilden die ab 1. August 2016 abgeschlossenen „Öffentlichen Dienstleistungsaufträge“ (ÖDA) zwischen dem Landkreis und den ÖPNV-Leistungen erbringenden Verkehrsunternehmen entsprechend den Vorgaben aus dem Nahverkehrsplan 2021 bis 2025. Die getroffenen vertraglichen Regelungen gelten derzeit bis einschließlich 2026.

Im Jahr 2022 wurden auf der Grundlage von im Jahr 2017 angepassten Vereinbarungen mit dem Landkreis Elbe-Elster, dem Landkreis Dahme-Spreewald, dem Landkreis Potsdam-Mittelmark und dem Senat von Berlin die landkreisübergreifenden Verkehre sowie die verkehrliche Anbindung der JVA Heidering fortgesetzt und dazu notwendige Ausgleichszahlungen gesichert. Weiterhin wurden seit dem Jahr 2017 Zusatzverkehre in den Kommunen erweitert, angepasst und optimiert. Auf der Grundlage der im Jahr 2017 angepassten Verwaltungsverträge mit den Kommunen wurden die Zusatzverkehre und die Verkehre der Ortslinien ebenfalls fortgesetzt und die vertraglich festgesetzten Ausgleichszahlungen durch die Kommunen an den Landkreis getätigt.

Den Gesamtaufwendungen für den Öffentlichen Personennahverkehr in Höhe von 15.184.800 Euro standen Gesamterlöse von 7.631.600 Euro gegenüber. Sie setzen sich aus 6.248.200 Euro Landeszuweisungen und 1.383.400 Euro Beteiligungen von anderen Landkreisen und Kommunen zusammen. Der Landkreis musste dementsprechend 7.553.200 Euro als Eigenmittel für den Öffentlichen Personennahverkehr bereitstellen.

Dabei konnten im Jahr 2022 Mehrerlöse in Höhe von 939.700 Euro unter anderem aus dem ÖPNV-Rettungsschirm generiert werden. Ebenso erhöhte sich der Anteil der Kommunen für neu eingerichtete Rufbusangebote und durch die Tatsache, dass im Jahr 2022 zusätzlich der kommunale Anteil für das Jahr 2021 rückwirkend erhoben wurde.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich die finanzielle Mehrbelastung für den Kreishaushalt durch höhere Verlustausgleiche gegenüber den vertraglich gebundenen Verkehrsunternehmen um 1.585.400 Euro erhöht.

Zusammenarbeit mit dem VBB

Mit dem Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) gibt es eine enge Zusammenarbeit. Durch die Mitarbeit der Landrätin im Aufsichtsrat und des Leiters des Amtes für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung im Beirat der Gesellschafter der VBB GmbH nahm der Landkreis Teltow-Fläming erfolgreich auf die weitere positive Entwicklung des gesamten Öffentlichen Personennahverkehrs im Verbundgebiet Einfluss.

Eine große Errungenschaft ist die Umsetzung eines Halbstundentaktes auf der Trasse des RE 3/RE 4 von/bis Jüterbog seit dem Fahrplanwechsel zum 11. Dezember 2022. Damit profitieren jetzt auch Pendler*innen aus dem südlichen Bereich des Landkreises von einer ganz-tägigen halbstündlichen Anbindung an die Hauptstadtregion im Regionalverkehr. Die Anschlussverknüpfungen zwischen den anbindenden Buslinien und den RE wurden weitestgehend angepasst und zum Teil verbessert.

Auf der Grundlage eines aus dem Jahr 2020 resultierenden Gutachtens für die Nordraumregion in Teltow-Fläming wurde auch im Jahr 2022 an der weiteren Optimierung der vorhandenen Verkehre im nördlichen Bereich des Landkreises gearbeitet. Mit der finanziellen Absicherung über den Kreishaushalt soll die Umsetzung des „Nordraumkonzeptes“ im Jahr 2023 schrittweise begonnen werden. Die Beschaffung der erforderlichen Busse wurde in Auftrag gegeben.

Der dazu notwendige Bau eines Busknotens in der Gemeinde Großbeeren wurde im Herbst 2022 begonnen. Die Gemeinde beauftragte die Bauarbeiten. Es wird mit einer Fertigstellung des Busknotens zum Ende des II. Quartal 2023 gerechnet, abhängig von Witterungsbedingungen und Materialverfügbarkeit.

Coronabedingt musste durch fehlende Planungssicherheit die achte geplante Veranstaltung der 48-Stunden-Aktion des VBB im Landkreis Teltow-Fläming erneut abgesagt werden. In Abstimmung mit der Stadt Trebbin als einem Veranstalter dieser Aktionen soll es einen erneuten Versuch der Durchführung im Jahr 2023 für die Region Nuthe-Nieplitz geben. Für den Bereich Baruth-Fläming-Urstromtal besteht dann im Folgejahr 2024 die Möglichkeit einer Fortsetzung der jährlich wechselnden Veranstaltungsreihe.

PlusBus

Beide seit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2018 verkehrenden PlusBus-Linien im Landkreis Teltow-Fläming zwischen Ludwigsfelde und Zossen, mit Anschluss an den PlusBus zwischen Ludwigsfelde und Potsdam, haben sich etabliert und weisen einen stetig steigenden Nutzerzuwachs aus. Sie bieten eine weitere Verbesserung der stündlichen Querverbindung zur Landeshauptstadt und sichern den Anschluss an den Regionalverkehr sowohl in den südlichen als auch in den nördlichen Teil des Landkreises.

Ruf-Bus

Die Umsetzung der Verkehre durch alternative Bedienformen wurde im Landkreis auch im Jahr 2022 verstetigt und erweitert. In enger Zusammenarbeit mit der VTF mbH wurde das bedarfsgerechte Verkehrsangebot in noch mehr Teilen des Landkreises aufgewertet und auch kreisübergreifend ausgeweitet. Bestehende Verkehre wurden optimiert und durch die enge Zusammenarbeit von Aufgabenträger, Verkehrsunternehmen und Kommunen bedarfsgerechter gestaltet.

Der Landkreis als Aufgabenträger des kommunalen ÖPNV finanziert nunmehr alle bestehenden Rufbuslinien aus seinen Haushaltsmitteln, sofern diese Linien dem Grundangebot zuzuordnen sind. Mit Beschluss des gültigen Nahverkehrsplanes von 2021 bis 2025 ist das Rufbusangebot im ländlichen Raum als Grundbedarf festgelegt worden. Die Kostenbeteiligung der betreffenden Kommunen entfällt. Damit und mit dem innovativen Bestellsystem wurde ein über die Kreis- und Landesgrenzen hinaus beispielhaftes Mobilitätsprojekt im Landkreis Teltow-Fläming umgesetzt. Eine Mitfinanzierung obliegt derzeit den Kommunen, deren Rufbusangebote als Pilotphase eingestuft sind, beziehungsweise dort, wo Stadtverkehre ausgeweitet wurden, um die Anbindung der Kernstädte mit den umliegenden Ortschaften zu verbessern.

Zum 1. April 2022 wurde das Rufbusangebot R 778 Trebbin auf die Ortsteile der Gemeinde Am Mellensee und der Stadt Trebbin ausgeweitet. Dabei wurden zusätzlich zur besseren Erschließung der Räume zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming und dem Landkreis Dahme-Spreewald der Ort Motzen und zur besseren Erschließung der Räume zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming und dem Landkreis Potsdam-Mittelmark die Orte Stücken, Körzin und Zauchwitz in die Bedienung aufgenommen.

Bereits im Mai 2021 beauftragte der Landkreis eine Erweiterung des bestehenden Rufbusangebotes in der Gemeinde Nuthe-Urstromtal auf das Territorium der Stadt Baruth/Mark und die umliegenden Gemeinden. Die dadurch erfolgte Zusammenlegung der beiden Rufbusangebote Nuthe-Urstromtal und Baruth/Mark führte zu einer noch effektiveren Nutzung der Rufbuskapazitäten. Zum 7. Juli 2022 wurde dieses Rufbusgebiet durch die Bedienung des Stadtgebietes Luckenwalde am Wochenende und die Aufnahme zusätzlicher Haltestellen in Luckenwalde nochmals erweitert und verbessert.

Zum 7. Juli 2022 startete die Verbindung der Ortsteile von Ludwigsfelde mit der Kernstadt über den Rufbus R 779. Im Nahverkehrsplan für den kommunalen ÖPNV des Landkreises Teltow-Fläming 2021 bis 2025 ist ein Mindestfahrplanangebot definiert. Für Stadtbuslinien sieht der Plan auch am Wochenende einen Stundentakt vor. Das betrifft auch die Stadt Ludwigsfelde und deren Stadtbuslinien. Die Verbindung der Ortsteile von Ludwigsfelde mit der Kernstadt wird generell verbessert, und es können die Fahrtmöglichkeiten Montag bis Freitag von 5.30 Uhr bis 21.30 Uhr sowie an den Wochenenden von 8.30 Uhr bis 21.30 Uhr genutzt werden.

Ebenfalls zum 7. Juli 2022 wurde die Rufbuslinie R 466 als Gemeinschaftskonzession der Regionalen Verkehrsgesellschaft Dahme-Spreewald mbH und der Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming eingerichtet. Die Ortsteile im Raum Dahme/Mark, Luckau und Golßen werden miteinander verbunden, deren Anbindung an die Bahnhöfe Golßen, Drahnisdorf und Uckro sichergestellt. Damit wurde einer weiteren Forderung des Nahverkehrsplanes Teltow-Fläming entsprochen.

Investitionen

2022 wurden ÖPNV-Investitionen durch die Bereitstellung von insgesamt 353.900 Euro aus der Investitionsrichtlinie des Nahverkehrsplans unterstützt. Gefördert wurden Investitionen für Bushaltestellen mit Aufstellflächen im Amt Dahme/Mark sowie den Gemeinden und Städten Am Mellensee, Blankenfelde-Mahlow, Luckenwalde, Ludwigsfelde, Niedergörsdorf, Nuthe-Urstromtal, Rangsdorf und Trebbin. Für den grundhaften Ausbau der Goethestraße am Bahnhof Rangsdorf wurde eine letzte Teilzahlung wirksam. Bei der Vergabe der finanziellen Mittel lag das Augenmerk besonders auf der Herstellung von Barrierefreiheit, um den Anforderungen des Personenbeförderungsgesetzes gerecht zu werden. Obwohl die Kommunen aus diesem Grund teilweise mehr Gelder in den barrierefreien Ausbau der Bushaltestellen investierten, lag der Anteil der Förderung insgesamt erneut weit unter dem Planansatz. Ursächlich war die fehlende Kofinanzierung seitens der Kommunen.

Für die VTF mbH konnte die Beschaffung von Hardware und zusätzlicher Software zur Disposition alternativer Bedienformen gefördert werden.

Nahverkehrsbeirat

Der Nahverkehrsbeirat Teltow-Fläming tagte im Jahr 2022 nur zweimal. Weitere Tagungen wurden nicht geplant, es gab keine Themen, die die Einberufung einer Sitzung des Nahverkehrsbeirates zwingend erforderlich gemacht haben. Im Beirat wirken der Leiter des Amtes für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung, der Sachgebietsleiter Wirtschaftsförderung, Tourismus und Mobilität sowie die Sachbearbeiterin für Öffentlichen Personennahverkehr aktiv mit.

Tourismus

Tourismusentwicklung

Ein maßgeblicher Teil der Arbeit im Bereich Tourismusentwicklung galt im Jahr 2022 den touristischen Attraktionen Museumsdorf Baruther Glashütte und Flaeming-Skate.

Der im Sommer 2021 begonnene und über die Lokale Aktionsgruppe „Rund um die Flaeming-Skate“ geförderte Leitbildentwicklungsprozess für das **Museumsdorf Baruther Glashütte** ging im Jahr 2022 in die Realisierungsphase. In einem umfangreichen und breiten partizipativen Prozess erarbeitete der Fachbereich Tourismus gemeinsam mit den touristischen Beratungsunternehmen, dem Tourismusverband Fläming e. V., den zuständigen Mitgliedern der Verwaltungsleitung, den Glashütter Akteur*innen und der Stadt Baruth/Mark eine Konzeption. Sie soll das touristische Potenzial des Museumsdorfs weiterentwickeln, Wertschöpfung in der Region generieren, Arbeitsplätze sichern und Glashütte als Wirtschaftsstandort langfristig stärken. Die Ergebnisse präsentierte das Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung im Oktober 2022 der Verwaltungsleitung.

Im Juni 2022 wurden die LEADER-Fördermittel zur Umsetzung des Zukunftskonzeptes **Flaeming-Skate** bewilligt. Im anschließenden Vergabeverfahren wurde das touristische Beratungsunternehmen „B T E Tourismus- und Regionalberatung“ für den Auftrag gewonnen. Geplanter Projektstart ist Januar 2023. Ziel des Zukunftskonzeptes Flaeming-Skate ist eine realistische Empfehlung zur Weiterentwicklung, die in ein modernes und zukunftsfähiges Konzept mündet, das das Potenzial der Strecke auch zukünftig nachhaltig nutzt.

Weiterhin initiierte der Fachbereich Tourismus gemeinsam mit dem Tourismusverband Fläming e. V. eine Weiterentwicklung des Projektes **Workation Fläminger Art**“, das in seinen Grundzügen im März 2022 bereits den Marketing Award des Ostdeutschen Sparkassenverbandes gewonnen hat. Ziel des Projektes ist es, die Reiseregion als naturnahe Tagungsdestination und als lebenswerten Arbeitsort bekannter zu machen. Mithilfe des Projektes wollen der Tourismusverband, die Wirtschaftsförderungen der Landkreise Potsdam-Mittelmark und Teltow-Fläming sowie die IHK Potsdam und die Tourismusbetriebe die neue Arbeitswelt im ländlichen Raum im Dialog mit der regionalen nicht-touristischen Wirtschaft aktiv mitgestalten. Das Sachgebiet sprach dazu direkt die nicht-touristische Wirtschaft in der Region an (Partner aktuell sind zum Beispiel RAUCH Deutschland GmbH & CO KG, MTU Maintenance Berlin-Brandenburg GmbH, SIK-Holzgestaltungs GmbH, Mittelbrandenburgische Sparkasse in Potsdam), um die Bedürfnisse der Betriebe abzufragen und das Projekt im Unternehmen vorzustellen. Denn: Eine gute touristische Infrastruktur und Angebotspalette sind nicht nur attraktiv für Gäste und Einheimische, sondern spielen auch für hier ansässige Unternehmen und deren Beschäftigte eine große Rolle. So fand dieses Thema bei den Fläminger Tourismusgesprächen im Rahmen der Wirtschaftswoche 2022 großen Anklang bei Leistungsträgern und Wirtschaftsunternehmen.

Um dem Fach- und Arbeitskräftemangel im Tourismus zu begegnen, erarbeiteten Fachbereich und Tourismusverband die Konzeption einer Employer Branding Kampagne im Fläming. Geplanter Kampagnenstart ist 2023. Der Fläming mit seinen Akteur*innen soll als attraktiver Arbeits- und Wohnort in den relevanten Quellenmärkten weiter in den Fokus gerückt werden. Neben der Erarbeitung gemeinsamer konkreter Maßnahmen gab der Fachbereich wichtige Impulse zur Weiterentwicklung der DMO-Marke „Der Fläming“, nahm regelmäßig an Netzwerk- und Marketingausschusssitzungen teil und fungierte im Anschluss als Sprachrohr für die tourismusrelevanten Themen in die Region.

Weiterhin nahm der Fachbereich an Beratungen touristischer Netzwerke und Stammtische im Landkreis Teltow-Fläming teil. Ziele sind Kompetenzstärkung, Erfahrungsaustausch, die Bündelung von Know-how, Aufsetzen gemeinsamer Maßnahmen und Erreichen von Verständnis für die Belange der Leistungsträger im Landkreis. Unter anderem gehören der „Touristische Stammtisch Teltow-Fläming“ und der „Runde Tisch Baruther Glashütte“ zu den aktivsten Netzwerken. So fand die im Vorjahr begonnene Vermarktung des Wanderweges „Baruther Linie“ im Tourismusstammtisch eine Fortführung und mündete in der erfolgreichen Realisierung eines eigenen Aktionstages „Tag der Baruther Linie“ am 22. Mai 2022. Mit dem Ziel der überregionalen Bekanntmachung dieses für Teltow-Fläming bedeutenden Wanderweges erarbeitete der Tourismusstammtisch fünf Strecken und ein abwechslungsreiches Programm, das mehr als 120 Personen am Aktionstag wahrnahmen.

Der Fachbereich nahm regelmäßig an den Treffen der überregionalen „Arbeitsgemeinschaft Radweg Berlin–Leipzig“ teil. Auch die Intensivierung des Austauschs mit den Tourismusorganisationen in Brandenburg stellte eine wichtige Säule der touristischen Netzwerkarbeit dar. So bot sich beispielsweise durch die Beteiligung am Veranstaltungsformat "Miteinander leben, miteinander reden" (Landkreis im Gespräch) für die Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH eine Möglichkeit zur Vorstellung der neuen Landestourismusstrategie und zur Einbeziehung der Akteure des Sozialraumes West.

Flaeming-Skate

Auch 2022 bediente die Flaeming-Skate die Trendthemen des naturnahen Tourismus. Regionalität, Nachhaltigkeit sowie der Wunsch nach Authentizität und Natürlichkeit sprachen vielfältige Zielgruppen an. Leicht erreichbar und kostenfrei zugänglich ermöglichte sie Einheimischen und Gästen unzählige Outdoor-Aktivitäten.

Der Fachbereich erstellte die Broschüre Flaeming-Skate 2022 mit allen relevanten Informationen zur Region. 60.000 Stück wurden verteilt. Für die Vermarktung der Flaeming-Skate wurden neben regionalen Anlaufpunkten auch Beiträge und Anzeigen in Zeitschriften verschiedener Regionen mit großen Reichweiten besonders für Aktivurlauber genutzt.

Der Fachbereich begann im Frühjahr 2022 mit der Vorkonzeption für einen Relaunch der Website www.flaeming-skate.de. Die Planungen sollen 2023 finalisiert werden, so dass im Jahr 2024 der Relaunch folgen kann.

Die Öffentlichkeitsarbeit (Texte, Inserate in nationalen und internationalen Veröffentlichungen, Pflege des Internetauftritts (www.flaeming-skate.de) gehört nach wie vor zum Tagesgeschäft des Bereiches Flaeming-Skate, wie auch der Versand aller Reiseinformationen per E-Mail beziehungsweise Post,

Die Präsentation der Region auf Messen lief 2022 nach zweijähriger Pause wieder an. So war der Fachbereich auf den Messen zum Berliner Halbmarathon im April und Marathon im September vertreten und präsentierte sich auf dem weltweit größten Sportevent für Inline-Skater – im Zielbereich des Berlin Marathon – direkt am Brandenburger Tor mit Werbebannern und Broschüren. Im Juli 2022 war die Flaeming-Skate zudem auf der Landesgartenschau 2022 in Beelitz präsent. Eine Teilnahme an der Internationalen Grünen Woche in Berlin musste 2022 pandemiebedingt leider entfallen, wird 2023 jedoch wieder erfolgen.

Viel Anklang fanden die neuen Werbemittel der Flaeming-Skate auf Messen und Veranstaltungen in der Skate-Arena Jüterbog.

Der Bereich Tourismus unterstützte 2022 die Betreuung der studentischen Praktikantin mit einem Einblick in die behördlichen Arbeiten der Wirtschaftsförderung im Bereich Flaeming-Skate und Skate-Arena. Besondere Aufmerksamkeit galt hier unter anderem der Eventorganisation.

Skate-Arena Jüterbog

2022 war ein erfolgreiches Jahr im Veranstaltungsbetrieb der Skate-Arena. Einmal mehr waren die vielfältigen und großflächigen Nutzungsmöglichkeiten der Sportstätte gefragt. Sie boten Gästen und Sportlern viel Spielraum für ihre Trainings und sportlichen Vorhaben.

Alle Veranstaltungen konnten wie geplant durchgeführt werden. Die Anlage öffnete im März mit dem regulären Trainingsbetrieb des Haussportvereins.

Erfolgreich begann der April mit den Buchungen der deutschen Kadetten-Kader, den Vereinen aus Dessau und Erfurt in der ersten Osterferienwoche. Das ausgeschriebene Osterferien-Camp der Vereine beherbergte weitere einhundert Kinder und Jugendliche aus Berlin, Meißen, Oranienburg, Falkensee und den Gemeinden Nuthe-Urstromtal und Niedergörsdorf sowie den Städten Jüterbog und Luckenwalde. Highlight in diesem Camp war die Anwesenheit der mehrfachen Olympiasiegerin Claudia Pechstein, die als Trainerin fungierte.

Mit dem Monat Mai folgten viele Angebote für Gäste der Region:

- die Saisonöffnung Flaeming-Skate mit dem Tag der offenen Tore,
- der 10. Flaeming-Skate-Junior-Cup mit neunzig Starter*innen,
- das BBC-Radevent,
- das fünftägige Flaeming-Rollevent mit über einhundert Teilnehmenden und
- verschiedene Kursangebote.

In den Sommermonaten gab es viele sportliche Highlights:

- das Zwölf-Stunden-Rennen der Stepperbikes,
- die Brandenburgischen Landesmeisterschaften und der offene Dreiländerwettkampf im Speedskaten,
- die Vier-Stunden-Challenge im Inline-Skaten,
- die Sommer-Ski-Olympiade des DSV für Kinder sowie
- viele Vereinsbuchungen zu Trainingszwecken.

Auch der 15. Kids-Skate-Day für die Schulen des Landkreises Teltow-Fläming konnte nach zwei Jahren Pause endlich wieder regulär durchgeführt werden. Er fand Anklang bei 18 Institutionen mit 222 Teilnehmenden zwischen 4 und 18 Jahren.

Ein Bildungsauftrag wurde in zwei sehr unterschiedlichen Camps erfüllt:

Erstmalig mit einer gymnasialen neunten Klasse über drei Tage in unterschiedlichen Kursen und im siebentägigen Flaeming-Skate-Sommerferien-Inlinecamp. Hier waren knapp vierzig Kinder und Jugendliche aus sieben Bundesländern zu Besuch und erkundeten die Angebote der Region über die Strecken der Flaeming-Skate. Zwei ukrainischen Kindern ermöglichte man die kostenfreie Teilnahme kurzfristig.

Nach den Ferien startete der reguläre Trainingsbetrieb. Alle individuellen Kursanfragen für das Inline-Skaten in jeglichen Niveaus konnten bedient werden. Highlights zum Saisonende waren das DMS-Ski-Roller-Treffen und im September die 19. 100-km-Flaeming-Skate-Inline-tour zu 20 Jahren Rundkurs 1.

Erstmalig war die Skate-Arena Jüterbog Austragungsort für das Behinderten- und Skaterfest des Landkreises Teltow-Fläming, das seinen 20. Jahrestag feierte.

Den Saisonabschluss gestaltete, wie gehabt, die Leichtathletik mit einem Lauf des Teltow-Fläming-Cups.

Trotz erfolgreicher Veranstaltungen waren im Hintergrund viele kleine Probleme zu lösen. Der Rückgang von Versorgungsmöglichkeiten beispielsweise oder auch der Fachkräftemangel im ÖPNV beim Kids-Skate-Day erschwerte die Organisation und erhöhte die Hürden für eine Teilnahme.

Auch die Bewirtschaftung der Anlage gestaltet sich nach wie vor schwierig. Das Fehlen eines Hausmeisters vor Ort erforderte die externe Vergabe selbst kleinster Reparatur- und Pflegearbeiten.

Um einen Neubau des Sozialgebäudes auf der Anlage zu ermöglichen, wurde im September ein Vorabantrag im Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ in Zusammenarbeit mit dem Gebäude- und Liegenschaftsmanagement des Hauptamtes gestellt. Das Vorhaben wurde bereits in den Zehn-Jahres-Investitionsplan des Haushaltes als investive Maßnahme in den Folgejahren berücksichtigt.

Touristische Infrastruktur

Bereits Mitte Juli 2020 stellte das Sachgebiet den Antrag zur Erarbeitung des Knotenpunktwegweisungskonzeptes für den Landkreis Teltow-Fläming bei der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB). Die Grundlagen des Konzeptes bilden die 14 touristischen Radrouten im Landkreis Teltow-Fläming mit 647 km Länge, die Rad- und Skatewege der Flaeming-Skate mit 230 km, die Radwege an klassifizierten Straßen mit 372 km. Der Landkreis Teltow-Fläming verfügt damit über ein 1.249 km umfassendes Radrouten- und Radwegesetz. Im Zuge der zukunftsfähigen Radwegemodernisierung soll es mit dem Knotenpunktwegweisungssystem ausgestattet werden. Pandemiebedingt wurde die Bearbeitung zurückgestellt, Am 23. November 2022 ging der Zuwendungsbescheid ein. Es begannen die Vorbereitungen zum Vergabeverfahren.

Die pandemiebedingte erneute Antragstellung der Fördermittel für die Errichtung von 22 digitalen Displays (16 Outdoor- und sechs Indoor-Displays) im Landkreis Teltow-Fläming erfolgte gemäß der Richtlinie „Förderung der digitalen Gästeinformation und touristischen Besucherlenkung mit Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung“. Der Zuwendungsbescheid erging am 14. Juli 2022. Die Vergabeverfahren (EU-weit, offenes Verfahren sowie Verhandlungsvergabe ohne Teilnahmewettbewerb, Einladung an sieben renommierte Firmen) waren jedoch erfolglos. Abgefragt wurde im letzten Verfahren zusätzlich, ob seitens der Firmen eine Angebotsabgabe erfolgen würde, falls die Frist der Übergabe der funktionsfähigen digitalen Displays vom 31. Dezember 2022 auf den 31. März 2023 verlängert würde. Daraufhin erhielt das Sachgebiet keine Antwort. Die Vergabeverfahren wurden aufgehoben. Grund für die ausgebliebenen Angebote waren Lieferengpässe für die benötigten elektronischen Bauteile beziehungsweise die gesamten digitalen Displays. Dies sind Auswirkungen des Krieges gegen die Ukraine. Vor diesem Hintergrund stellte das Sachgebiet keinen entsprechenden Antrag auf eine einmalige Verlängerung bis zum 31. März 2023. Ein drittes Vergabeverfahren ist nicht erfolgt.

Für die Ertüchtigung der Flaeming-Skate und zur Abhilfe gemeldeter Mängel begannen 2022 folgende Maßnahmen und werden 2023 fortgesetzt:

- Nachrüstung der blauen Pfeilwegweiser der Flaeming-Skate mit Aufklebern der jeweiligen Rundkurse zur besseren Orientierung der Gäste.
- Vergabeverfahren zur Erneuerung der touristischen Bodenmarkierung der Flaeming-Skate (Teil 1) bezüglich der Kennzeichnung der jeweiligen Rundkurse. Die geplanten

Kosten sind nicht einzuhalten aufgrund des exorbitanten Preises des einzigen Angebotes. Die Realisierung ist abhängig von zusätzlichen Haushaltsmitteln.

- Vergabeverfahren zur Ersatzbeschaffung eines Flaeming-Skate-Pfostens nebst Beschilderung und Montage nach dem unfallbedingten Verlust des vorhandenen Pfostens..
- Erfolgreicher Abschluss der Übertragung der Markierungsbefugnis sowie Einweihung des neuen sieben km langen Fernneuendorfer Rundwanderweges. Damit erhält die Gemeinde Am Mellensee ihren neunten offiziellen Wanderweg.
- Materialauslieferung (Schilder, Pfosten, Schellen) für die Unterhaltung der Wander- und Radwanderwege an die Pflegevertragspartner. Insbesondere erfolgte die Montage der Beschilderung eines Abschnittes des E 10 (Europäischer Fernwanderweges/66-Seen-Wanderweg) mit einer Alternativroute.
- Aufstellung einer Holztafel der „Radrouten durch die Regionalparks“ am Bahnhof Rangsdorf.

Weiterhin erfolgten anderem Stellungnahmen im TÖB-Verfahren zur Vereinbarkeit dieser Planungen mit der Aufrechterhaltung der touristischen Wegeinfrastruktur im Landkreis Teltow-Fläming.

Sachgebiet Kreisentwicklung

Zu den allgemeinen Aufgabenschwerpunkten des Sachgebietes Kreisentwicklung gehören

- die planerische Beurteilung verschiedener Vorhaben und Planungen sowie die Bündelung fachlicher Stellungnahmen der Kreisverwaltung, insbesondere zu übergeordneten Entwicklungsplänen, zu Bauleit- und Verkehrsplanungen sowie zu Verfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz,
- die Erarbeitung eigener Konzepte zur Entwicklung des Landkreises und zur Weiterentwicklung sowohl der Verkehrs- als auch der touristischen Infrastruktur,
- Planung, Bearbeitung, Betreuung und Abrechnung neuer Verkehrswege,
- die Prüfung und Bescheidung von Genehmigungsanträgen zu Bauleitplänen in Wahrnehmung der Funktion der höheren Verwaltungsbehörde nach Baugesetzbuch.

Folgende Vorhaben und Entwicklungen waren hieraus im Einzelnen von besonderer Bedeutung:

Infrastruktur

Einstufung von Straßen

Der Umstufungsprozess von Kreisstraßen gestaltet sich vor allem wegen der Folgekosten insgesamt äußerst schwierig. Für jede umzustufende Kreisstraße ist eine methodisch nachvollziehbare Einzelfallbetrachtung zur Ermittlung der Verkehrsbedeutung sowie der Einstandspflicht erforderlich, bevor eine Umstufung an den dann zuständigen Straßenbaulastträger (Land oder Gemeinde) erfolgen kann. 2022 wurden keine Kreisstraßen umgestuft.

Die Auseinandersetzung mit dem Strategiepapier „Perspektiven für das Landesstraßennetz – Abstufungskonzept und Weiterentwicklung“ des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung, das für den Landkreis Teltow-Fläming die Abstufung von rund 113 Kilometern Landesstraße vorsieht, trat in den Hintergrund. Vom Land gab es diesbezüglich keinerlei Kontaktaufnahme. Weitestgehend unklar bleiben damit nach wie vor Fragen der methodischen Vorgehensweise, der netzkonzeptionellen und straßenrechtlichen Bewertung sowie der finanziellen Rahmenbedingungen. Der Standpunkt des Landkreises und seine Forderungen, die in der Vergangenheit gegenüber dem Landkreistag und dem Landesbetrieb Straßenwesen kommuniziert wurden, blieben damit unverändert. Für jede abzustufende Landesstraße ist eine methodisch nachvollziehbare Einzelfallbetrachtung und Ermittlung der Einstandspflicht erforderlich, bevor die Abstufung an den dann zuständigen Straßenbaulastträger (Kreis oder Gemeinde) erfolgen kann.

Stellungnahmen zu Planverfahren

Unter Beteiligung der einzelnen Fachämter wurden Stellungnahmen des Landkreises zu 26 Planverfahren für sonstige Infrastrukturmaßnahmen des Bundes, Landes, der Kommunen und sonstiger Träger erarbeitet. Darunter befanden sich vier Plangenehmigungs- beziehungsweise Planfeststellungsverfahren. Für 164 Vorhaben an Leitungstrassen erfolgte eine Prüfung aus planungsrechtlicher Sicht mit Zuarbeiten an das federführende Fachamt.

Entwicklung des Radverkehrs

Der erste Teilabschnitt des im Zuge der Ortsumgehung Thyrow vom Landkreis initiierten Radweges entlang der L 795 von Thyrow nach Siethen ist bauseitig bereits fertiggestellt und abgerechnet. Für den zweiten Teilabschnitt des Radweges wurde das Planfeststellungsverfahren beim Landesamt für Bauen und Verkehr fortgeführt. Die Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen erfordert eine erneute Offenlage der Planfeststellungsunterlagen. Grund dafür ist eine geänderte Ausgleichs- und Ersatzmaßnahme. Mit dem Planfeststellungsbeschluss, der das erforderliche Baurecht schafft, wird im Laufe des Jahres 2023 gerechnet.

Der touristische Verbindungsweg zwischen Zesch am See und Egisdorf wird nicht gebaut, da der Eigentümer eines großen Grundstücks der Maßnahme die Zustimmung verweigert. Aus diesem Grund beendeten die Landkreise Teltow-Fläming und Dahme-Spreewald einvernehmlich die weitere Planung. Da die Maßnahme nicht umsetzbar ist, wurden die zum Sachverhalt getroffenen Kreistagsbeschlüsse aufgehoben.

Zum beabsichtigten Radwegeneubau an der K 7236 und K 6157 zwischen Groß Machnow (Landkreis Teltow-Fläming) und Mittenwalde (Landkreis Dahme-Spreewald) gab es finale Absprachen zwischen den Landkreisen. Die notwendigen Mittel für die Ausschreibung der Planungsleistungen wurden für das Haushaltsjahr 2023 in beiden Landkreisen geplant. Die für die enge Zusammenarbeit notwendige Planungsvereinbarung wurde gemeinsam erarbeitet und soll 2023 finalisiert und vom Kreistag beschlossen werden.

Der Planungsstand zum geplanten dritten Bauabschnitt eines straßenbegleitenden Radweges an der K 7241 zwischen Genshagen und Großbeeren ist überarbeitungsbedürftig. Eine Kernfrage der Planung ist die notwendige Querung des Berliner Außenrings. Zur Klärung wurde eine Machbarkeitsstudie ausgeschrieben und beauftragt. Die Machbarkeitsstudie überprüft die Vor- und Nachteile der unterschiedlichen Querungsvarianten und arbeitet sie schematisch, zeichnerisch und kostentechnisch auf. Die Varianten werden im Rahmen eines Beteiligungsverfahrens der Träger öffentlicher Belange bewertet. Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie sollen im ersten Quartal 2023 vorliegen und bilden die Grundlage für die Entscheidung, ob und wie die Gesamtplanung fortgeführt werden kann.

Zur Steigerung der Verkehrssicherheit und Trennung des motorisierten Verkehrs und des Radverkehrs an der stark befahrenen K 7232 zwischen dem vorhandenen Radweg an der K 7232 bis zum Kreisverkehr an der L 70 wurden vorbereitende Maßnahmen durchgeführt und Planungsmittel in den Haushalt 2023 eingestellt. Die Planung steht im Zusammenhang mit der Planung des Lückenschlusses an der L 70 zwischen Trebbin und K 7232 durch die Stadt Trebbin. Gemeinsames Ziel der Stadt Trebbin und des Landkreises ist die Schaffung einer durchgängigen Radwegeverbindung zwischen Trebbin und Thyrow.

Das vorliegende Mobilitätskonzept Landkreis Teltow-Fläming 2030, Teil Radwege (Entwurf 05/2017) wird gemäß Kreistagsbeschluss vom 22. Juni 2020 überprüft und aktualisiert. Im Jahr 2021 waren entsprechende Fördermittel bewilligt worden. Die Ausschreibung der Planungsleistungen erfolgte im ersten Halbjahr 2022. Anfang Juni konnte der Planungsauftrag vergeben und zeitnah mit den Leistungen begonnen werden.

Parallel erfolgte im Mai eine Bürgerumfrage zum Radverkehrskonzept mit hoher Beteiligung. Die Ergebnisse bilden eine wichtige Grundlage für die Erarbeitung des Konzeptes. Im Rahmen der Grundlagenermittlung wurden zudem Befragungen der Schulen sowie der Städte und Gemeinden durchgeführt und frühzeitig Träger öffentlicher Belange einbezogen. Die gemäß Kreistagsbeschluss gegründete Arbeitsgruppe aus Vertreter*innen der Städte und Gemeinden, des Landesbetriebes Straßenwesen und des ADFC begleitete den begonnenen Planungsprozess. Der Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung und der Kreistag wurden über den Arbeitsstand informiert.

Fortgesetzt wurde auch die Tätigkeit in der Arbeitsgemeinschaft „Fahrradfreundliche Kommunen Brandenburg“ (AGFK Brandenburg). Die Bedeutung der Arbeitsgemeinschaft als wichtige Schnittstelle zwischen Landes- und Kommunalpolitik kommt auch durch die stetig steigende Zahl der Mitgliedskommunen zum Ausdruck. Es wurden zwei neue Mitglieder aufgenommen. In Teltow-Fläming sind neben dem Landkreis selbst weiterhin die Städte Luckenwalde, Ludwigsfelde und Trebbin Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft. Der Informations- und Erfahrungsaustausch mit dem Ziel der integrierten Weiterentwicklung des Radverkehrs wurde ausgebaut.

Die Teilnahme des Landkreises an der internationalen Kampagne „Stadtradeln – Radeln für ein gutes Klima“ war eine weitere Maßnahme, um das Fahrradfahren im Landkreis attraktiver zu machen (s. auch Klimaschutz-Koordinierungsstelle: Stadtradeln)

Bauleitplanung

Planungsrechtlich wurden insgesamt 130 Bauleitplanungen in unterschiedlichen Beteiligungsstufen begleitet. Zudem fungierte das Sachgebiet im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange als Bündelungsbehörde für die Stellungnahmen der Fachbehörden in der Kreisverwaltung.

Die von den Gemeinden aufgestellten und dem Landkreis zur Beteiligung vorgelegten Bauleitplanungen erstreckten sich auf nahezu alle Entwicklungsfelder. Dies betrifft die Aufstellung vorbereitender wie verbindlicher Bauleitplanung gleichermaßen. So setzt sich der Planbedarf für gewerbliche Bauflächen ebenso fort wie der für die verstärkte Entwicklung von Wohnbauflächen. Die steigende Nachfrage nach infrastrukturell günstig gelegenen Wohnbauflächen einerseits und der Wunsch junger Familien nach den eigenen vier Wänden, insbesondere im Eigenheimsegment, andererseits erhöht den Siedlungsdruck sowohl in den berlinnahen Kommunen als auch in den Umfeldgemeinden der Städte Luckenwalde, Jüterbog und Trebbin. Gleichwohl sehen sich die Kommunen dabei auch mit der Schaffung von preisgünstigem Wohnraum im Rahmen der Bereitstellung von Flächen für die soziale Wohnraumförderung und für den Gemeinbedarf konfrontiert.

Der Trend zu Planungen, die verstärkt auf erneuerbare Energien setzen, wurde von den Gemeinden 2022 ebenfalls fortgeschrieben. Der Ausbau erneuerbarer Energien ist ein zentrales Element der brandenburgischen Klimaschutzpolitik. Daher standen unter anderem Bebauungsplanentwürfe mit Festsetzungen, die die Schaffung von Sonderbauflächen/Sonderbaugebieten für die Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie zum Inhalt haben, nach wie vor im Fokus. Im Hinblick auf die Klimaschutzziele der Landesregierung „... klimaneutral arbeiten und leben bis 2050“ arbeiten einige Gemeinden im Vorfeld der Aufstellung entsprechender Planungen an Konzeptionen oder Fachgutachten zur Ermittlung von Potenzialflächen für die Solarenergie.

Die Attraktivität des schienengebundenen Personennahverkehrs nimmt zu. Damit reichen die bisherigen Stellplätze in Bahnhofsvorbereichen nicht mehr aus und sollen dementsprechend im Rahmen von Bauleitplanung städtebaulich neu geordnet werden. Desgleichen muss die Errichtung einer Hotelanlage mit ergänzenden gastronomischen Einrichtungen sowie Freizeit- und Erholungsanlagen mit ökologischem und landwirtschaftlichem Bezug im Rahmen eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes planerisch bewältigt werden, um nur einige Beispiele der Planungsvielfalt des Jahres 2022 zu nennen.

Im Haushaltsjahr 2022 wurden dem Sachgebiet Kreisentwicklung insgesamt 60 Auskunftsersuchen zu planungsrechtlichen Problemstellungen vorgetragen. Hierzu wurden fachliche Beratungen mit Kommunen und verschiedenen Planungsbüros durchgeführt sowie Auskünfte an Bürger erteilt. Gleichfalls wurden Behörden und Fachämter der Kreisverwaltung in Planungsfragen fachlich unterstützt. Es konnten Handlungsempfehlungen gegeben und/oder Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt werden.

Als Koordinierungsstelle für Verfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz wurden mehr als 200 Aktivitäten unterschiedlichster Art betreut. Diese umfassten die Beteiligung der kreisinternen Behörden und Fachämter an den Vorgängen, dem Austausch und der Ergänzung von Unterlagen. Hinzu kamen koordinierende und vermittelnde Funktionen zwischen dem Landesumweltamt und den hiesigen Fachbehörden sowie die fachliche Begleitung im Rahmen der bauaufsichtlichen Bewertung der Vorhaben.

Übergeordnete Raumentwicklungsplanung

Ein Schwerpunkt war die Aufstellung des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0. Die Auslegung des Planentwurfs beim Landkreis in der Zeit vom 10. März bis 10. Mai wurde räumlich und organisatorisch abgesichert. Unter Einbeziehung weiterer Fachämter wurde die Stellungnahme des Landkreises gefertigt. Die Kommunen wurden hierbei einbezogen und die Kreistagsgremien entsprechend informiert.

Aufgrund veränderter rechtlicher Rahmenbedingungen durch umfassende energiepolitische Gesetzesvorhaben des Bundes hat die Regionalversammlung auf ihrer Sitzung am 17. November beschlossen, die Planungen zur Windenergienutzung als sachlichen Teilregionalplan „Windenergienutzung“ weiterzuführen. Noch im Dezember leitete die Planungsgemeinschaft hierfür mit dem Auskunftersuchen zur Planaufstellung und dem Scopingverfahren zur Vorbereitung der Umweltprüfung die ersten formalen Planungsschritte ein. Die Fachämter wurden beteiligt. Die Stellungnahmen des Landkreises werden zur Abgabe Anfang Februar 2023 vorbereitet.

Die Gremiensitzungen der Planungsgemeinschaft wurden inhaltlich vorbereitet, zum Teil in Abstimmung mit weiteren Fachämtern. Die Festlegungen der übergeordneten Raumplanung, die aktuellen Sachstände ihrer Fortschreibung sowie die Entwicklungsgrundsätze aus dem Leitbild des Landkreises wurden in weiteren Beteiligungsverfahren und Zuarbeiten eingebracht.

Im Zuge der Überarbeitung des Leitbildes waren Hinweise aus den Strategieberatungen der Verwaltung aufzubereiten, weiter abzustimmen und in einen Entwurf für ein aktualisiertes Leitbild einzubinden. Dieser [Leitbildentwurf](#) wurde im Oktober in den Kreistag eingebracht. Nach Befassung in den Kreistagsgremien ist eine Beschlussfassung im ersten Quartal 2023 vorgesehen. Im Anschluss wird das novellierte Leitbild mit den Bürgermeister*innen und dem Amtsdirektor sowie in öffentlichen Bürgerdialogen weiter beraten und notwendige Ergänzungen werden nachgezeichnet.

GIS

Das geografische Informationssystem (GIS) begleitete alle Aufgabenbereiche unterstützend. Folgende Projekte wurden bereitgestellt:

- Covid-19-Karte zu verschiedenen Thematiken: Erstellung, Anpassung sowie stetige Daten-Aktualisierung
- Aktualisierung von Karten für die interne Verwendung
- Aktualisierung der Verkehrsstärken mit Straßennetz und Zählstellen im Landkreis
- Übersichtskarte für die Vergabe von Bodenmarkierungen der Flaeming-Skate
- Digitale Einarbeitung von Bebauungsplänen und Änderungen in den Flächennutzungsplänen in das Geoportal

Weitere GIS-Projekte wurden fortgeführt und gegebenenfalls erweitert:

- Access-Datenbanken der Bauleitplanung
- Daten- und Kartengrundlagen zum Radwegekonzept des Landkreises sowie Aufarbeitung und Ergänzung des Datenbestandes zu den Radwegen im Landkreis und in den Nachbarlandkreisen

Höhere Verwaltungsbehörde

Gemäß Baugesetzbuchzuständigkeitsverordnung obliegt dem Landkreis die Aufgabe der höheren Verwaltungsbehörde. Die mit dieser Aufgabe verbundene Prüf- und Beratungstätigkeit blieb dabei unverändert. Für fünf Bauleitpläne wurde ein Antrag auf Genehmigung gestellt. Davon konnten drei Bauleitpläne genehmigt werden. Die Anträge auf Genehmigung der anderen Bauleitpläne wurden zurückgenommen. Das Amt Dahme/Mark, die Städte Trebbin, Ludwigsfelde, Jüterbog und die Gemeinden Großbeeren und Nuthe-Urstromtal wurden in Fragen der Bauleitplanung beraten.

Sachgebiet Arbeitsmarktpolitik

Der Schwerpunkt der Arbeit lag wie auch in den vergangenen Jahren auf der Erfüllung der Zielvorgaben aus den Zuwendungsbescheiden der Arbeitsmarktförderprogramme.

Integrationsbegleitung für Langzeitarbeitslose (LZA) und Familienbedarfsgemeinschaften (FBG)

Das ESF-geförderte Projekt „Integrationsbegleitung für Langzeitarbeitslose plus Familie“ (Beginn Februar 2021) endete im August 2022. Die Förderdauer betrug insgesamt 19 Monate. Das Projekt der Integrationsbegleitung richtete sich an Langzeitarbeitslose und deren Familien. Die Beratung der Projektteilnehmenden erfolgte nach einem sozialpädagogischen, ganzheitlichen Beratungsansatz.

Ziel des Projektes war es, die Teilnehmenden in Erwerbstätigkeit oder Bildung zu integrieren (Integrationsquote 20 Prozent) sowie die soziale Teilhabe und das Zusammenleben in den teilnehmenden Familien zu stärken. Hierzu wird die Kombination einer intensiven Einzelbetreuung durch Integrationsbegleiterinnen mit bedarfsorientierten Unterstützungsmodulen verfolgt.

Das Projekt wurde erfolgreich abgeschlossen. Als messbare Größe der Arbeit sollten nach Ablauf des Projektes mindestens 20 Prozent der teilnehmenden Langzeitarbeitslosen in Arbeit oder Bildung vermittelt sein. Jede Integrationsbegleiterin hatte in der Gesamtlaufzeit mindestens 30 Teilnehmende zu betreuen.

Tabelle 63: Ergebnisse Integrationsbegleitung plus Familie 2021–2022

Projektdaten	Gesamtergebnisse	Zeitraum Januar–August 2022
Teilnehmende insgesamt	67 (47 Frauen, 20 Männer)	43 (29 Frauen, 14 Männer)
davon Langzeitarbeitslose ohne wirtschaftlich abhängige Kinder im Haushalt	25	19
davon Teilnehmende aus Familienbedarfsgemeinschaften	42 (35 Alleinerziehende)	24 (21 Alleinerziehende)
Vermittlung in Arbeit oder Bildung	20 Teilnehmende (Integrationsquote 30 %)	6 Teilnehmende

In dem Projekt arbeiteten zwei Integrationsbegleiterinnen, deren Personalkosten zu 100 Prozent gefördert waren. Weitere anteilige Personalkosten konnten mit 42 Prozent gefördert werden. Im Projekt anfallende Sachkosten sind ebenfalls zu 100 Prozent gedeckt. Der Landkreis erhielt zur Durchführung des Projektes eine Zuwendung in Höhe von 277.837,19 Euro. Mit Prüfung des Verwendungsnachweises durch die Investitionsbank des Landes Brandenburg wurde diese Summe bestätigt.

Für den Zeitraum vom 1. September 2022 bis zum 31. August 2025 konnte ein Folgeprojekt erfolgreich eingeworben werden. Auch hier werden Teilnehmende im sozialpädagogischen, ganzheitlichen Beratungsansatz betreut. Es sollen im gesamten Projektverlauf 120 Teilnehmende aufgenommen und eine Integrationsquote von 25 Prozent in Arbeit oder Bildung erreicht werden. Zusätzlich sollen im neuen Projekt Kinder der teilnehmenden Familien spezifisch gefördert werden.

Tabelle 64: Ergebnisse 2022, Folgeprojekt Integrationsbegleitung 2022–2025

Projektdaten	Zeitraum September–Dezember 2022
Projektteilnehmende insgesamt	24 (davon 19 Frauen, 5 Männer)
davon Langzeitarbeitslose ohne wirtschaftlich abhängige Kinder im Haushalt	9
davon Teilnehmende aus FBG	15 (12 Alleinerziehende)
Vermittlung in Arbeit oder Bildung	2

Auch für dieses Projekt werden 2 Integrationsbegleiterinnen gefördert, deren Personalkosten zu 100 Prozent erstattet werden, sowie anteilige Personalkosten für die inhaltliche Umsetzung von Unterstützungsleistungen für Teilnehmende. Insgesamt sind für die Förderperiode Zuwendungen in Höhe von 657.800 Euro zugesagt. Bis zum 31. Dezember 2022 wurden davon bereits 70.300 Euro ausgezahlt.

Eine Veranstaltung fand im Rahmen der Wirtschaftswoche zum Thema „Möglichkeiten und Herausforderungen mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz“ als Austausch zwischen Unternehmen, Verwaltung und Trägern, gemeinsam organisiert mit der Stadt Luckenwalde, statt.

Alle Aktivitäten der Integrationsbegleiterinnen erfolgten unter Berücksichtigung der ESF-Querschnittsziele (Beitrag zur Gleichstellung von Frauen und Männern, Sicherung der Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung). Es wurde eine Vielzahl von qualitativen Ergebnissen (zum Beispiel Verbesserung der sozialen Situation, des Wohnens, der Teilhabe, der Gesundheit, Finanzen, des Zusammenlebens in der Familie) durch gezielte Strategien erzielt. Hiermit wurde ein wertvoller Beitrag zur Vermeidung von Armutsfolgen und Kinderarmut geleistet. Erwähnt sei hier, dass im Laufe des Jahres 105 Kinder unter 18 Jahren von der Förderung profitieren konnten.

Lotsendienst Teltow-Fläming

Der Lotsendienst im Landkreis Teltow-Fläming ist seit 2007 ein flächendeckendes Unterstützungsmodell für alle Gründungsinteressierten vor Ort. Seit zehn Jahren ist der Lotsendienst in eigener Trägerschaft. Durch die Bündelung von Kompetenzen und das Nutzen von Synergien verbesserte sich das Gründungsklima in der Region nachhaltig.

Der Lotsendienst Teltow-Fläming wurde in der Zeit vom 1. Januar 2018 bis 31. Oktober 2022 vom Europäischen Sozialfonds gefördert. Auch in dieser Förderperiode ist die Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) Zuwendungsgeber. Die Personalkosten der Lotsin und die Sachkosten werden zu 100 Prozent gefördert. Die Zuwendung aus dem Europäischen Sozialfonds und Landesmitteln beträgt 897.360 Euro. Der Abschluss der Prüfungen des Verwendungsnachweises durch die ILB steht noch aus.

Der Lotsendienst Teltow-Fläming bietet kostenfreie Beratungs- und Qualifizierungsleistungen für Gründungsinteressierte an, die Hilfe bei der Strukturierung, Planung und Umsetzung ihrer Gründungsideen benötigen. Für die gesamte Projektlaufzeit sind als Zielindikatoren insgesamt 39 Development-Center und 204 qualifizierende Beratungen geplant. Insgesamt sind 156 Existenzgründungen oder Unternehmensübernahmen erfolgt (77 Prozent). Ziel war es, eine Gründungsquote von mindestens 60 Prozent zu erreichen.

Seit Juni 2018 haben insgesamt 421 Interessierte den Lotsendienst aufgesucht. 216 Personen haben nach dem Erstgespräch an einem der 49 durchgeführten Development-Center teilgenommen. 210 Gründungsinteressierte wurden in das Projekt aufgenommen und haben eine qualifizierende Beratung erhalten. Alle Teilnehmenden haben das Projekt zum 30. September 2022 beendet; 156 Gründungen wurden bisher vollzogen.

Um die Qualität der Gründungsberatung im Landkreis Teltow-Fläming zu erhöhen und noch mehr Gründungsinteressierte vor Ort beraten und begleiten zu können, besteht eine enge Kooperation zwischen dem Lotsendienst Teltow-Fläming, dem Lotsendienst für Migrantinnen und Migranten und der Gründungswerkstatt „enterprise“. Ziel war nach wie vor, den gleichzeitigen Zugang zu den zielgruppenspezifischen Beratungsangeboten im Landkreis Teltow-Fläming für alle Gründungswilligen – unabhängig von Alter, Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit, Lebensphase, besonderen Lernbedürfnissen oder körperlichen Verfassung – zu vereinfachen und zu bündeln.

Im Jahr 2022 wurde zum Austausch der Existenzgründer*innen und Berater*innen ein Stammtisch durchgeführt, der der Vernetzung von Gründer*innen untereinander diente. Im Rahmen des Bürgerdialoges „Miteinander leben – miteinander reden“ des Landkreises Teltow-Fläming wurde die Veranstaltung genutzt, um über die neue Förderperiode zu informieren.

Im Rahmen der neuen Richtlinie des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Energie zur Förderung von Existenzgründungen und Unternehmensnachfolgen im Land Brandenburg in der EU-Förderperiode 2021–2027 „Gründen in Brandenburg (GiB)“ wurde für den Landkreis Teltow-Fläming wieder ein regionales Beratungs- und Qualifizierungsprojekt beantragt und erfolgreich eingeworben. Aus dem „Lotsendienst“ wurde „Gründen in Teltow-Fläming (GiB-TF)“. Somit konnte ein nahtloser Übergang zwischen den Projekten erfolgen, und es kann auch zukünftig kostenfreie, professionelle Gründungsberatung für alle Interessierten angeboten werden. Für die erste Etappe bis 2025 werden für das Projekt ca. 594.000 Euro zur Verfügung stehen.

Landwirtschaftsamt

Landwirtschaftsschule

Die prüfungsvorbereitenden Lehrgänge wie Vorbereitung auf die Meisterprüfung Landwirt*in, Erwerb des Nachweises der Pflanzenschutz-Sachkunde, Erlangen der Sachkunde nach Paragraph 4 Tierschutz-Schlachteverordnung und nach Artikel 7 Verordnung (EG)

Nr. 1099/2009 konnten ohne Begrenzung der Teilnehmerzahl, aber unter Einhaltung der geltenden Corona-Bestimmungen durchgeführt werden.

Der Unterricht in den Meisterlehrgängen fand in Präsenz, Online und im Hybridformat statt.

Die Nutzung des Online-Konferenzraumes zur Umsetzung des Online-Unterrichts hat sich weiterhin bewährt, wobei derzeit vorrangig wieder Präsenzunterricht stattfindet.

2022 nahmen sieben Landwirtschaftsmeister*innen ihren Meisterbrief in Empfang. Besonders stolz ist die Landwirtschaftsschule auf die beste Meisterin der Grünen Berufe aus dem Land Brandenburg, die ihre Ausbildung an der Landwirtschaftsschule Teltow-Fläming absolviert hat.

Erstmalig wurde im Jahr 2022 im Rahmen eines Pilotprojektes der Erwerb des Führerscheines Klasse T (theoretische Ausbildung) für die Auszubildenden des Berufes Landwirt gefördert. Die Maßnahme wurde von den teilnehmenden Betrieben als gut bewertet, wird hoffentlich in den nächsten Jahren fortgeführt und gegebenenfalls auf die Praxis erweitert.

Die weitgefächerten Fortbildungen sprachen die aktuellen Kerninteressen der Landwirt*innen an und boten neben Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten auch die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch.

Dabei standen Themen im Vordergrund wie:

- Aufzeichnungspflichten entsprechend der Düngeverordnung,
- anerkannte Weiterbildungen im Pflanzenschutz,
- tierwohlgerechte, umweltschonende und nachhaltige Landwirtschaft.

Insgesamt führte die Landwirtschaftsschule Teltow-Fläming 31 Bildungsmaßnahmen mit 535 Teilnehmenden durch.

Statistik

Ernte

2022 wurden von 30 Betrieben Ernte- und Betriebsberichtserstattungen über Feldfrüchte und Grünland (April bis Dezember) abgefordert.

An der besonderen Ernte- und Qualitätsermittlung nahmen 2022 insgesamt 42 Betriebe teil. Diese Betriebe reichten 45 Proben (29 Roggen-, Weizen-, Rapsproben und 16 Gerste-, Hafer-, Triticaleproben) sowie 29 zusätzliche Proben ein, die zur Schadstoffanalyse nach Detmold geschickt wurden. Außerdem wurden 19 Erkennungsnachweise zur Kartoffelernte eingereicht.

Im Jahr 2021 lag der Durchschnittsertrag der Getreideernte bei 44,9 Dezitonnen pro Hektar; im Vergleich dazu ist der Ertrag 2022 um 3,7 Dezitonnen pro Hektar auf 48,6 Dezitonnen pro Hektar gestiegen. Zum Vergleich: Der langjährige Durchschnitt liegt bei 50,5 Dezitonnen pro Hektar.

Beim Winterraps sank der Ertrag im Vergleich zu 2021 ebenfalls von 27,9 Dezitonnen pro Hektar auf 26,6 Dezitonnen pro Hektar.

Der Ertrag bei den Speisekartoffeln liegt bei 383 Dezitonnen pro Hektar und somit unter dem langjährigen Durchschnitt von 413 Dezitonnen pro Hektar.

Beim Silomais wurden 2022 durchschnittlich 215,8 Dezitonnen pro Hektar geerntet. Dies ist im Vergleich mit dem Durchschnitt der Vorjahre ein erheblich schlechterer Ertragswert.

Betriebsregister

Zurzeit sind 416 landwirtschaftliche Betriebe beim Landwirtschaftsamt des Landkreises Teltow-Fläming angemeldet.

Tabelle 65: Landwirtschaftsamt, Aufgaben und Fallzahlen 2020 bis 2022

Aufgaben	2020	2021	2022
Bearbeitung Anträge Agrarförderung	302	306	301
Abtretungen	54	50	51
Pfändungen	16	15	5
Antragsteller Kulturlandschaftsprogramm (KULAP)	97	94	90
Anträge Kulturlandschaftsprogramm (KULAP)	128	124	120
Pachtverträge	11.970	11.281	12.035
Grundstücksverkehr	305	348	303
Bearbeitung Klärschlammanträge	12	21	8
Kontrolle Düngeverordnung und CC-Kontrollen	1	5	11
Teilnehmer*innen an Kursen der Landwirtschaftsschule	358	376	535
Anträge investive Förderung Landwirtschaft	15	8	3
Vor-Ort-Kontrollen	122	109	106

Sachgebiet Agrarstruktur

Investive Förderung

Im Jahr 2022 nutzten drei landwirtschaftliche Unternehmen in Teltow-Fläming die Möglichkeit zur Förderung geplanter Investitionsmaßnahmen. Die gestellten drei Anträge umfassen zusammen ein Investitionsvolumen von circa 450.000 Euro. Die geplanten Gesamtzusendungen belaufen sich auf rund 80.000 Euro. Die Betriebe investierten hauptsächlich in Maschinen der Innenwirtschaft sowie in eine Lagerhalle. Die Erstellung der Bewilligungsbescheide ist für das aktuelle Jahr im Dezember 2022 noch nicht abgeschlossen.

Kommunalwald

Der Landkreis besitzt rund 370 Hektar Kommunalwald; der überwiegende Teil liegt im Bereich Blankenfelde-Mahlow und Rangsdorf. Er dient im Wesentlichen als Naherholungsgebiet für die urbane Bevölkerung der umliegenden Gemeinden, wird aber auch zu umweltpädagogischen Bildungszwecken genutzt. Im Jahr 2022 wurden durch den Verkauf von Holz und die Erteilung von Gestattungen rund 1.000 Euro sowie 4.725 Euro Jagdpacht eingenommen.

Landwirtschaftliche Flächen

Von den im Besitz des Landkreises befindlichen 270 Hektar Acker- und Grünlandflächen sind rund 223 Hektar an landwirtschaftliche Unternehmen verpachtet. Die jährlichen Pachteinnahmen hieraus betragen rund 21.900 Euro.

Ehemalige Bodenreformflächen

Der Landkreis wurde gemäß Artikel 233 Paragraph 2 Absatz 3 Einführungsgesetzbuch zum Bürgerlichen Gesetzbuch (EGBGB) zum gesetzlichen Vertreter ehemaliger Bodenreformereigentümer*innen bestellt. Damit hat er derzeit die Rechts- und Vermögensinteressen von 61 Eigentümer*innen zu vertreten beziehungsweise deren Rechtsnachfolge wahrzunehmen. Es handelt sich dabei um Fälle, in denen der Aufenthalt der Eigentümer*innen beziehungsweise deren Erben unbekannt ist. Die betroffenen Flächen sind an 26 landwirtschaftliche Unternehmen verpachtet; der Landkreis verwaltet die jährlichen Pachteinnahmen.

Bodenschutz

Der wesentliche Aufgabenschwerpunkt im landwirtschaftlichen Bodenschutz liegt in der Überwachung der Einhaltung des Düngerechtes. Dem Landwirtschaftsamt obliegen dabei die Zuständigkeit für die Düngeverordnung, die Stoffstrombilanzverordnung und die Brandenburgische Düngeverordnung sowie der Kontrollauftrag für die Wirtschaftsdüngerverordnung und die seit 2021 geltende Brandenburgische Wirtschaftsdüngermeldeverordnung. Aufgrund der entsprechenden Vollzugs- und Kontrollaufgaben wurden im Rahmen des Fachrechts Düngung und der Agrarförderung insgesamt elf Kontrollen durchgeführt. Bei eingegangenen Anzeigen erfolgte die Prüfung auf mögliche Verletzungen des Düngerechtes. Festgestellte Verstöße zogen die ordnungsrechtliche Ahndung oder Sanktionen durch Kürzung der Agrarförderung nach sich. Für Anträge auf Verschiebung oder Ausbringung innerhalb der gesetzlich festgelegten Sperrfrist wurden sechs Ausnahmegenehmigungen nach Düngeverordnung erteilt.

Eine weitere Aufgabe ist die düngerechtliche Prüfung und Bewertung der ordnungsgemäßen Verwertung von Wirtschafts- und Sekundärrohstoffdüngern. Diese Prüfung ist unter anderem Bestandteil der Verbringung von Klärschlamm und Klärschlammkompost in Verbindung mit der Klärschlammverordnung (AbfKlärV) oder bei Beteiligungen an Verfahren Träger öffentlicher Belange, zum Beispiel bei Anträgen nach Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) und Brandenburgischer Bauordnung (BbgBO).

Flurbereinigungsverfahren und Träger öffentlicher Belange (TöB)

2022 wurden wie in den Vorjahren im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange Verfahrensvorgänge bearbeitet und entsprechende Stellungnahmen abgegeben. Davon sind federführend durch das Landwirtschaftsamt für die Kreisverwaltung Teltow-Fläming Stellungnahmen zu Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz erarbeitet worden.

Grundstücksverkehr und Landpacht

2022 wurden 303 Grundstücksverträge bearbeitet. Dabei handelte es sich um 174 Kauf-, drei Schenkungs-, 90 Übertragungs- und Überlassungs-, 32 Erbauseinandersetzungs- und vier Tauschverträge.

Von den 174 vorliegenden Kaufverträgen haben in 76 Fällen landwirtschaftliche Unternehmen eine Fläche von circa 1.089,24 Hektar erworben. In 98 Fällen erwarben Sonstige circa 214,96 Hektar.

Der Landwirtschaft wurden circa 5,80 Hektar für den Wohnungsbau, Flächen im Flächennutzungsplan als gewerbliche Bauflächen oder Gewerbegebiet und für Sport- und Freizeitflächen, für Radwege, für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen entzogen. Im Landwirtschaftsamt liegen zum gegenwärtigen Zeitpunkt 12.035 angezeigte Pachtverträge von landwirtschaftlichen Unternehmen vor.

Messeauftritt „Internationale Grüne Woche“

Aufgrund der Corona-Pandemie fand 2022 keine Internationale Grüne Woche statt. Dennoch wurden zum Jahresende die Vorbereitungsarbeiten für die Messe im Januar 2023 aufgenommen, um sich wieder mit einem eigenen Marktstand in der Brandenburg-Halle präsentieren zu können.

Dorfwettbewerb

2022 wurde der 10. Kreiswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ mit Sonderwettbewerb unter dem Motto „Besonders Zukunftsfähiges in den Dörfern von Teltow-Fläming“ durchgeführt. Sechs Dörfer wurden nach den vier Bewertungsbereichen beurteilt. Als Kreissieger hat Hennickendorf, Ortsteil der Gemeinde Nuthe-Urstromtal, den Landkreis beim 11. Landeswettbewerb im Jahr 2022 vertreten. Für den Sonderwettbewerb wurden 28 Prämierungsvorschläge eingereicht. Dank des Sponsorings durch die Mittelbrandenburgische Sparkasse in Potsdam konnten auch hier Preisgelder ausgezahlt werden. Dieser Kreiswettbewerb hat wieder wichtige Entwicklungsimpulse für die ländlichen Räume gegeben. Aufgrund der Corona-Pandemie wurde die Auszeichnungsveranstaltung in das Frühjahr 2023 verschoben.

Lokale Aktionsgruppe (LAG) „RUND um die Flaeming-Skate“ e. V.

Die Zusammenarbeit des Landkreises mit der Lokalen Aktionsgruppe „RUND um die Flaeming-Skate“ e. V. wurde weiter vertieft. So konnten 2022 über das LEADER-Förderprogramm und die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) 28 Projekte mit einem Zuschuss von circa 3,3 Millionen Euro vom Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung bewilligt werden. Mit Umsetzung dieser Projekte wird die Entwicklung des ländlichen Raumes im Landkreis in starkem Maße weiter gefördert.

In Summe wurden somit in 15 Jahren Lokale Aktionsgruppe (LAG) „RUND um die Flaeming-Skate“ e. V. und ländliche Entwicklung im Landkreis 353 Projekte mit einem Gesamtinvestitionsvolumen in Höhe von circa 88 Millionen Euro und einem Förderanteil in Höhe von knapp 50 Millionen Euro umgesetzt.

Sachgebiet Agrarförderung

Die Arbeiten im Bereich des Sachgebietes Agrarförderung standen auch im Jahr 2022 unter besonderen Herausforderungen, sowohl aufgrund des nach wie vor bestehenden Personalmangels als auch des Beginns der neuen EU-Förderperiode der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ab dem 1.1.2023.

Die Themen wie Globalisierung, Klimawandel und die Stärkung des ländlichen Raums, die das zukünftige Profil der GAP prägen und im GAP-Strategieplan für Deutschland verankert und von der EU-Kommission genehmigt wurden, sollten hier Berücksichtigung finden.

Die Landwirt*innen mussten im Jahr 2022 entsprechend informiert und viele Fragen beantwortet werden. Dies wurde neben den täglichen Arbeiten vom Sachgebiet Agrarförderung begleitet und erste Anträge im Herbst gestellt.

Direktzahlungen und benachteiligte Gebiete

Insgesamt haben 301 landwirtschaftliche Betriebe einen Antrag auf Agrarförderung gestellt. Basis für die Gewährung der Zuwendungen stellen die nachfolgend angemeldeten Flächen dar:

Tabelle 66: Agrarförderung, angemeldete Flächen

Art der Fläche	Größe
Landwirtschaftliche Nutzfläche (LN)	91.569 ha
darunter Ackerland	72.937 ha
darunter Dauerkulturen	561 ha
darunter Grünland	17.437 ha
darunter Grünland–Etablierte Lokale Praktiken (ELP)	507 ha

Für 281 gestellte Anträge auf Direktzahlungen konnten Zuwendungen in einer Höhe von 22,7 Millionen Euro aus dem Haushalt der Europäischen Union bewilligt werden. Darin sind finanzielle Mittel für die Gewährung der Basis-, Greening- und Umverteilungsprämien sowie die Prämien für Junglandwirte enthalten.

Mehr als 50 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche des Landkreises fallen unter die Rubrik „Benachteiligtes Gebiet“. Von 227 gestellten Anträgen für dieses Förderprogramm konnten 195 bewilligt und Fördermittel in Höhe von 1,6 Millionen Euro ausgezahlt werden.

Junglandwirte, Neueinsteiger, Kleinerzeuger und Zahlungsansprüche

2022 wurden 16 Anträge auf Junglandwirteprämie gestellt. Alle Antragsteller*innen haben die Voraussetzungen erfüllt. Es gab keine zusätzlichen Anträge auf Zahlungsansprüche als Junglandwirt. Anträge als Neueinsteiger wurden 2022 nicht gestellt. Im Landkreis Teltow-Fläming haben fünf Antragsteller*innen den Status als Kleinerzeuger. Drei von ihnen sind Tierhalter*innen. Insgesamt 64 Antragssteller*innen waren vom Einzug von Zahlungsansprüchen wegen zweijähriger Nichtnutzung betroffen.

Kulturlandschaftsprogramm, Natura 2000 und Förderung von Ackerrand- und mehrjährigen Blühstreifen

Im Jahr 2022 wurden im Rahmen des Kulturlandschaftsprogramms (KULAP) 96 Anträge bearbeitet und entschieden.

Die verschiedenen Maßnahmen innerhalb der Richtlinie werden auf einer Fläche von 16.017,60 Hektar durchgeführt. Dies entspricht 17,45 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche unseres Landkreises. Für die Ertragsausfälle durch extensive und ökologische Bewirtschaftung erhielten die Antragsteller*innen insgesamt einen Ausgleich von 2,8 Millionen Euro.

Im Rahmen der Richtlinie zur Förderung naturbetonter Strukturelemente im Ackerbau wurden für das Förderprogramm von Ackerrand- und/oder Blühstreifen 24 Anträge im Jahr 2022 bearbeitet und entschieden. Es wurde ein Flächenumfang von 668,50 Hektar mit 467.942 Euro bewilligt und ausgezahlt.

Mit der Umsetzung der neuen gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) zum 1. Januar 2023 soll eine besonders nachhaltige, standortangepasste Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Nutzflächen in Brandenburg weitergeführt werden. Die bisherigen Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen (AUKM) inklusive ökologischem Landbau sowie des NATURA 2000 Programm wurden dabei um vielfältige neue Maßnahmen beziehungsweise Programme erweitert. Hierfür konnten die landwirtschaftlichen Unternehmen Anträge für einen Verpflichtungszeitraum vom 1. Januar 2023 bis 31. Dezember 2027 stellen.

Zusammen mit den Maßnahmen der AUKM sowie NATURA 2000 und der neuen Förderung haben im Herbst 2022 im Bereich der Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen 64 landwirtschaftliche Unternehmen von der Möglichkeit der Antragstellung Gebrauch gemacht. Es wurden 131 Neu- und Erweiterungsanträge für das Jahr 2023 gestellt.

CC-Kontrollen

Die Vorschriften der Cross Compliance (CC) verknüpfen die Prämienzahlungen für landwirtschaftliche Betriebe mit der Einhaltung von Umweltstandards im weiteren Sinne. Die Einhaltung der Standards ist Voraussetzung für den Erhalt der Prämienzahlungen. Im Jahr 2022 fanden insgesamt 31 CC-Kontrollen in 13 landwirtschaftlichen Betrieben statt. Dabei kam es zu 14 Feststellungen von Verstößen, die mit CC-Sanktionen geahndet werden mussten.

Feldblockpflege

Der Feldblock umfasst eine oder mehrere landwirtschaftlich genutzte Parzellen beziehungsweise Schläge und ist Teil des Landwirtschaftlichen Flächenkatasters (LFK) im Rahmen des Systems zur Flächenidentifizierung. Bei der kontinuierlichen Pflege der Daten wurden insgesamt 2.881 Referenzpflegeaufträge (RPA) mit notwendigen Feldblockkorrekturen abgearbeitet. Des Weiteren konnten 965 Referenzpflegeaufträge nach Bildschirmsichtung abgewiesen werden. Nach der Antragstellung zum Agrarförderantrag im Mai galt es, 140 Hinweispunkte zu bearbeiten. Teilweise waren dafür Vor-Ort-Kontrollen nötig. Insgesamt wurden 106 Feldblöcke und Landschaftselemente zur Grenzfeststellung besichtigt beziehungsweise vermessen.

Abtretungen/Pfändungen

Im Landwirtschaftsamt waren insgesamt 51 Abtretungen zu bearbeiten, wovon 21 im Jahr 2022 neu eingingen; 30 Abtretungen gingen in den Vorjahren ein und beziehen sich fortlaufend auf mehrere Jahre. Es waren fünf Pfändungen zu bearbeiten, wovon drei im Jahr 2022 neu eingingen. Insgesamt beläuft sich die Forderungshöhe auf circa 7,67 Millionen Euro.

Sonstiges

Eine Mitarbeiterin unterstützte das Corona-Bürgertelefon des Gesundheitsamtes.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Ersatzneubau Haus 3	44
Abbildung 2: Schulhof Schillerhaus	44
Abbildung 3: Formwerkstatt Glashütte, Außenansicht	45
Abbildung 4: Formwerkstatt Glashütte, Innenansicht	45
Abbildung 5: COVID-19-Neuinfektionen pro Kalenderwoche im Landkreis Teltow-Fläming ..	101
Abbildung 6: Anzahl der Kontakte nach Hauptdiagnosen	107
Abbildung 7: Entwicklung der Anzahl der Kriseninterventionen in den Jahren 2012 bis 2022	107
Abbildung 8: Meldungen von Unfallwild an die UJB 2022	119
Abbildung 9: Gestattung von Jagdhandlungen im befriedeten Bezirk 2022	120
Abbildung 10: Verfahren der Unteren Denkmalschutzbehörde nach Quantität, Vergleich 2020 und 2021	141
Abbildung 11: Anzahl der registrierten Fahrzeuge	161
Abbildung 12: Nutzung i-Kfz	161
Abbildung 13: Anträge auf Erteilung einer Fahrerlaubnis – Verteilung der Entgegennahme 2022	162

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Verwendung der Mittel des Bundesprogramms "Demokratie leben!"	17
Tabelle 2: Entwicklung des Personalbestands.....	31
Tabelle 3: Anteil männlicher/weiblicher Beschäftigter	31
Tabelle 4: Einstellungen	32
Tabelle 5: Ausscheiden von Beschäftigten	32
Tabelle 6: Praktika in der Kreisverwaltung.....	35
Tabelle 7: Übersicht Haushalt 2022 und 2023	51
Tabelle 8: Bericht zum Haushaltsvollzug 2022	52
Tabelle 9: Beschlussfassung der Jahresabschlüsse.....	52
Tabelle 10: Privatrechtliche Forderungen	54
Tabelle 11: Öffentlich-rechtliche Forderungen	54
Tabelle 12: Amt für Bildung und Kultur, Investitionen	58
Tabelle 13: Fallzahlen- und Kostenentwicklung im Bereich der Eingliederungshilfe	79
Tabelle 14: Statistikdaten für den Berichtszeitraum 01.01. bis 31.12.2022 (Stichtag: 31.12.2022).....	80
Tabelle 15: Asylsuchende und Geflüchtete, Entwicklung der Fallzahlen in Übergangswohnheimen.....	82
Tabelle 16: Asylsuchende und Geflüchtete, Entwicklung der Unterbringungskapazitäten.....	82
Tabelle 17: AFBG, BAföG, BbgAföG	83
Tabelle 18: Zuschusserhöhung pädagogisches Personal in Kitas	90
Tabelle 19: Gemeldete Gesundheitsberufe im Landkreis Teltow-Fläming laut BbgGDG	97
Tabelle 20: Übersicht der gemeldeten Einrichtungen und Personen im Rahmen der einrichtungsbezogenen Impfpflicht	99
Tabelle 21: Anzahl der öffentlichen Trinkwassererwärmungsanlagen (TWEA) und durchgeführte Trinkwasseruntersuchungen (Analysen)	103
Tabelle 22: Anzahl der gemeldeten gewerblichen Trinkwassererwärmungsanlagen (TWEA) und durchgeführte Trinkwasseruntersuchungen (Analysen)	104
Tabelle 23: Untersuchungen und Begutachtungen sowie sonstige Leistungen des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes	104
Tabelle 24: Rechtsamt, Anzahl der neuen gerichtlichen Verfahren.....	109
Tabelle 25: Rechtsamt, Anzahl der Beratungsanfragen.....	110
Tabelle 26: Rechtsamt: Anzahl der bearbeitenden Schadensfälle	112
Tabelle 27: Ausländer*innen in TF – Entwicklung der vergangenen vier Jahre (Stand: 31.12.2022).....	123
Tabelle 28: häufigste Staatsangehörigkeiten 2022 (Stand: 31.12.2022)	123
Tabelle 29: Übersicht befristete Aufenthalte 2022 (Stand: 31.12.2022)	124
Tabelle 30: Übersicht unbefristete Aufenthalte 2022 (Stand: 31.12.2022)	124
Tabelle 31: elektronische Ausweisdokumente (Stand: 31.12.2022).....	124
Tabelle 32: Prüfung, Wartung, Pflege der Ausrüstung im FTZ.....	129

Tabelle 33: Anschaffungen für die Waldbrandbekämpfung.....	130
Tabelle 34: Tierschutzkontrollen und -maßnahmen	132
Tabelle 35: Betriebskontrollen der Lebensmittelüberwachung 2020 bis 2022 in registrierten Betrieben.....	134
Tabelle 36: Entnommene Proben 2015–2022	136
Tabelle 37: Zahl entnommener Proben und Beanstandungen 2022 nach Warengruppen ..	137
Tabelle 38: Gebühren für die amtliche Schlachttier- und Fleischuntersuchung nach Betriebskategorie ab 2023.....	138
Tabelle 39: Gebühren für die Trichinenuntersuchung nach Art der Probe ab 2023.....	139
Tabelle 40: Schlachttier- und Fleischuntersuchung 2015–2022.....	139
Tabelle 41: Trichinenuntersuchungen im Prüflabor 2020–2022	140
Tabelle 42: Entwicklung der Anzahl der Bauanträge (Neubau, Umbau/Änderung, Nutzungsänderung, Nachträge, Vorbescheide, Bauanzeige- und vereinfachte Baugenehmigungsverfahren) in den vergangenen fünf Jahren im gesamten Landkreis TF	145
Tabelle 43: Entwicklung des Antragsaufkommens im Wohnungsneubau (Neubau von Ein-, Zwei- und Mehrfamilienhäusern) in den Gemeinden des Landkreises	145
Tabelle 44: Entwicklung der Bautätigkeit 2018 bis 2022 (Neubau, Umbau/Änderung, Nutzungsänderung, Vorbescheid, Bauanzeige, vereinfachte Baugenehmigungsverfahren und Nachträge) in den Gemeinden:.....	146
Tabelle 45: Gebührenfestsetzungen der Bauaufsicht	148
Tabelle 46: Aufgaben Amtsleiterbereich Umweltamt	150
Tabelle 47: Aufgaben UWB/Anzahl Fälle 2020 bis 2022.....	150
Tabelle 48: Aufgaben UBB/Anzahl Fälle 2020 bis 2022.....	151
Tabelle 49: Aufgaben UAB/Anzahl Fälle 2020 bis 2022.....	152
Tabelle 50: Beseitigung von Abfällen durch die Umweltstreife 2020 bis 2022.....	152
Tabelle 51: Aufgaben UNB – Anzahl Fälle 2020 bis 2022	155
Tabelle 52: Anzahl der Widersprüche und gerichtlichen Verfahren.....	160
Tabelle 53: Zugelassene Fahrzeuge 2021, 2022.....	164
Tabelle 54: Fahrerlaubniswesen 2021, 2022	165
Tabelle 55: Kontrollgerätekarten zur Überwachung der Ruhe- und Lenkzeiten nach der Fahrpersonal-Verordnung 2021, 2022.....	166
Tabelle 56: Fahrschulwesen/Fahrlehrerwesen 2021, 2022.....	166
Tabelle 57: Gewerblicher Personenverkehr 2021, 2022	168
Tabelle 58: Fahrtenbuchauflagen 2021, 2022	169
Tabelle 59: Ausnahmegenehmigungen 2021, 2022.....	169
Tabelle 60: Verkehrsordnungswidrigkeiten 2021, 2022	169
Tabelle 61: Mobile Kontrollen in Städten und Gemeinden sowie im Amt Dahme/Mark 2021, 2022.....	170
Tabelle 62: Verkehrssicherheit und -lenkung 2021, 2022	170
Tabelle 63: Ergebnisse Integrationsbegleitung plus Familie 2021–2022.....	189
Tabelle 64: Ergebnisse 2022, Folgeprojekt Integrationsbegleitung 2022–2025	189

Tabelle 65: Landwirtschaftsamt, Aufgaben und Fallzahlen 2020 bis 2022	193
Tabelle 66: Agrarförderung, angemeldete Flächen	196